



Beteiligungsbericht

2019

Der Stadt Bergisch Gladbach



Stadt Bergisch Gladbach

Beteiligungsbericht 2019 der Stadt Bergisch Gladbach

Ausgearbeitet auf der Grundlage der Prüfungs- und
Geschäftsberichte 2019

Herausgegeben von der Stadt Bergisch Gladbach

Verwaltungsvorstand I: Stadtkämmerer Thore Eggert

Fachliche Verantwortung:

- Fachbereich Finanzen: Fachbereichsleiter Harald Schäfer
- Stabsstelle Betriebswirtschaft: Stv. Fachbereichsleiter Bernhard Bertram

Redaktion: Arndt Wagner

Bezugsadresse: Stadt Bergisch Gladbach
Konrad-Adenauer-Platz 1
51465 Bergisch Gladbach

Telefon: 02202/ 14-2451
E-Mail: a.wagner@stadt-gl.de

Bergisch Gladbach, im Juni 2021

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	1
Beteiligungsstrukturen	3
Übersicht ausgewählter Abschlussdaten	5
Auftrag und Gegenstand des Beteiligungsberichtes (Ergänzung: Allgemeines zur Zulässigkeit der wirtschaftlichen und nichtwirtschaftlichen Betätigung von Kommunen und Übersicht über die Rechtsformen kommunaler Betriebe)	6

Beteiligungen

1. Rheinisch-Bergische Siedlungsgesellschaft mbH	9
2. Stadtbahngesellschaft Rhein-Sieg mbH i.L.	25
3. Bürgerhaus Bergischer Löwe GmbH	34
4. Rheinisch-Bergisches TechnologieZentrum GmbH	45
5. Rheinisch-Bergische Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH	56
6. Bädergesellschaft der Stadt Bergisch Gladbach mbH	66
7. Stadtverkehrsgesellschaft mbH	77
8. Entsorgungsdienste Bergisch Gladbach GmbH	86
9. GL Service gGmbH	94
10. Stadtentwicklungsbetrieb Bergisch Gladbach – AöR	107
11. BELKAW GmbH	128
12. Bäderbetriebsgesellschaft Bergisch Gladbach mbH	142
13. Zukunft Stadt Profil GmbH & Co. KG	153
14. Zukunft Stadt Profil Verwaltungs-GmbH	158
15. Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Bergisch Gladbach	162
16. Immobilienbetrieb der Stadt Bergisch Gladbach	177
17. Abwasserwerk der Stadt Bergisch Gladbach	202

Anhang

Definition der Kennzahlen	217
---------------------------	-----



VORWORT

BETEILIGUNGSBERICHT 2019

Bereits zum vierundzwanzigsten Mal legt die Verwaltung ihren Beteiligungsbericht zur Information des Rates und der interessierten Bürgerinnen und Bürger vor. Hiermit zeigt sie erneut auf, wie vielfältig die Engagements und Erscheinungsformen städtischer Politik in Bergisch Gladbach sind.

Angesichts der Bedeutung der Beteiligungsunternehmen und der immer knapper gewordenen finanziellen Ressourcen der Stadt wird die Steuerung des Beteiligungsvermögens immer wichtiger werden. Dabei müssen finanzielle und strategische Aspekte gleichermaßen berücksichtigt werden. Der Beteiligungsbericht bietet dafür eine Grundlage.

Dieser Beteiligungsbericht wird unabhängig von der Frage, ob ein Gesamtabschluss aufzustellen ist (siehe § 117 GO NRW), erstellt, da er aus städtischer Sicht eine bewährte Informationsquelle für Bürgerschaft, Politik und Verwaltung darstellt.

Das in § 53 KomHVO NRW angekündigte Muster i.S. § 133 (3) GO NRW liegt zum Redaktionszeitpunkt dieses Berichts noch nicht vor, so dass er den bisherigen Vorgaben folgt. Den Neuerungen trägt allerdings die Aufnahme der eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen Rechnung, so dass der Bericht entsprechend umfangreicher ausfällt. Auch kann dem Organigramm die Beteiligung an Verbänden entnommen werden.

In 2019 war die Stadt Bergisch Gladbach an 11 Gesellschaften mit beschränkter Haftung, einer GmbH & Co. KG und an einer Anstalt des öffentlichen Rechts unmittelbar beteiligt. Daneben unterhielt sie drei eigenbetriebsähnliche Einrichtungen und ist Mitglied von fünf Verbänden.

Eine mittelbare Beteiligung bestand über die Bädergesellschaft der Stadt Bergisch Gladbach mbH an der BELKAW GmbH.

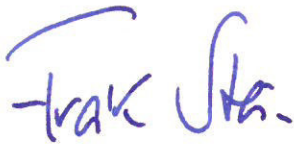
Die BELKAW GmbH gründete am 21. Mai 2015 ihrerseits die Bäderbetriebsgesellschaft Bergisch Gladbach mbH als 100-prozentige Tochter. Zwischen der Bädergesellschaft (Verpächterin) und der Bäderbetriebsgesellschaft (Pächterin) besteht seit 11.06.2015 ein Betriebsverpachtungsvertrag betreffend den operativen Bäderbetrieb der Bädergesellschaft.

Im Rahmen einer Teilbeherrschungsabrede zwischen der Bädergesellschaft der Stadt Bergisch Gladbach mbH und der BELKAW GmbH wird die BELKAW GmbH verpflichtet, Weisungen der Bädergesellschaft hinsichtlich Bäderangelegenheiten, welche die Bädergesellschaft der Stadt Bergisch Gladbach mbH betreffen, in der Gesellschafterversammlung der Bäderbetriebsgesellschaft unmittelbar und unverzüglich umzusetzen.

In diesem Bericht werden die Positionen der Bilanz, der Gewinn- und Verlustrechnung, sowie die Kennzahlen der letzten fünf Geschäftsjahre 2015 – 2019 dargestellt. Grundlage sind die geprüften und testierten Jahresabschlüsse der Unternehmen, aktuell der Prüfbericht zum 31.12.2019, welche in 2020 auf-, festzustellen und zu prüfen waren.

Somit wird ein detailliertes Bild über die Entwicklung der Unternehmen vermittelt, welches sich nicht nur auf den Zeitraum des Jahresabschlusses erstreckt, sondern im Prognosebericht auch einen Ausblick auf die nachfolgende Zeit gewährt.

Wie im letzten Beteiligungsbericht sind darüber hinaus die finanziellen Auswirkungen auf den Haushalt enthalten. Diese betreffen im Rahmen dieses Berichts ebenfalls die Jahre 2015 – 2019.

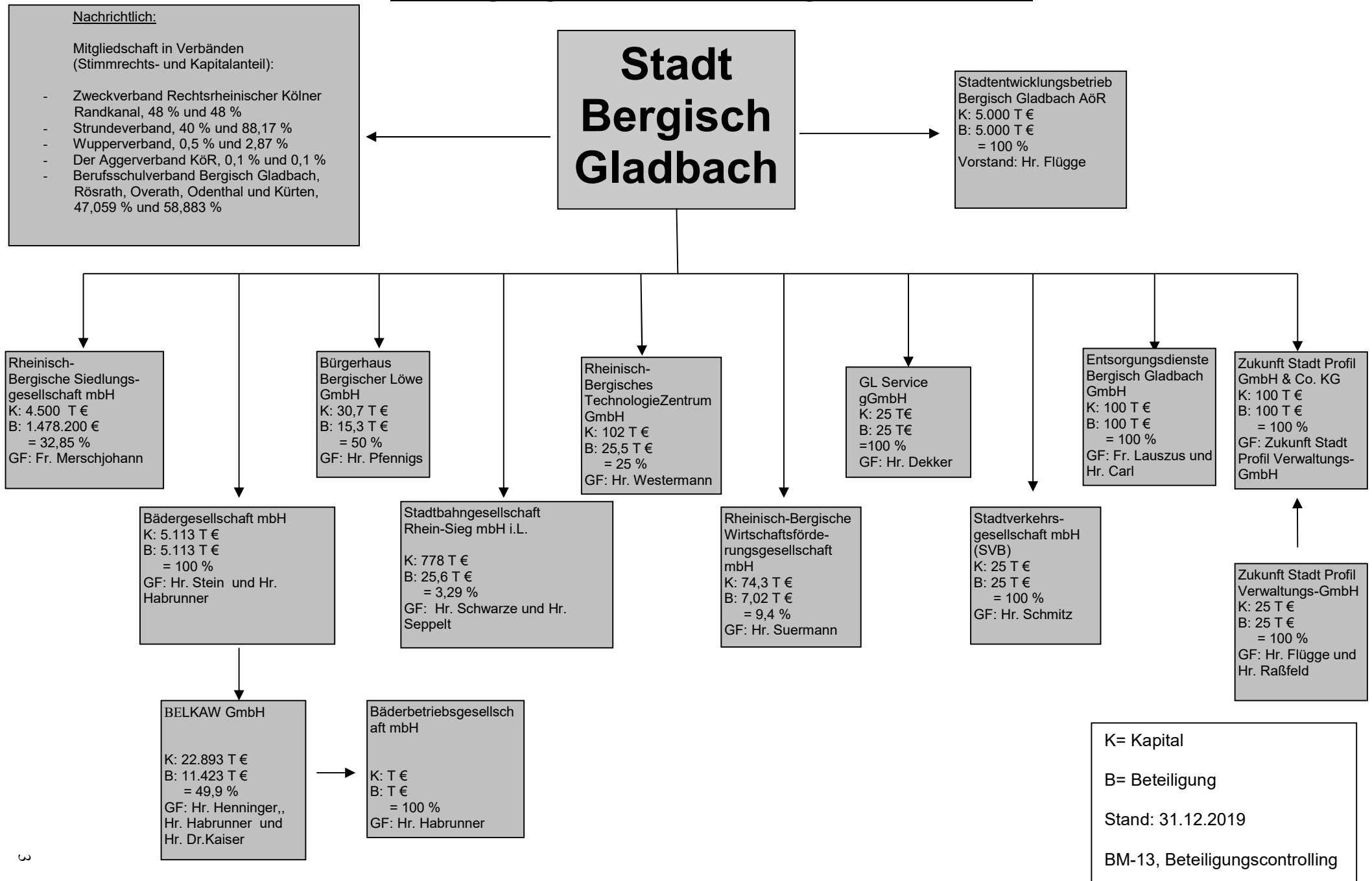


Frank Stein
Bürgermeister

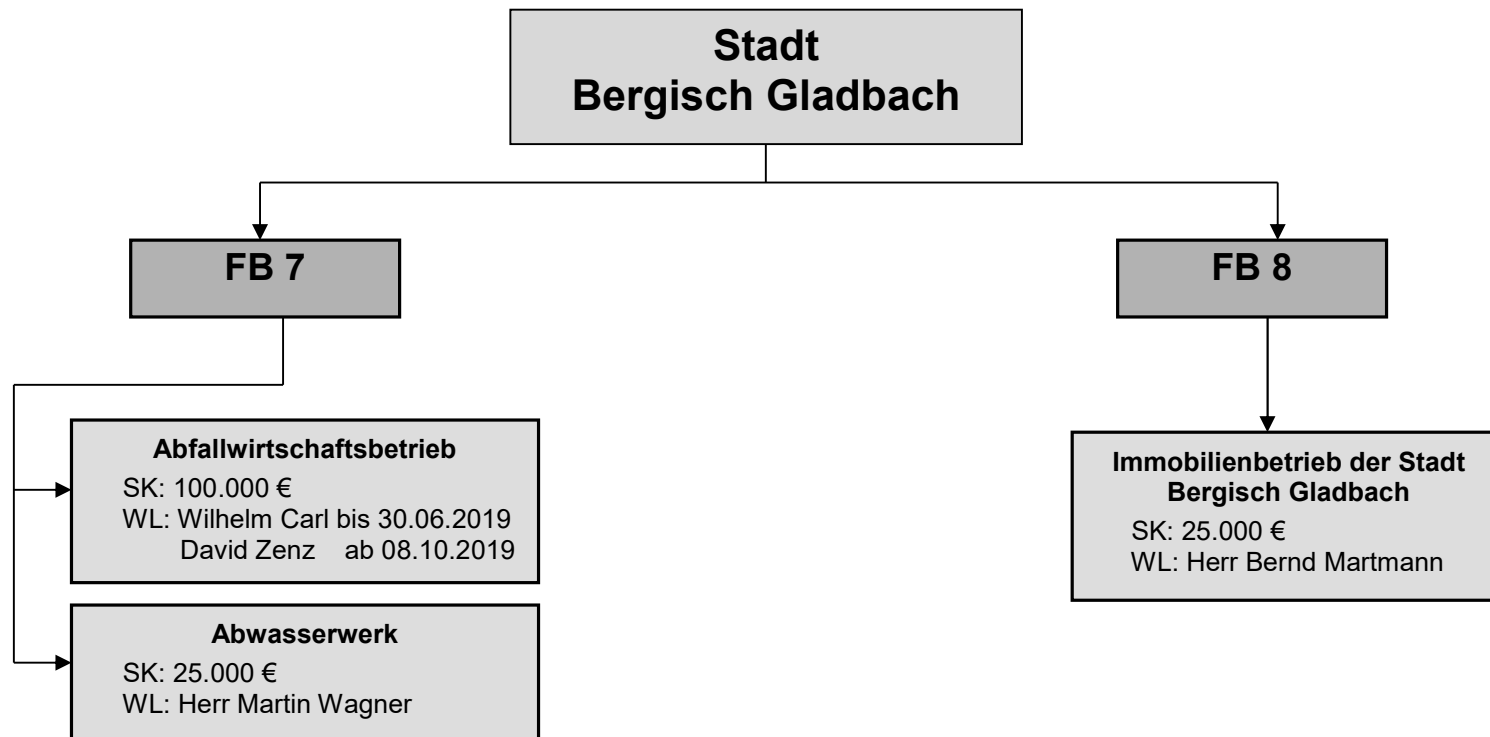


Thore Eggert
Stadtkämmerer

Beteiligungen der Stadt Bergisch Gladbach



Eigenbetriebsähnliche Einrichtungen der Stadt Bergisch Gladbach



SK = Stammkapital
WL = Werkleitung

Stand: 31.12.2019

Übersicht der direkten Beteiligungen der Stadt Bergisch Gladbach
Basis: Jahresabschlüsse 2019

Beteiligung	städt. Anteil Stammk. in T€	städt. Anteil in %	Bilanzsumme in T€	Eigenkapital in T€	Umsatzerlöse in T€	Anzahl der Mitarbeiter	Ergebnis absolut	Ergebnis Anteil Stadt
Rheinisch-Bergische Siedlungsgesellschaft mbH	1.478	32,85	80.734	29.942	11.830	22	1.375	452
Stadtbahngesellschaft Rhein-Sieg	26	3,29	12.130	-11.008	153	3	-177	-6
Bürgerhaus Bergischer Löwe	15	50	1.454	429	703	12	42	21
Rheinisch Bergisches TechnologieZentrum GmbH	25	25	402	354	265	1	-150	-38
Rheinisch Bergische Wirtschaftsförderungsgesellschaft	7	9,45	2.809	2.740	48	6	-636	-60
Bädergesellschaft mbH	5.113	100	122.313	48.607	760	4	3.958	3.958
Stadtverkehrsgesellschaft mbH	25	100	952	244	254	1	-28	-28
Entsorgungsdienste Bergisch Gladbach mbH	100	100	14.306	1.174	3.427	26	-815	-815
GL-Service gGmbH	25	100	1.895	963	3.603	69	299	299
Stadtentwicklungsbetrieb Bergisch Gladbach - AöR	5.000	100	17.710	14.955	2.246	6,25	378	378
Zukunft Stadt Profil GmbH & Co. KG	100	100	96	92	0	0	-4	-4
Zukunft Stadt Profil Verwaltungs- GmbH	25	100	26	25	0	0	0	0
S u m m e gerundet	11.939		254.827	88.517	23.289	150	4.242	4.157

Auftrag und Gegenstand des Beteiligungsberichtes

1. Gesetzliche Grundlagen

Gemäß § 117 GO NW hat die Gemeinde, abhängig von der Frage ob ein Gesamtabschluss zu erstellen ist, zur Information der Ratsmitglieder und der Einwohnerinnen und Einwohner einen Bericht über ihre Beteiligungen an Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform des privaten Rechts zu erstellen und jährlich fortzuschreiben. Der Bericht soll insbesondere Angaben über die Erfüllung des öffentlichen Zwecks, die finanzwirtschaftlichen Auswirkungen der Beteiligten, Beteiligungsverhältnisse und die Zusammensetzung der Organe der Gesellschaft enthalten.

Die Einsicht in den Bericht ist jedermann gestattet. Die Gemeinde hat den Bericht zu diesem Zweck bereitzuhalten. Auf die Möglichkeit zur Einsichtnahme ist in geeigneter Weise öffentlich hinzuweisen.

2. Ziel des Beteiligungsberichtes

Die gesetzlichen Bestimmungen, in denen die Voraussetzungen für die Zulässigkeit wirtschaftlicher Betätigungen der Gemeinden in Nordrhein-Westfalen geregelt sind, finden sich in den §§ 107 ff. der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW).

Die durch das Gesetz zur Stärkung der kommunalen Selbstverantwortung – GO Reformgesetz, welches am 17.10.2007 in Kraft getreten ist, gemachten erhöhten Anforderungen an die Zulässigkeit der wirtschaftlichen Betätigung der Gemeinde, wurden zwischenzeitlich wieder zurückgenommen.

Es ist somit nicht mehr erforderlich, dass ein **dringender** öffentlicher Zweck vorliegt und andere Unternehmen müssten den öffentlichen Zweck nicht nur **ebenso gut und wirtschaftlich**, sondern **besser und wirtschaftlicher** erfüllen können.

Die Gemeinde durften sich nach § 107 (1) GO NRW, in der Fassung des Gesetzes zur Stärkung der kommunalen Selbstverantwortung zur Erfüllung ihrer Aufgaben, nur dann wirtschaftlich betätigen, wenn

1. ein **dringender** öffentlicher Zweck die Betätigung erfordert
2. die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Gemeinde steht und
3. bei einem Tätigwerden außerhalb der Energieversorgung, der Wasserversorgung, des öffentlichen Verkehrs sowie des Betriebes von Telekommunikationsleitungsnetzen einschließlich der Telefondienstleistungen der **dringende** öffentliche Zweck durch andere Unternehmen **nicht ebenso gut und wirtschaftlich** erfüllt werden kann.

Die aktuelle Fassung des § 107 (1) GO NRW (Auszug) lautet wie folgt und macht die Erleichterung wie folgt sichtbar:

§ 107 **Zulässigkeit wirtschaftlicher Betätigung**

(1) Die Gemeinde darf sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben wirtschaftlich betätigen, wenn

1. **ein öffentlicher** Zweck die Betätigung erfordert,
2. die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Gemeinde steht und
3. bei einem Tätigwerden außerhalb der Wasserversorgung, des öffentlichen Verkehrs sowie des Betriebes von Telekommunikationsleitungsnetzen einschließlich der Telekommunikationsdienstleistungen **der öffentliche Zweck** durch andere Unternehmen **nicht besser und wirtschaftlicher** erfüllt werden kann.

Zur Zulässigkeit der energiewirtschaftlichen Betätigung wurde ein neuer § 107 a GO NRW eingefügt der wie folgt lautet:

§ 107a **Zulässigkeit energiewirtschaftlicher Betätigung**

(1) Die wirtschaftliche Betätigung in den Bereichen der Strom-, Gas- und Wärmeversorgung dient einem **öffentlichen Zweck** und ist zulässig, wenn sie nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Gemeinde steht.

(2) Mit den Bereichen Strom-, Gas- und Wärmeversorgung unmittelbar verbundene Dienstleistungen sind zulässig, wenn sie den Hauptzweck fördern. Die Gemeinde stellt sicher, dass bei der Erbringung dieser Dienstleistungen die Belange kleinerer Unternehmen, insbesondere des Handwerks, berücksichtigt werden.

(3) Die Aufnahme einer überörtlichen energiewirtschaftlichen Betätigung ist zulässig, wenn die Voraussetzung des Absatzes 1 vorliegt und die berechtigten Interessen der betroffenen kommunalen Gebietskörperschaften gewahrt sind. Bei der Versorgung mit Strom und Gas gelten nur die Interessen als berechtigt, die nach den Vorschriften des Energiewirtschaftsgesetzes eine Einschränkung des Wettbewerbs zulassen. Die Aufnahme einer energiewirtschaftlichen Betätigung auf ausländischen Märkten ist zulässig, wenn die Voraussetzung des Absatzes 1 vorliegt. Die Aufnahme einer solchen Betätigung bedarf der Genehmigung.

(4) Vor der Entscheidung über die Gründung von bzw. die unmittelbare Beteiligung an Unternehmen im Sinne des Absatzes 1 ist der Rat über die Chancen und Risiken des beabsichtigten wirtschaftlichen Engagements zu unterrichten. Den örtlichen Selbstverwaltungsorganisationen von Handwerk, Industrie und Handel und der für die Beschäftigten der jeweiligen Branche handelnden Gewerkschaften ist Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben, sofern die Entscheidung die Erbringung verbundener Dienstleistungen betrifft.

Auch bzgl. der Voraussetzungen der energiewirtschaftlicher Betätigung wird deutlich, dass ein **dringender** öffentlicher Zweck nicht mehr erforderlich ist.

An dieser Stelle ist auf folgende weitere Änderungen der GO NRW hinzuweisen:

1. Die neuen § 108 (1) Nr. 9 i.V.m. § 108 (2) GO NRW setzen die Vorgaben des Transparenzgesetzes um. Danach ist bei kommunalen Mehrheitsbeteiligungen im Gesellschaftsvertrag zu regeln, dass im Anhang zukünftig die Vergütungen von Geschäftsführung und Aufsichtsrat je Personengruppe und zusätzlich personenbezogen unter Aufgliederung nach Komponenten veröffentlicht wird.
2. Der neue § 108 a GO NRW regelt die Arbeitnehmermitbestimmung in fakultativen Aufsichtsräten. (Die Aufsichtsräte von Bergisch Gladbacher Mehrheitsbeteiligungen sind nicht mit Arbeitnehmern besetzt, so dass diese Neuregelung vor Ort nicht zur Anwendung gelangt.)

Mit der Fortschreibung des Beteiligungsberichtes soll und muss gemäß den gesetzlichen Vorschriften regelmäßig jährlich über die Entwicklung der öffentlichen Unternehmen berichtet und dadurch der Gesamtüberblick erleichtert werden.

Die wirtschaftlichen Daten der Unternehmen und die textlichen Angaben basieren auf den Jahresabschlüssen **2015 – 2019**. Die finanziellen Auswirkungen auf den Kameralhaushalt und die Entwicklung des Stellenplanes wurde ebenfalls für die Jahre **2015 -2019** dargestellt.

3. Steuerung über die Gesellschaftsorgane

Der Aufsichtsrat und die Gesellschafterversammlung sind die Steuerungs- und Kontrollgremien der Gesellschaften. Hier wird insbesondere über die Beratung und Genehmigung der Wirtschaftspläne und der Investitions- und Finanzpläne Einfluss auf die jeweiligen Leistungsprogramme der Gesellschaften genommen. Daneben gibt es je nach Spezifizierung im Gesellschaftsvertrag weitere Zustimmungsvorbehalte durch den Aufsichtsrat bzw. die Gesellschafterversammlung.

In den vergangenen Jahren wurde eine Reihe von kommunalen Aufgaben ausgliedert. Neben dem klassischen Verwaltungsbereich ist ein Beteiligungsbereich mit erheblicher finanzieller und kommunalpolitischer Bedeutung entstanden. Das bedeutet, dass durch den Anstieg und die Verantwortung über Umsätze, Mitarbeiterzahlen und Vermögenswerte Größen mit enormer Bedeutung entstanden sind, die gesteuert werden müssen.

Träger der Beteiligungssteuerung ist der Rat. Er stützt sich dabei auf die Verantwortungsstrukturen der Verwaltung. Politik und Verwaltungsführung werden in zentralen Angelegenheiten vom Zentralen Controlling (Beteiligungscontrolling) unterstützt.

Zukünftig soll zur Unterstützung der städtischen Vertreter in den Gremien und somit zur Steuerung der Beteiligungen, im Rahmen eines Beteiligungscontrollings ein Berichtswesen mit strategischen Zielen aufgebaut werden.

Basis hierfür ist das, vom Rat am 13.12.2011 beschlossene Konzept zur Steuerung und Kontrolle der privatrechtlichen Unternehmen und Einrichtungen sowie der öffentlich rechtlichen Rechtsformen mit eigener Rechtspersönlichkeit der Stadt Bergisch Gladbach, welches darüber hinaus u.a. weisungspflichtige Geschäftsvorfälle definiert.

Allgemeines zur Zulässigkeit der wirtschaftlichen und nichtwirtschaftlichen Betätigung von Kommunen und Übersicht über die Rechtsformen kommunaler Betriebe

1.1 Allgemeines zur Zulässigkeit der wirtschaftlichen und nichtwirtschaftlichen Betätigung von Kommunen

Das kommunale Selbstverwaltungsrecht nach Art. 28 Absatz 2 Grundgesetz erlaubt den Kommunen, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln. Die Kommunen sind gem. Art. 78 Absatz 2 der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen in ihrem Gebiet die alleinigen Träger der öffentlichen Verwaltung, soweit die Gesetze nichts anderes vorschreiben. Durch diese verfassungsrechtlich verankerte Selbstverwaltungsgarantie haben die Kommunen die Möglichkeit, sich über den eigenen Hoheitsbereich hinausgehend wirtschaftlich zu betätigen. Ihren rechtlichen Rahmen findet die wirtschaftliche Betätigung im 11. Teil (§§ 107 ff.) der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NRW). Hierin ist geregelt, unter welchen Voraussetzungen eine wirtschaftliche bzw. nichtwirtschaftliche Betätigung zulässig ist („ob“) und welcher Rechtsform – öffentlich-rechtlich oder privatrechtlich – die Kommunen sich dabei bedienen dürfen („wie“).

Gemäß § 107 Absatz 1 GO NRW darf sich eine Gemeinde zur Erfüllung ihrer Aufgaben wirtschaftlich betätigen, wenn ein öffentlicher Zweck die Betätigung erfordert (Nummer 1), die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Gemeinde steht (Nummer 2) und bei einem Tätigwerden außerhalb der Wasserversorgung, des öffentlichen Verkehrs sowie des Betriebes von Telekommunikationsleitungsnetzen einschließlich der Telekommunikationsdienstleistungen der öffentliche Zweck durch andere Unternehmen nicht besser und wirtschaftlicher erfüllt werden kann (Nummer 3).

Von der wirtschaftlichen Betätigung ist die sog. nichtwirtschaftliche Betätigung gemäß § 107 Absatz 2 GO NRW abzugrenzen. Hierunter fallen Einrichtungen, zu denen die Gemeinde gesetzlich verpflichtet ist (Nummer 1), öffentliche Einrichtungen, die für die soziale und kulturelle Betreuung der Einwohner erforderlich sind, Einrichtungen, die der Straßenreinigung, der Wirtschaftsförderung, der Fremdenverkehrsförderung oder der Wohnraumversorgung dienen (Nummer 3), Einrichtungen des Umweltschutzes (Nummer 4) sowie Einrichtungen, die ausschließlich der Deckung des Eigenbedarfs von Gemeinden und Gemeindeverbänden dienen (Nummer 5). Auch diese Einrichtungen sind, soweit es mit ihrem öffentlichen Zweck vereinbar ist, nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu verwalten und können entsprechend den Vorschriften über die Eigenbetriebe geführt werden.

In § 109 sind die allgemeinen Wirtschaftsgrundsätze, die sowohl für die wirtschaftliche als auch für die nichtwirtschaftliche Betätigung gelten, niedergelegt. Demnach sind die Unternehmen und Einrichtungen so zu führen, zu steuern und zu kontrollieren, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt wird. Unternehmen sollen einen Ertrag für den Haushalt der Gemeinde abwerfen, soweit dadurch die Erfüllung des öffentlichen Zwecks nicht beeinträchtigt wird. Der Jahresgewinn der wirtschaftlichen Unternehmen als Unterschied der Erträge und Aufwendungen soll so hoch sein, dass außer den für die technische und wirtschaftliche Entwicklung des Unternehmens notwendigen Rücklagen mindestens eine marktübliche Verzinsung des Eigenkapitals erwirtschaftet wird.

Bei der Ausgestaltung der wirtschaftlichen Betätigung liegt es vorbehaltlich der gesetzlichen Bestimmungen im Ermessen der Kommunen, neben öffentlich-rechtlichen auch privatrechtliche Organisationsformen zu wählen. So dürfen Kommunen unter den Voraussetzungen des § 108 GO NRW Unternehmen und Einrichtungen in einer Rechtsform des privaten Rechts gründen oder sich daran beteiligen. Unter anderem muss die Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch Gesellschaftsvertrag, Satzung oder sonstiges Organisationsstatut gewährleistet sein und eine Rechtsform gewählt werden, welche die Haftung der Gemeinde auf einen bestimmten Betrag begrenzt.

Da im Verfassungsstaat das Gemeinwohl der allgemeine Legitimationsgrund aller Staatlichkeit ist, muss jedes Handeln der öffentlichen Hand einen öffentlichen Zweck verfolgen. Die gesetzliche Normierung der Erfüllung des öffentlichen Zwecks als Grundvoraussetzung für die Aufnahme einer wirtschaftlichen und nichtwirtschaftlichen Betätigung einer Kommune soll daher gewährleisten, dass sich diese stets im zulässigen Rahmen kommunaler Aufgabenerfüllung zu bewegen hat. Es ist daher nicht Angelegenheit der kommunalen Ebene, sich ausschließlich mit dem Ziel der Gewinnerzielung in den wirtschaftlichen Wettbewerb zu begeben. Stattdessen kann eine wirtschaftliche bzw. nichtwirtschaftliche Betätigung nur Instrument zur Erfüllung bestehen- der kommunaler Aufgaben sein.

Die Ausgestaltung des öffentlichen Zwecks ist dabei so vielfältig wie der verfassungsrechtlich umrissene Zuständigkeitsbereich der Kommunen. Der „öffentliche Zweck“ stellt einen unbestimmten Rechtsbegriff dar, für dessen inhaltliche Bestimmung zuvorderst die Zielsetzung des gemeindlichen Handelns maßgeblich ist.

1.2. Übersicht über die Rechtsformen kommunaler Betriebe

1.2.1 Rechtlich unselbständige Einrichtungen

Regiebetrieb

Regiebetriebe verfügen über kein eigenes Vermögen, sondern sind unselbständige Bestandteile der Stadt. Ihre Erträge und Aufwendungen sowie Zahlungen schlagen sich unmittelbar nach dem Bruttoprinzip (also unsaldiert) im städtischen Haushalt nieder. Regiebetriebe sind i. d. R. kostenrechnende Einrichtungen, die jährlich eine Gebührenkalkulation und Betriebsabrechnung auf der Basis eines ausgebauten Kostenrechnungssystems vorlegen. Regiebetriebe können aufgrund ihrer Einbindung in die Verwaltung unmittelbar kontrolliert und gesteuert werden.

Eigenbetrieb und eigenbetriebsähnliche Einrichtung

Der Eigenbetrieb ist ein wirtschaftliches Unternehmen der Gemeinde ohne Rechtspersönlichkeit (§ 114 Abs. 1 GO). Das Vermögen der Eigenbetriebe ist als Sondervermögen aus dem Haushaltsplan der Stadt ausgegliedert; im städtischen Haushalt erscheint nach dem Nettoprinzip (also saldiert) nur der Differenzbetrag zwischen Einnahmen und Ausgaben als Gewinnabführung oder Verlustausgleich. Eigenbetriebe und eigenbetriebsähnliche Einrichtungen verfügen über ein eigenes voll ausgebautes (kaufmännisches) Rechnungswesen, werden entsprechend den Vorschriften der EigVO NRW von einer eigenverantwortlichen Betriebsleitung geführt und durch den Betriebsausschuss kontrolliert; unterstehen jedoch, da sie keine eigene Rechtspersönlichkeit haben, dem Rat und dem Oberbürgermeister. Eine eigenbetriebsähnliche Einrichtung ist ein nichtwirtschaftliches Unternehmen einer Gemeinde, das nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten verwaltet und entsprechend den Vorschriften über die Eigenbetriebe geführt wird (§ 107 Abs. 2 GO). Der Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Bergisch Gladbach, das Abwasserwerk der Stadt Bergisch Gladbach und der Immobilienbetrieb der Stadt Bergisch Gladbach stellen eigenbetriebsähnliche Einrichtungen dar.

Betrieb gewerblicher Art und Hoheitsbetrieb

Die Bezeichnungen Betrieb gewerblicher Art (BgA) und Hoheitsbetrieb haben steuerrechtliche Bedeutung. Regiebetriebe und Eigenbetriebe bzw. eigenbetriebsähnliche Einrichtungen sind im Gegensatz zu privatrechtlichen Unternehmen dann nicht steuerpflichtig, wenn sie überwiegend hoheitliche Aufgaben wahrnehmen (Hoheitsbetriebe). Andernfalls greift die Steuerpflicht und es handelt sich um Betriebe gewerblicher Art.

1.2.2 Anstalt des öffentlichen Rechts

Die Anstalt des öffentlichen Rechts (AöR) besitzt eigene Rechtspersönlichkeit, stellt aber keine eigene Rechtsform dar, sondern wird in jedem Einzelfall durch Gesetz für eine konkrete öffentliche Aufgabe bestimmt. Die Anstalt des öffentlichen Rechts wird von einem Vorstand geleitet, der von einem Verwaltungsrat beaufsichtigt wird. Der Stadtentwicklungsbetrieb Bergisch Gladbach – AöR ist eine AöR. Durch den § 114 a GO NRW ist es den Gemeinden jetzt generell gestattet, Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform einer Anstalt des öffentlichen Rechts zu errichten oder bestehende Regie- und Eigenbetriebe sowie eigenbetriebsähnliche Einrichtungen im Wege der Gesamtrechtsnachfolge in rechtsfähige Anstalten des öffentlichen Rechts umzuwandeln. Die Rechtsverhältnisse der Anstalt werden durch eine Satzung geregelt.

1.2.3 Privatrechtliche Unternehmen

Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Die Gesellschaft mit beschränkter Haftung ist eine Gesellschaft mit eigener Rechtspersönlichkeit, an der sich die Gesellschafter mit Einlagen auf das Stammkapital beteiligen. Für die Verbindlichkeiten der Gesellschaft haftet ihren Gläubigern nur das Gesellschaftsvermögen. Die Haftung der einzelnen Gesellschafter ist damit auf die Höhe ihrer Kapitalanteile beschränkt. Die Organe der GmbH sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung. Ein Aufsichtsrat kann gebildet werden bzw. muss eingerichtet werden, wenn das Unternehmen mehr als 500 Arbeitnehmer beschäftigt.

Aktiengesellschaft (AG)

Die Aktiengesellschaft ist ebenso wie die GmbH mit eigener Rechtspersönlichkeit ausgestattet. Das Grundkapital der Gesellschaft wird in Aktien zerlegt und von den Gesellschaftern (Aktionären) eingebracht. Die Haftung hinsichtlich offener Verbindlichkeiten beschränkt sich auf das Gesellschaftsvermögen. Die Haftung der Aktionäre ist somit auf deren Kapitalanteil an der Gesellschaft begrenzt. Organe der Aktiengesellschaft sind die Hauptversammlung, der Aufsichtsrat und der Vorstand.

Kommanditgesellschaft (KG)

Die Kommanditgesellschaft hat mindestens zwei Gesellschafter. Bei mindestens einem Gesellschafter ist die Haftung gegenüber den Gesellschaftsgläubigern auf den Betrag einer bestimmten Vermögenseinlage beschränkt (Kommanditist), während bei mindestens einem Gesellschafter die Haftung nicht beschränkt ist (persönlich haftender Gesellschafter, Komplementär). Die Beteiligung der Stadt an einer Kommanditgesellschaft bzw. der kombinierten Form einer GmbH & Co. KG als Komplementärin ist mithin nicht möglich, wohl aber als Kommanditistin. Steuerungs- und Kontrollorgane der Kommanditgesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Kommanditgesellschaft auf Aktien (KGaA)

Wie die Kommanditgesellschaft hat die Kommanditgesellschaft auf Aktien mindestens einen Komplementär, der unbeschränkt haftet und mindestens einen Kommanditisten, dessen Haftung auf seine Einlage beschränkt ist. Das Gesellschaftskapital des/der Kommanditisten ist in Aktien verbrieft. Die Organe der Kommanditgesellschaft auf Aktien sind die Hauptversammlung, der Aufsichtsrat und der/die Komplementär(e).

Offene Handelsgesellschaft (OHG) und Gesellschaft bürgerlichen Rechts (BGB Gesellschaft)

Offene Handelsgesellschaft und Gesellschaft bürgerlichen Rechts eignen sich nicht als Rechtsformen für kommunale Unternehmen, da die Gesellschafter dieser Personengesellschaften für die Verbindlichkeiten unbeschränkt haften.

Eingetragene Genossenschaft (eG)

Die eingetragene Genossenschaft ist eine Gesellschaft von nicht geschlossener Mitgliederzahl, welche die Förderung des Erwerbs oder der Wirtschaft ihrer Mitglieder mittels gemeinschaftlichen Geschäftsbetriebes zum Ziel hat. Für die Verbindlichkeiten der Genossenschaft haftet den Gläubigern nur das Vermögen der Genossenschaft. Die Haftung der Mitglieder ist demnach auf ihre Geschäftsanteile beschränkt. Im Konkursfall besteht allerdings für die Mitglieder eine Nachschusspflicht, es sei denn, die Satzung schließt dies aus. Organe der Genossenschaft sind die Mitgliederversammlung bzw. Vertreterversammlung, der Aufsichtsrat und der Vorstand.

Rheinisch-Bergische Siedlungsgesellschaft mbH

1. Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Firma	Rheinisch-Bergische Siedlungsgesellschaft mbH
Sitz	An der Gohrsmühle 25, 51465 Bergisch Gladbach
Gründung	13.05.1948
Gesellschaftsvertrag	Fassung vom 21.11.2007
Handelsregister	HRB 45523 beim Amtsgericht Köln, letzte Eintragung am 17. Februar 2017
Geschäftsjahr	Kalenderjahr

Mit der Neufassung des Gesellschaftsvertrags vom 21.11.2007 trägt die Gesellschaft nicht mehr den Zusatz „Gemeinnützig“ im Namen. Damit wurde dem Umstand Rechnung getragen, dass die RBS viele Anforderungen des ehemaligen Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetzes (wie beispielsweise die Beschränkung der Dividendenausschüttung) nicht mehr erfüllt.

2. Zweck der Gesellschaft

Zweck der Gesellschaft ist vorrangig eine sichere und sozial verantwortbare ökologisch ausgerichtete Wohnungsversorgung der breiten Schichten der Bevölkerung. Die Gesellschaft errichtet, betreut, bewirtschaftet und verwaltet Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen. Neubauten sollen nur im Rheinisch-Bergischen Kreis errichtet werden. Die Gesellschaft kann alle im Bereich der Wohnungswirtschaft, des Städtebaus und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen, Grundstücke erwerben, belasten und veräußern sowie Erbbaurechte ausgeben. Sie kann Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden und Gewerbebauten, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen bereitstellen. Die Preisbildung für die Überlassung von Mietwohnungen und die Veräußerung von Wohnungsbauten soll eine Kostendeckung einschließlich angemessener Verzinsung des Eigenkapitals sowie die Bildung ausreichender Rücklagen unter Berücksichtigung einer Gesamtrentabilität des Unternehmens ermöglichen.

3. Zusammensetzung der Organe

2.1 Gesellschafterversammlung

In der Gesellschafterversammlung, in der je 50 € Geschäftsanteil eine Stimme gewähren, werden Beschlüsse grundsätzlich mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst.

Die Stadt Bergisch Gladbach ist in der Gesellschafterversammlung durch Herrn Robert Martin Kraus vertreten gewesen.

2.2 Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht gemäß § 10 des Gesellschaftsvertrages in der Fassung vom 21.11.2007 aus 11 Mitgliedern. Hiervon werden je 4 Mitglieder von der Stadt Bergisch Gladbach und dem Rheinisch-Bergischen Kreis und ein Mitglied vom Zweckverband Kreissparkasse entsandt. Weiter sind der Landrat und der Bürgermeister der Stadt Bergisch Gladbach oder von diesen zu benennenden Vertreter

geborene Mitglieder des Aufsichtsrates. Über die Angleichung der Stammkapitalanteile der beiden Hauptgesellschafter wird eine Parität bei den Stimmenanteilen und damit eine angemessene Vertretung der Stadt Bergisch Gladbach im Aufsichtsrat der Gesellschaft gewährleistet.

Der Aufsichtsrat setzte sich im Berichtsjahr wie folgt zusammen (Vergütung in Klammern):

Stephan Sandtelmann, Landrat/Vorsitzender	(750 €)
Michael Zalfen, Außendienstler/ stellv. Vors.	(635 €)
Sarah Bähner, Veterinärhomöopathin	(405 €)
Volker Damm, Rentner	(540 €)
Ursula Ehren, Produktionsassistentin	(405 €)

Dipl.-Ing. Petra Holtzmann, Lebensmitteltechnik	(405 €)
Frank Rausch, Mess- und Regeltechniker	(540 €)
Frank Stein, Stadtkämmerer	(540 €)

Lutz Schade, Rechtsanwalt	(270 €)
---------------------------	----------

Benno Wendeler, Direktor Regionalförderung der KSK	(405 €)
Dr. Klaus-Georg Wey, Leitender Regierungsschuldirektor	(540 €)

Im Geschäftsjahr 2019 fanden 3 Sitzungen des Aufsichtsrates statt. Die Aufwandsentschädigungen für den Aufsichtsrat betrugen insgesamt 5.435 €. § 12 LGG fordert, dass 40% der Aufsichtsratsmitglieder Frauen sind. Da es sich bei der Besetzung eines Aufsichtsrates um eine Wahl handelt, sind die Wahlvorschläge entsprechend zu erstellen. Das Wahlergebnis kann und darf von den Wahlvorschlägen abweichen. Bei o.g. Organ wird, auf das Ergebnis der Wahl bezogen, der Mindestfrauenanteil gemäß § 12 Absatz 1 Satz 1 LGG NRW unterschritten.

3. Geschäftsführung

Als alleinige Geschäftsführerin bestellt und im Handelsregister eingetragen ist Frau Sabine Merschjohann, staatlich geprüfte Betriebswirtin mit Fachrichtung Wohnungswirtschaft und Realkredit.

4. Beteiligungsverhältnisse

Das gezeichnete Kapital belief sich bis zum 31.12.2009 auf 4.500.000 €. Dieser ungekürzte Ausweis resultierte daraus, dass die eigenen Anteile als Vermögensgegenstand im Umlaufvermögen i.H.v. 2.263.800 € gegen eine Rücklage für eigenen Anteile ausgewiesen waren. Nach den Vorgaben des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes ist jedoch zwingend eine passivische Kürzung der eigenen Anteile beim gezeichneten Kapital vorzunehmen. Um dieser Vorgabe gerecht zu werden wurde im Jahresabschluss 2010 im Ergebnis folgendes veranlasst:

- Die eigenen Anteile als Vermögensgegenstand im Umlaufvermögen und die hiermit korrespondierende Rücklage für eigene Anteile wurden gestrichen.
- Das gezeichnete Kapital wurde um den Nennwert der eigenen Anteile i.H.v. 1.131.900 € reduziert, während sich die anderen Gewinnrücklagen analog erhöhten.

Am Stammkapital sind die nachstehenden Gesellschafter wie folgt beteiligt:

<u>Gesellschafter</u>	<u>Gesellschaftsanteile in €</u>	<u>in %</u>
Stadt Bergisch Gladbach	1.478.200,-	32,85
Rheinisch-Bergischer Kreis	1.478.200,-	32,85
Zweckverband der KSK Köln	299.950,-	6,67
Kreissparkasse –Kapitalbeteiligung Holding GmbH, Köln	89.900,-	1,99
Gemeinde Kürten	21.850,-	0,49
RBS GmbH (eigene Anteile/ in „Andere Gewinnrücklagen“ enthalten)	1.131.900,-	25,15

Im Dezember 2007 erwarb die Gesellschaft eigene Anteile von den Gesellschaftern zum Ertragswert des Unternehmens für 2.263.800 €

5. Beschäftigte

Neben der Geschäftsführerin wurden in 2019 im Jahresdurchschnitt 14 kaufmännische Mitarbeiter (10 Vollbeschäftigte und 4 Teilzeitbeschäftigte), 2 technische Mitarbeiter, 6 Mitarbeiter im Regiebetrieb/Hauswarte (5 Vollbeschäftigte und 1 Teilzeitbeschäftigte) beschäftigt. Zudem wurden durchschnittlich elf geringfügig Beschäftigte in der Gartenpflege der Liegenschaften und zwei Auszubildende in der Verwaltung eingesetzt.

6. Wirtschaftsprüfer

Die Gesellschaft beauftragte den VDW e.V. mit der Prüfung des Jahresabschlusses 2019.

7. Leistungsbeziehungen zu anderen Gesellschaften an denen die Stadt Bergisch Gladbach beteiligt ist

An den Abfallwirtschaftsbetrieb Bergisch Gladbach wurden 3.606,12 € gezahlt.

8. Geschäftsverlauf/ Lagebericht der Gesellschaft

A. Darstellung des Geschäftsverlaufes und des Geschäftsergebnisses

1. Geschäftstätigkeit

Die Rheinisch-Bergische Siedlungsgesellschaft mbH (RBS) wurde am 13. Mai 1948 mit Sitz in Bergisch Gladbach gegründet. Zweck der Gesellschaft ist vorrangig eine sichere und sozial verantwortbare ökologisch ausgerichtete Wohnungsversorgung der breiten Schichten der Bevölkerung. Die Gesellschaft kann Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen errichten, betreuen, bewirtschaften und verwalten, darunter Eigenheime und Eigentumswohnungen. Neubauten sollen nur im Rheinisch-Bergischen Kreis errichtet werden.

Die Gesellschaft darf auch sonstige Geschäfte betreiben, sofern diese dem Gesellschaftszweck (mittelbar oder unmittelbar) dienlich sind. Die Preisbildung für die Überlassung von Mietwohnungen und die Veräußerung von Wohnungsbauten soll angemessen sein, d.h. eine Kostendeckung einschließlich angemessener Verzinsung des Eigenkapitals sowie die Bildung ausreichender Rücklagen unter Berücksichtigung einer Gesamtrentabilität des Unternehmens ermöglichen.

Heute bewirtschaftet das Unternehmen 1.851 Wohnungen im Rheinisch-Bergischen Kreis.

Der Geschäftssitz befindet sich seit 2017 „An der Gohrsmühle 25“ in 51465 Bergisch Gladbach.

2. Gesamtwirtschaftliche und wohnungswirtschaftliche Rahmenbedingungen

Seit Anfang 2020 hat sich das Coronavirus (COVID-19) weltweit ausgebreitet. Auch in Deutschland hat die Pandemie seit Februar 2020 zu deutlichen Einschnitten sowohl im sozialen, als auch im Wirtschaftsleben geführt. Die langfristigen Folgen sind noch nicht überschaubar, wie auch Destatis vermerkt.

Das deutsche Wirtschaftswachstum ist im Jahr 2019 im zehnten Jahr in Folge gewachsen. Wie das Statistische Bundesamt mitteilt, war das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Jahr 2019 um 0,6 % höher als im Vorjahr, hat damit aber an Schwung verloren. Verglichen mit dem Durchschnittswert der vergangenen zehn Jahre von + 1,3 Prozent ist die deutsche Wirtschaft schwächer gewachsen.

Die Zinsen für Wohnbaufinanzierungen blieben angesichts der expansiven Geldpolitik im Euroraum im Geschäftsjahr 2019 auf einem Rekordtief. Im Anlagebereich gingen in allen Fristigkeiten die Effektivzinssätze zurück; die Kreditinstitute verlangen Negativzinsen oder ein Verwahrgeld für Geldanlagen. Geringfügige Zinserträge gab es nur noch für ältere Bausparverträge.

Das Statistische Bundesamt (Destatis) geht nach einer Schätzung davon aus, dass Ende 2019 rund 200.000 Menschen mehr in Deutschland gelebt haben, als Ende 2018. Mit 83,2 Millionen Menschen erreichte die Einwohnerzahl einen neuen Höchststand. Allerdings wuchs die Bevölkerung deutlich schwächer als in den Jahren 2013 bis 2018. Zudem führt das Bundesamt aus, dass trotz der aktuell steigenden Bevölkerungszahlen die demografische Alterung voranschreitet und das sich der bisher eher als langsam empfundene Prozess sich in naher Zukunft deutlich beschleunigt. Insbesondere würde die Zahl der Menschen im hohen Alter ab 80 Jahre beständig steigen.

Das Durchschnittsalter lag nach Mitteilung von IT-NRW im Rheinisch-Bergischen Kreis wie auch in der Kreisstadt Bergisch Gladbach Ende des Jahres 2018 bei 46 Jahren und damit etwas über dem Durchschnitt in Nordrhein-Westfalen (44 Jahre). Die Region Köln/Bonn mit dem Rheinisch-Bergischen Kreis umfasst eine Fläche von rund 4.400 Quadratkilometern und stellt mit 3,5 Millionen Einwohnern etwa 20 Prozent der Bevölkerung.

Aus diesen Kennzahlen kann ein langfristiger, bezahlbarer und barrierefreier Mietwohnungsbedarf prognostiziert werden.

In Nordrhein-Westfalen ist der Baupreisindex für Wohngebäude (Bauleistungen am Bauwerk) im Februar 2020 um 2,7 Prozent (im Vorjahr um 3,9 Prozent) höher ein Jahr zuvor. Er erreichte einen Stand von 114,4 Punkten (berechnet auf der Basis 2015 = 100, im Vorjahr 111,4). Wie einer Mitteilung von IT.NRW zu entnehmen ist, verteuerten sich die Gerüstbauarbeiten innerhalb eines Jahres um 7,5 Prozent, Abdichtungsarbeiten um 4 Prozent, und bei den Ausbauarbeiten insbesondere die Dämm- und Brandschutzarbeiten an technischen Anlagen um 7,9 Prozent. Neben den steigenden Grundstücks- und Grundstücksnebenkosten, sind diese steigenden Baukosten neben den hohen Anforderungen an den Wärmeschutz und den technischen Gewerken sowie den umfangreichen Bauvorschriften die größten Preistreiber.

Im Jahr 2019 ist die Zahl der Baugenehmigungen in Nordrhein-Westfalen um 3,5 Prozent gestiegen (im Vorjahr um 5,7 Prozent): Die Bauämter genehmigten den Bau von insgesamt 57.298 Wohnungen (Vorjahr 55.492). Dabei stieg die Zahl der Wohnungen Mehrfamilienhäusern um 32.452 (Vorjahr 30.532).

3. Wohnungsbestand zum Bilanzstichtag

Der eigene Bestand der Gesellschaft setzt sich zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2019 aus 1.851 Wohnungen (Vorjahr 1.862), 227 Garagen (Vorjahr 203), 461 Einstellplätzen (Vorjahr 441), unverändert aus drei gewerblichen Einheiten, die als Hausmeisterstandorte genutzt werden, sowie ebenfalls unverändert aus vier sonstigen Einheiten zusammen.

4. Bautätigkeit

Fertiggestellt wurden im Geschäftsjahr 2019 zum einen 13 öffentlich geförderte Wohnungen am Amselweg 1 a in Wermelskirchen auf einem angekauften Grundstück sowie 24 frei finanzierte Wohnungen in der Maria-Juchacz-Straße 8, 10, 12 im Bergisch Gladbacher Stadtteil Paffrath auf einem eigenen Grundstück (Verdichtung durch Wegnahme eines Garagenhofes).

Auf der Grundlage eines mit den Gremien, der Stadtverwaltung Bergisch Gladbach und dem Gestaltungsbeirat der Kommune abgestimmten städtebaulichen Konzeptes für die so genannte „Siedlung Handstraße“ in Bergisch Gladbach wurde nach Abriss der abgängigen Bestandsgebäude im März 2019 mit dem Bau von sechs Mehrfamilienhäusern mit rd. 8.200 m² Wohnfläche begonnen. Die 99 Wohnungen werden sukzessive ab September 2020 bis Mitte 2021 bezugsfertig.

Für die Siedlung „Lerbach“ im Bergisch Gladbacher Stadtteil Heidkamp existiert seit 2012 ein Masterplan, der die Erneuerung der gesamten Siedlung mit bisher 220 Wohnungen vorsieht. In den Jahren 2015 und 2018 wurden die ersten beiden Gebäude mit 37 öffentlich geförderten Wohnungen fertiggestellt, die fast ausschließlich von Mieterinnen und Mietern aus der Siedlung angemietet wurden.

Nach der erfolgreichen Umsiedlung wurden auf gleichen, dann geteilten Grundstück Anfang 2019 24 Wohnungen abgerissen, um unter der Adresse Hexenweg 9 und 11 Platz für neue 42 Wohneinheiten zu schaffen. Der Abriss weiterer 20 Wohnungen in der Straße Zu den Sieben Zwergen hat ebenfalls in 2019 den Baubeginn für zwei

weitere Häuser mit insgesamt 21 Wohnungen ermöglicht, die der Mietpreisbindung unterliegen werden.

Die vier Häuser werden voraussichtlich im Zeitraum März 2021 bis Juli 2021 fertiggestellt.

Unter der Adresse Am Broich 7 in zentraler Lage in der Kreisstadt entstehen nach einem Rückbau von 6 abgängigen Wohnungen 15 neue Einheiten, barrierefrei und mit deutlich mehr Wohnfläche als zuvor.

Ende des Jahres 2019 konnten die ersten vorbereitenden Maßnahmen für den Bau des Mehrfamilienhauses mit 16 Wohnungen im Schmiedeweg in Rösrath getroffen werden, die Fertigstellung der öffentlich geförderten Wohnungen ist für das I. Quartal 2021 avisiert.

Der Baubeginn für den Neubau eines Mehrfamilienhauses und vier Doppelhaushälften mit insgesamt 34 Wohnungen in Kürten-Dürscheid, Wipperfürther Straße, wird im II. Quartal 2020 sein.

Der Erwerb einer abgängigen Bestandsimmobilie in der Hauptstraße 310 in Bergisch Gladbach ermöglichte den Abriss des Gebäudes Anfang des Jahres 2020. Mit einem Baubeginn wird frühestens Ende des Jahres 2020 gerechnet. Etwa 20 Wohnungen sollen hier innenstadtnah entstehen.

Zu Beginn des Jahres 2020 konnte eine energetische Sanierungsmaßnahme am und im Bestandsgebäude Handstraße 309 in Bergisch Gladbach (Wärmedämmung von Fassade, Dach und Kellerdecke, Erneuerung der Fenster, Wohnungseingangstüren, Thermen u.ä.) mit einer Gesamtinvestition von etwa T€ 500 abgeschlossen werden. Da das Objekt aus dem Baujahr 1976 noch der Mietpreisbindung unterliegt, wurden erneut Landesmittel zur Finanzierung der Kosten in Anspruch genommen.

5. Instandhaltungsmaßnahmen

Im Jahre 2019 wurden T€ 2.300 (Vorjahr T€ 1.927) an Fremdkosten für die Instandsetzung und Instandhaltung der Mietobjekte aufgewandt.

Über die Hälfte des Betrages wurde für die laufenden Instandhaltung einschließlich umfassender Wohnungssanierungen verausgabt. Darüber hinaus wurden größere Projekte im Bereich der Erneuerung von Fassaden- und Treppenhausanstrichen (Ahornweg, Platzer Höhenweg) durchgeführt sowie der Austausch von zentralen Heizkesseln und dezentralen Thermen veranlasst und Balkone saniert.

Die Gesamtausgaben für Instandhaltung einschließlich verrechneter Personal- und Sachkosten betragen im Jahr 2019 T€ 2.744 (Vorjahr T€ 2.365).

Abzüglich erstatteter Kosten durch Versicherungen und Mieter in Höhe von T€ 53 (Vorjahr T€ 67) beliefen sich die Kosten im Jahr 2019 auf rd. T€ 2.691 (im Vorjahr T€ 2.298) oder umgerechnet auf rd. € 23,20 (im Vorjahr rd. € 19,90) je qm Wohnfläche.

6. Wohnungsbewirtschaftung

Die Mieterträge betrugen im Jahr 2019 T€ 8.842 (Vorjahr: T€ 8.542) und sind damit um 3,1 Prozent gestiegen, (Vorjahr + 0,3 Prozent). Die durchschnittliche Unternehmensmiete liegt damit nettokalt bei € 6,34 m²/Wfl. monatlich (Vorjahr € 6,15 m²/Wfl. monatlich).

Die Erträge aus bereits abgeschriebenen Forderungen haben sich mit T€ 42 im Vergleich zum vorherigen Jahr (T€ 23) erhöht.

Im Jahre 2019 wurden 121 Wohnungen (Vorjahr: 116 Wohnungen) gekündigt, so dass stichtagsbezogen eine Fluktuation von 6,5 Prozent (Vorjahr 6,2 Prozent) zu verzeichnen ist.

Unter Berücksichtigung von weiteren 21 Wohnungen (Vorjahr 48 Wohnungen), die zur Vorbereitung von Abrissmaßnahmen (Handstraße, Lerbach) freigezogen werden und leer bleiben, betrüge die Mieterwechselquote für alle Auszüge bezogen auf den Gesamtbestand 7,7 Prozent (Vorjahr 8,8 Prozent).

Zum Stichtag 31. Dezember 2019 standen 75 Wohnungen leer (Vorjahr 36 Wohnungen), davon renovierungs-/modernisierungsbedingt 22 Wohnungen (Vorjahr 10 Wohnungen), sieben Wohnungen temporär im Neubau und 43 Wohnungen als geplanter Leerstand wegen weiterer Abrissmaßnahmen (Vorjahr 22).

B. Darstellung der Lage

1. Vermögens- und Finanzlage

Strukturbilanz

	31.12.2019		31.12.2018		Veränderung
	T€	%	T€	%	T€
Vermögensstruktur					
Anlagevermögen	73.382	90,9	66.564	85,1	6.818
Umlaufvermögen einschließlich Rechnungsabgrenzungsposten	7.352	9,1	11.690	14,9	- 4.338
Gesamtvermögen	80.734	100,0	78.254	100,0	2.480
Kapitalstruktur					
Eigenkapital	29.672	36,8	28.567	36,5	1.105
Fremdkapital (langfristig)	44.826	55,5	44.287	56,6	539
Rückstellungen und Verbindlichkeiten (kurzfristig)	6.236	7,7	5.400	6,9	836
Gesamtkapital	80.734	100,0	78.254	100,0	2.480

Die Bilanzsumme hat sich gegenüber dem Vorjahr um T€ 2.480, mithin um etwa 3,2 Prozent auf den Betrag von T€ 80.734 (Vorjahr 78.254) erhöht.

Beim Anlagevermögen ergab sich ein Zugang um T€ 6.818. Den Investitionen von T€ 8.663 stehen planmäßige Abschreibungen von T€ 1.829, einer außerplanmäßigen Abschreibung von T€ 12 und ein Abgang bei den Bauvorbereitungskosten mit T€ 4 gegenüber.

Das Umlaufvermögen einschließlich Rechnungsabgrenzungsposten verringerte sich gegenüber dem Vorjahr um T€ 4.338. Dies ergibt sich im Wesentlichen aus der Abnahme des Finanzmittelbestandes um T€ 4.238 bei gleichzeitiger Verringerung mehrerer anderer Positionen, wie die Forderungen aus Vermietung, der sonstigen Vermögensgegenstände und der Geldbeschaffungskosten.

Der Anteil des langfristigen Eigenkapitals der Gesellschaft am Gesamtkapital beläuft sich zum 31. Dezember 2019 auf 36,8 Prozent (Vorjahr 36,5 Prozent) und stieg damit absolut um T€ 1.105 (Vorjahr um T€ 1.018).

Das Fremdkapital erhöhte sich um T€ 539. Den Darlehenszugängen von T€ 2.755 stehen planmäßige Tilgungen von T€ 1.913 und Tilgungsnachlässe von T€ 303 gegenüber.

Die Rückstellungen und weiteren Verbindlichkeiten wuchsen um T€ 836 auf insgesamt T€ 6.236. Sie haben am Stichtag 31. Dezember 2019 einen Anteil von 7,7 Prozent (Vorjahr 6,9 Prozent) an der Bilanzsumme.

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sind stichtagsbedingt um T€ 520 gestiegen, insbesondere, da Verbindlichkeiten aufgrund der größeren Bauleistungen ausgewiesen werden.

In den sonstigen Rückstellungen sind insbesondere die Rückstellungen für Betriebskosten (T€ 70), für die Kosten der Prüfung des Jahresabschlusses und (Steuer-) Beratung (T€ 31), Urlaubs-/Zeitguthabenrückstellungen, eigene Jahresabschlusskosten und für einen Mietrechtsprozess enthalten.

Die vorgesehene Ausschüttung wird in der Strukturbilanz unter den kurzfristigen Verbindlichkeiten ausgewiesen.

Aus der Kapitalflussrechnung ergibt sich ein Cashflow (Jahresüberschuss + Abschreibung + Veränderungen der langfristigen Rückstellungen) von T€ 3.184. Er ist damit gegenüber dem Vorjahr (T€ 3.257) etwas geringer geworden. Der Cashflow aus der Investition- und Finanzierungstätigkeit beträgt T€ - 8.663 (Vorjahr T€ - 6.537) bzw. 572 (Vorjahr T€ 2.891).

Die langfristigen Vermögenswerte waren zum 31. Dezember 2019 in voller Höhe durch Eigenkapital und langfristige Fremdmittel gedeckt.

Zum Stichtag bestehen fest zugesagte Kreditlinien in Höhe von € 253.100.

Die Gesellschaft hat im Geschäftsjahr 2019 jederzeit ihre finanziellen Verpflichtungen erfüllt.

Unter Einbeziehung der Finanzplanung ist die Zahlungsbereitschaft des Unternehmens für das Geschäftsjahr 2020, sowie mittel- und langfristig sichergestellt.

Die Entwicklung der Finanz- und Vermögenslage der RBS verlief im Geschäftsjahr günstig.

Investitionen werden durch die objektbezogene Aufnahme von Fremdmitteln auf dem Kapitalmarkt und durch öffentliche Mittel des Landes Nordrhein-Westfalen oder der Kreditanstalt für Wiederaufbau sowie durch den Einsatz von Eigenkapital finanziert.

2. Ertragslage

Die Gesellschaft schließt das Geschäftsjahr 2019 mit einem Jahresüberschuss in Höhe von € 1.374.539,87 (Vorjahr: € 1.287.872,71) ab.

Zusammengefasst stellt sich die Ertragslage nach Teilbereichen wie folgt dar:

	2019 T€	2018 T€	Veränderung T€
Ergebnis aus der Hausbewirtschaftung	+ 1.928	+ 2.356	- 428
Bau- und Modernisierungstätigkeit	- 57	- 20	- 37
Sonstige ordentliche Geschäftsvorfälle	- 36	- 33	- 3
Finanzergebnis	+ 5	+ 5	0
Neutrales Ergebnis	- 373	- 959	+ 586
Steuern vom Einkommen und Ertrag	- 92	- 61	- 31
Jahresüberschuss	+ 1.375	+ 1.288	- 87

Das gegenüber dem Vorjahr um T€ 428 niedrigere Ergebnis aus der Hausbewirtschaftung resultiert insbesondere aus den höheren Aufwendungen für bezogene Lieferungen und Leistungen (höhere Ausgaben für Instandhaltung), höheren Verwaltungskosten und gestiegene Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Mietforderungen.

Mehrerträge ergaben sich aus der Fertigstellung und Vermietung der Neubaumaßnahmen mit T€ 117, der Anpassung an die ortsübliche Vergleichsmiete nach § 558 des Bürgerlichen Gesetzbuches T€ 19 (Vorjahr T€ 62), der Ausschöpfung der Mieterhöhungsmöglichkeiten bei den öffentlich geförderten Wohnungen gemäß II. Berechnungsverordnung in Höhe von T€ 2 (Vorjahr T€ 2).

Mindererträge gab es insbesondere durch Leerstände wegen geplanten Abrisses (Siedlung Lerbach,) mit insgesamt T€ 21 (Vorjahr T€ 81).

Die Mietausfälle insgesamt (Erlösschmälerungen wegen Leerstand, Mietminderungen, Abschreibungen auf Forderungen, Kosten für Miet- und Räumungsklagen verrechnet mit Erträgen aus bereits abgeschriebenen Forderungen) betragen T€ 342 mithin 2,8 Prozent der Sollmieten und Umlagen (Vorjahr T€ 230 und 1,9 Prozent der Sollmieten und Umlagen).

Dabei haben sich die Leerstandskosten aufgrund von Sanierungsmaßnahmen in den Wohnungen, aber insbesondere von geplanten Entmietungen mit T€ 305 im Vergleich zum Vorjahr (T€ 182) deutlich erhöht.

Die Abschreibungen auf Mietforderungen liegen in 2019 bei T€ 80 und sind damit gegenüber dem letzten Jahr gestiegen (Vorjahr T€ 71).

Den aktivierten Eigenleistungen von T€ 97 stehen Personal- und Sachkosten in Höhe von T€ 153 gegenüber.

Im negativen neutralen Ergebnis werden die Erträge aus früheren Jahren den Aufwendungen für Abbruchkosten (Zu den Sieben Zwergen, Hexenweg, Froschkönig), der außerplanmäßigen Abschreibung wegen Abbruchabsicht und ähnlichem gegenübergestellt.

Die Zinserträge belaufen sich auf T€ 5.

Die positive Abweichung zwischen dem prognostizierten Jahresüberschuss 2019 (rd. TEUR 1.125) und dem tatsächlichen Jahresüberschuss resultiert aus den geringeren Grundstücksaufwendungen (Abrisskosten) und Kosten für Mieterumzüge, hingegen sind die tatsächlichen Verwaltungskosten insbesondere wegen der Umstellung des ERP-System und höherer Raumkosten gestiegen, aber auch die Aufwendungen für die Bauversicherungen und die Nebenkosten der Geldbeschaffung.

Die Ertragslage wird auch künftig im Wesentlichen von der Hausbewirtschaftung bestimmt.

Zudem werden Effekte aus der geplanten Neubautätigkeit zu verzeichnen sein.

Die Ertragslage des Unternehmens ist gesichert; die Entwicklung der Ertragslage im Geschäftsjahr verlief insgesamt günstig.

C. Finanzielle Leistungsindikatoren

Folgende Leistungsindikatoren werden betrachtet:

Kennzahl	Definition		2019	2018
Jahresüberschuss	Differenz aus Erträgen und Aufwendungen gemäß G + V (nach Steuern)	T€	1.375	1.288
Eigenkapitalquote	langfristiges Eigenkapital Bilanzsumme am 31.12.	%	36,8	36,5
Eigenkapitalrentabilität	Jahresüberschuss vor Ertragssteuern Eigenkapital am 31.12.	%	4,9	4,7
Cashflow	Jahresüberschuss + Abschreibungen + Veränderungen Rückstellungen	T€	3.184	3.257
Erlösschmälerungen	Mietausfälle wg. Leerstand, Mietminderung, Eigennutzung: Wohnfläche	EUR/m²/mtl.	0,22	0,13
durchschnittliche Sollmiete	Sollmiete Wohnfläche: 12 Monate	EUR/m²/mtl.	6,34	6,15
Fluktuationsquote	Anzahl der Mieterwechsel Anzahl der der Wohnungen	%	6,5	6,2
Leerstandsquote	Anzahl der leerstehenden Einheiten Anzahl der Einheiten insgesamt	%	4,0	1,9

D. Voraussichtliche Entwicklung

Die Geschäftstätigkeit der RBS war im Berichtsjahr 2019 weiterhin auf das Kerngeschäft der Bewirtschaftung der eigenen Bestände ausgerichtet. Zudem wird die Neubautätigkeit deutlich erhöht, was wesentlich von den Möglichkeiten der Beschaffung von Grundstücken abhängt.

Als Ziel wurde der Neubau von etwa 300 Wohnungen in den nächsten fünf Jahren, darüber hinaus in einem Zeitraum von etwa weiteren drei Jahren etwa weiterer 200 Wohnungen definiert.

In der „Märchensiedlung“ („Lerbach“) wurde bereits vor Jahren ein Konzept zur mittel- bzw. langfristigen Verdichtung durch Abriss und Neubau entwickelt, wobei eine zunehmend dynamische Umsetzung erfolgt.

Für das Kerngeschäft und einer möglichen Erweiterung der Bestände des Unternehmens ist die Haushalts- und Bevölkerungsentwicklung von wesentlicher strategischer Bedeutung- ebenso die soziale und die Einkommensentwicklung.

E. Chancen und Risikobericht

Seit Anfang 2020 hat sich das Coronavirus (COVID-19) weltweit ausgebreitet. Auch in Deutschland hat die Pandemie seit Februar 2020 zu deutlichen Einschnitten sowohl im sozialen, als auch im Wirtschaftsleben geführt. Von einer Eintrübung der gesamtwirtschaftlichen Lage ist also auszugehen.

Die Geschwindigkeit der Entwicklung macht es schwierig, die Auswirkung zuverlässig einzuschätzen; es ist jedoch mit Risiken für den zukünftigen Geschäftsverlauf zu rechnen.

Zu nennen sind Risiken aus der Verzögerung bei der Durchführung von Instandhaltungs-, Modernisierungs- und Baumaßnahmen verbunden mit dem Risiko von Kostensteigerungen und der Verzögerung von geplanten Einnahmen. Darüber hinaus ist auch von einem Anstieg der Mietausfälle auszugehen, da der Gesetzgeber für einen befristeten Zeitraum einen Kündigungsausschluss beschlossen hat.

Anhand der bereits vor einigen Jahren identifizierten, bewerteten und überwachten Risiken ist das Unternehmen in normalen Zeiten in der Lage, negative Entwicklungen rechtzeitig zu erkennen und geeignete Steuerungsmaßnahmen zu ergreifen.

Der Aufsichtsrat wird aufgrund des Gesetzes zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KontraG) über die Entwicklungen und bestehende Geschäftsrisiken regelmäßig in vertrauensvoller Zusammenarbeit informiert.

Die Bewirtschaftung des eigenen Wohnungsbestandes bildet den Schwerpunkt der Tätigkeit des Unternehmens. Deshalb kommen den Entwicklungen und Risiken in diesem Bereich die größte Bedeutung zu.

Die Darlehenskonditionen befanden sich im Jahr 2019 weiterhin auf niedrigem Niveau; für die Zukunft bestehen deshalb in besonderem Maße Zinsänderungsrisiken:

Darüber hinaus bestehen Risiken bei Änderungen der Förderbestimmungen auf Landes- und Bundesebene.

Üblicherweise können auch zukünftige Änderungen gesetzlicher Vorschriften im Miet-, Bau- oder Steuerrecht die Ertragslage des Unternehmens beeinflussen. Die demografische Entwicklung im Rheinisch-Bergischen Kreis und seinem Umfeld wird Auswirkungen auf das Unternehmen haben. Allein die Anpassung der Bestände an die Wohnansprüche der älteren Menschen wird mittelfristig erhebliche Kosten verursachen.

Aus dem unternehmerischen Handeln der RBS erwachsen jedoch nicht nur Risiken. Vielmehr eröffnen sich aufgrund der umfassenden energetischen Vitalisierung der Bestände Chancen für die Zukunft. Die Investitionspolitik ist für die nächsten Jahre als Risikobelastung für die Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage zu sehen.

Allerdings steigert sich zum einen der Unternehmenswert durch die Investitionen, zum anderen bleiben die Wohnungen aufgrund der besseren Ausstattung und der Senkung der Heizkosten marktfähig.

Schließlich hat sich die Organisationsstruktur im Unternehmen bewährt. Gut ausgebildete und engagierte Arbeitnehmer/-innen sind auch künftig für die Bewältigung der Aufgaben erforderlich.

F. Prognosebericht

Eine Vielzahl von Faktoren, die das Geschäft der RBS beeinflussen können, liegt außerhalb des Einflussbereiches der RBS. Die nachfolgenden Aussagen werden aus heutiger Sicht getroffen und bergen damit naturgemäß Ungewissheiten.

Den wesentlichen Schwerpunkt der Planungsrechnungen der Gesellschaft bildet die Entwicklung des Hauptgeschäftsfeldes der RBS – die Bewirtschaftung des eigenen Wohnungsbestandes.

Die Zahlungsfähigkeit und Zahlungswilligkeit der Kunden – der aktuellen und künftigen Mieterinnen und Mieter - wirkt sich entscheidend auf das wirtschaftliche Ergebnis aus, da die Nettokaltmiete die einzige Einnahmequelle des Unternehmens darstellt.

In den Jahren 2019 und 2020 wurde zunächst weiterhin mit einer konstanten Ertragslage gerechnet. Die Wirtschaftspläne zeigten geringe Ertragssteigerung auf, insbesondere durch den geplanten Rückbau in zwei Siedlungsbeständen bis zur Neuschaffung der Wohnungen.

Der Liquiditätsplan für das Geschäftsjahr 2020 unterliegt der laufenden Überwachung.

Eine Überprüfung der Pläne erfolgt regelmäßig, da das Investitionsvolumen durch den Markt – nämlich dem erfolgreichen Erwerb von Grundstücken – wesentlich beeinflusst wird. Zudem ist die Geschwindigkeit der Umsetzung der bereits beschlossenen Projekte von zahlreichen Faktoren, wie Änderung der Landesbauordnung,

Baugenehmigungsverfahren, Ausschreibungsergebnisse insbesondere aber der Entmietung von Beständen abhängig.

Den Mieterträgen stehen geringere Aufwendungen im Bereich der Instandsetzung und Instandhaltung gegenüber. Die Zinserträge sind nicht mehr erwähnenswert. Durch Prolongationen in der Niedrigzinsphase konnten die Zinsaufwendungen für die Bestandsdarlehen des Kapitalmarktes für die nächsten Jahre deutlich reduziert werden; andererseits erfolgen Neuaufnahmen von Wohnungsbaudarlehen.

Nach dem Wirtschaftsplan wird für 2020 mit einem Jahresüberschuss von rd. T€ 1.025 gerechnet, im Jahr 2021 etwa mit rd. T€ 1.140.

Die Ergebnisse werden in den nächsten Jahren von dem Aufwand für den tatsächlichen Rückbau von Gebäuden (Abriss für verdichteten Neubau) beeinflusst. Die Wirtschaftspläne werden nach Planungsfortschritt auf Aktualität überprüft.

Die durchschnittliche Sollmiete wird sich bei einer leichten Steigerung gegenüber dem Vorjahr weiterhin auf vergleichsweise niedrigem Niveau bewegen. Auch in 2020 wird davon ausgegangen, dass bis auf vereinzelte Leerstände eine Vollvermietung der Wohnungsbestände erreicht wird. Die geplanten Leerstände werden im Wirtschafts- und Finanzplan berücksichtigt.

Die Vermögens- und Finanzlage wird sich wie in den vergangenen Jahren prognostiziert und eingetreten in den nächsten beiden Jahren weiterhin als stabil erweisen.

Investitionen in Neubauprojekte werden über einen Zeitraum von fünfzig Jahren dargestellt.

Ein Zinsänderungsrisiko besteht im langfristigen Zeitraum, nicht kurz- und mittelfristig.

Die tatsächlichen Ergebnisse können wesentlich von den Erwartungen über die voraussichtliche Entwicklung abweichen. Diesbezüglich wird auf die Eingangsbemerkung verwiesen.

Wirtschaftliche Daten der Rheinisch-Bergischen Siedlungsgesellschaft

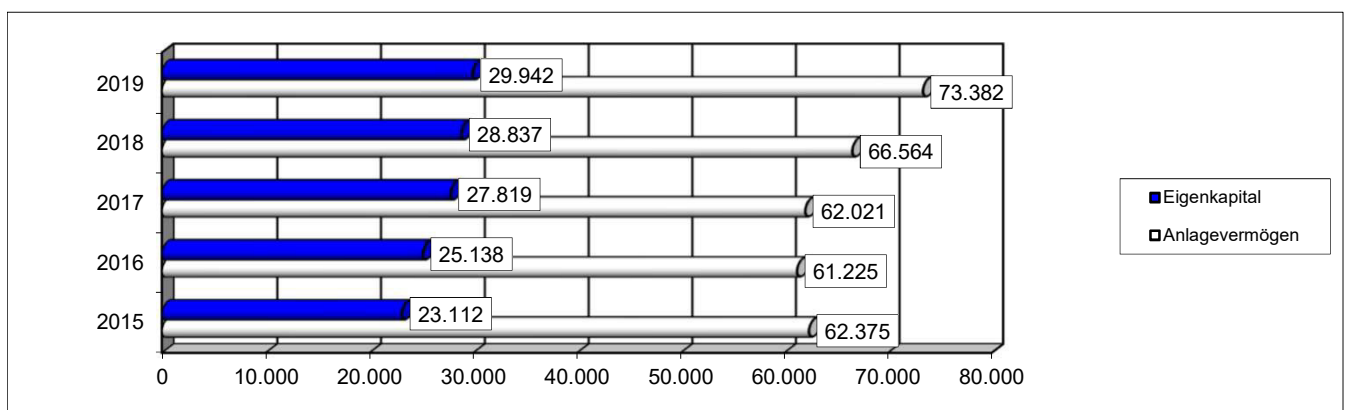
Entwicklung der Bilanz im 5-Jahresvergleich (Geschäftsjahre 2015 - 2019)

Angaben in **TEUR**

AKTIVA	2015	2016	2017	2018	2019	Veränderung
Immaterielle Vermögensgegenstände	1	1	61	106	138	32
Sachanlagen	62.374	61.224	61.960	66.458	73.244	6.786
Finanzanlagen						0
Anlagevermögen	62.375	61.225	62.021	66.564	73.382	6.818
Unfertige Leistungen	3.556	3.544	3.455	3.211	3.362	151
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	84	64	104	362	533	171
Sonstige Wertpapiere	0	0	0	0	0	0
Flüssige Mittel	3.572	7.867	8.597	8.092	3.435	-4.657
Umlaufvermögen	7.212	11.475	12.156	11.665	7.330	-4.335
Rechnungsabgrenzungsposten	20	16	21	25	22	-3
Bilanzsumme	69.607	72.716	74.198	78.254	80.734	2.480

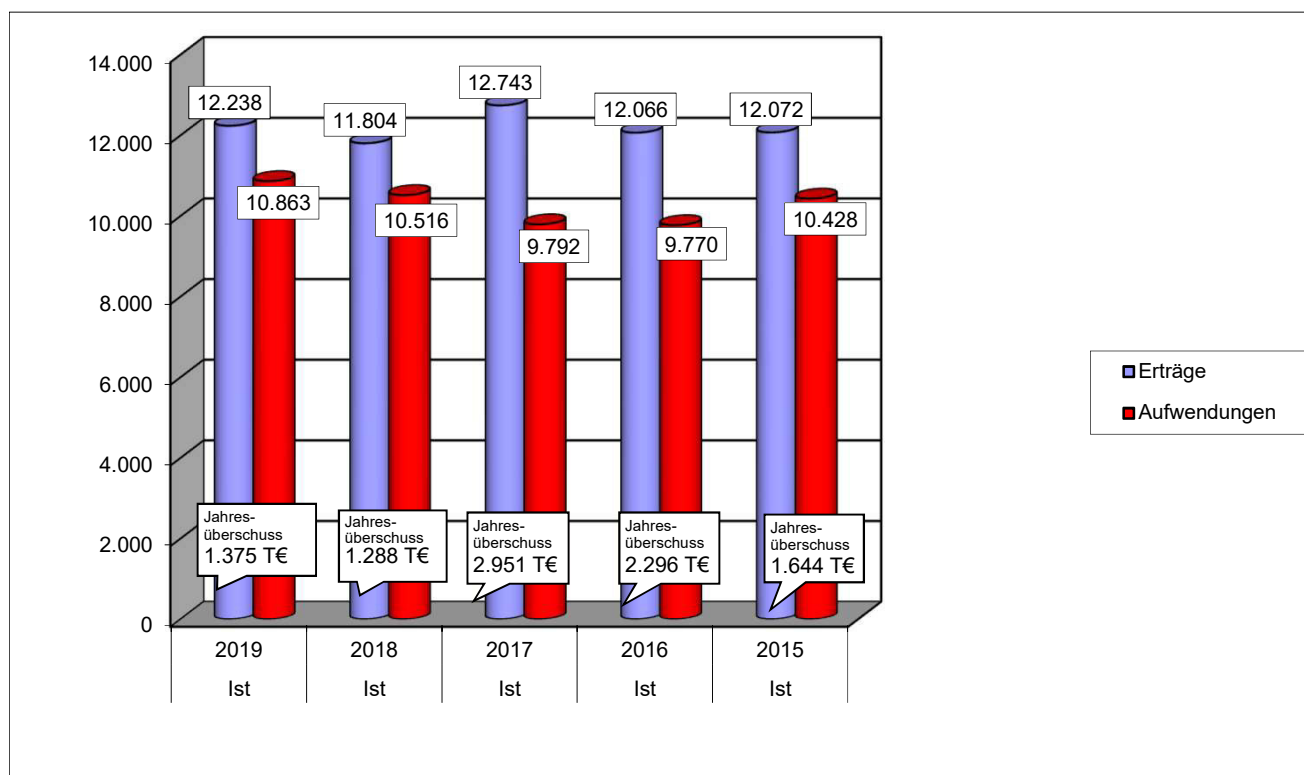
PASSIVA	2015	2016	2017	2018	2019	Veränderung
gez. Kapital	3.368	3.368	3.368	3.368	3.368	0
Gewinnrücklagen	18.100	19.474	21.500	24.181	25.199	1.018
Bilanzgewinn (ohne Dividende)	1.644	2.296	2.951	1.288	1.375	87
Eigenkapital	23.112	25.138	27.819	28.837	29.942	1.105
Rückstellungen	253	244	151	169	203	34
Verbindlichkeiten	46.152	47.255	46.154	48.551	49.688	1.137
Rechnungsabgrenzungsposten	90	79	74	697	901	204
Bilanzsumme	69.607	72.716	74.198	78.254	80.734	2.480

Finanzierung des Anlagevermögens durch Eigenkapital (Angaben in TEUR)



Gewinn- und Verlustrechnung der Rheinisch-Bergischen Siedlungsgesellschaft mbH

in TEUR	Plan 2019	Ist 2019	Ist 2018	Ist 2017	Ist 2016	Ist 2015	Ist 19/ Ist 18
1. Umsatzerlöse	11.760	11.830	11.843	11.954	11.949	11.713	-13
2. Erhöhung des Bestandes an unfertigen Leistungen	160	244	-243	-91	-1	225	487
3. Sonstige betriebliche Erträge	210	159	199	875	114	130	-40
4. Betriebliche Erträge (1+2+3)	12.130	12.233	11.799	12.738	12.062	12.068	434
5. Personalaufwand	-1.480	-1.475	-1.402	-1.339	-1.222	-1.176	-73
6. Aufwendungen f. bezogene Leistungen	-5.090	-5.347	-4.702	-4.525	-4.946	-5.820	-645
7. Abschreibungen	-2.070	-1.841	-1.994	-1.818	-1.632	-1.661	153
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-985	-995	-1.215	-713	-457	-399	220
9. Betriebsaufwand (5+6+7+8)	-9.625	-9.658	-9.313	-8.395	-8.257	-9.056	-345
10. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	5	5	5	5	4	4	0
11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-800	-777	-800	-802	-862	-903	23
12. Finanzergebnis (10+11)	-795	-772	-795	-797	-858	-899	23
13. Ergebnis vor Steuern (4+9+12)	1.710	1.803	1.691	3.546	2.947	2.113	112
14. Steuern vom Einkommen und Ertrag	-225	-92	-62	-268	-325	-181	-30
15. Sonstige Steuern	-360	-336	-341	-327	-326	-288	5
16. Jahresüberschuss (13+14+15)	1.125	1.375	1.288	2.951	2.296	1.644	87

Entwicklung Erträge/Aufwendungen (Angaben in TEUR)

Kennzahlen im Überblick/Rhein.Berg.Siedlungsgesellschaft mbH

	2015	2016	2017	2018	2019
1. Vermögenslage					
Anlagenintensität in %	89,6%	84,2%	83,6%	85,1%	90,9%
Umlaufintensität in %	10,4%	15,8%	16,4%	14,9%	9,1%
Investitionsquote	0,9%	0,8%	4,4%	9,8%	11,8%
Reinvestitionsquote	35,4%	29,5%	151,4%	327,8%	470,6%
2. Finanzlage					
Eigenkapitalquote in %	33,2%	34,6%	37,5%	36,9%	37,1%
Fremdkapitalquote in %	66,8%	65,4%	62,5%	63,1%	62,9%
Anlagendeckung I in %	37,1%	41,1%	44,9%	43,3%	40,8%
Cashflow aus lfd. Geschäftstätigkeit	3.331 T€	3.946 T€	4.436 T€	3.139 T€	3.434 T€
3. Ertragslage					
Umsatzrentabilität in %	15,5%	22,6%	23,7%	19,4%	15,5%
Eigenkapitalrentabilität in %	7,1%	9,1%	10,6%	4,5%	4,6%
Gesamtkapitalrentabilität in %	3,9%	3,7%	4,0%	1,6%	1,7%
4. Erfolgskennzahl					
Personalintensität in %	10,0%	10,2%	11,2%	11,8%	12,5%
Finanzielle Auswirkungen auf den Haushalt/ Ertrag					
ausgezahlte Nettodividende für jeweiliges Vorjahr	99.746 €	99.746 €	99.746 €	99.746 €	99.746 €

Stadtbahngesellschaft Rhein-Sieg mbH i.L.

1. Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Firma	Stadtbahngesellschaft Rhein-Sieg mbH (SRS i.L.)
Sitz	Scheidtweilerstrasse 38, 50933 Köln
Gründung	17.05.1974
Gesellschaftsvertrag	Fassung vom 21.12.2009
Handelsregister	HRB 6597 beim Amtsgericht Köln
Geschäftsjahr	Kalenderjahr

2. Zweck der Gesellschaft

Gegenstand des Unternehmens sind Planung, Bau und Betrieb einer Stadtbahn sowie der P+R- bzw. B+R-Anlagen im Verkehrsraum Köln/Bonn. Zur Planung und Bauausführung innerhalb des jeweiligen Gemeindegebietes bedient sich die Gesellschaft der betroffenen Gemeinde; diese ist verpflichtet, die von der Gesellschaft festgelegten allgemeinen Richtlinien zu beachten. Sie wird den Betrieb der Stadtbahn, soweit dass mit der Zweckbestimmung des Unternehmens vereinbar und wirtschaftlich ist, auf einzelne Nahverkehrsbetriebe oder Regionalgesellschaften übertragen.

3. Zusammensetzung der Organe

3.1 Gesellschafterversammlung

Im Jahre 2019 fand eine Gesellschafterversammlung statt.

3.2 Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat wurde im Geschäftsjahr 2010 aufgelöst, da der Gesellschaftsvertrag mit Beschluss vom 21.12.2009 neu gefasst wurde. Die Eintragung der Änderung erfolgte am 02.03.2010 im Handelsregister.

3.3 Geschäftsführer

Die Geschäftsführung besteht gemäß §13 des Gesellschaftsvertrages aus mindestens zwei Geschäftsführern. Die Gesellschaft wurde durch zwei Geschäftsführer gemeinsam oder durch einen Geschäftsführer zusammen mit einem Prokuristen vertreten.

Die Geschäftsführung oblag in 2019 Herrn Andre Seppelt und Herrn Jörn Schwarze.

Im Berichtsjahr 2019 beliefen sich die Bezüge der Geschäftsführer auf je 6.646,77 €.

4. Beteiligungsverhältnisse

Das gezeichnete Kapital ist voll einbezahlt und beträgt **778.240 €**.

Die Beteiligungsverhältnisse stellen sich wie folgt dar:

<u>Gesellschafter</u>	<u>Gesellschafteranteile in €</u>	<u>in %</u>
Stadt Köln	389.120,-	50,00
Bundesstadt Bonn	158.720,-	20,39
Stadt Bergisch Gladbach	25.600,-	3,29
Stadt Brühl	25.600,-	3,29
Stadt Königswinter	20.480,-	2,63
Stadt Siegburg	20.480,-	2,63
Stadt Sankt Augustin	20.480,-	2,63
Stadt Bad Honnef	15.360,-	1,97
Stadt Bornheim	15.360,-	1,97
Stadt Wesseling	15.360,-	1,97
Stadt Hürth	30.720,-	3,95
Gemeinde Alfter	10.240,-	1,32
Rhein-Erft-Kreis	10.240,-	1,32
Rhein-Sieg-Kreis	10.240,-	1,32
Stadt Niederkassel	10.240,-	1,32
Gesamt	778.240,-	100,00

5. Beschäftigte

In 2019 wurden durchschnittlich drei Mitarbeiter (davon 2 Geschäftsführer/Liquidatoren) beschäftigt.

6. Wirtschaftsprüfer

Die Gesellschaft beauftragte die West-Rhein-Treuhand Zacharias & Demmer oHG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft mit der Prüfung des Jahresabschlusses.

7. Leistungsbeziehungen zu anderen Gesellschaften an denen die Stadt Bergisch Gladbach beteiligt ist

In 2019 lagen keine entsprechenden Leistungsbeziehungen vor.

8. Geschäftsverlauf/ Lagebericht der Gesellschaft

Geschäftsentwicklung

Im Jahr 1974 wurde die Stadtbahngesellschaft Rhein-Sieg mbH gegründet, um den kommunalen schienengebundenen öffentlichen Personennahverkehr im Verkehrsgebiet Rhein-Sieg zu fördern.

Die öffentliche Zwecksetzung der Gesellschaft ist nach dem Gesellschaftsvertrag die Planung, der Bau und der Betrieb einer Stadtbahn im Verkehrsraum Köln - Bonn. Auf den Teilbereich Betrieb ist bisher verzichtet worden; dieser wird von den drei in der Region tätigen kommunalen Schienenverkehrsunternehmen durchgeführt.

Aufgrund veränderter Rahmenbedingungen im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) hat sich die wirtschaftliche Entwicklung der Gesellschaft in den letzten Jahren verschlechtert.

Die Realisierung der Investitionen in die Ergänzung, Vervollständigung und Qualitätsverbesserung der bestehenden Verkehrsnetze wurde durch die angespannte finanzielle Lage des öffentlichen Sektors beeinflusst.

Die Tatsache, dass sich keine wesentlichen Veränderungen in den nächsten Jahren und keine neuen Investitions- und Zuschussmaßnahmen abzeichneten, führte dazu, dass die Gesellschafterversammlung im Dezember 2007 einstimmig die Auflösung der Gesellschaft mit Wirkung ab dem 01. Januar 2008 beschloss. Die beiden Geschäftsführer der Gesellschaft wurden zu Liquidatoren bestellt und beauftragt, alle erforderlichen Schritte einzuleiten.

Die Liquidation wurde zur Eintragung in das Handelsregister angemeldet und zu drei verschiedenen Terminen (28.03.2008, 31.03.2008 und 01.04.2008) im Bundesanzeiger veröffentlicht. Mit der dritten Bekanntmachung begann das Sperrjahr, in dem sich Gläubiger der Gesellschaft melden können, um eventuelle Ansprüche geltend zu machen. Das Sperrjahr endete am 01.04.2009.

Die Aufgabe der Liquidatoren ist es, die laufenden Geschäfte zu beenden und die Gesellschaft geordnet abzuwickeln.

Ab dem 01.01.2009 wurde die Gesellschaft im Wesentlichen personallos gestellt. Bis auf die beiden Liquidatoren und einen Prokuristen beschäftigt die Gesellschaft kein eigenes Personal mehr. Die weiterhin anfallenden verwaltungs- und zuwendungsrechtlichen Aufgaben werden ab 2009 im Rahmen eines Geschäftsbesorgungsvertrages durch die Kölner Verkehrs-Betriebe AG (KVB AG) und im geringen Umfang auch durch die Stadtwerke Bonn Verkehrs-GmbH (SWBV-GmbH) durchgeführt.

Im Geschäftsjahr 2019 ist die Gesellschaft ihrer ursprünglichen öffentlichen Zwecksetzung durch die bauliche und zuschusstechnische Restabwicklung der Fördermaßnahmen nachgekommen.

Ertrag und Aufwand

Die Umsatzerlöse der Gesellschaft in 2019 resultieren aus dem Bau der Park & Ride – Anlage Weiden – West. Da die weiterberechneten Aufwendungen für diese Anlage in Vorjahren aktiviert wurden, ergaben sich Bestandsverminderungen in entsprechender Höhe.

Sonstigen betrieblichen Erträgen von TEUR 1 stehen Personalaufwendungen von TEUR 19, sonstige betriebliche Aufwendungen von TEUR 142 sowie Zinsaufwendungen von TEUR 16 gegenüber. Danach ergibt sich ein Jahresfehlbetrag von TEUR 177.

Ergebnis

Das Geschäftsjahr 2019 schließt mit einem Jahresfehlbetrag von EUR 177.073,46 (i. Vj. TEUR 195) ab.

Unter Berücksichtigung eines Verlustvortrages von TEUR 11.804 und in 2019 eingeforderten Nachschüssen der Gesellschafter von TEUR 195, wird zum 31.12.2019 ein Bilanzverlust von TEUR 11.786 ausgewiesen.

Dieser Verlust übersteigt das Eigenkapital um TEUR 11.007, die als nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag in der Bilanz ausgewiesen werden.

Zur Abwendung insolvenzrechtlicher Antragspflichten haben sich die Gesellschafter auf Vorschlag der Liquidatoren verpflichtet, den Jahresfehlbetrag 2019 bis zu dem im Wirtschaftsplan angesetzten Betrag (TEUR 192) und den Jahresfehlbetrag 2020 – soweit dieser das restliche Eigenkapital der Gesellschaft übersteigt – bis zu dem im Wirtschaftsplan angesetzten Betrag (TEUR 166) durch Nachschüsse gemäß § 7 Abs. (2) bis (4) des Gesellschaftsvertrages auszugleichen. Die endgültige Nachschusshöhe wird – unter Berücksichtigung bereits eingeforderter Vorauszahlungen – im Rahmen der Feststellung der Jahresabschlüsse 2019 bzw. 2020 festgelegt.

Für den darüber hinausgehenden Betrag des nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrags bestehen Rückgriffsmöglichkeiten, so dass eine Insolvenz trotz der bilanziellen Überschuldung nicht vorliegt.

Vermögens- und Kapitalstruktur

Die Bilanzsumme erhöhte sich um TEUR 177. Ursache hierfür war im Wesentlichen ein Anstieg der Bestände im kurzfristigen Vermögens- und Schuldenbereich.

Während sich auf der Aktivseite die flüssigen Mittel um TEUR 389 erhöhten und die Vorräte um TEUR 153 zurückgingen, war auf der Passivseite ein Anstieg bei den Verbindlichkeiten im Wesentlichen aus erhaltenen und noch nicht weitergeleiteten Zuschüssen von TEUR 161 zu verzeichnen.

Der nicht durch Eigenkapital gedeckte Fehlbetrag fiel um TEUR 18. Einem Jahresfehlbetrag von TEUR 177 stehen Nachschüsse der Gesellschafter von TEUR 195 gegenüber.

Der voraussichtliche Zeitpunkt der Löschung der Gesellschaft ist derzeit nicht vorherzubestimmen. Er ist u. a. von der Abwicklung, Abrechnung und Prüfung aller Zuschussmaßnahmen durch die Bewilligungsbehörde abhängig.

Risiken der künftigen Entwicklung

Eine Feststellung der finanziellen Risiken aus der Liquidation führte im Wesentlichen zu dem nachfolgenden Ergebnis. Im Geschäftsfeld der Zuschussverwaltung öffentlicher Fördermittel nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) ist die SRS i. L. Erstempfängerin der beantragten Zuschüsse und daher mit allen Rechten und Pflichten innerhalb der Zweckbindungsdauer gegenüber der Zuschussbehörde für die entsprechende Zweckverwendung verantwortlich.

Um die zivilrechtlichen Voraussetzungen der Liquidation zu schaffen – Abwicklung aller Forderungen und Verbindlichkeiten –, ist mit der Bewilligungsbehörde der Übergang aller mit den Zuwendungsbescheiden verbundenen Rechte und Pflichten auf den Letztempfänger der Maßnahmen abschließend zu regeln, um Rückzahlungsrisiken wegen Fehlverwendung abzuwenden. Ebenso sind die mit den Gemeinden getroffenen Vereinbarungen über die Restfinanzierung auf den Letztempfänger der Fördermittel zu übertragen. Ferner sind erworbene Gewährleistungsansprüche aus der Bauträgertätigkeit der SRS i. L., die innerhalb der vertraglichen Gewährleistungszeit liegen, auf die Eigentümer der Anlagen zu übertragen, um mögliche Ansprüche bis zum Ende der jeweiligen Gewährleistungszeiträume aufrechtzuerhalten. Ebenso wie bei der Zuschussverwaltung ist in Abstimmung mit der Bewilligungsbehörde die Übertragung aller Auflagen und Bestimmungen der Zuwendungsbescheide auf den übernehmenden Rechtsträger zu regeln, um die SRS i. L. aus der Haftung zu entlassen. Für das Risiko möglicher Zuschussrückforderungen aufgrund aktueller bzw. zukünftiger Prüfungen des Staatlichen Rechnungsprüfungsamtes bestehen Rückstellungen von TEUR 10.680. Inwieweit durch die anstehenden Überprüfungen weiterer Rückstellungsbedarf entstehen kann, ist zurzeit noch nicht erkennbar. Weitere Rückforderungsansprüche könnten die geordnete Liquidation und damit die Existenz des Unternehmens gefährden. Die Liquidatoren haben zur Identifizierung weiterer potentieller Risiken und deren Abwehr gutachterliche Stellungnahmen eingeholt.

9. Zuschussrückforderungen

Für ein laufendes Prüfungsverfahren des staatlichen Rechnungsprüfungsamtes Köln (Prüfbericht 30.08.2010) hat die Gesellschaft für mögliche Zuschussrückforderungen und zurückzuzahlenden Zinsen der Maßnahmen P+R-Anlage Frankfurter Straße und B+R-Anlage Kiebitzweg im Jahre 2009 eine Rückstellung in Höhe von insgesamt EUR 180.000,00 gebildet.

Für das potentielle Risiko weiterer Zuschussrückforderungen aufgrund künftiger Prüfungen der zuschusstechnisch noch nicht abgeschlossenen Maßnahme wurde im Geschäftsjahr 2010 darüber hinaus ein Betrag von insgesamt EUR 3,5 Mio. zurückgestellt, der auf einer Risikobeurteilung der Liquidatoren basiert. Diese Risikovorsorge wurde in unveränderter Höhe zum 31.12.2019 beibehalten.

Im Jahre 2013 sind die Liquidatoren auf der Grundlage weiterer Untersuchungen der Rechtsanwaltskanzlei CBH in einer neuen Risikobeurteilung zu dem Ergebnis gelangt, dass für zwei weitere Fördermaßnahmen (Linie 18 und Haltepunkt Bornheim-Rathaus) eine zusätzliche Rückstellung von EUR 7,0 Mio. für potentielle Zuschussrückforderung zu bilden ist. Insgesamt hat die Gesellschaft eine Risikovorsorge für potentielle Zuschussrückforderungen von EUR 10.680.000,00 getroffen, die in unveränderter Höhe zum Vorjahresausweis fortgeführt wird.

10. Zuschüsse

Die Gesellschaft bearbeitet und beantragt die öffentlichen Zuschüsse zur Planung, zur Umrüstung und zum Ausbau von Strecken auf Stadtbahnbetrieb sowie zum Bau von P+R-Anlagen.

Die erhaltenen Zuschüsse werden an die einzelnen Verkehrsbetriebe weitergeleitet.

Die Zuschüsse setzen sich wie folgt zusammen:

	31.12.2019 EUR	31.12.2018 EUR
Zuschüsse für		
die P+R-Anlage Haus Vorst	274.152,00	0,00
die P+R-Anlage und Buswendeanlage Alfter- Witterschlick	79.703,14	79.703,14
den Ausbau der Vorgebirgsbahn	77.796,87	77.796,87
die P+R-Anlage der Gemeinde Windeck	40.494,86	40.494,86
den Ausbau und die Verlängerung der Stadtbahnlinie 1	0,00	83.490,00
	<u>472.146,87</u>	<u>281.484,87</u>

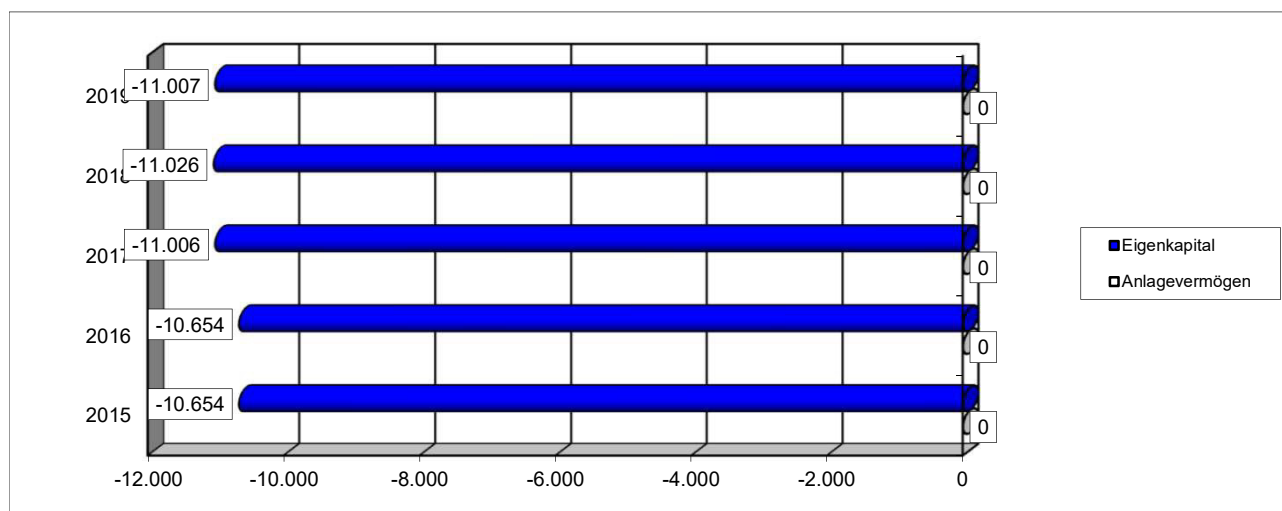
11. Grundlage für die eingeschränkten Prüfungsurteile

Das Staatliche Rechnungsprüfungsamt Köln hat in 2010 die Zuweisungen nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) und dem Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr NRW (ÖPNVG NRW) für Baumaßnahmen der Stadtbahngesellschaft Rhein-Sieg mbH i. L. geprüft. Nach den Feststellungen des Staatlichen Rechnungsprüfungsamtes sind die Auftragsvergaben teilweise nicht entsprechend den zuwendungsrechtlichen Vorschriften erfolgt. Vergabeverstöße können, je nach Grad des Verstoßes, zu Zuschussrückforderungen führen. Über das potentielle Vorhandensein weiterer Vergabeverstöße bei abgerechneten und noch nicht abgerechneten Maßnahmen der Stadtbahngesellschaft Rhein-Sieg mbH i.L. und deren mögliche Auswirkungen kann derzeit keine hinreichende Aussage getroffen werden. Es kann daher nicht ausgeschlossen werden, dass der Jahresabschluss bezüglich nicht vollständig passivierter Zuschussrückforderungen fehlerhaft ist. Dieser Sachverhalt beeinträchtigt auch die im Lagebericht erfolgte Darstellung des Geschäftsverlaufs einschließlich des Geschäftsergebnisses und der Lage der Gesellschaft sowie die Darstellung der Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung.

Wirtschaftliche Daten der Stadtbahngesellschaft Rhein-Sieg mbH**Entwicklung der Bilanz im 5-Jahresvergleich (Geschäftsjahre 2015 - 2019)****Angaben in TEUR**

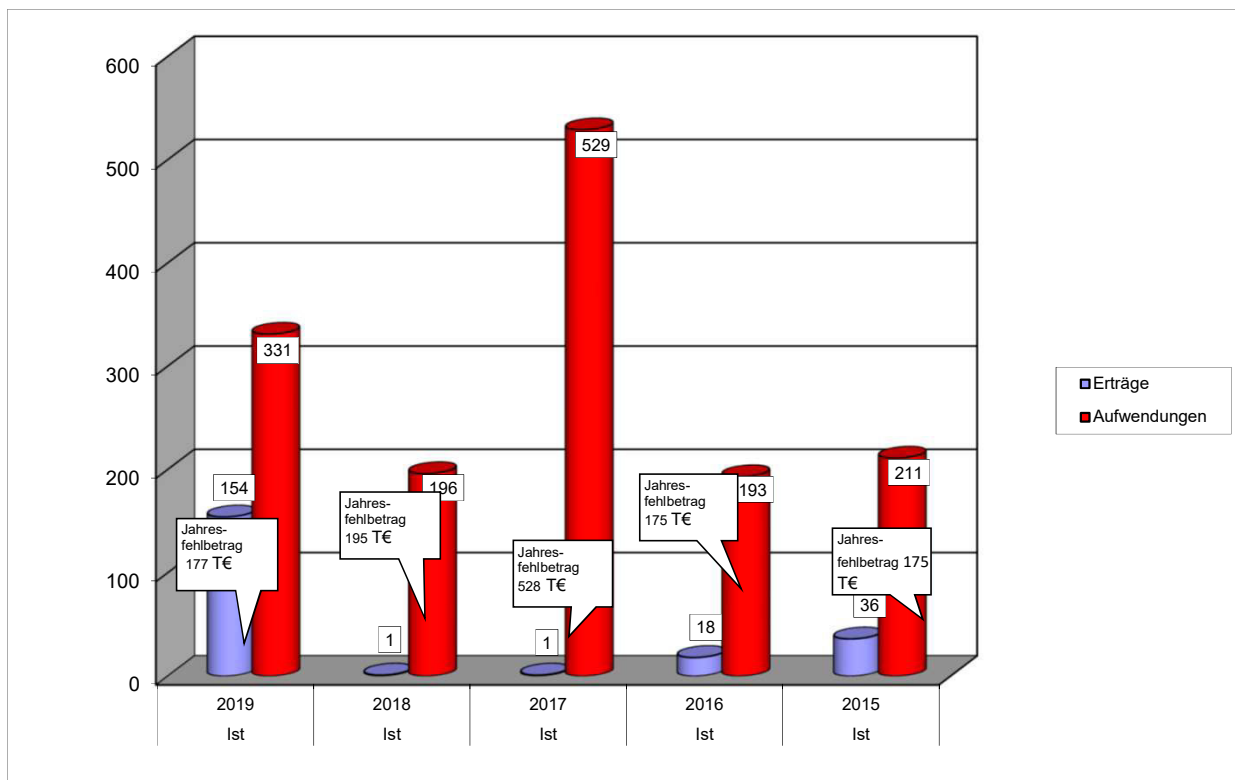
AKTIVA	2015	2016	2017	2018	2019	Veränderung
Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	0	0	0	0
Sachanlagen	0	0	0	0	0	0
Finanzanlagen	0	0	0	0	0	0
Anlagevermögen	0	0	0	0	0	0
Vorräte	153	153	153	153	0	-153
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	103	57	55	42	1	-41
Flüssige Mittel	120	125	137	733	1.122	389
Umlaufvermögen	376	335	345	928	1.123	195
Nicht durch EK gedeckter Fehlbetrag	10.654	10.654	11.006	11.026	11.007	-19
Bilanzsumme	11.030	10.989	11.351	11.954	12.130	176

PASSIVA	2015	2016	2017	2018	2019	Veränderung
gez. Kapital	778	778	778	778	778	0
Gewinnrücklagen	0	0	0	0	0	0
Jahresüberschuss	0	0	0	0	0	0
Bilanzverlust	-11.432	-11.432	-11.784	-11.804	-11.786	18
Nicht durch EK gedeckter Fehlbetrag	10.654	10.654	11.006	11.026	11.008	-18
Eigenkapital	0	0	0	0	0	0
Rückstellungen	10.701	10.701	11.053	11.069	11.084	15
Verbindlichkeiten	329	288	298	885	1.046	161
Bilanzsumme	11.030	10.989	11.351	11.954	12.130	176

Finanzierung des Anlagevermögens durch Eigenkapital (Angaben in TEUR)

Gewinn- und Verlustrechnung der Stadtbahngesellschaft Rhein-Sieg mbH

in TEUR	Plan 2019	Ist 2019	Ist 2018	Ist 2017	Ist 2016	Ist 2015	Ist 19 / Ist 18
1. Umsatzerlöse	0	153	0	0	0	0	153
2. Verminderung/Erhöhung des Bestandes an unfertigen Leistungen	0	-153	0	0	0	0	-153
3. Sonstige betriebliche Erträge	0	1	1	1	18	36	0
4. Betriebliche Erträge (1+2+3)	0	1	1	1	18	36	0
5. Materialaufwand	0	0	0	0	0	0	0
6. Personalaufwand	-20	-19	-19	-18	-19	-19	0
7. Abschreibungen	0	0	0	0	0	0	0
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-155	-143	-160	-159	-174	-192	17
9. Betriebsaufwand (5+6+7+8)	-175	-162	-179	-177	-193	-211	17
10. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0	0	0	0	0
11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-17	-16	-17	-65	0	0	1
12. Finanzergebnis (10+11)	-17	-16	-17	-65	0	0	1
13. Ergebnis vor Steuern (4+9+12)	-192	-177	-195	-241	-175	-175	18
14. Sonstige Steuern	0	0	0	-287	0	0	0
15. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (12+13+14)	-192	-177	-195	-528	-175	-175	18
16. Außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0	0	0
17. Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0	0	0
18. Jahresfehlbetrag	-192	-177	-195	-528	-175	-175	18

Entwicklung Erträge/Aufwendungen (Angaben in TEUR)

Kennzahlen im Überblick/Stadtbahngesellschaft Rhein-Sieg mbH

	2015	2016	2017	2018	2019
1. Vermögenslage					
Anlagenintensität in %	-	-	-	-	-
Umlaufintensität in %	3,4%	3,0%	3,0%	7,8%	9,3%
Investitionsquote	-	-	-	-	-
Reinvestitionsquote	-	-	-	-	-
2. Finanzlage					
Eigenkapitalquote in %	-96,6%	-97,0%	-97,0%	-92,2%	-90,7%
Fremdkapitalquote in %	-	-	-	-	-
Anlagendeckung I in %	-	-	-	-	-
3. Ertragslage					
Umsatzrentabilität in %	-	-	-	-	-
4. Erfolgskennzahl					
Personalintensität in %	-	-	-	-	-
Finanzielle Auswirkungen auf den Haushalt					
Nachschuss	6.861 €	5.766 €	4.935 €	5.773 €	5.825 €

Bürgerhaus Bergischer Löwe GmbH

1. Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Firma	Bürgerhaus Bergischer Löwe GmbH
Sitz	Konrad-Adenauer-Platz, 51465 Bergisch Gladbach
Gründung	06.12.1979
Gesellschaftsvertrag	Fassung vom 06.12.1979, letzte Änderung 19.08.2013 (Stammkapitalerhöhung durch Euro-Umstellung)
Handelsregister	HB B 45717 beim Amtsgericht Köln (vor Zuständigkeitswechsel HR B 2002 beim Amtsgericht Bergisch Gladbach)
Geschäftsjahr	Kalenderjahr

2. Zweck der Gesellschaft

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb des Bürgerhauses Bergischer Löwe mit dem Ziel der Zusammenführung und Förderung sozialer und kultureller Beziehungen in der Bevölkerung. Die Gesellschaft hat zwei Geschäftsbereiche. Im Rahmen des „Hauptbereiches“ vermietet sie die Räume des Bürgerhauses für Veranstaltungen aller Art, betreibt die Organisation von Veranstaltungen sowie die Verwaltung des Hauses. Zum 01.01.1992 hat die Gesellschaft den gesamten bis zu diesem Zeitpunkt von der Stadt Bergisch Gladbach betriebenen Theaterbetrieb („Veranstaltungsbereich“) übernommen.

3. Zusammensetzung der Organe

3.1 Gesellschafterversammlung

Die Gesellschafter üben die ihnen in Angelegenheiten der Gesellschaft zustehenden Rechte gemeinschaftlich in der Gesellschafterversammlung durch Beschlussfassung aus. In der Gesellschafterversammlung wird nach Geschäftsanteilen abgestimmt. Je 511,29 € eines Geschäftsanteils gewähren eine Stimme. Gesellschafterbeschlüsse werden mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst. Städtische Gesellschaftervertreter sind Frau Elke Lehnert, Herr Nikolaus Kleine und Herr Dirk Weber.

3.2 Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht aus sechs Mitgliedern. Die Stadt Bergisch Gladbach entsendet drei Mitglieder. Der Bürgermeister ist geborenes Mitglied, während die zwei weiteren Mitglieder vom Rat der Stadt gewählt werden. Jeder der übrigen Gesellschafter entsendet je ein Mitglied. Jedes Mitglied hat nach dem Gesellschaftsvertrag das Recht, einen Stellvertreter zu bestimmen.

Aufsichtsratsvorsitzender ist Herr Lutz Urbach, Bürgermeister. 2. stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrates ist Herr Felix Bertenrath, Geschäftsführer.

Der Aufsichtsrat setzte sich am Ende des Geschäftsjahres 2019 wie folgt zusammen:

Von der Stadt Bergisch Gladbach benannt:

<u>Mitglieder</u>	<u>Stellvertreter</u>
Lutz Urbach, Bürgermeister	Detlef Rockenberg, Fachbereichsleiter
Birgit Bischoff, Stadtverordnete	Mechtild Münzer, Stadtverordnete
Nikolaus Kleine, Stadtverordneter	Andreas Ebert, Stadtverordneter

Von den anderen Gesellschaftern benannt:

<u>Mitglieder</u>	<u>Stellvertreter</u>
Herr Felix Bertenrath 2. stellvertretender Vorsitzender des Stadtsportverbandes	Herr Klaus Neubauer Schatzmeister des Stadtsportverbandes
Herr Heinz-Peter Clodius Geschäftsführer	Herr Jürgen Bittner Geschäftsführer
Herr Reinhard Paas Rechtsanwalt -Eigentümergeinschaft-	Herr Gregor Mühe Rechtsanwalt

Im Geschäftsjahr 2019 haben zwei ordentliche Aufsichtsratssitzungen stattgefunden.

3.3 Geschäftsführung

Als alleiniger Geschäftsführer ist Herr Norbert Pfenning bestellt.

4. Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital der Gesellschaft wurde mit Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 19.08.2013 von 30.677,51 € auf 30.900 € erhöht.

Die Beteiligungsverhältnisse stellen sich z. Zt. wie folgt dar:

<u>Gesellschafter</u>	<u>Gesellschafteranteile in €</u>	<u>in %</u>
Stadt Bergisch Gladbach	15.450	50,00
Eigentümergeinschaft Bergischer Löwe	5.150	16,67
Gesellschaft Erholung e.V.	5.150	16,67
Stadtsportverband Bergisch Gladbach e.V.	5.150	16,67

5. Beschäftigte

Im Berichtsjahr 2019 waren bei der Gesellschaft durchschnittlich 12 Arbeitnehmer (Vorjahr 12) beschäftigt. Davon waren neben dem Geschäftsführer 6 Mitarbeiter Angestellte und 5 Mitarbeiter Bühnen-/Hausmeister. Außerdem beschäftigte die Gesellschaft in 2019 durchschnittlich 32 Aushilfen (Vorjahr 29).

6. Wirtschaftsprüfer

Die Gesellschaft beauftragte die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Billstein, Mehlig, Osenau mit der Prüfung des Jahresabschlusses 2019.

7. Leistungsbeziehungen zu anderen Gesellschaften an denen die Stadt Bergisch Gladbach beteiligt ist

In 2019 hat das Bürgerhaus vom Stadtentwicklungsbetriebs AöR für Strom (Tiefgarage) Zahlungen in Höhe von € 10.975,76 (EUR 8.981,22 exklusive Umsatzsteuer) entgegengenommen.

Außerdem vereinnahmte das Bürgerhaus in 2019 wie in den Vorjahren € 20.000 exklusive Umsatzsteuer für Werbedienstleistungen an den Stadtentwicklungsbetrieb AöR.

8. Geschäftsverlauf/ Lagebericht der Gesellschaft

Grundlagen des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb des Bürgerhauses Bergischer Löwe mit dem Ziel der Zusammenführung und Förderung sozialer und kultureller Beziehungen in der Bevölkerung. Die Gesellschaft hat zwei Geschäftsbereiche. Im Rahmen des „Hauptbereiches“ vermietet sie die Räume des Bürgerhauses für Veranstaltungen aller Art, betreibt die Organisation von Veranstaltungen sowie die Verwaltung des Hauses. Zum 01. Januar 1992 hat die Gesellschaft den gesamten bis zu diesem Zeitpunkt von der Stadt Bergisch Gladbach betriebenen Theaterbetrieb („Veranstaltungsbereich“) übernommen.

Das Jahr 2019 startete mit Traditionsveranstaltungen: Neujahrskonzert, Neujahrsempfänge, Operette. Es folgten zwei Veranstaltungsserien rund um den Karneval und mehrtägige Aufführungen der Ballettschulen. Vor den Sommerferien bekamen Schüler ihre Zeugnisse auf den Abiturfeiern überreicht. Im Herbst gab es Proben verschiedener Bands und die letzten Monate des Jahres waren wie immer sehr gut belegt mit Kindertheater, Kabarett, Märkten, Weihnachtsfeiern und einem Galakonzert zu Silvester.

Drei besondere Veranstaltungen sollen nachfolgend erwähnt werden, da sie so noch nicht im Haus stattgefunden haben.

Im März kamen japanische Trommler aus Osaka mit der Show Kokubu nach Bergisch Gladbach. Die traditionellen Instrumente – besonders die gigantische Taiko-Basstrommel – zog das Publikum in ihren Bann. Nach dem Konzert wurden die Künstler noch im Foyer von den Besuchern gefeiert.

Die 1. VIP-Mitsing-Party wurde im Juni vom Lions-Club veranstaltet. Über 30 prominente Bergisch Gladbacher standen an diesem Karaoke-Abend auf der Bühne vor über 800 Mitsängern im großen Saal. Der Erlös des Abends ging an die städtische Musikschule, die damit verschiedene Projekte unterstützen konnte.

Der Bergisch Gladbacher Boxer Sergej Wotschel hatte sich den Löwen für seine Titelverteidigung ausgesucht. Nach kurzer und schwieriger Vorbereitung fand dann im November die erste Fight-Night statt. Noch am Morgen sah es nicht nach einer erfolgreichen Veranstaltung aus, da sich der Hauptkämpfer verletzt hatte und auch die angekündigten Musiker abgesagt wurden. Die verbleibenden 13 Kämpfe, die Atmosphäre, der Ringsprecher und das fachkundige Publikum machten den Abend jedoch zu einem Erfolg und zu einem Event, welches so noch nicht im Bergischen Löwen stattgefunden hatte.

Neben dem großen Saal waren 2019 auch der Spiegelsaal und die Gruppenräume sehr gut ausgelastet. Mehrere Schulungskurse der Dekra fanden in den Räumen parallel statt, sodass wir in der Spitze auf über 100 Einzelbelegungen pro Monat kamen.

Wirtschaftsbericht

I. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen:

Die deutsche Wirtschaft ist 2019 im Vergleich zum Vorjahr um 0,6% und damit schwächer als im Vorjahr (1,5 %) gewachsen. Die Zahl der Erwerbstätigen ist gegenüber 2018 mit einem Jahresdurchschnitt von 45,3 Millionen um 400.000 gestiegen.

Mit dem Haupt- und Theaterbereich bewegt sich die Bürgerhaus Bergischer Löwe GmbH auf dem Markt für Freizeitveranstaltungen, der bedeutend von der Entwicklung des privaten Konsums abhängig ist. Im Jahr 2019 stiegen die Konsumausgaben der Privathaushalte um 0,8% (Vorjahr: 1,0 %) an. Damit ist der preisbereinigte Anstieg des Bruttoinlandsproduktes im Jahr 2019 (+ 0,6%) zu einem großen Teil auf die zunehmenden privaten Konsumausgaben zurückzuführen.

II. Geschäftsverlauf:

Die (konsolidierten) Umsatzerlöse stiegen im Vergleich zum Vorjahr um T€ 40 an. Die Erlöse im Hauptbereich erhöhten sich um T€ 22, die Erlöse des Veranstaltungsbereiches um T€ 18.

Die höheren Erlöse im Hauptbereich sind durch eine gute Auslastung bei der Vermietung von Räumen und insbesondere der Zurverfügungstellung Personal, Technik und Zubehör verursacht. Die Vermietung von Gruppenräumen für Schulungszwecke an die Dekra GmbH konnte auch im Jahr 2019 weiter intensiviert werden.

Die höheren Erlöse im Theaterbetrieb beruhen auf gestiegenen Kartenverkäufen für Eigenveranstaltungen, was auf eine höhere Anzahl von Veranstaltungen sowie auf einen höheren Zuspruch auf jährlich wiederkehrende Veranstaltungen zurückzuführen ist. Die durchschnittliche Besucherauslastung zeigte sich in etwa auf dem Niveau des Vorjahres. Die übrigen Erlöse im Veranstaltungsbereich, im Wesentlichen Erlöse aus Vorverkaufsgebühren und Werbedienstleistungen reduzierten sich gegenüber 2018 um T€ 3.

Die Aufwendungen für bezogene Sach- und Dienstleistungen erhöhten sich um T€ 17, und zwar insbesondere wegen der intensiveren Geschäftstätigkeit im Veranstaltungsbereich. Die Aufwendungen betreffen insbesondere die Honorare für die vom Theaterbereich engagierten Künstler und Ensembles sowie sonstige, unmittelbar mit der Ausrichtung der Eigenveranstaltungen zusammenhängender Aufwendungen.

Die Stadt stellte dem Hauptbereich für 2019 einen Zuschuss in Höhe von T€ 448 zur Verfügung. Der städtische Zuschuss für den Theaterbereich belief sich für 2019 auf T€ 340.

Neben dem Geschäftsführer sind bei der Gesellschaft sieben Verwaltungs-Angestellte, fünf Bühnen- und Hausmeister sowie diverse kurzfristig beschäftigte Aushilfskräfte angestellt. Die Vergütung des Personals ist grundsätzlich am TVöD ausgerichtet. Die Personalaufwendungen sind gegenüber dem Vorjahr um T€ 9 gestiegen. Im Ergebnis ist dies den tariflichen Gehaltssteigerungen von 3,09 %, und höheren Aushilfslöhnen wegen der gestiegenen Auftragslage geschuldet.

Die Betriebsaufwendungen erhöhten sich insgesamt um T€ 25 im Vergleich zu 2018 wegen gestiegener Energie- und Wartungsaufwendungen.

Die Verwaltungsaufwendungen zeigen sich im Vorjahresvergleich fast in unveränderter Höhe.

Das ausschließlich auf der Bewertung der Pachterneuerungsverpflichtung beruhende Zinsergebnis verbesserte sich um T€ 2 auf - T€ 7.

Das periodenfremde und neutrale Ergebnis ist gegenüber 2018 unverändert.

Die Gesellschaft schuldet für 2019 keine Ertragsteuern, so dass sich das Ergebnis nach Ertragsteuern auf T€ 73 beläuft. Nach Abzug sonstiger Steuern (Aufwendungen aus nicht abziehbarer Vorsteuer) von aufgerundet T€ 31 ergibt sich ein Jahresüberschuss von T€ 42.

Im Hauptbereich wurde ein Jahresüberschuss von T€ 24 und im Theaterbereich ein Jahresüberschuss von T€ 18 erzielt. Damit liegt das erzielte Jahresergebnis im Hauptbereich für 2019 deutlich über den Erwartungen. Das Ergebnis im Theaterbereich entspricht fast exakt dem Wert laut Wirtschaftsplan von T€ 17. Insgesamt übersteigt das erreichte Jahresergebnis den Betrag laut Wirtschaftsplan um T€ 22.

Darstellung der Lage

Ertragslage

Dem Betriebsertrag in Höhe von T€ 1.249 standen in 2019 betriebliche Aufwendungen von T€ 1.200 gegenüber. Das Betriebsergebnis belief sich auf T€ 49, das Zinsergebnis auf - T€ 7 und das periodenfremde und neutrale Ergebnis auf T€ 0. Die Gesellschaft erwirtschaftete einen Jahresüberschuss von T€ 42.

Vermögenslage

Die Bilanzsumme erhöhte sich im Vergleich zu 2017 um T€ 39 auf T€ 1.454. Das Vermögen besteht im Wesentlichen aus Bankguthaben. Das Eigenkapital der Gesellschaft macht 29,5 % (im Vorjahr: 27,3 %) der Bilanzsumme aus. Das Fremdkapital betrifft mit T€ 648 die Rückstellung für die Erneuerung des von der Stadt Bergisch Gladbach an-gepachteten Inventars.

Finanzlage

Die flüssigen Mittel übersteigen das Fremdkapital um T€ 374.

Der Cash-Flow beläuft sich in 2018 auf T€ 52. Der positive Gesamt-Cash-Flow resul-tiert ausschließlich aus der Finanzierungstätigkeit (T€ 788) durch die Stadt Bergisch Gladbach und nicht aus der Investitionstätigkeit (T€ 1) und Geschäftstätigkeit (- T€ 737).

Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Aufgrund der vertraglichen Neuregelung der Zuschussgewährung vom 03.01.2014 er-hielt der Theaterbetrieb bis einschließlich 2018 von der Stadt einen jährlichen Zu-schuss von T€ 330. Für das Jahr 2019 wurde dem Theaterbetrieb im Rahmen der Kulturförderung ein zusätzlicher Zuschuss in Höhe von T€ 10 gewährt. Die Geschäfts-führung geht aufgrund der Haushaltsplanung der Stadt Bergisch Gladbach davon aus, dass für 2020 ein Zuschuss von T€ 350 gezahlt wird. Darüber hinaus rechnet die Ge-schäftsführung wegen des mit dem Stadtentwicklungsbetrieb Bergisch Gladbach AöR geschlossenen Werbevertrages zumindest für 2020 mit weiteren Einnahmen von ebenfalls T€ 20.

Der vom Aufsichtsrat genehmigte Wirtschaftsplan für 2020 weist für den Theaterbe-reich einen Jahresüberschuss von T€ 9,5 aus, für den Hauptbereich prognostiziert der Plan ein positives Ergebnis von T€ 4,5.

Die derzeitige Gebrauchsfähigkeit des Hauses wird nur dann beibehalten werden kön-nen, wenn die Höhe des für den Hauptbereich zur Verfügung gestellten Zuschusses unter Berücksichtigung der voraussichtlichen Kostenentwicklung festgesetzt wird. Diese beinhalten hauptsächlich tariflich verursachte Gehaltserhöhungen, aber auch voraussichtlich steigende Energieaufwendungen für den Betrieb des Bürgerhauses und – bezogen auf den Theaterbereich – Preiserhöhungen der Künstlerhonorare. Chancen ergeben sich hingegen nach wie vor hinsichtlich der weiteren Verbesserung der Energieeffizienz durch den Einsatz von moderner, stromsparender LED-Technik. Der Zuschuss im Hauptbereich beträgt für 2019 und 2020 jeweils insgesamt T€ 448.

Das Eigenkapital erhöhte sich in 2019 aufgrund des Jahresüberschusses von T€ 42 auf T€ 429. Zur Risikominderung sollte die Eigenkapitaldecke der Gesellschaft weiter gestärkt werden.

In beiden Bereichen kann die Gesellschaft den zukünftigen Risiken im Wesentlichen nur durch Kosteneinsparungen und Preisanpassungen entgegentreten. Der gute Ruf bei den Veranstaltungsagenturen sowie die bisher erfolgreich betriebene Ausweitung des Serviceangebotes (Überlassung von Personal, Technik und Zubehör) stellt eine Chance für die künftig positive Geschäftsentwicklung dar.

Zur Sicherung der Lebensfähigkeit der Bürgerhaus Bergischer Löwe GmbH ist es notwendig, dass die Stadt Bergisch Gladbach auch in Zukunft Zuschüsse an den Haupt- und den Veranstaltungsbereich in der erforderlichen Höhe leistet.

Ergänzend ist anlässlich der aktuellen Krisenlage durch das Coronavirus auf folgendes hinzuweisen: Am 13. März 2020 gab es im großen Saal des Bergischen Löwen eine musikalische Lesung mit Nadia Singer und Lutz Görner. Danach wurden alle weiteren Veranstaltungen bis zum 19.04.2020 untersagt. Das Verbot wurde bis zum 06.05.2020 verlängert.

Diese Zwangspause wurde genutzt, um Wartungsarbeiten vorzuziehen, die ansonsten in den Sommerferien stattfinden. Wartung der Klimaanlage, Prüfung der Brandmelde-Zentrale und Löschwasserleitungen, Sicherungsarbeiten an der Außenfassade wurden durchgeführt.

Ebenso wurde die komplette Bühnentechnik geprüft und gewartet. Kleine Reparatur- und Malerarbeiten wurden erledigt. Das leere Haus wurde von Musikern für kleine Konzerte genutzt, die aufgezeichnet wurden und im Netz abrufbar sind.

Viele Veranstaltungen wurden auf den Herbst oder auf das nächste Jahr verschoben. Einzelne Veranstaltungen und auch die Schulungskurse wurden ganz abgesagt. Mittlerweile wurden die Beschränkungen zur Eindämmung des Virus gelockert.

Der Wiedereinstieg in unsere Veranstaltungen beginnt mit Formaten, bei denen uns unsere unterschiedlichen Raumgrößen bei der Vermietung helfen. Kurse, die bisher in Gruppenräumen stattfanden, werden jetzt im Spiegelsaal durchgeführt. Und vom Spiegelsaal wird in den großen Saal verlegt, um die Abstandsregeln und Hygienevorschriften einzuhalten. Erste-Hilfe-Kurse, Aufstellungsversammlungen zur Kommunalwahl, Versammlungen von Banken und Kurse der Krankenhäuser sind in Vorbereitung.

Die Gewinn- und Verlustrechnung für das erste Quartal 2020 weist infolge der Auswirkungen der Pandemie einen Verlust von T€ 25 aus.

Die im Wirtschaftsplan für 2020 dargelegten Ergebniserwartungen werden aller Voraussicht nach nicht realisiert werden. Wir rechnen weiterhin mit erheblichen Einnahmeausfällen. Diesen stehen jedoch Einsparungen im Bereich der Aufwendungen für bezogene Sach- und Dienstleistungen, Personal-, Energie- und Verwaltungsaufwendungen gegenüber, so dass sich der durch die Virusausbreitung verursachte, wirtschaftliche Schaden mindert. Die vorgenannten Überlegungen beruhen auf unseren aktuellen Erkenntnissen und beinhalten bereits feststehende Veranstaltungsausfälle im Hauptbereich. Im Theaterbetrieb sind derzeit noch keine endgültigen Ausfälle zu verzeichnen, da sämtliche Veranstaltungen auf einen späteren Zeitpunkt verschoben werden konnten. Mit hinreichender Sicherheit kann allerdings heute keine Aussage darüber getroffen werden, dass die auf einen anderen Zeitpunkt verlegten Veranstaltungen wie geplant stattfinden können. Die Planung zukünftiger Veranstaltungen richtet sich zurzeit im Wesentlichen nach den Vorgaben der Politik, die sich je nach Krisenlage jederzeit verändern können.

Wir haben zur Abmilderung des durch die Coronakrise verursachten wirtschaftlichen Schadens einen Antrag auf Soforthilfe bei der zuständigen Landesbehörde gestellt. Mit Datum vom 31.03.2020 hat die Bezirksregierung Köln einen Bewilligungsbescheid über die Gewährung der Soforthilfe über T€ 15 erlassen.

Weiterhin erwägen wir in Abhängigkeit von der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung einen Antrag auf Kurzarbeitergeld bei der Bundesagentur für Arbeit möglicherweise bereits für den Monat Juni zu stellen.

Ferner ist beabsichtigt, Gespräche und Verhandlungen zu führen, um zusätzliche Kosteneinsparungen zu generieren.

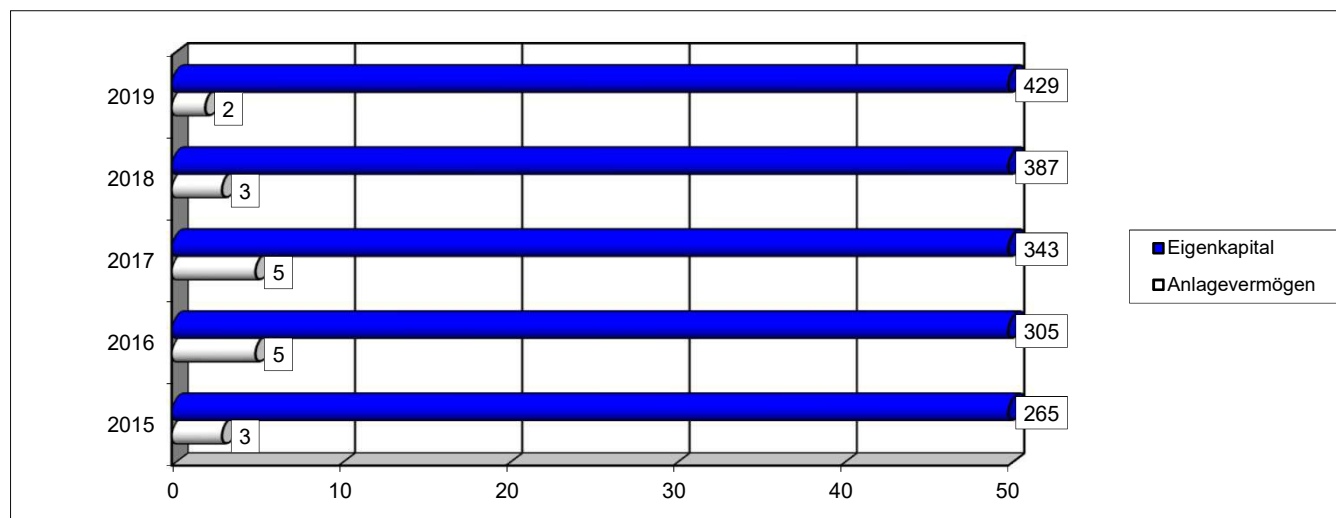
Aufgrund der dynamischen Entwicklung der Coronavirus-Pandemie beinhalten Prognosen über die zukünftige Ertragslage der Gesellschaft erhebliche Unsicherheiten. Je nach Ausgestaltung der von der Bundes- und Landesregierung verordneten Beschränkungen und der damit verbundenen Auswirkungen auf unseren Geschäftsbetrieb gehen wir davon aus, dass wir unter günstigsten Umständen allenfalls ein ausgeglichenes Ergebnis erreichen werden. Denkbar ist für 2020 auch ein negatives Ergebnis im Bereich von T€ 50 bis T€ 100. Ein Ergebnis dieser Größenordnung könnte die Gesellschaft in Anbetracht liquider Mittel in Höhe von T€ 1.398 und eines Eigenkapitals von T€ 428 vorübergehend verkraften. Nachhaltig hoffen wir, zumindest wieder ausgeglichene Ergebnisse oder Gewinne zu erzielen.

Auf jeden Fall freuen wir uns, unser Publikum nach einem Neustart wieder im Bürgerhaus begrüßen zu können.

Wirtschaftliche Daten der Bürgerhaus Bergischer Löwe GmbH**Entwicklung der Bilanz im 5-Jahresvergleich (Geschäftsjahre 2015 - 2019)**Angaben in TEUR

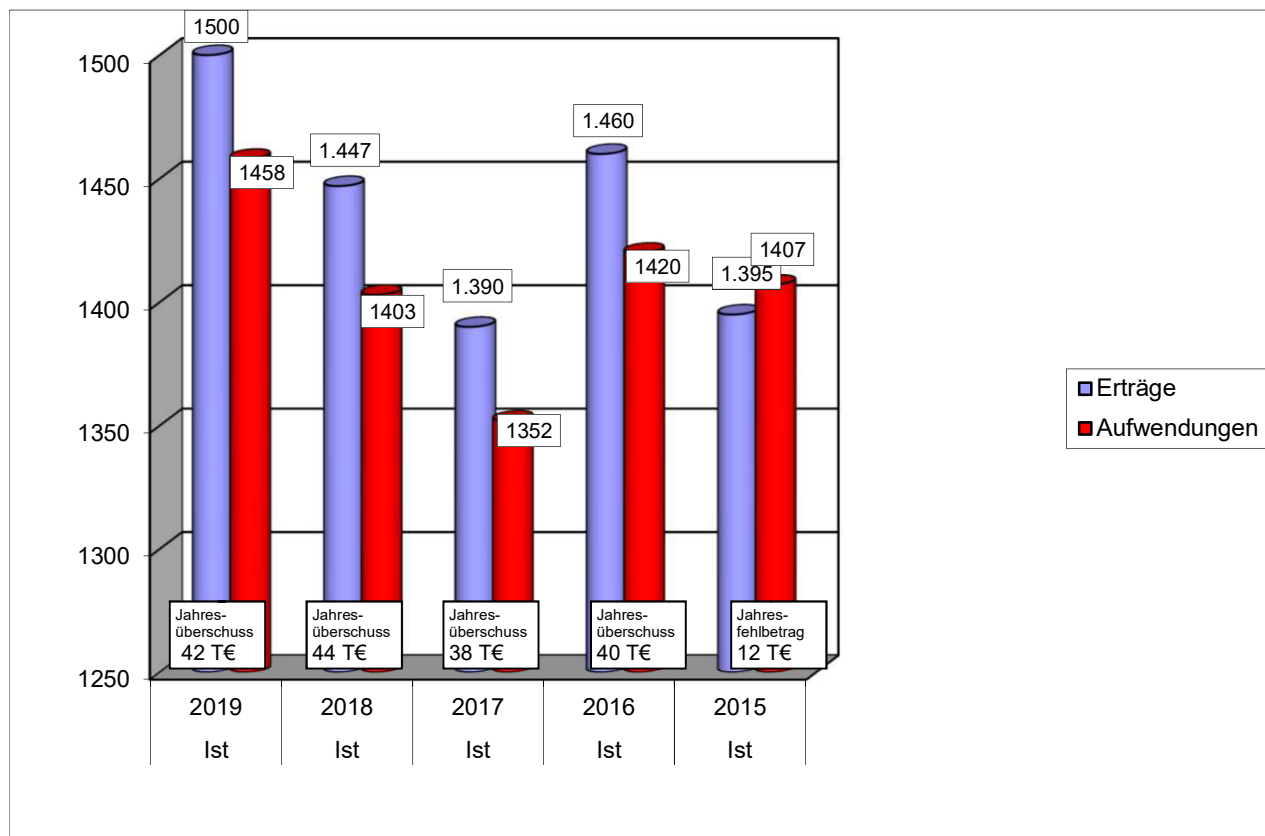
AKTIVA	2015	2016	2017	2018	2019	Veränderung
Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	0	0	0	0
Sachanlagen	3	5	5	3	2	-1
Anlagevermögen	3	5	5	3	2	-1
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	48	45	60	64	52	-12
Flüssige Mittel	1.009	1.110	1.138	1.347	1.399	52
Umlaufvermögen	1.057	1.155	1.198	1.411	1.451	40
Rechnungsabgrenzungsposten	1	0	1	1	1	0
Bilanzsumme	1.061	1.160	1.204	1.415	1.454	39

PASSIVA	2015	2016	2017	2018	2019	Veränderung
gez. Kapital	31	31	31	31	31	0
Bilanzgewinn/ Verlustvortrag	0	-12	0	0	0	0
Jahresüberschuss/ fehlbetrag	-12	40	38	44	42	-2
Gewinnrücklagen	246	246	274	312	356	44
Eigenkapital	265	305	343	387	429	42
So. Rückstellungen	576	649	672	754	786	32
Verbindlichkeiten	220	206	189	274	239	-35
Rechnungsabgrenzungsposten						0
Bilanzsumme	1.061	1.160	1.204	1.415	1.454	39

Finanzierung des Anlagevermögens durch Eigenkapital (Angaben in TEUR)

Gewinn- und Verlustrechnung der Bürgerhaus Bergischer Löwe GmbH

in TEUR	Plan 2019	Ist 2019	Ist 2018	Ist 2017	Ist 2016	Ist 2015	Ist 19/ Ist 18
1. Umsatzerlöse	671	703	663	603	674	541	40
2. Sonstige betriebliche Erträge	781	796	782	785	782	849	14
3. Betriebliche Erträge (1+2)	1.452	1499	1445	1388	1456	1390	54
4. Materialaufwand	-261,5	-242	-225	-196	-217	-205	-17
5. Personalaufwand	-601	-635	-626	-607	-608	-567	-9
6. Abschreibungen	-2	-2	-2	-2	-2	-2	0
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-536	-541	-513	-506	-545	-569	-28
8. Betriebsaufwand (4+5+6+7)	-1.400	-1420	-1366	-1311	-1372	-1343	-54
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1,5	1	2	2	4	5	-1
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-8	-8	-11	-15	-19	-32	3
11. Finanzergebnis (9+10)	-6	-7	-9	-13	-15	-27	2
12. Ergebnis vor Steuern (3+8+11)	46	72	70	64	69	20	2
13. Sonstige Steuern	-26	-30	-26	-26	-29	-32	-4
14. Jahresüberschuss (12+13)	20	42	44	38	40	-12	-2

Entwicklung Erträge/Aufwendungen (Angaben in TEUR)

Kennzahlen im Überblick/Bürgerhaus Bergischer Löwe GmbH

	2015	2016	2017	2018	2019
--	------	------	------	------	------

1. Vermögenslage

Anlagenintensität in %	0,3%	0,4%	0,4%	0,2%	0,1%
Umlaufintensität in %	99,6%	99,6%	99,5%	99,7%	99,8%
Investitionsquote		66,0%	40,0%		62,0%
Reinvestitionsquote		165,0%	100,0%		-62,0%

2. Finanzlage

Eigenkapitalquote in %	25,0%	26,3%	28,5%	27,3%	29,5%
Fremdkapitalquote in %	75,0%	73,7%	71,5%	72,7%	70,5%
Anlagendeckung I in %	8833,3%	6100,0%	6860,0%	12900,0%	21450,0%
Cashflow aus lfd. Geschäftstätigkeit	-765	-674	-748	-569T€	-737T€

3. Ertragslage

Umsatzrentabilität in %	258,8%	8,8%	7,6%	8,0%	7,0%
Eigenkapitalrentabilität in %	-4,5%	13,1%	11,1%	11,4%	9,8%
Gesamtkapitalrentabilität in %	-113,1%	4,7%	3,2%	3,1%	2,9%

4. Erfolgskennzahl

Personalintensität in %	104,8%	90,2%	100,7%	94,4%	90,3%
-------------------------	--------	-------	--------	-------	-------

Finanzielle Auswirkungen auf den Haushalt	2015	2016	2017	2018	2019
--	-------------	-------------	-------------	-------------	-------------

Zuschuss Theater	330.200 €	330.200 €	330.200 €	330.200 €	340.200 €
Verlustabdeckender Zuschuss	447.802 €	447.802 €	447.802 €	447.802 €	447.802 €
	<u>778.002 €</u>	<u>778.002 €</u>	<u>778.002 €</u>	<u>778.002 €</u>	<u>788.002 €</u>

Rheinisch-Bergisches TechnologieZentrum GmbH

1. Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Firma	Rheinisch-Bergisches TechnologieZentrum GmbH
Sitz	Friedrich-Ebert-Straße, 51429 Bergisch Gladbach
Gründung	26.10.1994
Gesellschaftsvertrag	Gründungsvertrag vom 26.10.1994 (letzter Eintrag 23.05.2006)
Handelsregister	HR B 4663 beim Amtsgericht Köln (letzter Eintrag 06.11.2014)
Geschäftsjahr	Kalenderjahr

2. Zweck der Gesellschaft

Gegenstand des Unternehmens der Gesellschaft ist die Einrichtung und der Betrieb eines Technologiezentrums, mit dem die Gründung neuer Unternehmen sowie die Entwicklung junger Unternehmen, die neue Technologien, Güter oder Verfahren entwickeln, produzieren und vermarkten, gefördert werden soll. Weiterhin sollen Unternehmen koordiniert und gefördert werden, deren Tätigkeiten auf dem Gebiet des Umweltschutzes liegen.

3. Zusammensetzung der Organe

3.1 Gesellschafterversammlung

Je 500 € eines Geschäftsanteils gewähren eine Stimme.

Die Gesellschafterversammlung hielt im Berichtsjahr 2 Versammlungen ab.

Städtisches Mitglied in der Gesellschafterversammlung ist Herr Stadtbaurat Harald Flügge.

3.2 Geschäftsführung

Die Geschäfte werden vom hauptamtlichen Geschäftsführer geleitet. Als hauptberuflicher Geschäftsführer ist Herr Martin Westermann (Stadt Bergisch Gladbach) tätig.

Nebenberufliche Geschäftsführer sind Herr Dr. Erik Werdel, Kreisdirektor, (Overath) und Herr Stefan Dürselen, Dipl. Ing., (Düren).

3.3 Beirat

Die Gesellschafterversammlung kann einen Beirat berufen, der - ohne Organ der Gesellschaft zu sein - eine beratende Funktion hat.

3.4 Aufsichtsrat

Die Gesellschaft hat keinen Aufsichtsrat.

4. Beteiligungsverhältnisse

Bei einem Stammkapital von 100.000 EURO ergeben sich folgende Beteiligungsverhältnisse:

<u>Gesellschafter</u>	<u>Stammeinlage in €</u>	<u>in %</u>
Stadt Bergisch Gladbach	25.000,-	25
Rheinisch-Bergischer Kreis	25.000,-	25
KSK Köln Beteiligungsgesellschaft mbH	48.000,-	4
Industrie- u. Handelskammer zu Köln	2.000,-	2

Die Industrie- und Handelskammer zu Köln nimmt mit ihrem Geschäftsanteil am Gewinn bzw. Verlust der Gesellschaft nicht teil.

Die Gesellschafter Stadt Bergisch Gladbach und Rheinisch-Bergischer Kreis sind zu einer Verlustübernahme von max. insgesamt 100 T€ pro Jahr durch Einzahlung in die Kapitalrücklage verpflichtet.

5. Beschäftigte

Die Gesellschaft beschäftigte im Berichtsjahr durchschnittlich 1 (im Vorjahr 1) Arbeitnehmer.

6. Wirtschaftsprüfer

Die Gesellschaft beauftragte die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Dr. Leyh, Dr. Kossow & Dr. Ott mit der Prüfung des Jahresabschlusses 2019.

7. Leistungsbeziehungen zu anderen Gesellschaften an denen die Stadt Bergisch Gladbach beteiligt ist

Die von der Rheinisch-Bergische Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH gezahlte Jahresnettomiete betrug inkl. Nebenkosten und dem Ankauf gebrauchter Büromöbel im Jahr 2019: 29.112,97 €. Der Bruttogesamtbetrag 2019 inklusive Umsatzsteuer belief sich auf rd. 34.644,43 €. Weiter wurden Anzeigen im Wirtschaftsmagazin punkt.RBW der Rheinisch-Bergischen Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH geschaltet. Im Jahr 2019 wurden für Anzeigen 2 x 487,90 € insgesamt 975,80 € gezahlt. Der RBW Newsroom wurde mit 952,00 € unterstützt. Dort wurden ebenfalls RBTZ-relevante Inhalte gepostet.

8. Geschäftsverlauf/ Lagebericht der Gesellschaft

1. Geschäft und Rahmenbedingungen

Geschäftsverlauf

Seit 25 Jahren hat sich das Rheinisch-Bergische TechnologieZentrum (RBTZ) in Bergisch Gladbach als Keimzelle für technologieorientierte Existenzgründer und Jungunternehmer etabliert. Tätigkeitsschwerpunkt ist die qualifizierte und kostenlose Begleitung bei technologieorientierten Unternehmensgründungen als Maßnahmenpaket der kommunalen und regionalen Wirtschaftsförderung. Seit dem Bestehen der Gesellschaft wurden 772 Gründungsvorhaben geprüft. Bis zum 31.12.2019 wurden insgesamt 292 Unternehmen gegründet. Als Gründer in das Rheinisch-Bergische TechnologieZentrum wurden bisher 95 Unternehmen aufgenommen. Am 31.12.2019 hatten dort 8 Existenzgründer Mietverträge.

Von der zum 31.12.2019 angemieteten, vermietbaren Fläche in der Größenordnung von ca. 1.700 m² waren rd. 1.400 m² belegt (Eigennutzung TZ ist ausgenommen). In Haus 07 steht des Weiteren eine anmietbare Optionsfläche von 84 m² bei Bedarf zur Erweiterung eines Unternehmens bereit.

Unternehmensentwicklung / Gründungen im Rheinisch-Bergischen TechnologieZentrum:

	31.12. 2018	31.12. 2019
Betreute Gründungsvorhaben seit dem 01.01.1995	757	772
Neugründungen RBTZ seit dem 01.01.1995	94	95
Mietverträge RBTZ zum 31.12.	9	8
Neugründungen direkt im TechnologiePark seit 01.01.1995	27	27
Neugründungen direkt in der Region seit 01.01.1995	153	170
Umzüge aus TZ in TP oder die Region seit 01.01.1995	61	63
Umzüge aus TZ nach außerhalb Region	4	5
Nicht erfolgreiche Gründungen (Insolvenz oder keine Gründung erfolgt) seit 01.01.1995 im TZ	8	8
Auflösung / Verkauf von Unternehmen im TZ seit 01.01.1995	11	11
Neugründungen insgesamt	274	292

Zum Zeitpunkt der jeweiligen Existenzgründung im TechnologieZentrum werden seit über 20 Jahren nachweislich zum Unternehmensstart durchschnittlich 2 neue Arbeitsplätze geschaffen. Aus Mieterbefragungen zum Ende der vorangegangenen Jahre ergibt sich eine durchschnittliche Mitarbeiterzahl von 9,6 über die letzten 17 Jahre. Legt man eine ähnliche Wachstumsentwicklung für die Gesamtmieterschaft des RBTZ

seit 1995 und eine TZ-spezifische Insolvenzquote in Höhe von 7,4 % zugrunde (von 95 Unternehmen wurden 7 im Rahmen eines Insolvenzverfahrens abgewickelt), so werden von den erfolgreichen Unternehmen, die im TechnologieZentrum gegründet wurden, heute rd. 850 qualifizierte Arbeitsplätze bereitgestellt.

Die Gesamtzahl der durch die in TechnologieZentrum, TechnologiePark und Region neu gegründeten 292 Unternehmen geschaffenen Arbeitsplätze lässt sich unter Zugrundelegung der TZ-spezifischen Insolvenzquote somit auf rd. 2.600 hochrechnen. Die hierdurch erreichten strukturellen Effekte und Folgewirkungen für die Region dürften sehr hoch sein, lassen sich aber zahlenmäßig ohne größeren Aufwand nicht quantifizieren.

Die Gründungsphase von innovativen bzw. wachstumsstarken Gründungen weist besondere Risiken auf. Eine Finanzierung über den Kreditmarkt ist für die meisten dieser Gründungen zurzeit schwierig (zu wenig Sicherheiten, zu hohes Risiko, junge, schwer einschätzbare Unternehmen). Ergebnisse des Statistischen Bundesamtes zeigen, dass im Jahr 2018 ca. 51% aller Unternehmensinsolvenzen in Deutschland auf diejenigen Betriebe entfallen, die weniger als 8 Jahre auf dem Markt tätig waren. Die Hälfte davon betraf Insolvenzen innerhalb der ersten 3 Jahre. Im RBTZ liegt der Schwerpunkt gemäß Gesellschafterauftrag auf Qualität statt Quantität der Gründungen. Die geringe Insolvenzquote im Rheinisch-Bergischen TechnologieZentrum (7,4% über 25 Jahre) ist ein Ergebnis der kontinuierlichen und qualitätsorientierten Gründerauswahl.

Um die Ansiedlung von technologieorientierten Gründungsvorhaben zu intensivieren, wurden in 2019 Workshops und Seminare im Rahmen des ManagementForums in Zusammenarbeit mit der Kreissparkasse Köln, dem TechnologieZentrum ST@RT HÜRTH, den Gründer- und Technologiezentren Gummersbach, Rheinbach sowie dem BusinessCampus Rhein-Sieg in Sankt Augustin konzipiert und durchgeführt. Die Aktivitäten sollen auch im Jahr 2020 soweit möglich fortgeführt werden.

In Zusammenarbeit mit weiteren Netzwerkpartnern wurden im Berichtsjahr Veranstaltungen unterschiedlicher Art für Unternehmer und Gründer in der Region durchgeführt. Veranstaltungen im STARTERCENTER RheinBerg/Leverkusen (Orientierungsveranstaltungen, Gründernachmittage) am Standort TechnologiePark Bergisch Gladbach wurden von den TZ-Kooperationspartnern Rheinisch-Bergische Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH (RBW), Handwerkskammer zu Köln und Industrie- und Handelskammer zu Köln durchgeführt und von potentiellen Gründern besucht. Das TechnologieZentrum erreichte auf externen Veranstaltungen (außerhalb TechnologiePark) im Rahmen von Gründertagen und Businessplanwettbewerben weitere Gründer. Ein wesentliches Ziel dieser Veranstaltungen ist die Informationsvermittlung an Existenzgründer sowie der Technologie- und Wissenstransfer für die mittelständischen Unternehmen in der Region.

Zu den Veranstaltungen mit wirtschaftsnahen Institutionen und Hochschulen gehörten die Unterstützung des NUK-Businessplanwettbewerbs, die Teilnahme am Gründer- und Nachfolgetag in Köln (Unternehmerstart Köln) sowie der STARTupCon in der Lanxess-Arena in Köln.

Kernaufgabe ist und bleibt die Identifizierung von Gründungspotenzial in der Region sowie die daran anschließende persönliche und individuelle Betreuung von Gründungsaspiranten und -mietern im RBTZ. Hierzu gehört die Vernetzung mit potenziellen Kooperationspartnern im Rheinisch-Bergischen Kreis.

Gemeinsam mit Technologie- und Gründerzentren in der Region, an denen die Kreissparkasse Köln eine Beteiligung hält (GTC Gummersbach, ST@RT Hürth) sowie weiteren sieben gründungsrelevanten Institutionen ist das RBTZ seit 2018 Bestandteil eines vom Land NRW akkreditierten „Gründungsnetzwerks im Rahmen des Gründerstipendiums.NRW in der Region Rhein-Berg/Leverkusen, Oberberg und Rhein-Erft“. In den Jahren 2018 – 2022 vergibt das Land jährlich 1000 Euro monatlich an 1000 Stipendiaten aus den Gründungsnetzwerken. Hiervon sollen aussichtsreiche Gründer, die im RBTZ begleitet werden, profitieren. Von den bisher vom RBTZ betreuten und an die Jury vermittelten Vorhaben erhielten alle den Zuschlag des Projektträgers für ein Stipendium.

2. Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Ertragslage

Die Ertragssituation wird weiterhin wesentlich von den Erlösen aus der Vermietung von Flächen und den Kosten der Anmietung beeinflusst.

Das Ergebnis für das Jahr 2019 weist einen Verlust in Höhe von TEUR 150,2 aus.

Die Erlöse werden auch zukünftig nicht ausreichen, die betrieblichen Aufwendungen zu decken, so dass nachhaltig mit einer negativen Ertragslage zu rechnen ist. Hinzu kommt die notwendige Vorhaltung von Optionsflächen, um so das Wachstum von Jungunternehmen in begrenztem Umfang sicher zu stellen.

Die Ertragslage wird ebenfalls dadurch beeinflusst, dass die Begleitung und das Coaching von Gründern im Rheinisch-Bergischen TechnologieZentrum in der Regel ohne jedes Beratungshonorar erfolgt. Deshalb wird ein Teil der Personalkosten durch adäquate Einnahmen dauerhaft nicht zu decken sein. Als "Durchlauferhitzer" soll das TechnologieZentrum mit seinen Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse Gründer bei der Schaffung zukunftssicherer und qualifizierter Arbeitsplätze unterstützen. Das heißt, der eigentliche Nutzen des TechnologieZentrums liegt in kommunal- bzw. volkswirtschaftlichen Effekten, die nicht in die betriebswirtschaftlichen Ergebnisse des TechnologieZentrums einfließen. Der konzeptionelle Ansatz für das Rheinisch-Bergische TechnologieZentrum sieht deshalb einen Wechsel von erfolgreichen Jungunternehmern aus dem Rheinisch-Bergischen TechnologieZentrum in den TechnologiePark Bergisch Gladbach oder die Region im Rahmen einer technologieorientierten Wirtschaftsförderung ausdrücklich vor.

Finanzlage

Die kommunalen Gesellschafter des Rheinisch-Bergischen TechnologieZentrums haben sich im Rahmen einer Patronatserklärung zu einer Verlustausgleichszahlung in Höhe von maximal TEUR 100 p.a. verpflichtet. Der finanzielle Verlustausgleich erfolgt erst nach Fertigstellung der Bilanz im Folgejahr. Die Gewährleistung der Liquidität im Geschäftsjahr kann deshalb nicht alleine hierdurch gesichert werden. Hierzu dient auch der außerordentliche Ertrag aus dem Verkauf des Teileigentums, der in die Gewinnrücklage eingestellt wurde.

Vermögenslage

Auf der Passivseite wird ein Eigenkapital in Höhe von TEUR 354 ausgewiesen. Das Eigenkapital setzt sich zusammen aus dem Stammkapital in Höhe von TEUR 100, der Kapitalrücklage in Höhe von TEUR 26, einer Gewinnrücklage in Höhe von TEUR 279 und einem Bilanzverlust von TEUR 50.

3. Risikobericht

Das Risikomanagement-System ist als internes Kontrollsystem ausgerichtet auf die Geschäftsführer. Aus diesem Grunde gibt die Geschäftsführung in den turnusmäßigen Gesellschafterversammlungen im Rahmen des Berichtes zur aktuellen Situation den Gesellschaftern alle notwendigen Informationen zu sämtlichen Risiken, die aus der Geschäftstätigkeit resultieren könnten. Mögliche Risiken werden aus diesem Grunde auch in den entsprechenden Protokollen der Gesellschafterversammlungen dokumentiert.

4. Prognosebericht

Um die vorhandenen Vermietungskapazitäten besser auszulasten, verstärkt die Geschäftsführung des Rheinisch-Bergischen TechnologieZentrums die künftige Gründerakquisition durch weitere Aktivitäten - soweit möglich. Einschränkungen und Behinderungen sind aufgrund der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Corona-Pandemie in 2020 möglich. (Kontaktbeschränkungen, Wegfall/Verbot von Veranstaltungen, Insolvenzen etc.)

- Coaching und Beratung von Gründern im Rahmen des NUK (Neues Unternehmertum Rheinland) Business-Plan-Wettbewerbes
- Kooperation mit den Technologiezentren in der Region
- Zusammenarbeit mit der RBW im Rahmen der STARTERCENTER.NRW-Aktivitäten
- Zielgerichteter Einsatz der Internet-Anwendung sowie der Imagebroschüre als Akquisitionsinstrument
- Kooperation mit dem VDI Bezirksverein Köln und der Fachhochschule der Wirtschaft
- Modernisierung und Optimierung der Arbeitsumgebung für Gründer
- Erschließung neuer Finanzierungsquellen für Existenzgründer

Das RBTZ hat gemeinsam mit ST@ART Hürth und dem GTC im Februar 2018 für das MWEIMH und die Teilnehmer der dort organisierten STARTERCENTER.NRW einen Workshop zum Thema „Regionale Gründerökosysteme“ geplant und durchgeführt. Das RBTZ hat im Anschluss an diese Auftaktveranstaltung den Auftrag erhalten, den Aufbau eines Regionalen Gründerökosystems im Rheinisch-Bergischen Kreis zu initiieren und zu betreuen. Hierin werden alle Akteure und Projekte abgebildet, die in der Region dazu beitragen, dass in der Bevölkerung die Themen Innovation und Gründung

eine grundlegende Wertschätzung erfahren und jegliches Interesse daran auf fruchtbaren Boden fällt. Mit Blick auf bereits vorhandene Maßnahmen und Projekte werden so ungenutzte Chancen deutlich. Gleichzeitig ermöglicht das Einbeziehen regionaler Faktoren (Bevölkerungs- und Unternehmensstruktur, Mentalität, Unternehmensziele, Trends, Nachfrage etc.) eine differenzierte Betrachtung und Beurteilung der Wirksamkeit vorhandener Angebote. Das RBTZ verspricht sich aus diesem Projekt eine umfassende Transparenz, eine verstärkte Interaktion zwischen den Beteiligten und neue, zielgruppenspezifische Formate, mit denen noch konkreter auf das Potenzial in der Region eingegangen werden kann.

Das auditierte Innovationszentrum RBTZ ist Kooperationspartner der Rheinisch-Bergischen Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH (RBW) und betreibt mit dieser sowie weiteren öffentlichen Gründungseinrichtungen am Standort TechnologiePark Bergisch Gladbach ein vom Land NRW zertifiziertes STARTERCENTER.NRW. Um den als regionales Kompetenzzentrum für Gründungen bekannten Standort weiter zu stärken, bringt sich das RBTZ in die Entwicklung eines im Rahmen der Regionale 2025 geplanten Projektes Innovationszentrum Digitale Bildung in Bergisch Gladbach aktiv ein. Die Angebote der einst von der Kreissparkasse Köln gesponsorten Gründerwerkstatt im RBTZ sollen u.a. Interessierten des Innovationszentrums im Vorfeld einer möglichen Gründung zur Verfügung gestellt werden. Die Ausstattung der Gründerwerkstatt muss den aktuellen Bedürfnissen und Anforderungen der Gründer angepasst werden.

Die Aktivitäten im Bereich „Gründungsnetzwerk im Rahmen des Gründerstipendiums.NRW – s. o. – werden weitergeführt. Es befinden sich derzeit mehrere Stipendiaten im Coaching, weitere Vorhaben werden auf die Bewerbung für ein Stipendium vorbereitet.

In das Förderprogramm EXIST des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi) sowie den Förderwettbewerb „START-UP transfer.NRW“ des Ministeriums für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie des Landes NRW ist das RBTZ weiterhin durch ein mögliches Coaching von Gründerteams eingebunden.

Kooperation mit regionalen Partnern

In der Zusammenarbeit mit regionalen Partnern, dem hgnc, der Fachhochschule der Wirtschaft (FHDW), NUK, dem Digital Hub Cologne, dem VDI u.a. werden neue Formate gesucht und bewährte beibehalten. Im Bereich Co-Working-Spaces plant das RBTZ keine eigenen Angebote und setzt auf den Austausch mit den Anbietern im unmittelbaren Umfeld (Coworking.GL in Bergisch Gladbach und coworking4you in Overath).

Weitere Zusammenarbeit der TGZ in der Region
Für das Qualifizierungsprogramm S-ManagementForum wird das RBTZ weiterhin Themen vorschlagen, die sich aus dem Beratungsgeschäft als interessant erweisen und die Vermarktung des Formats mit allen verfügbaren Mitteln unterstützen.

Weiterhin verfolgt wird die Dachmarkenstrategie der am S-ManagementForum beteiligten Technologie- und Gründerzentren. Ziel ist es, die Wahrnehmung in der Region Rheinland durch gemeinsame Marketing- und Social-Media-Aktivitäten, die für ein einzelnes Zentrum unter Kosten-Nutzen-Aspekten alleine nicht zu bewerkstelligen sind, zu forcieren.

Zusammenarbeit mit dem Eigentümer des TechnologieParks Bergisch Gladbach

Das RBTZ nutzt seit dem Verkauf der Liegenschaft die enge Kooperation mit dem Eigentümer, um auf die Investitionen, Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen

des neuen Eigentümers des TechnologieParks Bergisch Gladbach Einfluss zu nehmen, wenn es um die gründungsrelevante Infrastruktur am Standort geht. Der Breitbandausbau und die Schaffung moderner Arbeitswelten in Mietflächen haben sich bereits als Wettbewerbsvorteil für den Standort und für Firmen aus dem RBTZ erwiesen. Mit der Sanierung und Neuausstattung der Konferenzräume in Haus 4 wurden nicht nur für die Unternehmen im TechnologiePark und -Zentrum repräsentative und multifunktionale Flächen für Dialog und Kollaboration geschaffen. Gäste und Multiplikatoren können zukünftig ebenfalls wieder im TechnologiePark tagen.

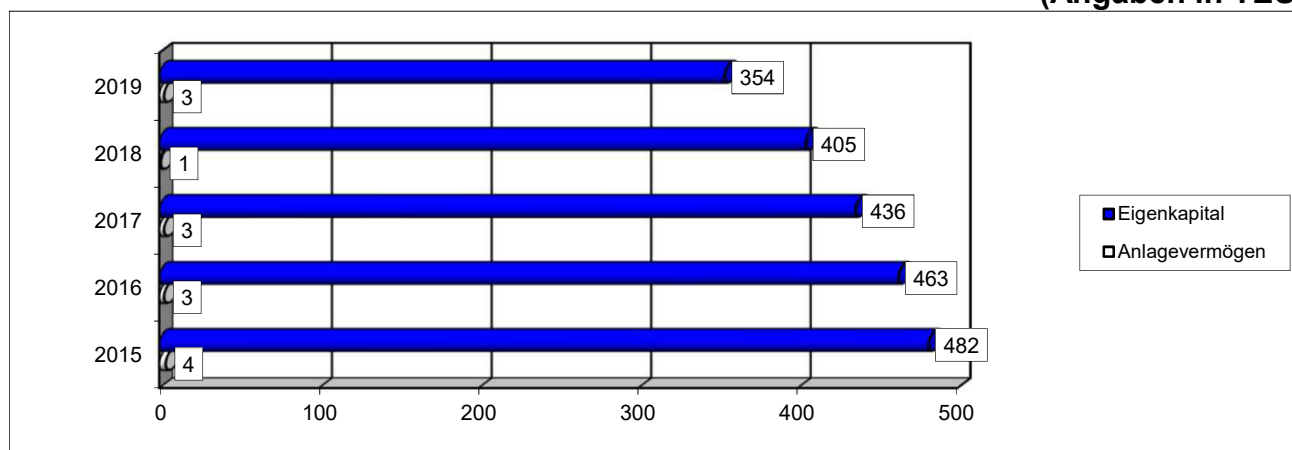
Das RBTZ unterstützt die Bewerbung des TBG im Projekt „Smarte Gewerbegebiete“ aus dem Strukturförderprogramm des Landes NRW „Regionale 2025“ insbesondere unter dem Gesichtspunkt „Digitalisierung“.

Nach den Vorstellungen der Geschäftsführung des RBTZ werden im TechnologiePark Bergisch Gladbach zukünftig Kooperationsflächen für KMU und Unternehmen aus dem Gründungsumfeld bereitgestellt, um die Entwicklung neuer Geschäftsfelder bewusst außerhalb der Unternehmen diskutieren und umsetzen zu können. Ein beispielhaftes Konzept wurde von RBTZ- und TechnologiePark-Vertretern bei der Firma Soennecken in Overath im Rahmen eines Erfahrungsaustauschs zum Thema Kooperationsflächen für Unternehmen mit Gründern besichtigt.

Wirtschaftliche Daten der Rheinisch-Bergisches Technologiezentrum GmbH**Entwicklung der Bilanz im 5-Jahresvergleich (Geschäftsjahre 2015 - 2019)****Angaben in TEUR**

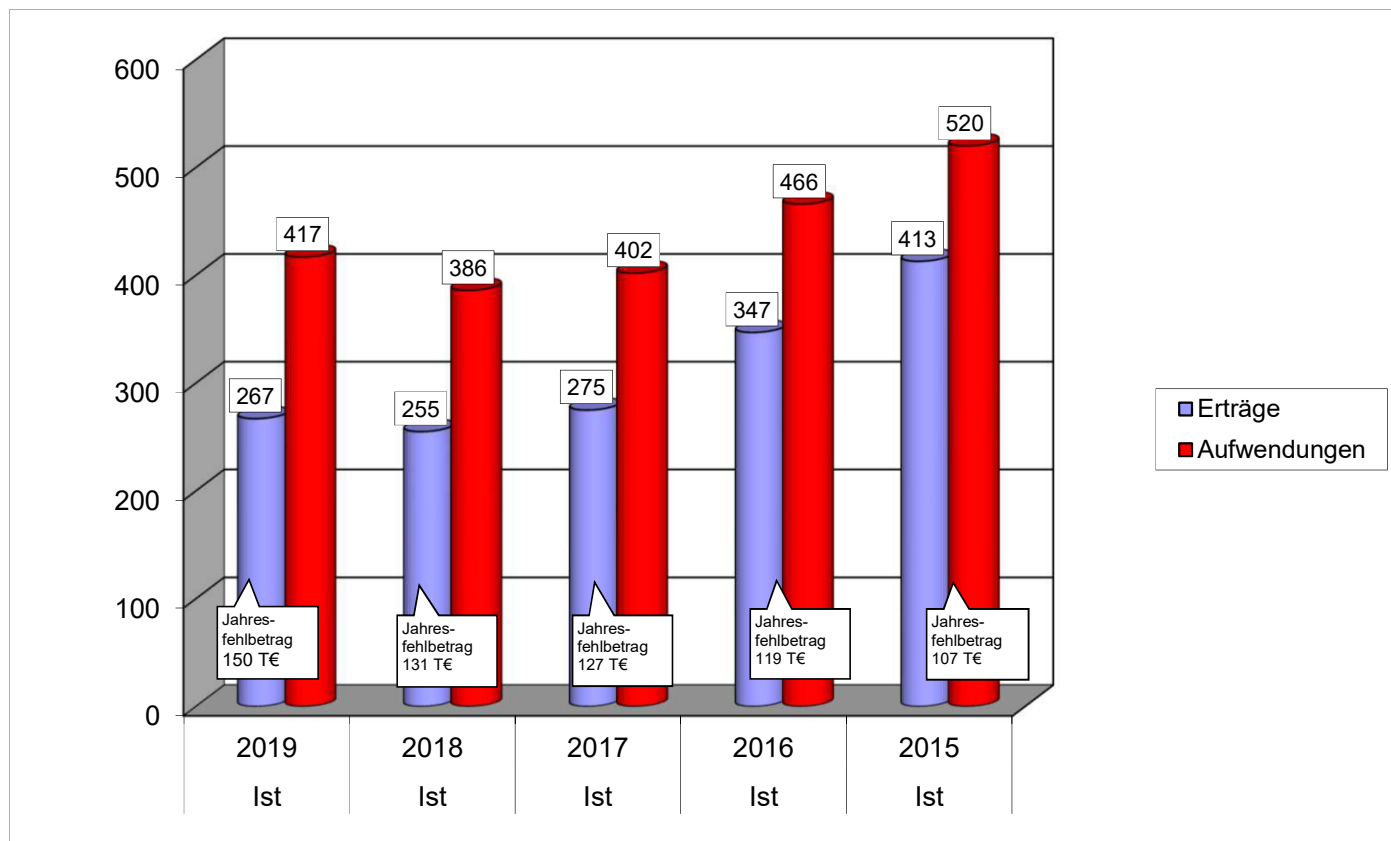
AKTIVA	2015	2016	2017	2018	2019	Veränderung
Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	0	0	1	1
Sachanlagen	4	3	3	1	2	1
Finanzanlagen	0	0	0	0	0	0
Anlagevermögen	4	3	3	1	3	2
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	118	124	117	103	107	0
Flüssige Mittel	419	405	369	344	290	4
Umlaufvermögen	537	529	486	447	397	-50
Rechnungsabgrenzungsposten	0	2	4	2	2	0
Bilanzsumme	541	534	493	450	402	-48

PASSIVA	2015	2016	2017	2018	2019	Veränderung
gez. Kapital	100	100	100	100	100	0
Kapital + Gewinnrücklage	389	382	363	336	304	-32
Bilanzverlust	-7	-19	-27	-31	-50	-19
Eigenkapital	482	463	436	405	354	-51
SoPo Invest.zuschüsse zum AV	0	0	0	0	0	0
Rückstellungen	42	37	38	38	37	-1
Verbindlichkeiten	2	34	19	7	11	4
Rechnungsabgrenzungsposten	15	0	0	0	0	0
Bilanzsumme	541	534	493	450	402	-48

**Finanzierung des Anlagevermögens (abzgl. Sonderposten) durch Eigenkapital
(Angaben in TEUR)**

Gewinn- und Verlustrechnung der Rheinisch-Bergisches Technologiezentrum GmbH

in TEUR	Plan 2019	Ist 2019	Ist 2018	Ist 2017	Ist 2016	Ist 2015	Ist 19/ Ist 18
1. Umsatzerlöse	180	265	252	274	339	333	13
2. Sonstige betriebliche Erträge	80	2	3	1	8	80	-1
3. Betriebliche Erträge (1+2)	260	267	255	275	347	413	12
4. Personalaufwand	-145	-163	-146	-141	-136	-132	-17
5. Abschreibungen	-1	-1	-1	-3	-2	-6	0
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-262	-253	-239	-258	-328	-382	-14
7. Betriebsaufwand (4+5+6)	-408	-417	-386	-402	-466	-520	-31
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1	0	0	0	0	0	0
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0	0	0	0	0
10. Finanzergebnis (8+9)	1	0	0	0	0	0	0
11. Außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0	0	0
12. Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0	0	0
13. Außerordentliches Ergebnis (11+12)	0	0	0	0	0	0	0
14. Ergebnis vor Steuern (3+7+10+13)	-147	-150	-131	-127	-119	-107	-19
15. Erträge aus Verlustübernahme	0	0	0	0	0	0	0
16. Jahresüberschuss (14+15)	-147	-150	-131	-127	-119	-107	-19

Entwicklung Erträge/Aufwendungen (Angaben in TEUR)

Kennzahlen im Überblick/Rheinisch-Bergisches Technologiezentrum GmbH

	2015	2016	2017	2018	2019
1. Vermögenslage					
Anlagenintensität in %	0,7%	0,6%	0,6%	0,3%	0,8%
Umlaufintensität in %	99,3%	99,1%	98,6%	99,3%	98,8%
Investitionsquote	50,0%	48,5%	74,9%	-	86,6%
Reinvestitionsquote	33,3%	76,2%	64,4%	-	259,8%
2. Finanzlage					
Eigenkapitalquote in %	89,1%	86,7%	88,4%	90,0%	88,1%
Fremdkapitalquote in %	10,9%	13,3%	11,6%	10,0%	11,9%
Anlagendeckung I in %	12050,0%	15433,3%	14533,3%	25878,6%	10495,1%
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	-137 T€	-113 T€	-134 T€	-125 T€	-152 T€
3. Ertragslage					
Umsatzrentabilität in %	-32,1%	-37,2%	-46,4%	-52,0%	-56,6%
Eigenkapitalrentabilität	-22,2%	-25,7%	-29,1%	-32,3%	-42,4%
Gesamtkapitalrentabilität	-19,8%	-22,3%	-25,8%	-29,1%	-37,3%
4. Erfolgskennzahl					
Personalintensität in %	39,6%	40,1%	51,5%	57,9%	61,5%
Finanzielle Auswirkungen auf den Haushalt					
Verlustübernahme/ Aufwand	50.000 €	50.000 €	50.000 €	50.000 €	50.000 €

Rheinisch-Bergische Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH (RBW)

1. Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Firma	Rheinisch-Bergische Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH
Sitz	Friedrich-Ebert-Str., 51429 Bergisch Gladbach
Gründung	05.11.1992
Gesellschaftsvertrag	Fassung vom 22.09.2004, zuletzt angepasst am 15.07.2013
Handelsregister	Amtsgericht Köln, HRB 46525
Geschäftsjahr	Kalenderjahr

2. Zweck der Gesellschaft

Unternehmensgegenstand ist die Förderung der Wirtschaft auf dem Gebiet des Rheinisch-Bergischen Kreises (nachfolgenden Kreisgebiet). Die Gesellschaft wird ergänzend zum eigenständigen örtlichen Angebot wirtschaftsfördernder Leistungen der kreisangehörigen Kommunen nach Abstimmung und in Kooperation mit den Gesellschaftern tätig. Zweck der Gesellschaft ist die Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Struktur des Kreisgebietes durch Förderung der Wirtschaft. Im Allgemeinen wirtschaftlichen Interesse sollen die Tätigkeiten der Gesellschaft Arbeitsplätze sichern und neue Arbeitsplätze schaffen. Die Tätigkeiten dürfen nicht über den für die Zweckverwirklichung sachlich gebotenen Umfang hinausgehen, insbesondere dürfen sie nicht den Umfang einer laufenden Unternehmensberatung annehmen.

Zu den Aufgaben und Tätigkeiten der Gesellschaft im Allgemeinen wirtschaftlichen Interesses gehören insbesondere

- a) Förderung und Vermarktung des Wirtschaftsstandortes Rheinisch Bergischer Kreis,
- b) Pflege, Sicherung und Entwicklung des Unternehmensbestandes im Kreisgebiet,
- c) Entwicklung und Förderung von Kompetenzfeldern im Kreisgebiet,
- d) Unterstützung bei der Entwicklung, Erschließung und Vermarktung von Gewerbeflächen im Kreisgebiet,
- e) Fachkräftesicherung und -marketing für das Kreisgebiet.

Zur Erzielung dieser Geschäftszwecke kann sich die Gesellschaft an anderen Unternehmen, Gesellschaften und Institutionen unmittelbar oder mittelbar beteiligen und/oder deren Geschäftsführung übernehmen. Hierbei ist darauf zu achten, dass die Haftung der Gesellschaft auf einen bestimmten im Vorhinein festgelegten Wert begrenzt ist und die Vorschriften des § 108 Abs. 1 und Abs. 2 der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen eingehalten werden.

3. Zusammensetzung der Organe

3.1 Gesellschafterversammlung

In die **Gesellschafterversammlung** entsenden:

-der Rhein.-Berg. Kreis	9 Vertreter
-die beteiligten kreisangehörigen Kommunen	je 1 Vertreter
-die KSK-Kapitalbeteiligung Holding GmbH sowie die Stadtsparkasse Wermelskirchen	je 1 Vertreter
-die GbR der Volks- und Raiffeisenbanken im Rhein. Berg. Kreis	1 Vertreter

Je 10 € eines Geschäftsanteils gewähren eine Stimme. Im Geschäftsjahr fanden 3 Gesellschafterversammlungen statt.

3.2 Aufsichtsrat

Gemäß dem am 07.10.2004 neu gefassten Gesellschaftervertrag sind Organe der Gesellschaft die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

3.3 Geschäftsführung

Alleiniger Geschäftsführer war Herr Volker Suermann, Düsseldorf. Der Geschäftsführer ist einzelvertretungsberechtigt. Seine Gesamtbezüge betrugen in 2019 98.498,85 €.

4. Beteiligungsverhältnisse

Die Gesellschafterversammlung hat mit Beschluss vom 22.09.2004 die Erhöhung des Stammkapitals auf **74.300 €** beschlossen, die am 21.12.2004 in das Handelsregister eingetragen wurde.

Die Beteiligungsverhältnisse stellen sich wie folgt dar:

<u>Gesellschafter</u>	<u>Stammeinlage in €</u>	<u>in %</u>
Rhein.-Berg. Kreis	37.900	51,00
Stadt Bergisch Gladbach	7.020	9,45
Stadt Burscheid	1.040	1,40
Gemeinde Kürten	1.040	1,40
Stadt Leichlingen	1.820	2,45
Stadt Wermelskirchen	2.600	3,50
Gemeinde Odenthal	1.040	1,40
Stadt Overath	1.820	2,45
Stadt Rösrath	1.820	2,45
Stadtsparkasse Wermelskirchen	1.300	1,75
KSK-Kapitalbeteiligung Holding GmbH	7.800	10,50
Bensberger Bank, Volks- und Raiffeisenbanken im Rhein.-Berg. Kreis in GbR	9.100	12,25
	74.300	100

Zur Deckung etwaiger Verluste aus dem gewöhnlichen Tätigkeitsbereich der Gesellschaft außerhalb des Sondervermögens nach § 5 sowie außerhalb der Betätigungen von Beteiligungsgesellschaften der Gesellschaft, wenn die Gesellschaft sich zur ganzen oder teilweisen Verlustdeckung verpflichtet hat, leistet der Rheinisch-Bergische Kreis einen jährlichen Zuschuss an die Gesellschaft.

5. Beschäftigte

In 2019 wurden durchschnittlich 6 Mitarbeiter (Vj. 6) beschäftigt.

6. Wirtschaftsprüfer

Die Gesellschaft beauftragte die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Dornbach GmbH mit der Prüfung des Jahresabschlusses 2019.

7. Leistungsbeziehungen in 2019 zu anderen Gesellschaften an denen die Stadt Bergisch Gladbach beteiligt ist

1. Die von der Rheinisch-Bergische Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH an das Rheinisch-Bergische TechnologieZentrum GmbH (RBTZ) gezahlte Jahresnettomiete betrug inkl. Nebenkosten und dem Ankauf gebrauchter Büromöbel im Jahr 2019: 29.112,97 €. Der Bruttogesamtbetrag 2019 inklusive Umsatzsteuer belief sich auf rd. 34.644,43 €. Weiter wurden vom RBTZ Anzeigen im Wirtschaftsmagazin punkt.RBW der Rheinisch-Bergischen Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH geschaltet. Im Jahr 2019 wurden für Anzeigen 2 x 487,90 € insgesamt 975,80 € gezahlt. Der RBW Newsroom wurde von RBTZ mit 952,00 € unterstützt. Dort wurden ebenfalls RBTZ-relevante Inhalte gepostet. Die Rheinisch-Bergische Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH beteiligte sich mit 7.520,80 € incl. Umsatzsteuer an den Kosten des SEB AöR für die Standmiete bei der Messe polis.

8. Geschäftsverlauf/ Lagebericht der Gesellschaft

Geschäftsverlauf

Die Rheinisch-Bergische Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH (RBW) stellte sich auch im Geschäftsjahr 2019 in allen Geschäftsbereichen als steuerungsfähige Wirtschaftsförderungsgesellschaft dar. Die operativen Tätigkeitsfelder Existenzgründung, Unternehmenssicherung und -nachfolge, Fördermittel, Behördenscout, Innovations- und Technologieförderung, Gewerbeflächenservice, Fachkräftesicherung und -marketing sowie Standortmarketing und Öffentlichkeitsarbeit zeigten im Geschäftsjahr 2019 einen planmäßigen Geschäftsverlauf. Der Zweck der Gesellschaft, die soziale und wirtschaftliche Struktur des Rheinisch-Bergischen Kreises durch die Förderung der Wirtschaft zu verbessern, wurde erreicht.

Der kontinuierliche Prozess zur Verbesserung der Arbeit der Gesellschaft wurde auch im Jahr 2019 fortgesetzt. Dies zeigt das fortgeschriebene Controlling für das Geschäftsjahr 2019. Mit der Umsetzung des Controllings leistet die Gesellschaft weiterhin einen beständigen Beitrag zur Transparenz ihrer Tätigkeit für die Gesellschafter. Die RBW wird die Zertifizierung nach der DIN ISO 9001:2015 ab dem Jahr 2019 nicht weiter anstreben. Es erfolgt eine Konzentration auf die bisher ebenfalls durchgeführte Zertifizierung als STARTERCENTER NRW nach den Kriterien des Ministeriums für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen. Diese Entscheidung resultiert aus dem ständig steigenden formalen und finanziellen Aufwand für die Zertifizierung nach der DIN ISO 9001:2015. Die RBW wird ihr Qualitätsmanagement weiterhin verfolgen und umsetzen. Die Zertifizierung als STARTERCENTER NRW wurde im Rahmen eines Audits am 15.11.2019 für drei Jahre bestätigt.

Auch im Jahr 2019 wurden Maßnahmen des Datenschutzes gemäß der aktuellen gesetzlichen Regelung, insbesondere der EU-DSGVO und BDSG, aktualisiert und weiterentwickelt. Unterstützt wird die RBW durch die KHL Service- und Wirtschaftsgesellschaft mbH als externer Datenschutzbeauftragter.

Im Bereich „Existenzgründung“ wurde das 2019 neu gestartete Seminarformat „Gründerforum“ gut nachgefragt. Die Partner des gemeinsamen STARTERCENTERS NRW Rhein-Berg/Leverkusen sehen sich in ihren Bemühungen, den potenziellen Existenzgründern ein neues effizientes Format anzubieten, positiv bestätigt. Mit dem Rheinisch-Bergischen Technologie-Zentrum GmbH zusammen entwickelt die RBW das Projekt „Gründerökosystem“. Ziel ist eine systematische Analyse der rheinisch-bergischen Gründungslandschaft und die Herausarbeitung von Handlungsansätzen (z. B. Entwicklungs- und Kooperationsflächen) für die Zukunft. Darüber hinaus werden die individuellen Beratungen der RBW von den unterschiedlichen Zielgruppen unvermindert wahrgenommen. Die Kunden nutzen auch die auf der RBW-Homepage integrierten Online-Trainings des Bundeswirtschaftsministeriums.

Innovative und kooperative Ansätze verfolgt die RBW bei ihrem Engagement in der Entwicklung verschiedener Regionale-Projekte in den Themengebieten Digitalisierung, FuE, Bildung, Gewerbeflächen und Mobilität. Auch darum wurde der Bereich „Innovations- und Technologieförderung“ im Jahr 2019 konsequent weiterentwickelt. Neben der Vermittlung von passgenauen mittelstandsorientierten Förderinstrumenten gehören hierzu die Unternehmenswerkstatt „Handeln statt hadern – Innovationen erfolgreich anstoßen“ im WorkLab der Soennecken eG in Overath, die Unternehmenswerkstatt „Industrie 4.0 und Digitalisierung: Fehlinvestitionen vermeiden“ mit dem Fraunhofer-Institut und die Unternehmenswerkstatt „CO₂-Bilanzierung für Unternehmen“ mit der Energie.Agentur.NRW bei der Firma Wurth in Kürten. Den Abschluss bildete das jährlich durchgeführte Innovationsforum mit dem diesjährigen Titel „Künstliche Intelligenz (KI) im Mittelstand“ bei der Indus Holding AG in Bergisch Gladbach.

Das Projekt „Betriebliche Pflegelotsen“ ging im Jahr 2019 im Bereich Fachkräftesicherung und -marketing mit zahlreichen teilnehmenden Unternehmen in die zweite Runde. Das erfolgreiche Konzept wurde auf das durch das NRW-Familienministerium geförderte Projekt „Betrieblicher Familienlotse“ übertragen. Die Umsetzung des Förderprojektes mit der Workshop-Reihe „Wettbewerbsvorteil: Familienbewusst Unternehmen“ erfolgt in den Jahren 2019 und 2020. Im Frühjahr 2019 startete mit „Führung im Dialog – Das Format für Führungskräfte im Rheinisch-Bergischen Kreis“ ein neues Angebot für Inhaber, Geschäftsführer und leitende Angestellte.

Dieses Format der von der RBW koordinierten Fachkräfteinitiative „Kluge Köpfe bewegen“ wurde im Jahr 2019 insgesamt vier Mal durchgeführt und ist somit fest etabliert im Kalender der genannten Zielgruppe. Grundlage der Arbeit in diesem Tätigkeitsfeld der RBW ist auch im Jahr 2019 die intensive Zusammenarbeit mit den Personalverantwortlichen der Unternehmen. Dies umfasst die Unterstützung bei der Entwicklung von Arbeitgebermarken, bei Fragen zur Personalakquise und bei der betrieblichen Weiterbildung. Darüber hinaus begleitet die RBW intensiv das „Bündnis für Familie Rhein-Berg“ im Themenbereich „Familie und Beruf“.

Das Jahr 2019 war das kommunikative Transformationsjahr der RBW. Der Start Anfang 2019 und die organisatorische und inhaltliche Etablierung des digitalen Newsrooms unter www.rbw.de/newsroom mit der Bündelung aktueller Nachrichten, Social-Media-Beiträgen, Pressemitteilungen, Terminen und dem neuen RBW-Blog prägte im Wesentlichen die Arbeit im Bereich „Standortmarketing und Öffentlichkeitsarbeit“. Diese wichtige Entwicklung wurde flankiert durch das Wirtschaftsforum mit dem Thema „Kommunikation online oder offline?“ sowie den beiden letzten Ausgaben des gedruckten Wirtschaftsmagazins punkt.RBW mit den Titeln „Dialog total digital?“ und „Gemeinsam erfolgreich – Ein starkes Netzwerk für die Wirtschaftsförderung in Rhein-Berg“. Die Teilnahme an der polis Convention, einer führenden Messe für Stadt- und Projektentwicklung in Düsseldorf und der internationalen Immobilienmesse Expo Real in München waren ebenfalls zentrale Meilensteine in diesem Bereich. Ein Höhepunkt im Jahr 2019 war sicherlich die Verleihung des 3. Rheinisch-Bergischen Unternehmerpreises im Grandhotel Schloss Bensberg. Diese Aktivitäten werden getragen von einer engen Kooperation mit Partnern sowie mit den Presse- und Marketingverantwortlichen der Unternehmen und den Medien. Dazu trägt sicher auch der regelmäßige Austausch der RBW mit den Verantwortlichen der Medien bei. Darunter u. a. der PresseTreff, der im März 2019 im Mediterana in Bergisch Gladbach und im Dezember 2019 bei der Soennecken eG in Overath stattfand.

Auch im Jahr 2019 umfasste der allgemeine Unternehmensservice der RBW zahlreiche Dienstleistungen der RBW, war zentraler Bestandteil der Aktivitäten zur Bestandspflege und rundete das Angebot der RBW ab. Dies waren proaktive Unternehmensansprachen (z. B. Unternehmensbesuche, Standortgespräche, thematische Beratungsoffensiven) und damit Beratungen in den verschiedensten Themenbereichen (z. B. Nachfolge, Erweiterungen, Unternehmenssicherung, Organisation, Fördermittel, Energie- und Ressourceneffizienz).

Entwicklung der Ertragslage

Aufgrund des Gesellschaftszwecks ist die RBW nur bedingt in der Lage, Erträge zu erwirtschaften und muss andererseits zur Erfüllung des Gesellschaftszwecks personelle und sachliche Ressourcen vorhalten, die gemessen an den Erträgen, relativ hohe Aufwendungen verursachen. Deshalb sieht der Gesellschaftsvertrag einen jährlichen Beitrag durch die Gesellschafter vor, mit denen die Aufwandsüberhänge ausgeglichen werden können.

Die RBW erzielte in 2019 bei Betriebserträgen von T€ 75 (Vj. T€ 61) und Betriebsaufwendungen von T€ 708 (Vj. T€ 704) ein Betriebsergebnis von T€ -633 (Vj. T€ -643). Nach Verrechnung des Finanzergebnisses von T€ 0 (Vj. T€ -4) und dem neutralen Ergebnis T€ 0 (Vj. T€ 1) ergab sich ein Jahresfehlbetrag von T€ 633 (Vj. T€ 646). Größere Abweichungen zur Prognose des Vorjahres über die voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft sind somit nicht eingetreten. Insbesondere aufgrund der Elternzeit eines Arbeitnehmers sind die Personalkosten jedoch etwas geringer ausgefallen als dies für 2019 prognostiziert war.

Entwicklung der Vermögens- und Finanzlage im Geschäftsjahr 2019

Die Entwicklung der Vermögens- und Kapitalstruktur sowie der Finanzlage der Gesellschaft in 2019 stellt sich im Wesentlichen wie folgt dar:

1. Das Anlagevermögen hat sich von T€ 37 um T€ 12 auf T€ 25 verringert. Dies ist darauf zurückzuführen, dass den Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände in Höhe von T€ 17 im Berichtsjahr Investitionen von T€ 5 gegenüberstanden.
2. Die Guthaben bei Kreditinstituten betragen zum 31. Dezember 2019 rund T€ 2.772 (Vj. T€ 2.787). Verbindlichkeiten können stets innerhalb der Zahlungsziele beglichen werden.
3. Die Kapitalrücklagen betragen zum 31. Dezember 2019 rund T€ 2.666 (Vj. T€ 2.699).

Bei einer auf T€ 2.808 (Vj. T€ 2.835) gesunkenen Bilanzsumme zum 31. Dezember 2019 beträgt das Eigenkapital zum Bilanzstichtag rund 97,5 % (Vj. 97,8 %).

Risikobericht

Die Frage über die Umsatzsteuerbehandlung von Wirtschaftsförderungseinrichtungen ist in Nordrhein-Westfalen auch im Jahr 2019 noch nicht abschließend beantwortet worden. Zur Verringerung des umsatzsteuerlichen Risikos hatte die Gesellschafterversammlung im Dezember 2012 klarstellende Anpassungen im Gesellschaftsvertrag beschlossen und umgesetzt.

Ferner wurde der Gesellschaftsvertrag Mitte 2013 im Hinblick auf die Durchführung eines Betrauungsaktes an einigen Stellen neu gefasst. Der Abschluss des Betrauungsaktes erfolgte Ende 2013. Damit wurde das Risiko eines Verstoßes gegen EU-Beihilferecht verringert.

Chancenbericht

Chancen sehen wir im Wesentlichen in der erfolgreichen Fortsetzung des Gesellschaftszwecks, d. h. in der weiteren Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Struktur des Rheinisch-Bergischen Kreises durch die Förderung der Wirtschaft.

Voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft

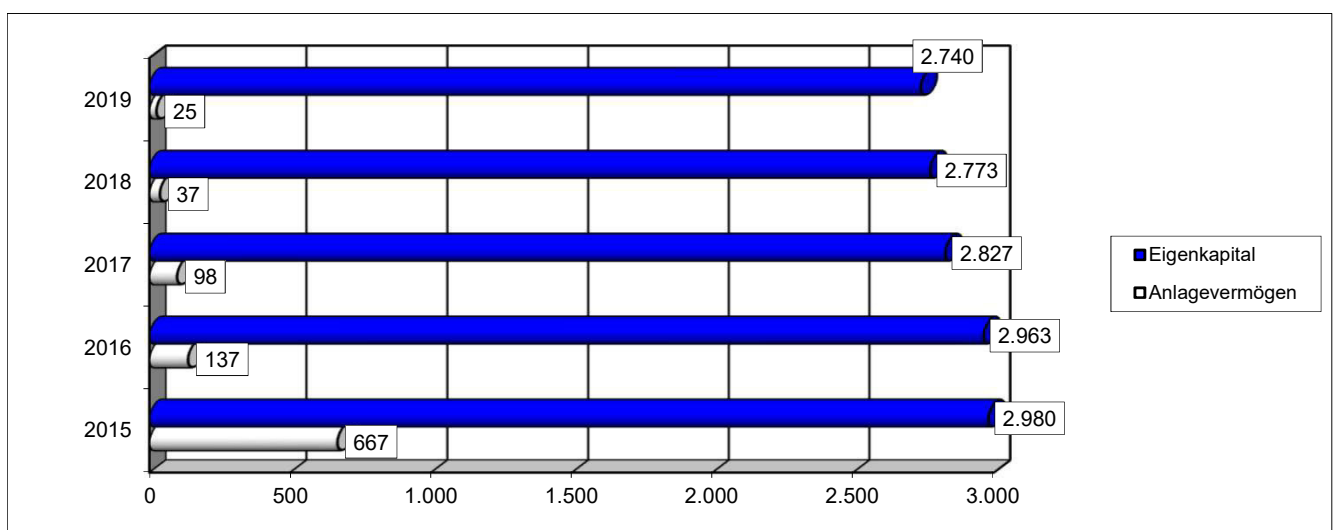
Die RBW plant für 2020 bei Erträgen von insgesamt T€ 55 mit Personal und Sachkosten von rund T€ 655. Unter Berücksichtigung des Beitrages des Rheinisch-Bergischen Kreises von T€ 600 ergäbe sich in 2019 ein etwa ausgeglichenes Verhältnis von Einnahmen und Ausgaben. Ähnlich sehen auch die Wirtschaftspläne für die Jahre 2021 ff. aus.

Es wird weiterhin darauf hingewiesen, dass die RBW im Hinblick auf die ihr gestellten Aufgaben und aufgrund ihrer Geschäftstätigkeit keine Gewinne erzielen kann und nur durch eine kostenbewusste Haushaltsführung unter Berücksichtigung des feststehenden Gesellschafterbeitrages ein ausgeglichenes Ergebnis erzielen kann.

Wirtschaftliche Daten der Rhein.-Berg. Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH**Entwicklung der Bilanz im 5-Jahresvergleich (Geschäftsjahre 2015 - 2019)****Angaben in T€**

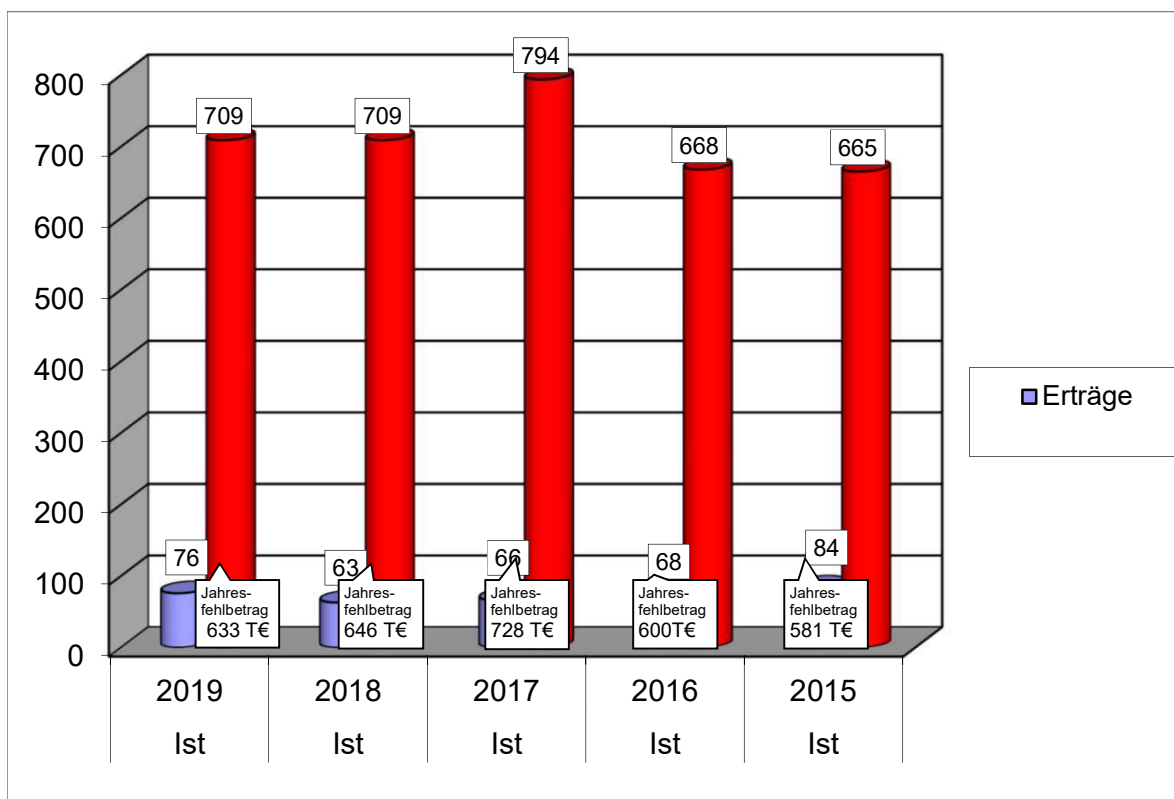
AKTIVA	2015	2016	2017	2018	2019	Veränderung
Immaterielle Vermögensgegenstände	29	20	18	17	15	-2
Sachanlagen	30	22	26	20	10	-10
Finanzanlagen	608	95	54	0	0	0
Anlagevermögen	667	137	98	37	25	-12
Vorräte	0	0	0	0	0	0
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.221	12	5	10	11	1
Flüssige Mittel	1.945	3.180	2.982	2.788	2.773	-15
Umlaufvermögen	3.166	3.192	2.987	2.798	2.784	-14
akt. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0	0	0
Bilanzsumme	3.833	3.329	3.085	2.835	2.809	-26

PASSIVA	2015	2016	2017	2018	2019	Veränderung
gez. Kapital	74	74	74	74	74	0
Kapitalrücklage	2.906	2.889	2.753	2.699	2.666	-33
Bilanzgewinn	0	0	0	0	0	0
Einlagen zur Kapitalerhöhung	0	0	0	0	0	0
Eigenkapital	2.980	2.963	2.827	2.773	2.740	-33
SoPo Invest.zuschüsse zum AV	0	0	0	0	0	0
Rückstellungen	108	113	47	47	51	4
Verbindlichkeiten	745	253	211	15	18	3
Bilanzsumme	3.833	3.329	3.085	2.835	2.809	-26

Finanzierung des Anlagevermögens durch Eigenkapital

Gewinn- und Verlustrechnung der Rheinisch-Bergischen Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH

in T€	Plan 2019	Ist 2019	Ist 2018	Ist 2017	Ist 2016	Ist 2015	Ist 19 / Ist 18
1. Umsatzerlöse	51,5	48	33	45	35	44	15
2. Verminderung des Bestandes an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	0	0	0	0	0	0	0
3. Sonstige betriebliche Erträge	13	28	29	18	13	11	-1
4. Betriebliche Erträge (1+2+3)	64,5	76	62	63	48	55	14
5. Materialaufwand	0						0
6. Personalaufwand	-479	-455	-468	-447	-394	-379	13
7. Abschreibungen	0	-18	-21	-18	-18	-16	3
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-186	-236	-215	-302	-242	-250	-21
9. Betriebsaufwand (5+6+7+8)	-665	-709	-704	-767	-654	-645	-5
10. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	1	3	20	29	-1
11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	-5	-27	-14	-20	5
12. Finanzergebnis (10+11)	0	0	-4	-24	6	9	4
13. Außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0	0	0
14. Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0	0	0
15. Außerordentliches Ergebnis (13+14)	0	0	0	0	0	0	0
16. Ergebnis vor Steuern (4+9+12+15)	-600	-633	-646	-728	-600	-581	13
17. Sonstige Steuern	0	0	0	0	0	0	0
18. Jahresüberschuss (16+17)	-600	-633	-646	-728	-600	-581	13

Entwicklung Erträge/Aufwendungen (Angaben in TEUR)

Kennzahlen im Überblick/Rhein.-Berg. Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH

	2015	2016	2017	2018	2019
1. Vermögenslage					
Anlagenintensität in %	17,4%	4,1%	3,2%	1,3%	0,9%
Umlaufintensität in %	82,6%	95,9%	96,8%	98,7%	99,1%
Investitionsquote	3,0%	0,4%	21,1%	38,1%	18,9%
Reinvestitionsquote	125,0%	3,2%	114,9%	67,1%	26,5%
2. Finanzlage					
Eigenkapitalquote in %	77,7%	89,0%	91,6%	97,8%	97,5%
Fremdkapitalquote in %	22,3%	11,0%	8,4%	2,2%	2,5%
Anlagendeckung I in %	446,8%	2162,8%	2884,7%	7494,6%	10960,0%
Cashflow aus lfd. Geschäftstätigkeit	-437 T€	- 616 T€	-748 T€	- 625 T€	- 615 T€*
3. Ertragslage					
Umsatzrentabilität in %	-1340,9%	-1737,1%	-1415,6%	-1948,5%	-1318,8%
Eigenkapitalrentabilität in %	-19,5%	-20,2%	-25,8%	-23,3%	-23,1%
Gesamtkapitalrentabilität in %	-15,2%	-18,0%	-23,6%	-22,8%	-22,5%
4. Erfolgskennzahl					
Personalintensität in %	861,4%	1125,7%	993,3%	1418,2%	947,9%
Finanzielle Auswirkungen auf den Haushalt	2015	2016	2017	2018	2019

Die Finanzierung erfolgt im Rahmen des Kreishaushaltes mit entsprechenden Auswirkungen auf die Kreisumlage.

Bei den dargestellten Zahlen handelt es sich um Rechnungsergebnisse.

* Jahresfehlbetrag zzgl. Abschreibungen

Bädergesellschaft der Stadt Bergisch Gladbach mbH

1. Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Firma	Bädergesellschaft der Stadt Bergisch Gladbach mbH
Sitz	Borngasse 2, 51469 Bergisch Gladbach
Gründung	01.01.1997
Gesellschaftsvertrag	Fassung vom 20.12.1996 mit Änderung vom 22.11.2001, 04.07.2012 und 12.07.2014.
Handelsregister	HR B 46868 beim Amtsgericht Köln (bis 30.11.2002 HR B 4597 beim Amtsgericht Bergisch Gladbach, letzte Eintragung vom 10.07.2012)
Geschäftsjahr	Kalenderjahr

Die Stadt hat ihren Regiebetrieb „Städtische Bäder“ per 06.10.1997 gemäß § 126 Umwandlungsgesetz (UmwG) im Wege der Ausgliederung zur Aufnahme in die Bädergesellschaft eingebracht. Die mit Wirkung vom 16. Dezember 2013 gegründete „Stadwerke Bergisch Gladbach GmbH“ wurde zum 31. Dezember 2014 wieder aufgelöst und die Option „Beteiligung der Bädergesellschaft am örtlichen Stromversorger BELKAW“ als Wiedereinstieg in die regionale Energieversorgung der Stadt Bergisch Gladbach vom Rat der Stadt Bergisch Gladbach am 8. April 2014 gewählt. Zu diesem Zweck erwarb die Stadt Bergisch Gladbach, rückwirkend zum 1. Januar 2014 über die Bädergesellschaft (Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 9. April 2014) von der RheinEnergie AG eine gesellschaftsrechtliche Beteiligung in Höhe von 49,9 % zu einem Kaufpreis von EUR 78 Mio. an der BELKAW.

In diesem Zusammenhang wurde von der BELKAW zur Generierung eines steuerlichen Querverbundes eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung „Bäderbetriebsgesellschaft Bergisch Gladbach mbH“ (Handelsregistereintrag 11. Juni 2015) gegründet, welche den Bäderbetrieb der Bädergesellschaft gepachtet hat, seit dem 11. Juni 2015 betreibt und mit der BELKAW einen Gewinnabführungsvertrag zum Ausgleich der jeweiligen Jahresergebnisse abgeschlossen hat. Gleichzeitig wurde von der BELKAW mit der Stadt Bergisch Gladbach und der Bädergesellschaft unter Zustimmung der RheinEnergie AG eine Teilbeherrschungsabrede bezüglich des Bäderbetriebes vereinbart.

Zwischen der Bädergesellschaft als Verpächterin und der Bäderbetriebsgesellschaft Bergisch Gladbach mbH als Pächterin besteht seit dem 11. Juni 2015 dementsprechend ein Betriebspachtvertrag, der den operativen Bäderbetrieb der Bädergesellschaft mit den Bädern Kombibad Paffrath, Freibad Milchborntal und Hallenbad Stadtmitte umfasst. Die Vertragslaufzeit dauert bis zum 31. Dezember 2020 mit einer Verlängerungsoption von zwei Jahren.

Die Arbeits-/Dienstverhältnisse, die unmittelbar mit dem Bäderbetrieb verbunden sind, wurden durch die Bäderbetriebsgesellschaft Bergisch Gladbach mbH übernommen. In der Bädergesellschaft verblieben ab dem 11. Juni 5 Mitarbeiter der Verwaltung, die gemäß dem mit der Bäderbetriebsgesellschaft Bergisch Gladbach mbH am 21. Mai 2015 abgeschlossenen Dienstleistungsvertrag alle administrativen Leistungen gegen Entgelt für die Bäderbetriebsgesellschaft Bergisch Gladbach mbH erbringen, um für einen reibungslosen und ordnungsgemäßen Betriebsablauf bei der Bäderbetriebsgesellschaft Bergisch Gladbach mbH zu sorgen.

2. Zweck der Gesellschaft

Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb, Bau und Betrieb von Bädern und sonstigen Freizeiteinrichtungen. Gegenstand des Unternehmens ist des Weiteren die Planung und der Betrieb von Netzen zur Verteilung von Energie und Wasser sowie der Handel mit Energie und Wasser einschließlich der dazugehörigen Dienstleistungen. Die Gesellschaft ist so zu führen, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt wird. Durch eine möglichst rationelle und damit kostensparende Betriebsführung ist dem Gebot der Wirtschaftlichkeit Rechnung zu tragen, soweit dies mit dem öffentlichen Zweck vereinbar ist. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck erfüllt und gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe erwerben, errichten oder pachten.

3. Zusammensetzung der Organe

3.1 Gesellschafterversammlung

Der/die Vorsitzende des Aufsichtsrates füllt auch exklusiv die Funktion des städtischen Vertreters in der Gesellschafterversammlung aus. Im Geschäftsjahr 2019 fanden zwei Gesellschafterversammlung statt.

3.2 Aufsichtsrat

Die Gesellschaft hat einen Aufsichtsrat der aus sieben Mitgliedern besteht. Die/der jeweilige Hauptgemeindebeamtin/-beamte der Stadt Bergisch Gladbach ist geborenes Mitglied des Aufsichtsrates. Die übrigen Mitglieder des Aufsichtsrates werden vom Rat der Stadt Bergisch Gladbach entsandt. Das Sitzungsgeld je Aufsichtsratsmitglied beträgt 50 € (i.V. 50 €) je Sitzung.

Vorsitzender des Aufsichtsrates:

Lutz Urbach, Bürgermeister zu Bergisch Gladbach, Vergütung 150 €

Aufsichtsratsmitglieder:

Gerhard Neu, MdR, Bergisch Gladbach (stellv. Vorsitzender),	Vergütung 50 €
Maik Außendorf, MdR, Bergisch Gladbach,	Vergütung 300 €
Hans-Josef Haasbach, MdR, Bergisch Gladbach	Vergütung 300 €
Harald Henkel (ab 01.11.2018)	Vergütung 150 €
Dr. Michael Metten, MdR, Bergisch Gladbach	Vergütung 150 €
Klaus Orth, MdR, Bergisch Gladbach	<u>Vergütung 350 €</u>
Summe:	1.450 €

Im Geschäftsjahr 2019 fanden 3 ordentliche Aufsichtsratssitzungen statt. § 12 Landesgleichstellungsgesetz fordert, dass 40% der Aufsichtsratsmitglieder Frauen sind. Da es sich bei der Besetzung eines Aufsichtsrates um eine Wahl handelt, sind die Wahlvorschläge entsprechend zu erstellen. Das Wahlergebnis kann und darf von den Wahlvorschlägen abweichen. Bei o.g. Organ wird, auf das Ergebnis der Wahl bezogen, der Mindestfrauenanteil gemäß § 12 Absatz 1 Satz 1 LGG NRW unterschritten.

3.3 Geschäftsführung

Geschäftsführer der Gesellschaft war Herr Manfred Habrunner und Herr Stadtkämmerer Frank Stein. Die Gesamtbezüge der Geschäftsführung beliefen sich im Geschäftsjahr 2019 auf 6 T€.

4. Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 5.113.000 €. Das Stammkapital setzt sich wie folgt zusammen:

- | | |
|--------------------------|-------------|
| a) eine Stammeinlage von | 25.565 € |
| b) eine Stammeinlage von | 5.087.435 € |

Die Stammeinlage unter a) hat die Stadt Bergisch Gladbach bei Gründung durch Barleistung übernommen.

Die Stammeinlage unter b) hat die Stadt Bergisch Gladbach bei der Kapitalerhöhung vom 13.08.1997 übernommen und leistet sie dadurch, dass sie ihren Bäderbetrieb als Ganzes mit den dazugehörigen Aktiva und Passiva im Wege einer Ausgliederung nach §§ 168 ff, 123 ff UmwG in die Gesellschaft eingebracht hat.

5. Beschäftigte

Im Jahresdurchschnitt 2019 waren bei der Gesellschaft 4 Mitarbeiter (Vorjahr: 4,5) beschäftigt.

6. Wirtschaftsprüfer

Die Gesellschaft beauftragte die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Ebner Stolz GmbH & Co. KG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft, Köln mit der Prüfung des Jahresabschlusses.

7. Leistungsbeziehungen zu anderen Gesellschaften an denen die Stadt Bergisch Gladbach

Nachrichtlich: Die Bäderbetriebsgesellschaft zahlte für Personalserviceleistungen 186.567,49€ und für die Verpachtung des operativen Bäderbetrieb 559.074,01€ an die Bädergesellschaft.

8. Geschäftsverlauf/ Lagebericht der Gesellschaft

A. Rahmenbedingungen

Die Bädergesellschaft der Stadt Bergisch Gladbach mbH ist tätig in den Bereichen Erwerb, Bau und Betrieb von Bädern und sonstigen Freizeiteinrichtungen. Aufgrund des Beschlusses der Gesellschafterversammlung vom 4. Juli 2012 wurde der Gegenstand des Unternehmens um die Planung und den Betrieb von Netzen zur Verteilung von Energie und Wasser sowie den Handel mit Energie und Wasser einschließlich der dazugehörigen Dienstleistungen erweitert. Basis hierfür war der am 8. April 2014 gefasste Beschluss des Rates der Stadt Bergisch Gladbach, zum Wiedereinstieg in die regionale Energieversorgung eine Beteiligung der Bädergesellschaft am örtlichen Stromversorger BELKAW herbeizuführen.

Zu diesem Zweck erwarb die Stadt Bergisch Gladbach, rückwirkend mit wirtschaftlicher Wirkung zum 1. Januar 2014, mittelbar über die Bädergesellschaft (Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 9. April 2014) von der RheinEnergie eine gesellschaftsrechtliche Beteiligung in Höhe von 49,9 % zu einem Kaufpreis von EUR 78 Mio. an der BELKAW GmbH. In diesem Zusammenhang wurde von der BELKAW zur Generierung eines steuerlichen Querverbundes eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung „Bäderbetriebsgesellschaft Bergisch Gladbach mbH“ (Handelsregistereintrag 11. Juni 2015) gegründet, welche den Bäderbetrieb der Bädergesellschaft gepachtet hat und seit dem 11. Juni 2015 betreibt. Darüber hat sie mit der BELKAW einen Gewinnabführungsvertrag abgeschlossen. Gleichzeitig wurde von der BELKAW mit der Stadt Bergisch Gladbach und der Bädergesellschaft unter Zustimmung der RheinEnergie AG eine Teilbeherrschungsabrede bezüglich des Bäderbetriebes abgeschlossen. Zwischen der Bädergesellschaft als Verpächterin und der Bäderbetriebsgesellschaft als Pächterin besteht seit dem 11. Juni 2015 ein Betriebspachtvertrag, der den operativen Bäderbetrieb der Bädergesellschaft mit den Bädern Kombibad Paffrath, Freibad Milchborntal und Hallenbad Stadtmitte umfasst. Die Vertragslaufzeit dauert bis zum 31. Dezember 2022 mit einer Verlängerungsoption von zwei Jahren.

Modernisierung und Sanierung

Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach hat in seiner Sitzung vom 10. Juli 2018 den Aufsichtsrat der Gesellschaft angewiesen, die Umsetzung eines umfangreichen Konzepts für die städtische Bäderlandschaft zu forcieren. Als erste Maßnahme sieht das Konzept die Sanierung des Außenbereiches im Kombibad Paffrath vor. Mit den Arbeiten für die vollumfängliche Modernisierung des Außenbereichs des 1975 eröffneten Kombibades Paffrath konnte planmäßig mit dem Ende der Freibadsaison 2019 im Spätsommer begonnen werden. Die Fertigstellung ist zum Sommer des Folgejahres angestrebt.

An die Sanierung soll sich ein durch die Bädergesellschaft zu leistender Ersatzneubau des bisher unter städtischer Verwaltung betriebenen Schulschwimmbades Mohnweg und dessen Eingliederung in die Gesellschaft anschließen.

Die Sanierung des Hallenbades Stadtmitte wird durch die in 2017 erfolgten Reparaturarbeiten erst mittelfristig notwendig. Voraussichtlich erfolgen die notwendigen Maßnahmen in fünf bis sieben Jahren.

Darüber hinaus besteht die Notwendigkeit nach Reparaturen und Ersatzinvestitionen in betriebsüblichem Umfang, soweit sie gemäß Pachtvertrag der Bädergesellschaft obliegen.

B. Geschäftsverlauf

Der operative Geschäftsverlauf ist geprägt von der Verpachtung des Bäderbetriebs an die Bäderbetriebsgesellschaft. Entsprechend stellt sich die grundsätzliche Entwicklung der einzelnen Positionen dar.

Umsatz-/Absatzentwicklung

Die Umsatzerlöse betrugen im Geschäftsjahr 2019 TEUR 760.

Im Einzelnen resultieren die Erlöse aus dem Betriebspachtvertrag mit TEUR 559, aus den Erlösen aus dem Dienstleistungsvertrag mit TEUR 187 (Leistungen des Personals für die Bäderbetriebsgesellschaft) und den Pächterlösen für Grundstücke mit TEUR 14.

Materialaufwand

Materialaufwand fiel betriebsbedingt nicht an.

Personal

Der Personalaufwand (TVöD Tarifverträge) belief sich im Geschäftsjahr 2019 auf TEUR 279. Im Jahresdurchschnitt waren 4 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter fest angestellt, die gemäß dem mit der Bäderbetriebsgesellschaft am 21. Mai 2015 abgeschlossenen Dienstleistungsvertrag alle administrativen Leistungen gegen Entgelt für die Bäderbetriebsgesellschaft erbringen, welche für einen reibungslosen und ordnungsgemäßen Betriebsablauf bei der Bäderbetriebsgesellschaft erforderlich sind.

Erhaltungsaufwand

Gemäß Pachtvertrag fällt die Pflicht zu Reparaturen und Instandhaltungsmaßnahmen in den Bädern der Bäderbetriebsgesellschaft als Pächterin zu. Der Gesamtaufwand verringerte sich im Geschäftsjahr 2019 auf TEUR 2.

Investitionen

Investitionen in die Bäder erfolgten im Geschäftsjahr 2019 in Höhe von TEUR 366. Dabei handelt es sich wesentlich um Investitionen im Rahmen der Freibadmodernisierung (TEUR 342), in das Außengelände (TEUR 10) sowie für eine neue Internetpräsenz (TEUR 10).

C. Erläuterungen zur Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage

Vermögenslage

Die Anlagenintensität, das Verhältnis von Anlagevermögen zum gesamten Vermögen, liegt bei 97,3 % (i. V. 97,1 %).

Mit der Beteiligung der Bädergesellschaft am örtlichen Stromversorger BELKAW erfolgte der vom Rat der Stadt Bergisch Gladbach am 8. April 2014 gewählte Wiedereinstieg der Stadt Bergisch Gladbach in die regionale Energieversorgung. Zu diesem Zweck erwarb die Stadt Bergisch Gladbach rückwirkend zum 1. Januar 2014 über die Bädergesellschaft (Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 9. April 2014) von der RheinEnergie eine gesellschaftsrechtliche Beteiligung in Höhe von 49,9 % zu einem Kaufpreis von EUR 78 Mio. an der BELKAW GmbH.

Neben den o. a. Beteiligungen stellt ein wesentlicher Posten des Anlagevermögens die Bilanzposition Wertpapiere des Anlagevermögens dar. Dabei handelt es sich um eine Anlage in zwei Spezial-Fonds bei der Deutschen Bank/DWS und der Kreissparkasse Köln/Ampega. Ziel war es, mit den Ausschüttungen aus der im Jahre 2000 erfolgten Vermögensanlage einen zuschussfreien Betrieb der Bädergesellschaft zu erreichen. Aufgrund der Marktentwicklung konnte dieses vorab prognostizierte Ziel jedoch in der Vergangenheit ohne Substanzverluste nicht erreicht werden.

Zum Bilanzstichtag weisen die zwei Spezialfonds einen Buchwert von EUR 37 Mio. aus. Die ursprünglichen Anschaffungskosten betrugen EUR 43,3 Mio. und wurden in der Vergangenheit aufgrund anhaltender Wertminderungen außerplanmäßig abgeschrieben. Letztmalig erfolgte eine Wertberichtigung zum 31. Dezember 2017, bei welcher eine Zuschreibung in Höhe von EUR 1,3 Mio. vorgenommen wurde.

Kapitalstruktur

Die Eigenkapitalquote, die das Verhältnis des Eigenkapitals zum Gesamtkapital aufzeigt, liegt zum 31. Dezember 2019 bei 39,7 % (i. V. 36,4 %). Der Anstieg ist auf den Jahresüberschuss zurückzuführen.

Die Anlagedeckung I, das Verhältnis von Eigenkapital zum Anlagevermögen, beträgt 40,8 % (i. V. 37,5 %); die Anlagedeckung II, bei der das langfristige Fremdkapital in die Finanzierungs Betrachtung eingeschlossen ist, beträgt 99,5 % (i. V. 96,1 %).

Ertragslage

Das Gesamtergebnis hat sich gegenüber dem Vorjahr um TEUR 662 auf TEUR 3.958 verbessert. Die Steigerung beruht im Wesentlichen auf einem um TEUR 993 erhöhten Beteiligungsergebnis.

Der gesteigerten Gesamtleistung (+ TEUR 23) und den Einsparungen beim Personalaufwand (- TEUR 38) steht ein höherer Betriebs- (+ TEUR 254) und Verwaltungsaufwand (+ TEUR 15) gegenüber.

Das insgesamt um TEUR 189 verschlechterte Betriebsergebnis (EBIT vor Berücksichtigung Erträge aus der Auflösung SOPO und periodenfremder Aufwendungen und Erträge), das verbesserte Beteiligungsergebnis (+ TEUR 993) sowie das verminderte Finanzergebnis (- TEUR 139) sorgen für ein Ergebnis vor Ertragsteuern von TEUR 3.969.

Die Minderung des Betriebsergebnisses um TEUR 189 ist u. a. auf die erhöhten Betriebsaufwendungen zurückzuführen. Hier ist der im Rahmen der Freibadsanierung vollzogene Abbruch der Altanlage berücksichtigt

Das negative Finanzergebnis im Geschäftsjahr (-TEUR 1.140) beruht im Wesentlichen auf Zinsaufwendungen in Zusammenhang mit der Finanzierung der Beteiligung an der BELKAW in Höhe von TEUR 1.680 sowie für Darlehen und kurzfristige Bankschulden (TEUR 129), welche nicht durch die Erträge bei Ausschüttungen aus den Wertpapieren (TEUR 669) und den sonstigen Zinserträgen (TEUR 8) kompensiert werden konnten.

Das neutrale Ergebnis in Höhe von TEUR 167 (i. V. TEUR 164) basiert vor allem auf den Erträgen aus der Auflösung der Sonderposten für Zuwendungen (Kombibad Paffrath) in Höhe von TEUR 169. Dagegen stehen Nachbelastungen und periodenfremde Aufwendungen in Höhe von TEUR 2.

Insgesamt wurde das Jahr gegenüber der Planung mit einem Plus abgeschlossen. Die positive Abweichung (TEUR 499) von Ist zu Soll begründet sich im Wesentlichen durch höhere Beteiligungserträge.

Finanzlage

Die Zahlungsfähigkeit während des Geschäftsjahres und zum Abschlussstichtag war jederzeit gegeben, nicht zuletzt durch einen Tagesgeldkredit, der zum Jahresultimo mit EUR 3 Mio. in Anspruch genommen war. Der Kreditrahmen hierfür beträgt insgesamt EUR 7 Mio. Dieser teilt sich auf EUR 2,5 Mio. bei der Kreissparkasse Köln, abgesichert durch eine Ausfallbürgschaft der Stadt Bergisch Gladbach, und EUR 4,5 Mio. bei der VR Bank Bergisch Gladbach-Leverkusen, abgesichert über die Verpfändung eines Wertpapierdepots.

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit beträgt TEUR 4.552. Der Cashflow aus der Investitionstätigkeit beträgt TEUR -366. Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit beträgt

TEUR -4.402. Insgesamt ergab sich hierdurch eine Veränderung des Finanzmittelfonds um TEUR -216. Der Finanzmittelfonds betrug am Ende der Periode TEUR 601 (i. V. TEUR 817).

D. Chancen- und Risikobericht

Um die Risiken im alltäglichen Geschäftsablauf weitestgehend zu vermeiden bzw. frühzeitig zu erkennen, ist auf der operativen Ebene ein dokumentiertes Frühwarnsystem eingerichtet. Die Steuerung von Chancen und Risiken ist dabei integraler Bestandteil der Unternehmensführung und nicht nur Aufgabe einer bestimmten organisatorischen Einheit. Es ist darauf ausgerichtet, dass die Unternehmensleitung wesentliche Risiken frühzeitig erkennt und gegensteuernde Maßnahmen einleiten kann. Das Frühwarnsystem zielt auf die systematische Identifikation, Beurteilung, Kontrolle und Dokumentation von Risiken ab. Dabei werden definierte Risiken von den jeweiligen Stellen identifiziert und hinsichtlich ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit taxiert. Die Berichterstattung erfolgt an die Geschäftsleitung bzw. an den Aufsichtsrat.

Neben den allgemeinen Chancen und Risiken für ein Unternehmen sehen wir nur grundsätzliche Chancen und Risiken in der zeitlichen als auch gestalterischen Durchsetzung des steuerlichen Querverbundes und den Ausschüttungsmöglichkeiten der BELKAW. Hinzu kommt die anhaltende Unsicherheit auf den Finanzmärkten und der konjunkturellen Entwicklung, die eine Planung der Erträge der aufgelegten Bäderfonds und der Zinsentwicklung entsprechend erschweren. Die Risiken in den Bädern definieren sich über die Aufrechterhaltung aller verpachteten Anlagen.

Aus heutiger Sicht lassen sich jedoch keine Risiken erkennen, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden könnten.

Rechtliche Risiken

Rechtliche Risiken könnten sich aus den gegenseitigen Vertragsverpflichtungen in Zusammenhang mit der Sanierung des Freibades im Kombibad Paffrath ergeben.

Unternehmensspezifisches und Betriebsrisiko

Ein Risiko würde sich ergeben, wenn die Liquiditätsreserven für die zeitgerechten finanziellen Verpflichtungen nicht mehr ausreichen. Zur Deckung des Kapitalbedarfs stehen grundsätzlich die Gewinnausschüttungen der BELKAW, die ordentlichen Ausschüttungen der beiden Spezialfonds und die Mittel aus den Pachteinnahmen zur Verfügung. Außerdem kann die Gesellschaft auf eine Kreditlinie von EUR 7 Mio. zurückgreifen. Eine zusätzliche Möglichkeit der Liquiditätssicherung wäre auch die Ausschüttung außerordentlicher Fondserträge nach Genehmigung durch den Aufsichtsrat.

Prognosebericht

Für das Geschäftsjahr 2020 erwarten wir einen Überschuss von TEUR 3.190, wobei dieses Ergebnis ganz wesentlich durch die erwartete Gewinnausschüttung der BELKAW erwirtschaftet wird.

Hinsichtlich der Beteiligung an der BELKAW GmbH erfolgte für das Wirtschaftsjahr 2019 bereits die Gewinnausschüttung in Höhe von EUR 4,2 Mio.

Die Auswirkungen der Covid-19 Pandemie werden die Gesellschaft in zweierlei Hinsicht wirtschaftlich beeinflussen. Bereits für das Wirtschaftsjahr 2020 ist zu erwarten, dass die prognostizierten Fondserträge nicht gänzlich erreicht werden können. Darüber hinaus wird das steigende Defizit der Bäderbetriebsgesellschaft Bergisch Gladbach mbH das Potenzial der Beteiligungserträge für das Geschäftsjahr 2021 schmälern.

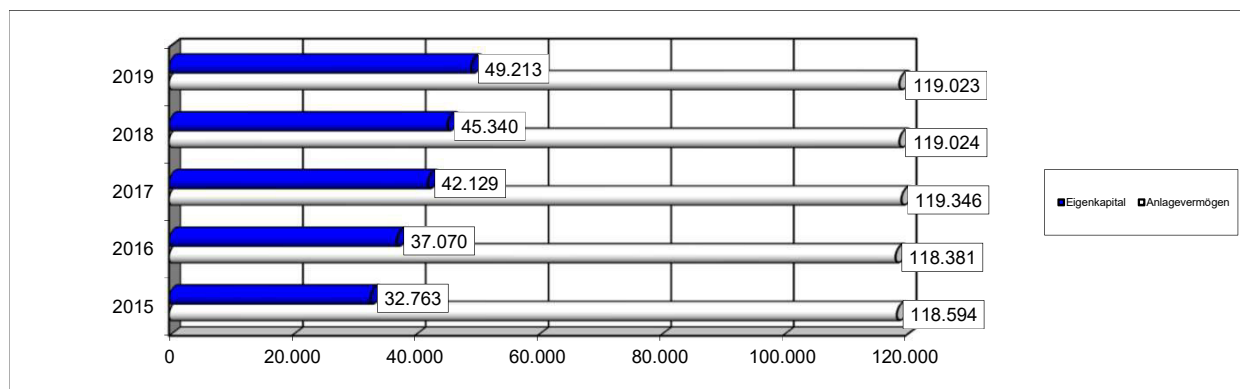
Insgesamt wird sich die wirtschaftliche Situation der Bädergesellschaft aufgrund der Auslagerung bzw. Verpachtung des dauerhaft negativen Bäderbetriebs und den Erträgen aus der Beteiligung an der BELKAW GmbH, ergänzt mit den Erträgen aus der Fondsanlage, dennoch generell günstig darstellen.

Dieser Lagebericht enthält Aussagen, die sich auf die zukünftigen Entwicklungen der Bädergesellschaft, der BELKAW GmbH und der Fondsanlage beziehen. Diese Aussagen beruhen auf Einschätzungen, die auf Basis aller uns zum jetzigen Zeitpunkt zur Verfügung stehenden Information getroffen wurden. Aufgrund von Ungewissheiten in politischen, wirtschaftlichen bzw. finanzwirtschaftlichen, regulatorischen etc. Entwicklungen bzw. geänderten Rahmenbedingungen sind Abweichungen nicht auszuschließen.

Wirtschaftliche Daten der Bädergesellschaft der Stadt Bergisch Gladbach mbH**Entwicklung der Bilanz im 5-Jahresvergleich (Geschäftsjahre 2015 - 2019)**Angaben in TEUR

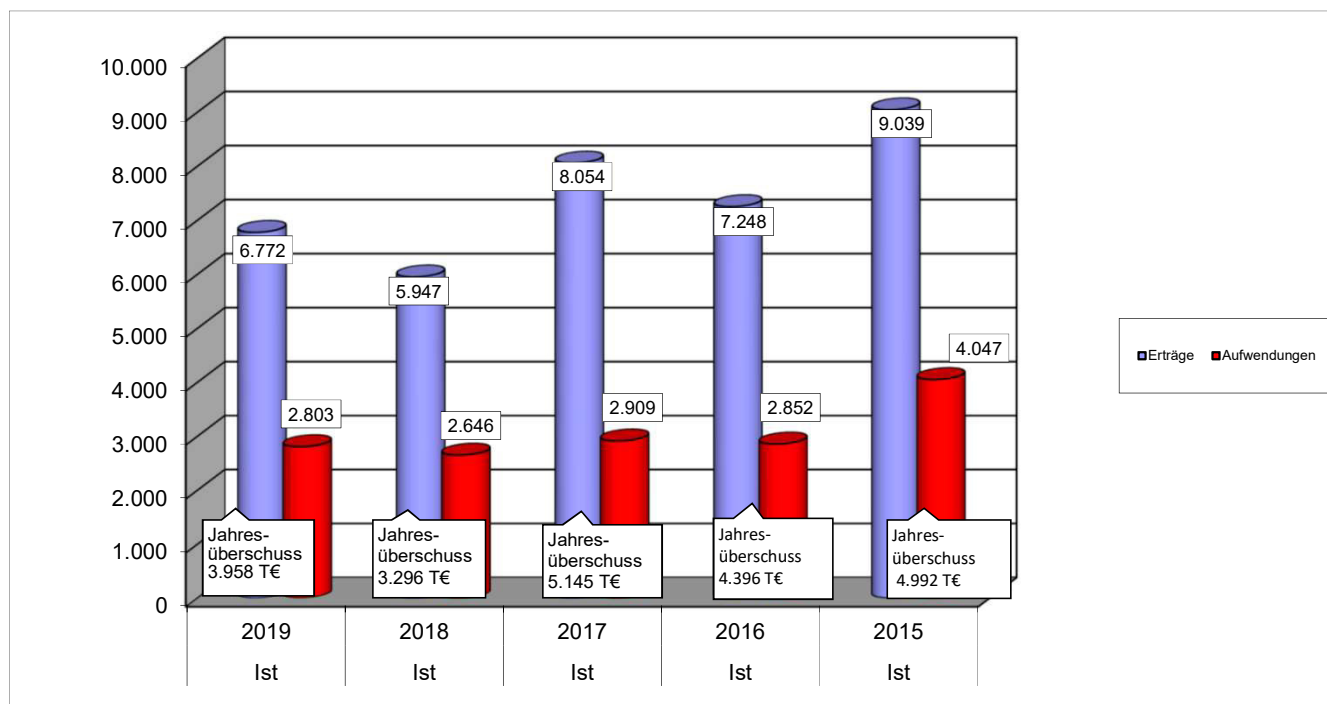
AKTIVA	2015	2016	2017	2018	2019	Veränderung
Immaterielle Vermögensgegenstände	1	0	0	10	17	7
Sachanlagen	4.820	4.633	4.295	3.963	3.955	-8
Finanzanlagen	113.773	113.748	115.051	115.051	115.051	0
Anlagevermögen	118.594	118.381	119.346	119.024	119.023	-1
Vorräte	1	1	1	2	1	-1
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	3.505	3.695	3.126	2.726	2.687	-39
Flüssige Mittel	546	461	547	817	601	-216
Umlaufvermögen	4.052	4.157	3.674	3.545	3.289	-256
Rechnungsabgrenzungsposten	12	39	29	1	1	0
Bilanzsumme	122.658	122.577	123.049	122.570	122.313	-257

PASSIVA	2015	2016	2017	2018	2019	Veränderung
gez. Kapital	5.113	5.113	5.113	5.113	5.113	0
Kapitalrücklage	14.409	14.409	14.409	14.409	14.409	0
Gewinnrücklagen	7.299	7.299	7.299	7.299	7.299	0
Gewinnvortrag		4.992	9.388	14.533	17.828	
Jahresfehlbetrag/ Jahresüberschuss	4.992	4.396	5.145	3.296	3.958	662
Eigenkapital	31.813	36.209	41.354	44.650	48.607	3.957
Sonderposten für Zuwendungen	1.900	1.722	1.550	1.380	1.211	-169
Rückstellungen	39	206	36	34	31	-3
Verbindlichkeiten	88.906	84.440	80.109	76.506	72.239	-4.267
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0	225	225
Bilanzsumme	122.658	122.577	123.049	122.570	122.313	-257

Finanzierung des Anlagevermögens durch Eigenkapital (incl. 1/2 des Sonderpostens für Zuwendungen)

Gewinn- und Verlustrechnung der Bädergesellschaft der Stadt Bergisch Gladbach mbH

in TEUR	Plan 2019	Ist 2019	Ist 2018	Ist 2017	Ist 2016	Ist 2015	Ist 19 / Ist 18
1. Umsatzerlöse	529	760	737	747	806	565	23
2. Sonstige betriebliche Erträge	201	194	169	1.477	180	669	25
3. Betriebliche Erträge (1+2)	730	954	906	2.224	986	1.234	48
4. Materialaufwand	0	0	0	0	0	-394	0
5. Personalaufwand	-274	-279	-317	-302	-350	-592	38
6. Abschreibungen	-191	-367	-362	-370	-364	-372	-5
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-79	-315	-82	-165	-107	-588	-233
8. Betriebsaufwand (4+5+6+7)	-544	-961	-761	-837	-821	-1.946	-200
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	5.109	5.818	5.041	5.830	6.262	7.805	777
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-1.826	-1.809	-1.885	-2.072	-2.031	-2.084	76
11. Finanzergebnis (9+10)	3.283	4.009	3.156	3.758	4.231	5.721	853
12. Außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0	0	0
13. Außerordentliche Aufwendungen	-10	0	0	0	0	0	0
14. Außerordentliches Ergebnis (12+13)	-10	0	0	0	0	0	0
15. Ergebnis vor Steuern (3+8+11+14)	0	4.002	3.301	5.145	4.396	5.009	701
16. Steuern vom Einkommen und Ertrag	0	-11	-5	0	0	0	-6
17. Sonstige Steuern	0	-33	0	0	0	-17	-33
18. Jahresüberschuss (15+16+17)	3.459	3.958	3.296	5.145	4.396	4.992	662

Entwicklung Erträge/Aufwendungen in TEUR

Kennzahlen im Überblick/ Bädergesellschaft der Stadt Bergisch Gladbach mbH

	2015	2016	2017	2018	2019
1. Vermögenslage					
Anlagenintensität in %	96,7%	96,6%	97,0%	97,1%	97,3%
Umlaufintensität in %	3,3%	3,4%	3,0%	2,9%	2,7%
Investitionsquote	0,00%	0,15%	0,03%	0,03%	0,31%
Reinvestitionsquote	1,5%	48,2%	8,6%	11,0%	99,7%
2. Finanzlage					
Eigenkapitalquote in %	25,9%	29,5%	33,6%	36,4%	39,7%
Fremdkapitalquote in %	74,1%	70,5%	66,4%	63,6%	60,3%
Anlagendeckung I in %	26,8%	30,6%	34,7%	37,5%	40,8%
Cashflow aus lfd. Geschäftstätigkeit	2.863 T€	4.629 T€	4.770 T€	3.730 T€	4.552 T€
3. Ertragslage					
Umsatzrentabilität in %	-155,9%	0,6%	-11,5%	-2,4%	-27,2%
Eigenkapitalrentabilität in %	15,7%	12,1%	12,4%	7,4%	8,1%
Gesamtkapitalrentabilität in %	4,1%	5,3%	4,2%	2,7%	3,2%
4. Erfolgskennzahl					
Personalintensität in %	104,8%	43,4%	40,4%	43,0%	36,7%
Finanzielle Auswirkungen auf den Kernhaushalt/ Erfolgsplan					
Entgeltzahlung der Stadt für Überlassung Wasserflächen für Schwimmkurse	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
Aufwand Ausgleichszahlung FB 5 + Benutzungsentgelt Schulen	-3.700 €	0 €	0 €	0 €	0 €
Aufwand Ausgleichszahlung Zinsen					
Erträge Grundbesitzabgaben und Grundst.	38.359 €	32.284 €	43.567 €	40.890 €	41.150 €
Leistung Abfallwirtschaftsbetrieb	177.896 €	178 €	606 €		250 €
Leistung Stadtgrün	2.974 €	30.171 €	0 €	1.014 €	0 €
Miete Hubsteiger		79 €	38 €	23 €	71 €
Vermessungsleistungen				1.361 €	3.590 €
Beitrag Städte und Gemeinden		300 €	300 €	350 €	350 €
Haftpflchtversicherung		3.666 €	3.784 €	3.879 €	0 €
Ergebnis Verrechnungen Stadt	221.373 €	11.511 €	-23.956 €		
Serviceleistungen Lohnabrechnungen			2.014 €	1.752 €	1.482 €
Zinsertrag Rückwirkung KP-zahlung BELKAW	25.767 €	17.988 €	10.302 €		
Zinserträge Darlehen BELKAW-Kauf	1.862.398 €	1.816.719 €	1.891.070 €	1.723.341 €	1.680.322 €
Saldo	2.325.067 €	1.908.930 €	1.923.642 €	1.772.610 €	1.727.215 €

Stellenplan Bädergesellschaft	2016	2016	2017	2018	2019
Stellenanteil der nicht mehr im Sammelnachweis enthalten ist	5	5	5	4,5	4

Stadtverkehrsgesellschaft Bergisch Gladbach mbH

1. Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Firma	Stadtverkehrsgesellschaft Bergisch Gladbach mbH
Sitz	Bergisch Gladbach
Gründung	06.10.1999
Gesellschaftsvertrag	vom 06.08.1999 in der Fassung vom 17.03.2014
Handelsregister	HRB 47192 beim Amtsgericht Köln
Geschäftsjahr	Kalenderjahr

2. Zweck der Gesellschaft

Gegenstand des Unternehmens ist die Sicherstellung von Angeboten zur Personenbeförderung und zum Gütertransport sowie die Förderung der Belange des Umweltverbundes. Die Gesellschaft kümmert sich insbesondere um die dauerhafte Einführung eines Stadtbussystems. Aufgaben des öffentlichen Personennahverkehrs werden erst übernommen, wenn die dazu erforderlichen Genehmigungen nach dem Personenbeförderungsgesetz eingeholt sind.

Die Gesellschaft darf auch sonstige Geschäfte betreiben (z.B. Parkraumverwaltung und Parkraumbewirtschaftung, insbesondere Erwerb, Bau und Betrieb von Parkhäusern in der Stadt Bergisch Gladbach), sofern diese dem Gesellschaftszweck direkt oder indirekt dienlich und nicht dem hoheitlichen Bereich zuzuordnen sind.

Die Gesellschaft ist so zu führen, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt wird. Durch eine möglichst rationelle und damit kostensparende Betriebsführung ist dem Gebot der Wirtschaftlichkeit Rechnung zu tragen, soweit dies mit dem öffentlichen Zweck vereinbar ist. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe erwerben, errichten oder pachten.

3. Zusammensetzung der Organe

3.1 Gesellschafterversammlung

Den Vorsitz in der Gesellschafterversammlung führt die/der Vorsitzende des Aufsichtsrates.

Im Geschäftsjahr 2019 fanden zwei Gesellschafterversammlungen statt.

3.2 Aufsichtsrat

Die Gesellschaft hat einen Aufsichtsrat der aus sieben Mitgliedern besteht. Die/der jeweilige Hauptgemeindebeamtin/-beamte der Stadt Bergisch Gladbach ist Vorsitzende/Vorsitzender des Aufsichtsrates. Die übrigen Mitglieder des Aufsichtsrates werden vom Rat der Stadt Bergisch Gladbach entsandt.

Dem Aufsichtsrat der gehörten in 2019 an (seit 01.07.14 mit Beschluss vom 17.06.14, Änderung 18.12.2018):

Herr Lutz Urbach (Aufsichtsratsvorsitzender), Bürgermeister der Stadt Bergisch Gladbach

Herr Christian Buchen (stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender), IT-Berater

Herr Oliver Renneberg, Bauingenieur

Herr Maik Außendorf, Geschäftsführer/ IT-Consultant (seit 01.01.2019)

Herr Hermann-Josef Wagner, Kaufmann

Herr Mirko Komenda, Grundschullehrer

Herr Michael Zalfen, kaufmännischer Angestellter

Im Geschäftsjahr 2019 fanden zwei ordentliche Aufsichtsratssitzungen statt. In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind nach § 285 Nr. 9 HGB gewährte Leistungen für die Aufsichtsratsmitglieder i.H.v. EUR 313,50 (Vorjahr: EUR 206,45) enthalten. § 12 Landesgleichstellungsgesetz fordert, dass 40% der Aufsichtsratsmitglieder Frauen sind. Da es sich bei der Besetzung eines Aufsichtsrates um eine Wahl handelt, sind die Wahlvorschläge entsprechend zu erstellen. Das Wahlergebnis kann und darf von den Wahlvorschlägen abweichen. Bei o.g. Organ wird, auf das Ergebnis der Wahl bezogen, der Mindestfrauenanteil gemäß § 12 Absatz 1 Satz 1 LGG NRW unterschritten.

3.3 Geschäftsführung

Geschäftsführer der Gesellschaft ist Herr Franz-Wilhelm Schmitz (Diplom Verwaltungswirt). Er erhielt eine Vergütung im Rahmen einer geringfügigen Beschäftigung von 5.626,12 €.

4. Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 25.000 €. Alleinige Gesellschafterin ist die Stadt Bergisch Gladbach.

5. Beschäftigte

Die Gesellschaft verfügt über kein eigenes Personal, lediglich der Geschäftsführer erhält für seine Tätigkeit eine Entlohnung im Rahmen eines geringfügigen Beschäftigungsverhältnisses (4.896 € in 2018 inklusive Steuern (soziale Abgaben: 750,52 €)). Seitens der Gesellschaft wird ergänzend auf eine städtische Bedienstete zurückgegriffen, für die seitens der Gesellschaft eine Personalkostenerstattung an die Stadt gezahlt wird.

6. Wirtschaftsprüfer

Die Gesellschaft beauftragte die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft - Steuerberatungsgesellschaft DHPG Dr. Harzem & Partner KG mit der Prüfung des Jahresabschlusses 2018.

7. Leistungsbeziehungen in 2019 zu anderen Gesellschaften an denen die Stadt Bergisch Gladbach beteiligt ist

In 2019 zahlte die Stadtverkehrsgesellschaft an den SEB Miete in Höhe von 10.560,00 € für den Container am S-Bahnhof Bergisch Gladbach sowie an den Immobilienbetrieb eine Pacht für das Grundstück des Kiosk Neuenweg in Höhe von 2.448,00 €.

8. Geschäftsverlauf/ Lagebericht der Gesellschaft

A. Grundlagen des Unternehmens

Eine der wichtigsten Aufgaben der Gesellschaft ist die Vertaktung von Verkehrsverbindung im ÖPNV im Bergisch Gladbacher Stadtgebiet. So wurde durch die Gesellschaft in enger Zusammenarbeit mit dem Rheinisch-Bergischen-Kreis als Träger des ÖPNV und den beteiligten Verkehrsunternehmen mit Schaffung der Linie 400 ab dem Fahrplanwechsel 2015 ein 10-Minuten-Takt zwischen Stadtmitte und Bensberg montags bis freitags zwischen 06.00 Uhr morgens und 20.00 Uhr abends eingeführt.

Die Anbindung kleinerer Ortsteile an das ÖPNV-Netz ist ebenfalls eine wichtige Aufgabe der Gesellschaft und trägt damit zur Verbesserung der Verkehrssituation, aber auch des Klimaschutzes bei. Für den Stadtteil Nussbaum wurde durch die Gesellschaft in Zusammenarbeit mit der Wupsi GmbH eine Anruf-Sammel-Taxi-Linie (AST) eingerichtet, die sich mittlerweile seit mehr als 10 Jahren großer Beliebtheit erfreut.

Zudem wickelt die Gesellschaft für die Stadt Bergisch Gladbach die vertraglichen Verhandlungen zum Schülerticket sowie die gesetzliche Schülerfahrkostenerstattung ab. Letztere wird aus Überschüssen finanziert, die bei den Verkehrsunternehmen durch die Abgabe von SchülerTickets im Solidarmodell Bergisch Gladbach entstehen. Die Schülerfahrkostenerstattung ist durch diese marktorientierte Vorgehensweise für die Stadt Bergisch Gladbach als Schulträgerin kostenneutral, obwohl es sich hier um eine gesetzliche Aufgabe handelt.

Auch setzt sich die Gesellschaft weiterhin für aktuell bedarfsgerechte ÖPNV-Angebote ein. So werden in regelmäßigen Verhandlungen mit dem Kreis als Aufgabenträger unter Würdigung des insgesamt guten Netzes neben möglichen Taktverbesserungen vor allem strategische Entscheidungen wie der Einsatz bedarfsgesteuerter Systeme in bisher nicht versorgten Bereichen oder Optimierung von Linienwegen diskutiert und Lösungen erarbeitet. Gleiches gilt für die Zusammenarbeit der Gesellschaft mit den weiterführenden Schulen hinsichtlich der Verbesserung des Angebots beim immer häufiger angebotenen Ganztagesbetrieb. Darüber hinaus hat sich die Gesellschaft als Bestandteil des Beschwerdemanagements im Hinblick auf Anliegen aus dem Bereich des ÖPNV etabliert. Hier erweist sich die Flexibilität der GmbH regelmäßig als vorteilhaft.

Damit kann die Gesellschaft auch ohne förmliche Aufgabenträgerschaft zu einer Weiterentwicklung des Angebots beitragen. Dies hat sich beispielsweise hinsichtlich der Ausweitung des Angebots an Sonn- und Feiertagen z.B. auf den Linien 437 und 439 bewiesen, die im Zuge der Taktverdichtung zum Fahrplanwechsel 2019 im Dezember 2018 auf Anregung der Stadt über die Gesellschaft durch den Kreis als Aufgabenträger umgesetzt wurden.

Das im Jahr 2016 von den zuständigen Gremien des Rates der Stadt Bergisch Gladbach beschlossene Mobilitätskonzept Bergisch Gladbach 2030 wurde in enger Abstimmung mit der Gesellschaft entwickelt. Hierin finden sich eine Reihe von Aufgaben, deren Umsetzungen in den kommenden Jahren ebenfalls eine Aufgabe der Gesellschaft sein wird. Als ein Beispiel hierfür sei exemplarisch der Ausbau des Car-Sharing-Netzes sowie der Aufbau eines Netzes für Mobilstationen genannt.

Die Gesellschaft ist Verpächterin u.a. des Wupsi-Kunden-Centers am S- und Busbahnhof Stadtmitte sowie des Kiosks und des GL mobil-Fahrgastcenters am Busbahnhof Bensberg. Darüber hinaus hat die Gesellschaft zur Verbesserung des begleitenden Angebots für ÖPNV-Nutzer an der KVB-Haltestelle „Neuenweg“ der Linie einen Kioskneubau in Betrieb genommen und diesen mit einem langfristigen Vertrag verpachtet. Sofern wie geplant der Neubau eines Stadthauses auf dem Kopfgrundstück am S-Bahnhof Bergisch Gladbach ab dem Jahr 2023 realisiert wird, wird nach dessen Fertigstellung geprüft, ob der Container, in dem u.a. das Kunden-Center der Wupsi untergebracht ist, einer anderweitigen Nutzung zugeführt werden kann.

Wirtschaftsbericht - Darstellung des Geschäftsverlaufes und der Lage des Unternehmens:

Im Berichtsjahr schließt die Gesellschaft mit einem Verlust von EUR 27.737,66 EUR (Ansatz lt. Wirtschaftsplan 2019: EUR 46.800,00; Ergebnis Vorjahr 2018: Verlust EUR 38.537,62) ab. Nach dem Verlust im Vorjahr 2018 musste somit im Jahr 2019 erneut ein Verlust verbucht werden, welcher jedoch durch die Gewinnvorträge der Vorjahre u.a. aus 2016 und 2017 sowie die bestehenden Rücklagen der Gesellschaft aufgefangen werden kann.

Die Umsatzerlöse betreffen die Bereiche Schüler-Tickets (TEUR 172, Ansatz Wirtschaftsplan 2019: TEUR 165; Ergebnis Vorjahr 2018: TEUR 161), Miet- und Pachterlöse (TEUR 56, Ansatz Wirtschaftsplan 2019: TEUR 58; Ergebnis Vorjahr 2018: TEUR 52), Zuschuss für den Betrieb und Unterhaltung der Radstation (TEUR 21, wie Ansatz Wirtschaftsplan 2019 und Ergebnis Vorjahr 2018) sowie Anzeigenwerbung (TEUR 4, Ansatz Wirtschaftsplan 2019: TEUR 6,5; Ergebnis Vorjahr 2018: TEUR 6).

Wie in den Vorjahren, wird weiterhin aufgezeigt, dass die anfallenden Kosten nicht über eigene erwirtschaftete Erträge abgedeckt werden können. Vielmehr ist die Gesellschaft auf öffentliche Zuschüsse bzw. Zuschüsse der Stadt als alleinige Gesellschafterin der Gesellschaft angewiesen. Im Berichtsjahr sind von Seiten der Stadt Zuschüsse i. H. v. EUR 124.999,92 (Ansatz Wirtschaftsplan 2019 und Ergebnis Vorjahr 2018: TEUR 125) zur Verlustabdeckung gezahlt worden.

Die Aufwendungen für bezogene Leistungen, die sich im Berichtsjahr auf EUR 253.874,90 (Ansatz Wirtschaftsplan 2019: EUR 263.500,00; Ergebnis Vorjahr 2018: EUR 246.308,98) belaufen, beinhalten im Wesentlichen den Aufwandsersatz für die von den Verkehrsunternehmen durchgeführten Betriebsleistungen sowie die Fahrpreiserstattungen für das SchülerTicket (gesetzliche Schülerfahrkostenerstattung).

Im Berichtsjahr werden Verwaltungskosten in Höhe von EUR 50.695,91 (Ansatz Wirtschaftsplan 2019: EUR 52.900,00; Ergebnis Vorjahr 2018: EUR 53.077,04) ergeben. Ursächlich hierfür ist die an die Stadt zu zahlende Personalkostenerstattung,

welche aufgrund der Gestellung von städtischem Personal für die Erledigung der wesentlichen Aufgaben vorgenommen wird.

Durch die fortlaufende Unterstützung der Gesellschafterin kann weiterhin davon ausgegangen werden, dass auch in der Zukunft alle Verbindlichkeiten fristgerecht bedient werden können.

Die Vermögenslage der Gesellschaft ist zum Bilanzstichtag geprägt von der positiven Liquidität (TEUR 143 = 15,00 % der Bilanzsumme). Darüber hinaus besteht vor allem langfristig gebundenes Vermögen in Form des Kiosks an der Haltestelle „Neuenweg“ sowie des Grundstückes am S-Bahnhof Bergisch Gladbach, auf dem die „Rad-Station“ errichtet wurde (18,18 % der Bilanzsumme), dem Gebäude der „Rad-Station“ (60,72 % der Bilanzsumme) sowie den Außenflächen rund um die Fahrrad-Station (5,40 % der Bilanzsumme).

Die Eigenkapitalquote der Gesellschaft inklusive der Position „Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen der Gesellschaft“ liegt zum Bilanzstichtag bei 60,07 % (Vorjahr: 59,70 %).

Im Berichtsjahr betrug der Mittelabfluss aus der laufenden Geschäftstätigkeit TEUR 22 (Vorjahr: TEUR 31).

C. Prognosebericht, Chancen und Risiken.

Hinsichtlich des inneren Verwaltungsaufwandes hat sich die Situation nicht verändert. Eine weitere Senkung der Kosten wird nicht mehr erwartet.

Im Zuge des Mobilitätskonzeptes der Stadt Bergisch Gladbach wird die SVB in den kommenden Jahren voraussichtlich weitere Aufgaben zur Verbesserung des Mobilitätsangebots übernehmen. Hierzu zählen ab 2021 die Errichtung von Fahrradboxen entlang stark frequentierter Haltestellen im Stadtgebiet (insbesondere entlang der Linie 1 sowie der S 11) sowie die Einrichtung von Mobilstationen in Abstimmung mit dem Rheinisch-Bergischen-Kreis.

Die Gesellschaft prüft weiterhin, inwieweit die Errichtung einer Mobilstation an der Haltestelle „Kölner Straße“ realisierbar und wirtschaftlich vertretbar ist. Sollte die Prüfung in diesem Fall zu einem positiven Ergebnis kommen, könnte in den Jahren 2022 ff. mit dem Bau begonnen werden.

Die aus den Verpachtungen resultierenden Gewinne mindern in allen Fällen den aus Steuermitteln zu leistenden Deckungsbeitrag.

Die Risiken der Gesellschaft ergeben sich aus den mittelfristig umzusetzenden Unternehmenszielen und ggf. veränderten gesetzlichen oder wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Speziell sind zu nennen
die Kostenentwicklung bei den angemieteten Verkehren sowie
Kosten- und Erstattungssituation beim Schülerticket (steigende Betriebskosten, erhöhte Inanspruchnahme der Schülerfahrkostenerstattung, sinkende Abnehmerzahlen).

Dabei werden alle Verträge jährlich indiziert gestaltet, wobei aber bei den angemieteten Verkehrsmitteln aufgrund der fahrplantechnischen Vorlaufzeiten zusätzliche Kündigungsfristen zu beachten sind.

Noch offen ist zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Lageberichts das Ergebnis der Prüfung des staatlichen Rechnungsprüfungsamtes Köln hinsichtlich Höhe bzw. Umfang der für den Bau der Radstation in den Jahren 2014 und 2015 seitens der Bezirksregierung Köln gewährten Förderung. Eine von Seiten der Bezirksregierung Köln erbetene Stellungnahme hierzu wurde durch die Gesellschaft bereits abgegeben.

Sowohl die Investitions- und Baumaßnahmen als auch die Verhandlungen um das Schülerticket sowie zur Weiterentwicklung des Netzes haben wiederum gezeigt, dass die bestehende Gesellschaft durch ihre organisatorischen und finanziellen Möglichkeiten eine aktive Rolle – vor allem in der Kooperation mit dem Aufgabenträger und den Verkehrsunternehmen – einnimmt. Auch ohne die formalen Instrumente der Aufgabenträgerschaft oder der Verkehrsunternehmerfunktion lassen sich so die ÖPNV-Angebote in Bergisch Gladbach zeitnah und zielgerichtet beeinflussen. Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund, dass sich die Stadt Bergisch Gladbach weiterhin im Haushaltssicherungskonzept befindet und sowohl bei freiwilligen Leistungen als auch bei Investitionen erheblichen Beschränkungen und Zwängen unterworfen ist.

Nach den bisherigen Erkenntnissen aus dem Wirtschaftsjahr 2020 könnten bedingt durch die „Corona-Pandemie“ lediglich in 2 Geschäftsfeldern negative Auswirkungen entstehen. Im Geschäftsfeld „Mieten und Pachten“ sind hingegen bis Anfang Juni 2020 sämtliche Miet- bzw. Pachtzahlungen fristgemäß eingegangen. Die Auszahlungen der Gesellschaft erfolgten ebenfalls fristgemäß, so dass in diesem Geschäftsfeld bislang keine negativen Auswirkungen vorliegen.

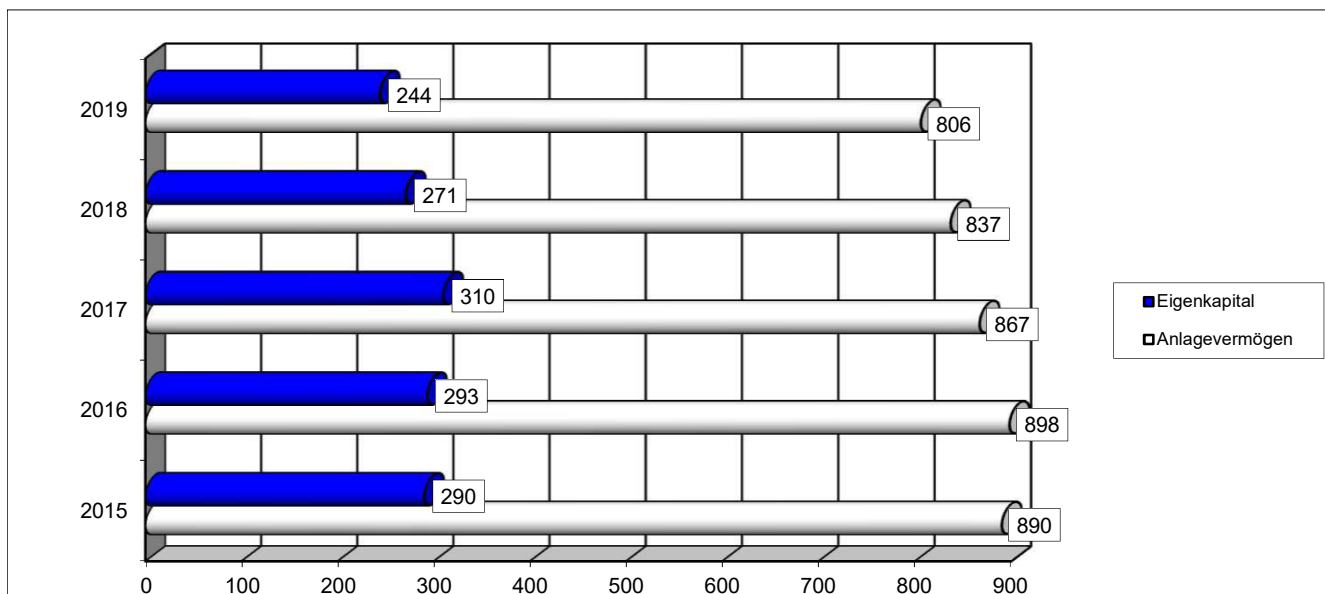
Inwieweit sich im Geschäftsfeld „Schülerfahrkostenerstattung“ negative Auswirkungen durch eine verringerte Abnahmequote bei den Schülertickets im Vergleich zu dann nicht vorzunehmenden Erstattungen bemerkbar machen, kann erst nach Abschluss des Schulhalbjahres Anfang August erkannt werden, da der Gesellschaft dann die Zahlen bzw. Abrechnungen der beiden Verkehrsunternehmen vorliegen. Sofern sich hierbei – entgegen den derzeitigen Schätzungen sowohl der Verkehrsunternehmen wie auch unserer Gesellschaft – negative Entwicklungen aufzeigen sollten, die einen höheren Verlust gegenüber dem geplanten Verlust nach dem Wirtschaftsplan 2020 mit sich bringen, müsste dieser Verlust durch einen höheren Zuschuss der Gesellschafterin Stadt Bergisch Gladbach gemäß den Vorgaben des Gesellschaftsvertrages aufgefangen werden.

Für das Jahr 2020 ergibt sich laut Wirtschaftsplan eine voraussichtliche Unterdeckung in Höhe von EUR 189.900. Dieser Betrag soll durch einen Zuschuss der Stadt Bergisch Gladbach in Höhe von EUR 140.000 minimiert werden. Es verbleibt demnach ein prognostizierter Verlust für das Wirtschaftsjahr 2020 in Höhe von 49.900 EUR, welcher wiederum aus den Gewinnvorträgen der Vorjahre gedeckt werden soll.

Wirtschaftliche Daten der Stadtverkehrsgesellschaft Bergisch Gladbach mbH**Entwicklung der Bilanz im 5-Jahresvergleich (Geschäftsjahre 2015 - 2019)****Angaben in TEUR**

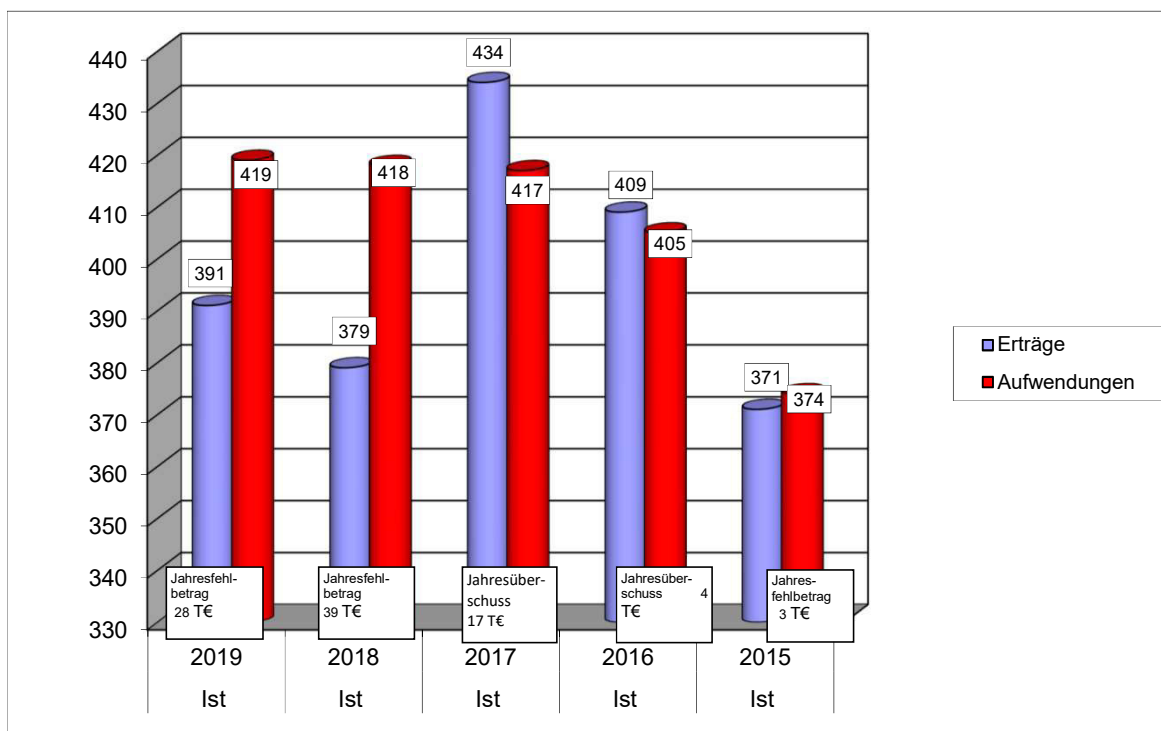
AKTIVA	2015	2016	2017	2018	2019	Veränderung
Sachanlagen	890	898	867	837	806	-31
Anlagevermögen	890	898	867	837	806	-31
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	23	16	12	8	3	-5
Flüssige Mittel	186	222	216	180	143	-37
Fehlbetrag						0
Umlaufvermögen	209	238	228	188	146	-42
Rechnungsabgrenzungsposten	1	1	0	0	0	0
Bilanzsumme	1.100	1.137	1.095	1.025	952	-73

PASSIVA	2015	2016	2017	2018	2019	Veränderung
gez. Kapital	25	25	25	25	25	0
Jahresfehlbetrag/ Jahresüberschuss	-3	4	17	-39	-28	11
Verlustvortrag/ Gewinnvortrag	268	264	268	285	247	-38
Fehlbetrag						
Eigenkapital	290	293	310	271	244	-27
Sopo für Zuschüsse und Zulagen	309	364	352	341	328	-13
Rückstellungen	10	14	11	11	13	2
Verbindlichkeiten	491	466	422	402	367	-35
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0	0	0
Bilanzsumme	1.100	1.137	1.095	1.025	952	-73

Finanzierung des Anlagevermögens durch Eigenkapital (Angaben in TEUR)

Gewinn- und Verlustrechnung der Stadtverkehrsgesellschaft Bergisch Gladbach mbH

in TEUR	Plan 2019	Ist 2019	Ist 2018	Ist 2017	Ist 2016	Ist 2015	Ist 19/ Ist 18
1. Umsatzerlöse	172	254	240	294	272	229	14
2. Sonstige betriebliche Erträge	220	137	139	140	137	142	-2
3. Betriebliche Erträge (1+2)	391	391	379	434	409	371	12
4. Materialaufwand	-321	-254	-247	-243	-255	-225	-7
5. Personalaufwand	-53	-6	-6	-6	-3	0	0
6. Abschreibungen	-37	-31	-31	-34	-32	-21	0
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-27	-122	-127	-127	-107	-120	5
8. Betriebsaufwand (4+5+6+7)	-438	-413	-411	-410	-397	-366	-2
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0	0	0	0	0
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	-6	-7	-7	-8	-8	1
11. Finanzergebnis (9+10)	0	-6	-7	-7	-8	-8	1
12. Jahresüberschuss (3+8+11)	-47	-28	-39	17	4	-3	11

Entwicklung Erträge/Aufwendungen (Angaben in TEUR)

Kennzahlen im Überblick/Stadtverkehrsgesellschaft mbH

	2015	2016	2017	2018	2019
1. Vermögenslage					
Anlagenintensität in %	80,9%	79,0%	79,2%	81,7%	84,7%
Umlaufintensität in %	19,0%	20,9%	20,8%	18,3%	15,3%
Investitionsquote	60,34%	4,34%	0,40%	0,12%	
Reinvestitionsquote	2557,14%	122%	10%	3%	
2. Finanzlage					
Eigenkapitalquote in %*	26,4%	25,8%	28,3%	26,4%	25,6%
Fremdkapitalquote in %	73,6%	74,2%	71,7%	73,6%	74,4%
Anlagendeckung I in %	32,6%	32,6%	35,8%	32,4%	30,3%
Cashflow aus lfd. Geschäftstätigkeit	68 T€	76 T€	28 T€	-6 T€	-6 T€
3. Ertragslage					
Umsatzrentabilität in %	1,9%	4,4%	8,2%	-13,3%	-8,7%
Eigenkapitalrentabilität in %	-1,0%	1,4%	5,5%	-14,4%	-11,5%
Gesamtkapitalrentabilität in %	-0,3%	0,4%	1,6%	-3,8%	-2,9%
4. Erfolgskennzahl					
Personalintensität in %		1,1%	2,0%	2,5%	2,4%
Finanzielle Auswirkungen auf den Haushalt					
allgemeiner Zuschuss	136.308 €	125.000 €	125.000 €	124.999,92	125.000 €
davon für Vorjahre	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
Zuschuss Radstation	14.583 €	25.000 €	25.000 €	25.000 €	25.000 €
Erstattungen für Serviceleistungen	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
Gesamt	150.891 €	150.000 €	150.000 €	150.000 €	150.000 €

Entsorgungsdienste Bergisch Gladbach GmbH

1. Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Firma	Entsorgungsdienste Bergisch Gladbach GmbH
Sitz	Obereschbach 1, 51429 Bergisch Gladbach
Gründung	durch notariellen Vertrag vom 18. Dezember 2000
Gesellschaftsvertrag	Fassung vom 18.12.2000/ 26.06.2014
Handelsregister	HRB 47448 beim Amtsgericht Köln, Eintragung am 07. März 2001, HRB 47448 beim Amtsgericht Köln seit der Zuständigkeitsänderung der Führung der Handelsregister im Jahre 2002
Geschäftsjahr	Kalenderjahr

2. Zweck der Gesellschaft

Gegenstand des Unternehmens sind Dienstleistungen im Bereich der Sammlung, des Transportes und der Verwertung von Abfällen sowie die Strassenreinigung, die nicht Gegenstand der durch den Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Bergisch Gladbach zu erfüllenden hoheitlichen Aufgaben der Abfallwirtschaft und Stadtreinigung sind.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen und sich an ihnen beteiligen.

3. Zusammensetzung der Organe

3.1 Gesellschafterversammlung

Die Gesellschafterversammlung besteht aus fünf Mitgliedern, die vom Rat der Stadt Bergisch Gladbach für die Dauer der jeweiligen Wahlperiode gewählt werden. Den Vorsitz in der Gesellschafterversammlung hat der aus ihrer Mitte gewählte Vorsitzende.

Die Gesellschafterversammlung setzte sich 2019 wie folgt zusammen:

Herr Mirko Kommenda	Lehrer
Herr Hermann-Josef Wagner	selbständiger Fotohändler
Herr Oliver Renneberg	Seniorprojektleiter
Herr Eva Gerhardus	selbständige Unternehmerin
Herr Michael Kremer	Fachbereichsleiter

Es fanden drei Gesellschafterversammlungen im Berichtsjahr statt. Die Gesellschaftervertreter erhalten je Sitzung ein Entgelt von 19,60 €.

3.2 Aufsichtsrat

Die Gesellschaft verfügt über **keinen** Aufsichtsrat.

3.3 Geschäftsführung

Zu Geschäftsführern wurden Frau Diana Lauszus (Gesamtbezüge 2019= 3,9 T€), Herr Wilhelm Carl (bis zum 30.06.2019, Gesamtbezüge 2019= 0,9 T€) und Herr David Zenz (ab dem 05.02.2020) berufen.

4. Beteiligungsverhältnisse

Das gezeichnete Kapital der Gesellschaft ist aufgrund Gesellschaftsvertrag vom 26.06.2014 um 75 T€ auf 100 T€ erhöht worden und wird in voller Höhe durch die Stadt Bergisch Gladbach (bilanziell beim Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Bergisch Gladbach aktiviert) gehalten.

5. Beschäftigte

Im Geschäftsjahr 2019 waren bei der Gesellschaft, neben den zwei Geschäftsführern, durchschnittlich 26 (Vorjahr: 28,5) Arbeiter beschäftigt.

6. Wirtschaftsprüfer

Die Gesellschaft beauftragte die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Dr. Heilmaier & Partner GmbH mit der Prüfung des Jahresabschlusses.

7. Leistungsbeziehungen zu anderen Gesellschaften an denen die Stadt Bergisch Gladbach beteiligt ist

Die Entsorgungsdienste Bergisch Gladbach GmbH (EBGL) verleaste Fahrzeuge an die GL Service gGmbH für 49.628,04 € Brutto. Außerdem nahm die EBGL für 552,76€ Brutto 7% Catering in Anspruch.

Die EBGL erhielt für Ihre Reinigungsleistungen in der Tiefgarage Bergischer Löwe sowie der Parkpalette Buchmühle 18.484,42 € seitens der SEB. Außerdem leistete der SEB AöR für den Betrieb und die Bewirtschaftung des Wohnmobilstellplatzes 4.998 €.

8. Geschäftsverlauf/ Lagebericht

I. Geschäftsverlauf und Lage der Gesellschaft

Im Geschäftsjahr 2019 konzentrierten sich die Kerngeschäfte der Gesellschaft weiterhin insbesondere auf den Bereich Fuhrpark, Personalgestaltung, Vermietung von Abfallbehältern, der Abfallverwertung sowie der Betrieb eines Wertstoffhofes.

Beeinflusst wurde die Entwicklung aber durch Auswirkungen einer steuerlichen Betriebsprüfung. Das Finanzamt für Groß- und Konzernbetriebsprüfung Aachen hat in der Zeit von Juni 2018 bis November 2020 bei der Gesellschaft eine Betriebsprüfung für die Jahre 2013 bis 2016 durchgeführt. Diese hat zwischen der Stadt Bergisch Gladbach und der Gesellschaft die Voraussetzungen einer umsatzsteuerlichen Organschaft bejaht und der Gesellschaft den Vorsteuerabzug auf Eingangsleistungen, die im nicht-unternehmerischen Bereich des Organkreises verwendet werden, versagt. Dies führt bei Investitionen zu nachträglichen Anschaffungskosten. Vor dem Hintergrund haben sich insbesondere die Abschreibungen im Geschäftsjahr 2019, dem ersten offenen Jahresabschluss nach Durchführung der Betriebsprüfung gegenüber dem Vorjahr um TEUR 1.164 erhöht. Darin enthalten sind nachgeholte Abschreibungen in Höhe von TEUR 824 aus den Jahren 2013-2018. Die höheren Abschreibungen belasten das Ergebnis der Gesellschaft, die insoweit mit einem Jahresfehlbetrag von TEUR -815 das Geschäftsjahr abschließt.

Die aus der Nichtabziehbarkeit der Vorsteuern resultierende Rückzahlungsverpflichtung führen im Innenverhältnis zu deutlich höheren Verbindlichkeiten der Gesellschaft gegenüber dem Organträger, der Stadt Bergisch Gladbach.

Ertragslage

Im Berichtsjahr schließt die Gesellschaft mit einem Jahresverlust i. H. v. -815 TEUR Euro ab. Die Entwicklung gegenüber der dem Vorjahr stellt sich wie folgt dar:

Ertragslage

	<u>2019</u>	<u>2018</u>	<u>Veränderung</u>	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Umsatzerlöse	3.427	3.565	-138	-3,9
Materialaufwand	-75	-98	23	-23,5
Personalaufwand	-853	-970	117	-12,1
Abschreibungen	-2.783	-1.619	-1.164	71,9
Sonstige Aufwendungen und Erträge				
(saldiert)	-468	-407	-61	15,0
Betriebsergebnis	-752	471	-1.223	-259,7
Finanzergebnis und				
neutrales Ergebnis	-194	-206	12	-5,8
Ertragsteuern	131	-89	220	-247,2
Jahresüberschuss	-815	176	-991	-563,1

An der Aufstellung ist erkennbar, dass das Geschäftsjahr ohne die Sondereffekte aus der steuerlichen Betriebsprüfung, die sich in den um 1.164 höheren Abschreibungen und gegenläufig den um 220 TEUR geringeren Ertragsteueraufwand vergleichbar zum Vorjahr war.

Die Umsatzerlöse der Gesellschaft sind insgesamt um 138 TEUR auf 3.427 TEUR gesunken. Sie haben sich wie folgt entwickelt:

	2019	2018	Veränderung	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Vermietung Fahrzeuge	1.961	1.864	+97	5,2
Personalgestellung	802	874	-72	-8,2
WSH Dienstleistungen	386	392	-6	-1,5
Containermieten	95	89	+6	6,7
Mieten MGB	51	51	0	0
Schrottverwertung	40	0	+40	-
Altpapierverwertung	33	59	-26	-44,1
Fuhrparkgestellung	19	18	+1	5,6
Miete sonstige Geräte	14	15	-1	-6,7
Altkleidercontainer	11	11	0	0
Anlagenabgänge	20	-9	+29	-322,2
Übrige Umsatzerlöse	99	201	-102	-50,7
Erlösminderungen Vorjahr	-104	0	-104	-
Summe	3.427	3.565	-138	-3,9

Aufgrund der höheren Nachfrage konnten sich die Erlöse im Geschäftsbereich „Vermietung Fuhrpark“ aus allen Bereichen um 98 TEUR auf 1.961 TEUR erhöht werden.

Gegenläufig haben sich die Erlöse aus der Personalgestellung um 72 TEUR auf 802 TEUR vermindert. Dies steht insbesondere mit der Übernahme von Personal durch die Stadt Bergisch Gladbach in den Abfallwirtschaftsbetrieb im Zusammenhang. Dies ist im Wesentlichen auch der Grund für den gesunkenen Personalaufwand der Gesellschaft, der um 117 TEUR auf 853 TEUR zurückging.

Vermögenslage

Die Vermögenslage stellt sich zusammengefasst wie folgt dar:

	2019	2018	Veränderung	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Anlagevermögen	13.052	11.613	1.439	12,4
Umlaufvermögen	1242	422	820	194,3
Liquide Mittel	8	24	-16	-66,7
ARAP	4	4	0	0,0
Summe	14.306	12.063	1.386	10,3
Eigenkapital	1.173	1.989	-816	-41,0
Fremdkapital				
Langfristig	7.554	7.818	-264	-3,4
Kurzfristig	5.579	2.256	3.323	147,3
Summe	14.306	12.063	1.386	10,3

Die Gesellschaft hat im Berichtsjahr Investitionen in das Sachanlagevermögen, insbesondere durch die weiteren Investitionen in den Fuhrpark durch die Anschaffung von Brandschutz- und Abfallsammel-fahrzeugen sowie sonstigen Nutzfahrzeugen und PKWs i.H.v. 1.696 TEUR getätigt. Daneben führte die Nachaktivierung der nicht abziehbaren Vorsteuern für die Jahre 2013 bis 2018 in Höhe von TEUR

2.530 zu entsprechenden Zugängen. Unter Berücksichtigung der Abschreibungen in Höhe von TEUR 2.783 und Abgängen in Höhe von TEUR 4 ergibt sich ein um 1.439 TEUR höheres Anlagevermögen.

Das Umlaufvermögen hat sich gegenüber dem Vorjahr um TEUR 820 auf TEUR 1.242 erhöht. Dies resultiert im Wesentlichen aus einem Anstieg der Forderungen gegenüber Gesellschaftern um TEUR 635 auf TEUR 849. Die Steigerung resultiert insbesondere aus den um TEUR 490 gestiegenen Forderungen gegenüber dem Abfallwirtschaftsbetrieb sowie aus der Rückforderung von Gewerbesteuern der Jahre 2013 bis 2016 in Höhe von TEUR 71.

Das Eigenkapital hat sich um den Jahresfehlbetrag 2019 in Höhe von TEUR -815 auf TEUR 1.174 vermindert. Die bilanzielle Eigenkapitalquote beträgt 8,2% (Vorjahr: 16,5%).

Das Fremdkapital stieg insgesamt um 3.059 TEUR auf 13.133 TEUR.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten haben sich um TEUR 180 auf TEUR 9.560 erhöht. Sie beinhalten neben den Darlehensverbindlichkeiten von TEUR 9.326 den negativen Saldo des Girokontos von TEUR 234. Einer Darlehensaufnahme von 1.650 TEUR standen planmäßige Tilgungen von 1.705 TEUR gegenüber.

Der wesentliche Grund für das gestiegene Fremdkapital liegt bei den deutlich gestiegenen Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern. Diese haben sich um TEUR 2.968 auf TEUR 3.454 erhöht. Infolge der Erkenntnisse aus der steuerlichen Betriebsprüfung sind die nicht abziehbaren Vorsteuern an das Finanzamt zurückzuzahlen. Im Außenverhältnis trifft diese Verpflichtung den umsatzsteuerlichen Organträger, die Stadt Bergisch Gladbach. Im Innenverhältnis besteht diese Verpflichtung der Gesellschaft gegenüber der Stadt Bergisch Gladbach. Der Betrag der zurückzuerstattenden nicht abziehbaren Vorsteuerbeträge für die Jahre 2013-2019 beträgt TEUR 3.016. Die vorstehende Verbindlichkeit gegenüber der Stadt wird von dieser bis zu einer Entscheidung über eine etwaige Kapitalzuführung als Darlehen gewährt.

Finanzlage

Die Finanzlage stellt sich zusammengefasst wie folgt dar:

	<u>2019</u>	<u>2018</u>	<u>Veränderung</u>
	<u>TEUR</u>	<u>TEUR</u>	<u>TEUR</u>
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	1.178	1.946	-768
Cashflow aus Investitionstätigkeit	-1.184	-1.321	137
Freier Cashflow	-6	625	-631
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	-244	-1.483	1.239
Veränderung Finanzmittelfonds	-250	-858	608
Finanzmittelfonds 1.1.	24	882	-858
Finanzmittelfonds 31.12.	-226	24	-250

Der Finanzmittelfonds setzt sich wie folgt zusammen:

	<u>2019</u>	<u>2018</u>	<u>Veränderung</u>
	<u>TEUR</u>	<u>TEUR</u>	<u>TEUR</u>
Girokonto	-234	21	-255
Tagesgeldkonto	3	0	3
Barkasse	5	3	2
	-226	24	-250

Die Veränderungen hinsichtlich der Liquidität stellt sich wie folgt dar:

	<u>2019</u>	<u>2018</u>	<u>Veränderung</u>
	<u>TEUR</u>	<u>TEUR</u>	<u>TEUR</u>
Forderungen	1.242	422	820
Geldmittel	8	24	-16
Kurzfristige Mittel	1.250	446	804
kurzfristige Rückstellungen	-34	-28	-6
kurzfristige Verbindlichkeiten	-2.374	-2.223	-151
Liquiditätsunterdeckung	-1.158	-1.805	647

Insgesamt hat sich unter Berücksichtigung der Darlehensgewährung seitens der Stadt bezogen auf die Verbindlichkeit für die Rückerstattung der nicht abziehbaren Vorsteuern die Liquiditätsunterdeckung im Jahr 2019 im Vergleich zum Vorjahr verringert. Für die anstehenden Investitionen ist die Aufnahme von Fremdkapital erforderlich. Probleme der Kapitalbeschaffung werden aber nicht gesehen, zumal die wesentlichen Umsätze auch mit dem Gesellschafter getätigt werden.

II. Die voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft

Fuhrpark:

Für das Geschäftsjahr 2020 erwartet die Geschäftsführung im Segment „Fuhrpark“ erneut einen weiteren Umsatzzuwachs. Im Hinblick auf die geplanten Investitionen in neue Fahrzeuge für verschiedene Dienststellen der Stadt Bergisch Gladbach – insbesondere im Bereich der Beschaffung von Fahrzeugen der Abfallwirtschaft und des Rettungsdienstes - und andere Kunden wird das Geschäftsvolumen im Sektor Vermietung von Kraftfahrzeugen weiter steigen.

Derzeit ist hier eine weitestgehenden Fremdkapitalfinanzierung geplant. Zudem wird eine Sondertilgung von einzelnen Altkrediten geprüft. Neben den Investitionen in die Fahrzeugflotte, wird durch die EBGL GmbH auch die Verfügbarkeit von Ladeinfrastruktur vorangebracht. So sollen im kommenden Jahr sog. WallBoxen (e-Ladestationen) bei den Kunden aufgestellt werden, um einen Fuhrparkwechsel auf emissionsarme Fahrzeuge zu forcieren.

Wertstoffhof:

Nach den gestiegenen Abfallannahmemengen muss in 2021 eine Änderung der BImSchG-Genehmigung (Genehmigung nach Bundesimmissionsschutzgesetz) erfolgen. Des Weiteren ist der Bau einer Fahrbahnüberdachung im Eingangsbereich des Wertstoffhofs vorgesehen.

Übrige Bereiche:

Im Bereich der Personalgestaltung und der Abfallbehältergestaltung sind keine wesentlichen Veränderungen geplant.

Die Erkenntnisse der steuerlichen Betriebsprüfung haben des Weiteren zu einer teilweisen Neukalkulation der Entgelte geführt. Auch wurden die erforderlichen vertraglichen Anpassungen mit der Stadt Bergisch Gladbach umgesetzt.

Insgesamt wird daher nunmehr mit einem leicht steigenden Umsatz und einem ausgeglichenen bis leicht positiven Ergebnis gerechnet.

Durch die Neuordnung der politischen Landschaft in Bergisch Gladbach steht auch die Rekommunalisierung der Gesellschaft zur Diskussion. Eine solche ist im innenvertraglichen Verhältnis der Koalitionspartner (Koalitionsvertrag) zwar ausgewiesen, jedoch wurden bis dato keine konkreten Schritte in die Wege geleitet, die auf eine zeitnahe Auflösung hindeuten. Entscheidungen hierzu werden daher nicht kurzfristig erwartet.

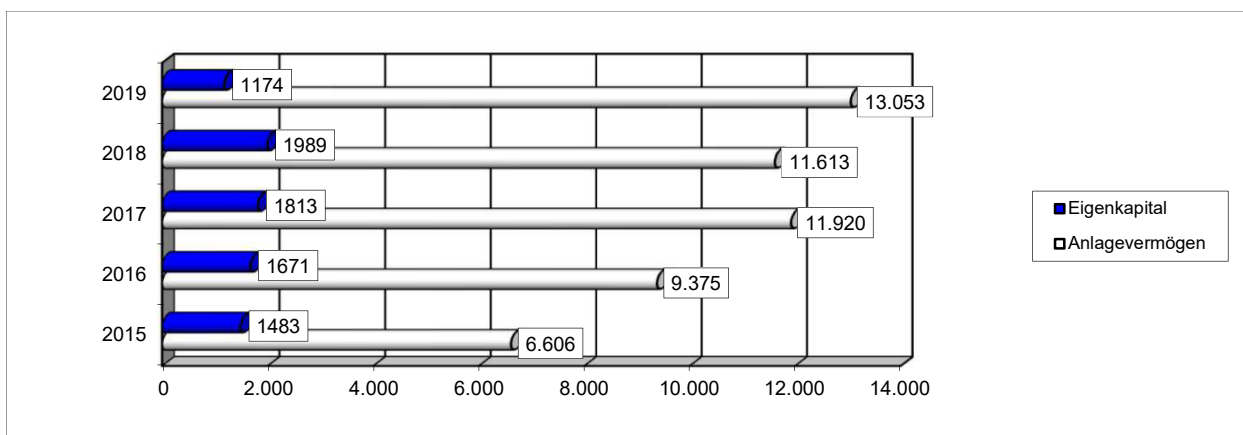
Wirtschaftliche Daten der Entsorgungsdienste Bergisch Gladbach GmbH**Entwicklung der Bilanz im 5-Jahresvergleich (Geschäftsjahre 2015 - 2019)**Angaben in TEUR

AKTIVA	2015	2016	2017	2018	2019	Veränderung
Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	0	0	1	1
Sachanlagen	6.606	9.375	11.920	11.613	13.052	1.439
Anlagevermögen	6.606	9.375	11.920	11.613	13.053	1.440
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	427	355	512	422	1.241	0
Flüssige Mittel	517	434	1.014	24	8	819
Umlaufvermögen	944	789	1.526	446	1.249	-16
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	4	4	4	803
nicht durch EK gedeckter Fehlbetrag	0	0	0	0	0	0
Bilanzsumme	7.550	10.164	13.450	12.063	14.306	2.243

PASSIVA	2015	2016	2017	2018	2019	Veränderung
gez. Kapital	100	100	100	100	100	0
Kapitalrücklage	1	1	1	1	1	0
Gewinnvortrag	1.188	1.382	1.570	1.712	1.888	176
Jahresfehlbetrag/-überschuss	194	188	142	176	-815	-991
nicht gedeckter Fehlbetrag	0	0	0	0	0	0
Eigenkapital	1.483	1.671	1.813	1.989	1.174	-815
Sonderposten mit Rücklageanteil	0	0	0	0	0	0
Rückstellungen	81	64	38	34	39	5
Verbindlichkeiten	5.986	8.429	11.599	10.040	13.093	3.053
Bilanzsumme	7.550	10.164	13.450	12.063	14.306	2.243

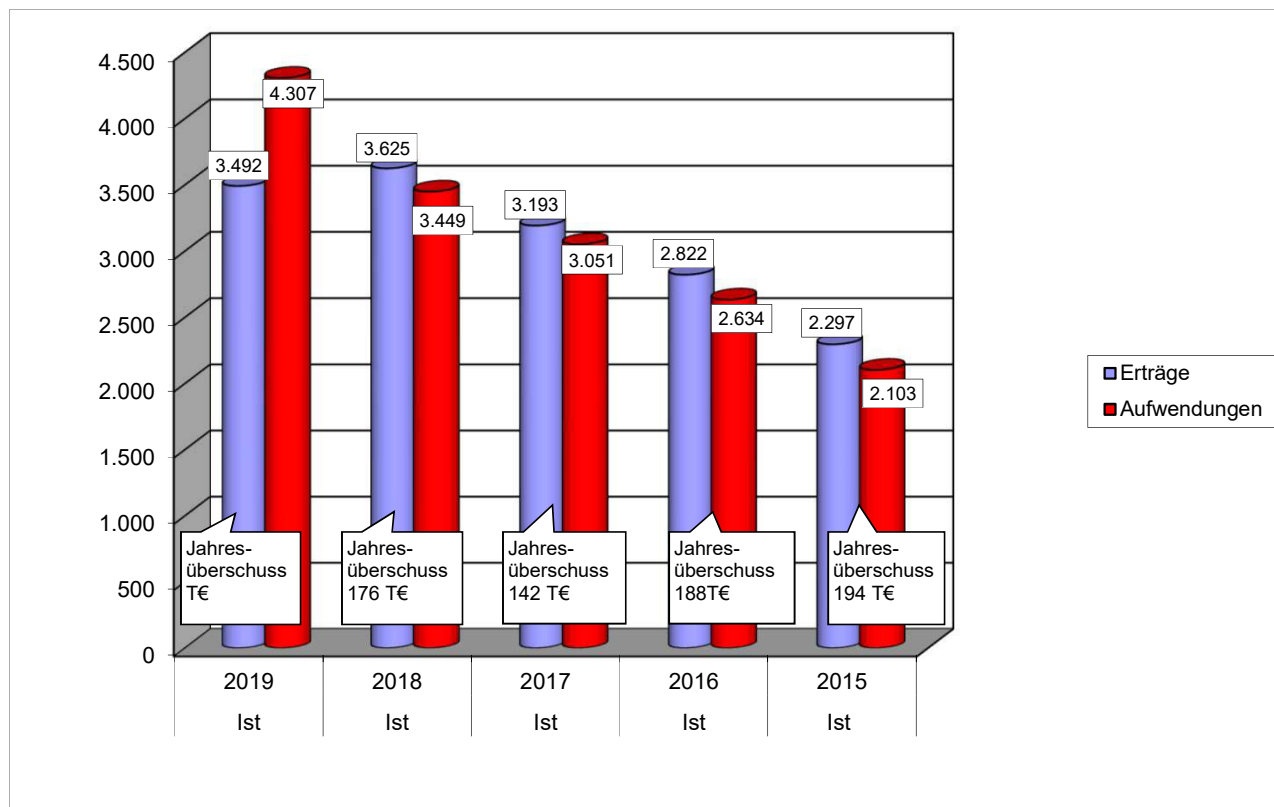
Finanzierung des Anlagevermögens durch Eigenkapital

(Angaben in TEUR)



Gewinn- und Verlustrechnung der Entsorgungsdienste Bergisch Gladbach GmbH

in TEUR	Plan 2019	Ist 2019	Ist 2018	Ist 2017	Ist 2016	Ist 2015	Ist 19/ Ist 18
1. Umsatzerlöse	3.843	3.427	3.565	3.136	2.774	2.224	-138
2. Sonstige betriebliche Erträge	15	65	60	57	48	73	5
3. Betriebliche Erträge (1+2)	3.858	3.492	3.625	3.193	2.822	2.297	-133
4. Materialaufwand	-143	-75	-98	-121	-112	-115	23
5. Personalaufwand	-1.004	-853	-970	-823	-841	-688	117
6. Abschreibungen	-1.718	-2.783	-1.619	-1.473	-1.172	-903	-1.164
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-262	-533	-463	-348	-254	-180	-70
8. Betriebsaufwand (4+5+6+7)	-3.126	-4.244	-3.150	-2.765	-2.379	-1.886	-1.094
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0	0	0	0	0
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-198	-189	-206	-210	-160	-124	17
11. Finanzergebnis (9+10)	-198	-189	-206	-210	-160	-124	17
12. sonstige Steuern	0	-5	-4	-3	-3		
12. Steuern vom Einkommen und Ertr��	-170	131	-89	-73	-92	-93	220
13. Jahresüberschuss (3+8+11+12)	364	-815	176	142	188	194	-991

Entwicklung Erträge/Aufwendungen (Angaben in TEUR)

Kennzahlen im Überblick/Entsorgungsdienste Bergisch Gladbach mbH

	2015	2016	2017	2018	2019
1. Vermögenslage					
Anlagenintensität in % *	87,5%	92,2%	88,6%	96,3%	91,2%
Umlaufintensität in % *	12,5%	7,8%	11,3%	3,7%	8,7%
Investitionsquote	36,3%	42,3%	33,9%	12,3%	9,1%
Reinvestitionsquote	265,3%	338,4%	274,7%	88,0%	42,5%
2. Finanzlage					
Eigenkapitalquote in %	19,6%	16,4%	13,5%	16,5%	8,2%
Fremdkapitalquote in %	80,4%	83,6%	86,5%	83,5%	91,8%
Anlagendeckung I in %	22,4%	17,8%	15,2%	17,1%	9,0%
Cashflow aus lfd. Geschäftstätigkeit	1.461 T€	1.468 T€	1.880 T€	1.946 T€	1.178 T€
3. Ertragslage					
Umsatzrentabilität in %	17,7%	15,7%	13,3%	13,3%	-22,1%
Eigenkapitalrentabilität in %	13,1%	11,3%	7,8%	8,8%	-69,4%
Gesamtkapitalrentabilität in %	2,6%	1,8%	1,1%	1,5%	-5,7%
4. Erfolgskennzahl					
Personalintensität in %	30,9%	30,3%	26,2%	27,2%	24,9%

Finanzielle Auswirkungen bzgl. eigenbetriebsähnliche Einrichtungen	2015*	2016*	2017*	2018*	2019*
Umsatzerlöse mit dem Abfallwirtschaftsbetrieb (AWB)	1.112.386 €	1.366.485 €	1.476.400 €	1.887.411 €	1.802.000 €
Umsatzerlöse mit der Stadt und dem Abwasserwerk	780.154 €	1.010.996 €	1.225.088 €	1.270.034 €	1.394.000 €
Erstattungen Personal- u. Sachkosten an den Abfallwirtschaftsbetrieb	-116.839 €	-137.700 €	-218.613 €	-199.429 €	-258.934 €
Saldo	1.684.680 €	1.775.701 €	2.482.875 €	2.958.016 €	2.937.066 €

Beschäftigtenzahl EBGL GmbH	2015	2016	2017	2018	2019
Geschäftsführer	1*	1*	1*	1*	1*
Stellv. Geschäftsführer	1	1	1	1	1
Arbeiter	19,33	23,6	21,5	28,5	26

* Die zwei Geschäftsführer sind ebenfalls für die eigenbetriebsähnliche Einrichtung AWB tä

GL Service gGmbH

1. Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Firma	GL Service gGmbH
Sitz	Tannenbergsstraße 53-55, 51465 Bergisch Gladbach
Gründung	01.12.2007
Gesellschaftsvertrag	Fassung vom 17.03.2014
Handelsregister	HR B 62188 beim Amtsgericht Köln
Geschäftsjahr	Kalenderjahr

2. Zweck der Gesellschaft

Gegenstand des Unternehmens ist die selbstlose Förderung auf materiellem, geistigem oder sittlichem Gebiet mit dem Ziel der sozialen Teilhabe und Integration, insbesondere für den Personenkreis nach § 53 Abgabenordnung. Das Unternehmen betreibt Maßnahmen, Dienste und Einrichtungen der Jugend- und Altenhilfe, der Bildung und Erziehung sowie des Wohlfahrtswesens, insbesondere zur Beschäftigungsförderung und Qualifizierung für den Arbeitsmarkt. Die Gesellschaft darf im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften und der Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages alle Geschäfte und sonstige Maßnahmen vornehmen, die der Zweckbestimmung der Gesellschaft dienlich erscheinen. Hierzu gehören insbesondere die Durchführung von Arbeitsgelegenheiten nach SGB II und Asylbewerberleistungsgesetz, Maßnahmen und Einrichtungen der Beschäftigung und Qualifizierung nach den Sozialgesetzbüchern II, III, VIII, IX und XII sowie Maßnahmen, Dienste und Einrichtungen der Jugendhilfe.

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der Vorschrift des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.

3. Zusammensetzung der Organe

3.1 Gesellschafterversammlung

Im Geschäftsjahr 2019 fanden drei Gesellschafterversammlungen statt.

Mitglieder der Gesellschafterversammlung:

Herr Dr. Johannes Bernhauser,	Vorsitzender/ Ruheständler
Frau Brigitte Holz-Schöttler,	stellv. Vorsitzende/ Ruheständlerin
Herr Rudolf Pick	Apotheker
Herr Mirko Komenda	Lehrer
Frau Anna Maria Scherer	Lehrerin
Frau Mechthildis Münzer,	Ruheständlerin
Herr Thorsten Jungbluth	Vermögensberater
Herr Lutz Urbach	Bürgermeister der Stadt Bergisch Gladbach

Die Bezüge der Gesellschafterversammlung beliefen sich in 2019 auf 0,5 T€.

§ 12 Landesgleichstellungsgesetz fordert, dass 40% der Aufsichtsratsmitglieder (bzw. Mitglieder vergleichbare Aufsicht führende Organe, hier Gesellschafterversammlung) Frauen sind. Da es sich bei der Besetzung der Gesellschafterversammlung um eine Wahl handelt, sind die Wahlvorschläge entsprechend zu erstellen.

Das Wahlergebnis kann und darf von den Wahlvorschlägen abweichen. Bei o.g. Organ wird der Mindestfrauenanteil, nach mathematischer Rundung, gemäß § 12 Absatz 1 Satz 1+2 LGG NRW mit drei Frauen erreicht.

3.3 Geschäftsführung

Alleiniger Geschäftsführer der Gesellschaft ist Herr Stephan Dekker. Die Bezüge des Geschäftsführers betragen 5,4 T€. Herr Andreas Kuhlen hat Handlungsvollmacht.

4. Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 25.000 €. Die Stadt Bergisch Gladbach ist alleinige Gesellschafterin der GL Service gGmbH. Das Stammkapital ist voll eingezahlt worden.

5. Beschäftigte

In 2019 waren durchschnittlich 69 Vollbeschäftigte zu verzeichnen.

6. Wirtschaftsprüfer

Die Gesellschaft beauftragte die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Dr. Leyh, Dr. Kossow & Dr. Ott mit der Prüfung des Jahresabschlusses.

7. Leistungsbeziehungen in 2019 zu anderen Gesellschaften an denen die Stadt Bergisch Gladbach beteiligt ist

- Leasing von Fahrzeugen über die Entsorgungsdienste Bergisch Gladbach GmbH für 49.628,04 € Brutto.
- Catering für die Entsorgungsdienste Bergisch Gladbach GmbH für 552,76 € Brutto 7%.
- Verteilung von Fahrplänen der Stadtverkehrsgesellschaft mbH für 321,00 € Brutto/ 7%.
- Erbringung von Dienstleistungen in Höhe von 7.298,63 € Brutto/ 7% für die SEB AöR.

8. Geschäftsverlauf/ Lagebericht der Gesellschaft

I. Grundlagen des Unternehmens

Geschäftsmodell/Stellungnahme zur Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung und Zweckerreichung

Gegenstand des Unternehmens ist die selbstlose Förderung auf materiellem, geistigem oder sittlichem Gebiet mit dem Ziel der sozialen Teilhabe und Integration, insbesondere für den Personenkreis nach § 53 Abgabenordnung. Das Unternehmen betreibt Maßnahmen, Dienste und Einrichtungen der Jugend- und Altenhilfe, der Bildung und Erziehung sowie des Wohlfahrtswesens, insbesondere zur Beschäftigungsförderung und Qualifizierung für den Arbeitsmarkt.

Der Gesellschaftszweck wurde durch die im Jahre 2019 durchgeführten und vorgehaltenen Maßnahmen, Qualifizierungs- und Beschäftigungsangebote eingehalten. Ein besonderer Schwerpunkt lag dabei auf der Qualifizierung und Betreuung arbeitsloser Menschen mit dem Ziel der Integration in den Arbeitsmarkt. Eine solche Integration konnte in vielen Fällen erreicht werden. Darüber hinaus hat sich mit der Jugendhilfestation „Stiftung Scheurer“ das in 2014 neu eröffnete Geschäftsfeld weiter etabliert und ist nach wie vor wichtiger Schwerpunkt der Gesellschaft. Die in den Jahren 2015 und 2016 neu entstandenen Bereiche zur Versorgung und Betreuung von Flüchtlingen spielten in 2019 keine Rolle mehr.

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

Arbeitsgelegenheiten sowie Erwerbslosenberatung

Im Bereich Arbeitsgelegenheiten und Erwerbslosenberatung ist das Geschäftsjahr 2019 wie bereits die Vorjahre geprägt durch Anpassungen, da die Zahl der Zuweisung von SGB II – Kundinnen und Kunden in die Arbeitsgelegenheiten auf niedrigem Niveau stagniert.

Auf die wirtschaftlichen Folgen des Rückgangs der Zuweisungen von SGB II – Kundinnen und Kunden hat die Geschäftsführung im Rahmen des Risikomanagements sowohl in der Gesellschafterversammlung, als auch im Verwaltungsvorstand der Gesellschafterin kontinuierlich hingewiesen. Mit der Eröffnung der Jugendhilfestation im Jahre 2014 konnte der Umbau der Gesellschaft abgeschlossen werden, so dass dieses Geschäftsfeld nur noch eine untergeordnete Bedeutung bei der Finanzierung der Gesellschaft hat. Diese Entwicklung hat sich auch im Jahr 2019 fortgesetzt.

Die Erwerbslosenberatung erfolgt seit dem 01.01.2013 erfolgreich an der Tannenbergsstraße. Die Tendenz der Inanspruchnahme war im Jahr 2018 weiterhin hoch mit immer noch leicht steigender Tendenz. Die aktuelle Förderung endet im Jahr 2020, so dass bereits Ende 2019 mit den Überlegungen für eine künftige, vom Fördergeber geforderte leicht veränderte inhaltliche Aufstellung der Erwerbslosenberatung begonnen wurde.

Familienhilfe und Jugendhilfe

Die Aktivitäten bei den ambulanten Hilfen zur Erziehung sind weiterhin erfolgreich.

Im Jahr 2017 konnte mit der Stadt Bergisch Gladbach eine verbesserte Fachleistungsstundenvereinbarung erzielt werden, wodurch der Bereich wirtschaftlicher aufgestellt werden konnte. Außerdem sind seit dem Jahr 2018 erfolgreich probeweise Pauschalvereinbarungen mit dem Jugendamt getroffen worden. Diese Pauschalvereinbarungen konnten im Jahr 2019 nach der erfolgreichen Probephase fortgesetzt werden.

Mensa-Bereich

Der Mensabereich musste nach einer durch die Flüchtlingskrise bedingten Konsolidierung in den Jahren 2015 und 2016 im Jahr 2017 den größten wirtschaftlichen Einbruch verkraften, da der Vertrag über die Essensversorgung im „Haus Pohle“ von der Stadt Bergisch Gladbach überraschend gekündigt wurde. Immerhin sind in den Schulmensen durch die Einführung des Abo-Systems und einen weiteren Jahrgang in der Nelson-Mandela-Schule die Essenszahlen kontinuierlich gestiegen. Im Jahr 2019 kam mit der GGS Bensberg eine weitere Schule dazu, die wegen der besonderen Konstellation die Möglichkeit einer individuellen Kalkulation bot. So konnte für 2019 für den Mensabetrieb eine positive Entwicklung erzielt werden, auch wenn der Bereich nach wie vor defizitär bleibt.

Stationäre Jugendhilfe

Die Jugendhilfestation „Stiftung Scheurer“ nahm zum 01.01.2014 ihren Betrieb auf und konnte im Jahresverlauf 2015 ihre Belegungszahl bis hin zu einer kontinuierlichen Vollbelegung im Jahr 2017 steigern. Dieser Trend hielt leider wie im letzten Lagebericht dargelegt im Jahr 2018 nicht an. Wie sich allerdings bereits Mitte 2019 abzeichnete, gingen die Belegungszahlen im abgelaufenen Geschäftsjahr wieder nach oben, so dass ein verbessertes Ergebnis erreicht wurde. Außerdem wurden die Entgeltverhandlungen mit dem Jugendamt Bergisch Gladbach erfolgreich abgeschlossen und führten zu einem angepassten Leistungssatz.

2. Geschäftsverlauf

Die einzelnen Geschäftsfelder haben sich im Jahr 2019 unterschiedlich entwickelt. Die Umsätze der ambulanten Jugendhilfe gingen leicht zurück, was auf eine weiter geringere Auslastung durch die Jugendämter Bergisch Gladbach und des Rheinisch-Bergischen Kreises zurückzuführen ist.

Bei der stationären Jugendhilfe war wie oben erwähnt eine deutlichere Umsatzsteigerung zu verzeichnen. Die in 2014 gegründete „schnelle Eingreiftruppe“, der City-Service, der im Auftrag der Stadt Bergisch Gladbach vorrangig im Bereich Grünpflege und Stadtreinigung tätig ist, wurde in 2019 fortgeführt, und konnte nach dem Rückgang in 2018 im abgelaufenen Geschäftsjahr wieder eine deutliche Umsatzsteigerung verbuchen.

Im Geschäftsfeld „GL Service Mensa“ gab es im Gesamtjahr 2019 zwar weiterhin ein negatives Ergebnis, der Umsatz konnte jedoch durch die hinzu gekommene GGS Bensberg deutlich erhöht werden. Die Abo-Systeme an den Schulen haben sich bewährt. Durch den neuen Jahrgang an der Nelson-Mandela-Schule, aber auch durch einzelne neue Kunden im Bereich der Schulen / Kitas bzw. OGS entwickeln sich die Essenszahlen im Schulbereich weiterhin erfreulich.

Im Geschäftsjahr 2019 konnte außerdem ein mit der Stadt Bergisch Gladbach ausgehandelter und vom Stadtrat beschlossener modifizierter Vertrag über die Gewährung des Sachkostenzuschusses, der bislang nur ergebnisbasierend gezahlt wurde, geschlossen werden. Dieser führt nun zu einer ausgewogenen Finanzierung der Sachkosten von im Auftrage der Stadt Bergisch Gladbach übernommenen Tätigkeiten. Durch die Rückwirkung des Vertrages wird in 2019 ein deutlich positives Geschäftsergebnis erzielt.

3. Lage der Gesellschaft

a) Ertragslage

Im Berichtsjahr schließt die Gesellschaft mit einem Jahresüberschuss i. H. v. € 299.190,94 ab.

Das Jahresergebnis verbessert sich damit gegenüber dem Geschäftsjahr 2018 um rund T€ 430.

	2019	2018	Veränderung 2018 – 2019
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	3.188	2.809	+379
Sonstige betriebliche Erträge	21	76	-55
Materialaufwand inkl. Mensa	325	265	+60
Personalaufwand	2.310	2.273	+37
Abschreibungen	44	47	-3
Sonstige Aufwendungen	586	486	-6
Betriebsergebnis	-56	-187	+131
Finanzergebnis	7	7	0
Neutrales Ergebnis	362	63	+299
Jahresergebnis	+299	-130	+429

Die Erlöse der Gesellschaft betragen für das Geschäftsjahr 2019 rund T€ 3.188 und liegen damit um T€ 379 über dem Vorjahresergebnis.

Die Steigerung resultiert im Wesentlichen aus höheren Einnahmen bei der Jugendhilfestation Scheurer und beim Mensabetrieb. Allein in diesen beiden Geschäftsfeldern erhöhten sich diese um T€ 73 (Jugendhilfestation) bzw. T€ 255 (Mensa).

Die Erlöse im Rahmen der AGH-Maßnahmen sanken um T€ 34 auf T€ 87; in 2009 beliefen sich diese Erlöse allerdings noch auf T€ 312.

Die Erlöse aus dem Betrieb der Schulmensen erhöhten sich wie bereits oben erwähnt um T€ 255 auf T€ 830 deutlich, durch die neu hinzu gekommene Schule konnte in diesem Geschäftsbereich die Qualifizierung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer im niederschweligen Bereich verstärkt fortgeführt werden.

Der Materialaufwand beträgt im Geschäftsjahr 2019 rund T€ 325 und erhöhte sich damit gegenüber dem Vorjahr um T€ 60. Wesentliche Kostenpositionen waren hierbei die Aufwendungen für den Betrieb der Mensen (T€ 305). Für die übrigen Bereiche betrug er T€ 20 und war damit gegenüber dem Vorjahr kaum verändert.

Der Personalaufwand erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr um T€ 36, was einer allgemeinen Erhöhung der Personalkosten durch tarifliche Erhöhungen und notwendigen Neueinstellungen für die zusätzliche Schule in der Mensaverpflegung geschuldet ist.

Die Abschreibungen blieben mit T€ 44 nahezu konstant und betreffen vor allem Fahrzeuge, Maschinen sowie Mietereinbauten.

Unter dem sonstigen betrieblichen Aufwand sind vor allem die Aufwendungen für Honorarkräfte (T€ 112), KFZ-Kosten (T€ 126), Kosten für Mietaufwand und Nebenkosten (T€ 81), und Betriebsbedarf (T€ 39) zusammengefasst.

Per Saldo beträgt der Jahresüberschuss T€ 299 und liegt damit um T€ 429 über dem Vorjahresergebnis.

b) Finanzlage

Der Finanzmittelbestand per 31.12. beträgt T€ 193. Der Mittelzufluss aus laufender Geschäftstätigkeit beläuft sich auf T€ 102.

Unter Berücksichtigung des Mittelzuflusses aus der laufenden Geschäftstätigkeit von TEUR 102, des Mittelabflusses aus der Investitionstätigkeit von T€ 27 und des Mittelabflusses aus der Finanzierungstätigkeit von T€ 39 ergibt sich insgesamt ein Anstieg des Finanzmittelbestandes gegenüber dem Vorjahr um T€ 36.

c) Vermögenslage

Aufgrund von Abschreibungen verringerte sich das Anlagevermögen saldiert um T€ 17 auf T€ 1.016.

Die liquiden Mittel erhöhten sich zum 31.12.2019 von T€ 157 um T€ 36 auf T€ 193.

Dem stehen Verbindlichkeiten und Rückstellungen in Höhe von T€ 928 (Vorjahr T€ 1.296) gegenüber. Die Verbindlichkeiten bestehen größtenteils gegenüber der Stadt Bergisch Gladbach im Rahmen der Personalkostenerstattung, die mit Forderungen aus Kostenerstattungen verrechnet werden, sowie gegenüber Kreditinstituten im Rahmen des Erwerbs von Grundstücken und Gebäuden.

Die Vermögenslage stellt sich wie folgt dar:

	2019	2018	Veränderung 2018 - 2019
	T€	T€	T€
Anlagevermögen	1.016	1.033	-17
Vorräte	16	15	+1
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen u.a.	646	744	-98
Sonstige Vermögensgegenstände	23	16	+7
Liquide Mittel	193	157	+36
Eigenkapital	963	664	+299
Sonderposten	3	5	-2
Rückstellungen	265	106	+159
Verbindlichkeiten	663	1.190	-427

III. Prognosebericht

Für das Geschäftsjahr 2020 erwartet die Geschäftsführung aufgrund der aktuellen globalen Pandemie-Lage ein deutlich schlechteres Betriebsergebnis. Die bereits Ende 2017 eingeleiteten Maßnahmen (u.a. Preisanpassungen, personelle Veränderungen und Werbemaßnahmen der Jugendhilfestation bei umliegenden Jugendhilfeträgern) zeigten auch im Jahr 2019 die gewünschte Wirkung. Gleichzeitig wurde mit dem Jugendamt die zweite Stufe zur Erhöhung des Tagessatzes für die Jugendhilfestation umgesetzt und eine weitere Anpassung im September 2019 vereinbart. Der erfreuliche Trend aus 2018 für eine steigende Nachfrage an unseren Dienstleistungen aus dem Bereich der Stadtverwaltung und umliegender Kommunen bzw. gemeinnütziger Träger setzte sich in 2019 fort und mit der Einführung der §§ 16 e und 16 i im SGB II stand zudem ein neues Instrument zur Verfügung, das von der GL Service gGmbH wie von keinem zweiten Träger im Rheinisch-Bergischen Kreis intensiv genutzt wurde und das es uns ermöglicht, Menschen auf den Arbeitsmarkt mit deutlich verringerter Kostenstruktur zu (re-)integrieren. Mit Beginn der Corona-Pandemie entwickelten sich außerdem im Bereich der Dienstleistungen für die Stadtverwaltung deutlich mehr Aufträge.

Allerdings stellt sich die Situation für andere Bereiche der Gesellschaft deutlich schwieriger dar. Für die ambulanten Hilfen zur Erziehung erwartet die Geschäftsführung ein insgesamt negatives Ergebnis, da viele Termine mit Familien nicht stattfinden konnten, es deutlich weniger Fallzuweisungen gab und virtuelle Beratungen nur vereinzelt stattfinden konnten. Hier ist allerdings in der zweiten Jahreshälfte 2020 mit einer Entspannung zu rechnen.

Deutlich problematischer stellt sich hingegen die Situation im Geschäftsfeld „GL Service Mensa“ dar. Mit Beginn der Pandemie und der Schließung der Schulen wurde für sämtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Mensabetriebes die Kurzarbeit angeordnet und Kurzarbeitergeld bei der Agentur für Arbeit beantragt. Zwar konnten punktuell weiter Mittagsverpflegung angeboten werden, aber der Umsatzausfall in diesem Geschäftsfeld wird exorbitant hoch sein. Eine gewisse Kompensation wird durch das Kurzarbeitergeld und durch den Abbau von Überstunden und Resturlaub zu erreichen sein, der sich dann in einer Reduzierung der Rückstellungen zum 31.12.2020 abbilden wird.

Auch im Bereich der Jugendhilfestation wird durch zeitweise geringere Belegungszahlen während der Pandemie mit einer Verschlechterung des Ergebnisses zu rechnen sein.

Insgesamt rechnet die Geschäftsführung mit einem deutlich negativen Jahresergebnis für das Geschäftsjahr 2020. Aufgrund der hohen Eigenkapitalausstattung und einer vorhandenen ausreichenden Liquidität ist der Bestand der Gesellschaft jedoch absehbar nicht gefährdet.

IV. Chancen- und Risikobericht

1. Chancenbericht

Chancen sieht die Geschäftsführung für die Zukunft nach der Pandemie weiterhin in den beiden größten Geschäftsfeldern der ambulanten sowie der stationären Hilfen zur Erziehung. Die in 2019, sowie zu Jahresbeginn 2020 wieder verbesserte Nachfrage im Bereich der stationären Hilfe und der weiterhin bestehende Auftrag der Gesellschafterversammlung, eine Konzeption und ein geeignetes Baugrundstück für eine mögliche zweite Einrichtung zu finden, könnte zu einer weiteren Chance für eine positive Entwicklung der Gesellschaft werden. Allerdings ist dies eher ein mittel- bis langfristiger Aspekt. Auch der Ausbau der ambulanten Hilfen für die Zukunft ist weiterhin denkbar.

Gleichzeitig wird verstärkt eine Chance in dem Angebot an handwerklichen Kräften für Teile der Verwaltung, auch des Stadtentwicklungsbetriebes, gesehen, das intensiviert werden soll. Ferner ist ein Ausbau der Kooperation mit der Stadt Rösrath geplant, die das Modell der GL Service gGmbH sukzessive in Form einer eigenen gemeinnützigen GmbH für die Stadt Rösrath umsetzen möchte. Hier gibt es fortlaufend Gespräche, die im Ergebnis der Kooperation zu Synergieeffekten und einer Win-Win-Situation führen können.

Im Geschäftsfeld „GL Service Mensa“ besteht nach der Pandemie für die Folgejahre die Chance, möglichst weitere Schulen, offene Ganztagschulen und Kindergärten für den Mensa-Betrieb der GL Service gGmbH zu gewinnen. Dies ist auch 2019 mit der GGS Lehmühle bereits geschehen. Allerdings sind der hohe Standard des Essens, sowie der wichtige integrative Charakter, der mit dem teils schwer auf dem Arbeitsmarkt zu integrierendem Personal im Mensabereich verfolgt wird, auch gesellschaftspolitisch wichtige Ziele, die nicht einem Gewinnmaximierungsprinzip in diesem Geschäftsfeld untergeordnet werden.

Mit der im Geschäftsjahr 2014 umgesetzten Erweiterung der Geschäftsfelder um die „Stationäre Hilfe zur Erziehung“ mit der Jugendhilfestation „Stiftung Scheurer“ hat die Gesellschaft erfolgreich „Neuland“ im Hinblick auf die Erweiterung des Angebotes durch eine stationäre Einrichtung betreten. Erfreulich ist weiterhin, dass die Gesellschaft das aufgenommene Fremdkapital auch in 2019 (und bereits Anfang 2020) mit außerordentlicher Tilgung zurückführen konnte, was die Chance bietet, das Fremdkapital der Gesellschaft deutlich schneller als geplant zurückzuführen.

Eine weitere Chance für die kommenden Jahre besteht im von der Bundesregierung aufgelegten Programm für die Förderung und Beschäftigung langzeitarbeitsloser Menschen (§§ 16i und 16e). Hier hat die Gesellschaft die Vorreiterrolle im Rheinisch-Bergischen Kreis übernommen und baut diese Stellen weiter aus.

2. Risikobericht (branchenspezifische, ertragsorientierte und finanzwirtschaftliche Risiken)

Der durch die Geschäftsführung seit 2010 betriebene Umbau der Geschäftsfelder der Gesellschaft konnte im Jahr 2014 mit der Eröffnung der Jugendhilfestation und dem neuen Geschäftsfeld „Stationäre Hilfen zur Erziehung“, sowie der Implementierung des „CityService“ in 2014 abgeschlossen werden. Auch für 2019 und die Folgejahre gilt, dass damit das bisher größte Risiko der Gesellschaft, die Abhängigkeit der Einnahmen von den Maßnahmepauschalen (branchenspezifisches und ertragsorientiertes Risiko) des Jobcenters Rhein-Berg und damit von einer ständigen Weiterbewilligung der von der GL Service gGmbH vorgehaltenen Arbeitsgelegenheiten, praktisch bedeutungslos geworden ist. Die Einnahmen aus den Arbeitsgelegenheiten sind relativ gut planbar, spielen im Gesamtumsatz der Gesellschaft aber nur noch eine untergeordnete Rolle. Eine komplette Einstellung der Arbeitsgelegenheiten hätte für die Existenz der Gesellschaft keine Bedeutung mehr.

Die Risiken bestanden im Geschäftsjahr 2019 weiterhin und sehr deutlich bei den Umsätzen im Bereich GL Service Mensa (ertragsorientiertes Risiko). Zwar konnte durch die Einführung des Abo-Systems eine Planungssicherheit und eine Erhöhung der Erträge erzielt werden, allerdings sind die Umsätze auch weiterhin von verschiedenen Faktoren, wie Preis, Qualität, schulischen Rahmenbedingungen abhängig, die sich schnell verändern können. Dass eine pandemische Lage zudem ein Risikofaktor darstellt, wäre vor 2020 wohl in dieser Dimension kaum denkbar gewesen. Auch dies muss künftig bedacht werden. Die Geschäftsführung wird sich der Frage stellen, mit welchen Konzepten hier künftig eine Minimierung des Risikos erfolgen kann.

Darüber hinaus bestehen Risiken bei der Belegung von Fachleistungsstunden durch das städtische Jugendamt (ertragsorientiertes Risiko) im Rahmen der ambulanten Hilfe zur Erziehung. Hier gibt es auch weiterhin einen regelmäßigen Austausch, bei dem einerseits die Qualitätsstandards des Angebots besprochen und gleichzeitig freie Fallkapazitäten benannt werden. Hier sind Umsatzeinbrüche aktuell nicht zu erwarten. Außerdem wurde das Angebot mittlerweile erfolgreich auf den Rheinisch-Bergischen Kreis ausgedehnt, um freie Kapazitäten schnell wieder belegen zu können.

Letztlich und vor allem birgt der Betrieb der Jugendhilfestation ein Risiko für die Gesellschaft, da nur eine ausreichend hohe Belegung zu einer Deckung (ertragsorientiertes Risiko) der nicht unwesentlichen Personal- und Sachkosten führt. Die Erfahrungen der letzten Jahre zeigen, dass hier sehr schnell die Gefahr besteht, dass das Gesamtergebnis der Gesellschaft in den Verlustbereich dreht, wenn die Station einige Wochen nicht mindestens zu 90 % belegt ist. Gespräche mit den umliegenden Jugendämtern und das intensivierte Bekanntmachen der Einrichtung im Umland haben allerdings in 2019 zu einer deutlich verbesserten Belegungsquote geführt.

Aufgrund der immer noch stabilen Liquiditäts- und Eigenkapitalsituation sind Liquiditätsrisiken derzeit nicht erkennbar (finanzwirtschaftliches Risiko). Es sind keine Liquiditätsengpässe zu erwarten.

V. Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Zu den im Unternehmen bestehenden Finanzinstrumenten zählen im Wesentlichen Forderungen, Verbindlichkeiten und Guthaben bei Kreditinstituten.

Ziel des Finanz- und Risikomanagements der Gesellschaft ist die Sicherung gegen finanzielle Risiken jeglicher Art. Beim Finanzmanagement verfolgt die Gesellschaft eine konservative Risikopolitik.

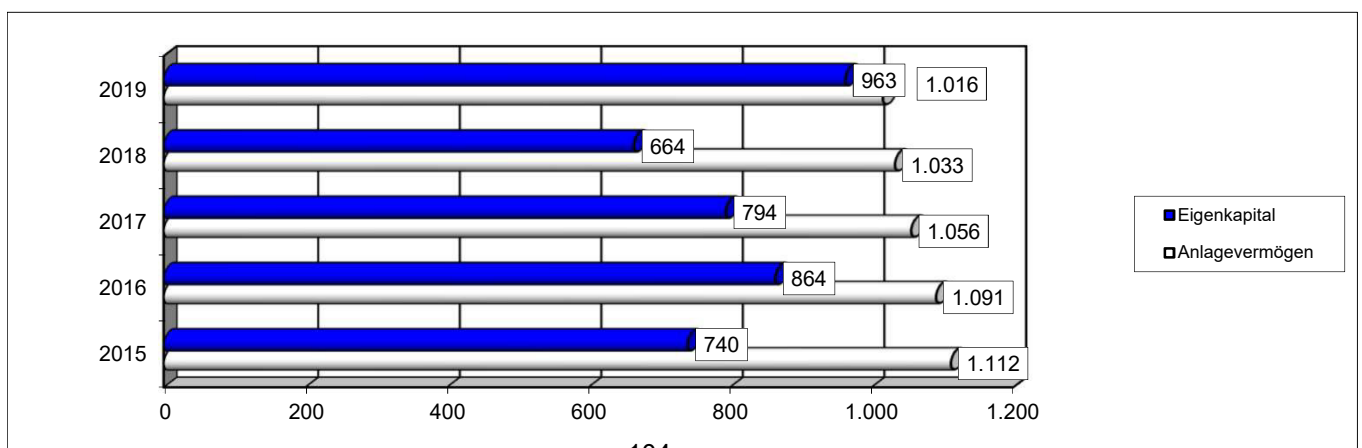
Wirtschaftliche Daten der GL Service gGmbH**Entwicklung der Bilanz im 5-Jahresvergleich (Geschäftsjahre 2015 - 2019)**Angaben in **TEUR**

AKTIVA	2015	2016	2017	2018	2019	Veränderung
Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	0	0	0	
Sachanlagen	1.112	1.091	1.056	1.033	1.016	-17
Finanzanlagen	0	0	0	0	0	0
Anlagevermögen	1.112	1.091	1.056	1.033	1.016	-17
Vorräte	21	18	18	15	16	1
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	469	475	538	760	669	-91
Flüssige Mittel	110	374	217	157	194	37
Umlaufvermögen	600	867	773	932	879	-53
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0	0	0
Bilanzsumme	1.712	1.958	1.829	1.965	1.895	-70

PASSIVA	2015	2016	2017	2018	2019	Veränderung
gez. Kapital	25	25	25	25	25	0
Kapitalrücklage	607	607	607	607	607	0
Gewinnvortrag						
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag						
Bilanzgewinn	108	232	162	32	331	
Eigenkapital	740	864	794	664	963	299
Sonderposten für Zuwendungen	0	9	7	5	3	-2
Rückstellungen	111	115	101	106	266	160
Verbindlichkeiten	861	970	927	1.190	663	-527
Rechnungsabgrenzungsposten						
Bilanzsumme	1.712	1.958	1.829	1.965	1.895	-70

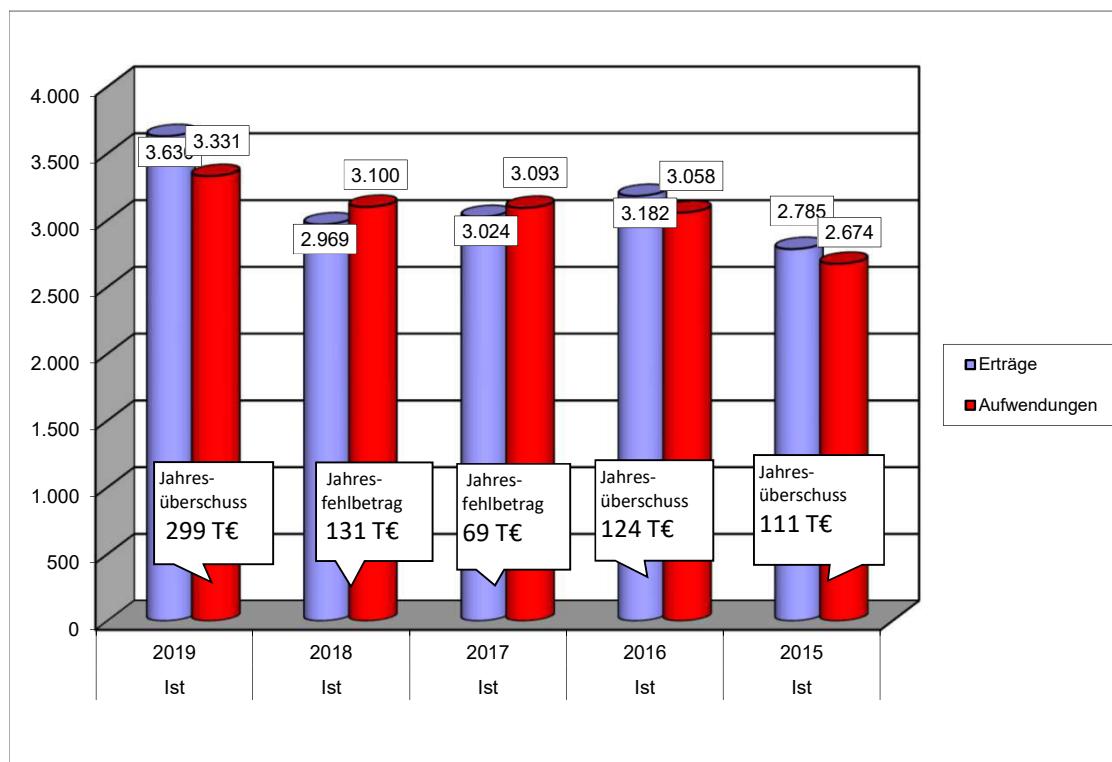
Finanzierung des Anlagevermögens durch Eigenkapital

(Angaben in TEUR)



Gewinn- und Verlustrechnung der GL Service gGmbH

in TEUR	Plan 2019	Ist 2019	Ist 2018	Ist 2017	Ist 2016	Ist 2015	Ist 19/ Ist 18
1. Umsatzerlöse	2.444	3.603	2.809	2.952	3.134	2.734	794
2. andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0	0	0	0
3. Sonstige betriebliche Erträge	719	27	160	72	48	51	-133
4. Betriebliche Erträge (1+2)	3.164	3.630	2.969	3.024	3.182	2.785	661
5. Materialaufwand	-460	-325	-265	-271	-338	-257	-60
6. Personalaufwand	-2.317	-2.310	-2.274	-2.252	-2.147	-1.783	-36
7. Abschreibungen	-44,9	-44	-47	-45	-43	-45	3
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-319	-646	-507	-518	-520	-580	-139
9. Betriebsaufwand (4+5+6+7)	-3.141	-3.325	-3.093	-3.086	-3.048	-2.665	-232
10. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0	0	0	0	0
11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-6,5	-6	-7	-7	-10	-9	1
12. Finanzergebnis (9+10)	-7	-6	-7	-7	-10	-9	1
13. Außerordentliche Erträge	0,0	0	0	0	0	0	0
14. Außerordentliche Aufwendungen	0,0	0	0	0	0	0	0
15. Außerordentliches Ergebnis (12+)	0,0	0	0	0	0	0	0
16. Ergebnis vor Steuern (3+8+11+14)	16	299	-131	-69	124	111	430
17. Steuern vom Einkommen und Ertrag	0,0	0	0	0	0	0	0
18. Sonstige Steuern	0,0	0	0	0	0	0	0
19. Jahresüberschuss (15+16+17)	16	299	-131	-69	124	111	430

Entwicklung Erträge/Aufwendungen in TEUR

Kennzahlen im Überblick/ GL Service gGmbH

	2015	2016	2017	2018	2019
1. Vermögenslage					
Anlagenintensität in %	65,0%	55,7%	57,7%	52,6%	53,6%
Umlaufintensität in %	35,0%	44,3%	42,3%	47,4%	46,4%
Investitionsquote	1,9%	2,3%	0,9%	2,4%	2,6%
Reinvestitionsquote	46,7%	55,8%	21,1%	53,4%	60,8%
2. Finanzlage					
Eigenkapitalquote in %	43,2%	44,1%	43,4%	33,8%	50,8%
Fremdkapitalquote in %	56,8%	55,9%	56,6%	66,2%	49,2%
Anlagendeckung I in %	66,5%	79,2%	75,2%	64,3%	94,8%
Cashflow aus lfd. Geschäftstätigkeit	10 T€	320 T€	-111 T€	3 T€	102 T€
3. Ertragslage					
Umsatzrentabilität in %	5,4%	4,7%	-2,3%	-6,7%	-1,6%
Eigenkapitalrentabilität in %	15,0%	14,4%	-8,7%	-19,7%	31,0%
Gesamtkapitalrentabilität in %	7,0%	7,5%	-3,8%	-6,7%	15,8%
4. Erfolgskennzahl					
Personalintensität in %	65,2%	68,5%	76,3%	81,0%	64,1%
den Haushalt					
Kernhaushalt	2015	2016	2017	2018	2019
Direkte Zuschüsse:	1.000 €	0 €	95.382 €	234.417 €	619.279 €
Stellenplan GL Service GmbH					
2015	2016	2017	2018	2019	
Anzahl Stellen lt. Stellenplan:	44	65	65	64	69

Stadtentwicklungsbetrieb Bergisch Gladbach – AöR

1. Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Firma	Stadtentwicklungsbetrieb Bergisch Gladbach – AöR
Sitz	Bergisch Gladbach
Gründung	zum 01.01.2011 lt. Ratsbeschluss vom 05.10.2010
Satzung	Fassung vom 05.10.2010; letzte Fassung vom 18.10.2011
Handelsregister	HRA 28221 beim Handelsgericht Köln Letzte Eintragung vom 17.03.2011
Wirtschaftsjahr	Kalenderjahr

2. Zweck der Gesellschaft

Aufgaben der Anstalt sind:

1. Die Verwaltung und Entwicklung von eigenem und fremden Grundbesitz, insbesondere
 - Erwerb, Entwicklung, Erschließung sowie Veräußerung und Belastung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten,
 - Abschluss und Veränderung von schuldrechtlichen Nutzungsüberlassungsverträgen zur Wohnraumversorgung und zur Wirtschaftsförderung sowie zu Zwecken des landschaftspflegerischen Ausgleichs.im Rahmen der Tätigkeit als Dienstleister insbesondere
 - die Wahrnehmung von Vorkaufsrechten,
 - Grundstücksgeschäfte für Zwecke des Straßenbaus, Abwasserwirtschaft, Abfallwirtschaft und des Feuerschutzes,
 - sonstige Grundstücksgeschäfte.
2. Die administrative Betreuung des Vertragsbestandes aller Grundstücks- und Erbbaurechtsverträge.
3. Die Wirtschaftsförderung und Förderung des Fremdenverkehrs.
4. Ab dem 01. Januar 2012 Erzeugung, Erwerb, Handel, Vertrieb, Speicherung und Umwandlung von Energie aller Art.

Die Stadt kann der AöR weitere Aufgaben zur Wahrnehmung übertragen.

Die Anstalt ist berechtigt Gebührensatzungen für die Aufgaben nach 1. bis 4. zu erlassen.

Die Anstalt ist berechtigt, sich an anderen Unternehmen zu beteiligen, wenn dies dem Anstaltszweck dient (Anwendung § 108 Abs. 1 GO NRW).

3. Zusammensetzung der Organe

3.1 Vorstand und Prokuristen

Im Geschäftsjahr 2019 war Herr Stadtbaurat Harald Flügge zum Vorstand bestellt. Er hat eine feste Tätigkeitsvergütung von 5.400 € erhalten.

Prokuristen sind Frau Barbara Hauschild und Herr Martin Westermann

3.2 Verwaltungsrat

Die Anstalt hat einen Verwaltungsrat der aus achtzehn Mitgliedern besteht. Die/der jeweilige Hauptgemeindebeamtin/-beamte der Stadt Bergisch Gladbach, Herr Bürgermeister Lutz Urbach, ist Vorsitzende/Vorsitzender des Verwaltungsrates.

Dem Verwaltungsrat der Gesellschaft gehörten 2019 an:

Ordentliches Mitglied

Ordentliches Mitglied	Berufsbezeichnung
1. Lutz, Urbach (Vorsitzender)	Bürgermeister
2. Bernhauser, Johannes	keine Angabe
3. Bilo, Angelika	Architektin
4. de Lomboy, Bernd	Architekt
5. Lucke, Martin	Rechtsreferendar
6. Kühl, Manfred	keine Angabe
7. Wagner, Hermann-Josef	Fotohändler
8. Willnecker, Josef	Handelsvertreter
9. Lehnert, Elke	keine Angabe
10. Waldschmidt, Klaus W.	Rechtsanwalt
11. Neu, Gerhard	keine Angabe
12. Komenda, Mirko	Lehrer
13. Ebert, Andreas	Bediensteter im öffentl. Dienst
14. Schundau, Edeltraud	keine Angabe
15. Gerhardus, Eva	keine Angabe
16. Klein, Thomas Joachim	Ingenieurdienstleister
17. Glamann-Krüger, Annette	Geschäftsführerin
18. Heuser, Wolfgang	keine Angabe

persönliche Stellvertretung

persönliche Stellvertretung	Berufsbezeichnung
1. Martmann, Bernd (stv. Vorsitzender)	Bediensteter im öffentl. Dienst
2. Kraus, Robert Martin	Bediensteter im öffentl. Dienst
3. Henkel, Harald	Diplom-Ökonom
4. Schade, Lutz	Rechtsanwalt
5. Höring, Lennart	Kreisgeschäftsführer
6. Holtzmann, Petra	keine Angabe
7. Kockmann, Karlheinz	keine Angabe
8. Schacht, Rolf-Dieter	Diplom-Ingenieur
9. Reudenbach, Elvira	keine Angabe
10. Zalfen, Michael	Angestellter
11. Orth, Klaus	Berater
12. Kleine, Nikolaus	Bediensteter im öffentl. Dienst
13. Bähner-Sarembe, Marta	keine Angabe
14. Meinhardt, Theresia	keine Angabe
15. Steinbüchel, Dirk	Bediensteter im öffentl. Dienst
16. Samirae, Frank	Geschäftsführer
17. Krell, Jörg	Management Berater
18. Jungbluth, Torsten	keine Angabe

Im Geschäftsjahr 2019 fanden vier Verwaltungsratssitzungen statt.

Die Mitglieder des Verwaltungsrates erhalten eine Aufwandsentschädigung entsprechend der Verordnung über die Entschädigung der Mitglieder kommunaler Vertretungen und Ausschüsse. Im Berichtsjahr wurden insgesamt Aufwandsentschädigungen und Sitzungsgelder in Höhe von 1.573,14 € gezahlt.

4. Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital der Anstalt beträgt 5.000.000 €. Alleinige Gewährsträgerin ist die Stadt Bergisch Gladbach.

5. Beschäftigte

Im Berichtsjahr 2019 waren bei der Anstalt durchschnittlich 6,25 Arbeitnehmer (Vorjahr 6,25) beschäftigt. Es handelt sich um 5 Vollzeit- und 2 Teilzeitkräfte.

6. Wirtschaftsprüfer

Die Anstalt beauftragte die Warth & Klein Grant Thornton AG mit der Prüfung des Jahresabschlusses 2019.

7. Leistungsbeziehungen zu anderen Gesellschaften an denen die Stadt Bergisch Gladbach beteiligt ist

In 2019 lagen folgende Leistungsbeziehungen vor:

1. - Für Strom in der Tiefgarage wurden 10.975,76 € incl. Umsatzsteuer an die Bürgerhaus Bergischer Löwe GmbH geleistet.
2. - Für Werbung wurden an die Bürgerhaus Bergischer Löwe 23.800 € incl. Umsatzsteuer gezahlt.
3. - Die EBGL GmbH erhielt für Ihre Reinigungsleistungen in der Tiefgarage Bergischer Löwe sowie der Parkpalette Buchmühle 18.484,42 € seitens der SEB.
4. - An die EBGL GmbH wurde für den Betrieb u. Bewirtschaftung des Wohnmobil-Stellplatzes eine Summe von 4.998 € geleistet.
5. - Die GL-Service gGmbH hat für den SEB Dienstleistungen in Höhe von 7.298,63€ Brutto/ 7% erbracht.
6. - Die Stadtverkehrsgesellschaft hat an den SEB Miete in Höhe von 10.560,00 € gezahlt.
7. - Die Rheinisch-Bergische Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH beteiligte sich mit 7.520,80 € incl. Umsatzsteuer an den Kosten für die Standmiete bei der Messe polis.

8. Geschäftsverlauf/ Lagebericht der Anstalt

1. Grundlagen des Unternehmens

Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach hat mit Beschluss vom 5. Oktober 2010 und mit Wirkung vom 1. Januar 2011 die Stadtentwicklungsbetrieb Bergisch Gladbach - AöR (SEB) als kommunale Einrichtung in der Rechtsform einer Anstalt des öffentlichen Rechts (AöR) gemäß § 114a Gemeindeordnung NRW (GO NRW) errichtet. Der Anstaltsgegenstand wird in der Satzung unter § 2 wie folgt definiert:

„Der Stadtentwicklungsbetrieb Bergisch Gladbach - AöR hat zur eigenverantwortlichen Erfüllung unter Übertragung der insoweit bestehenden hoheitlichen Aufgaben der Stadt Bergisch Gladbach auf die AöR in dem gesetzlich möglichen Umfang folgende eigene Aufgaben:

- a. *Verwaltung und Entwicklung von eigenem und fremdem Grundbesitz im Rahmen der operativen Stadtentwicklung, d.h. Erwerb, Entwicklung, Erschließung sowie Veräußerung und Belastung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten, Abschluss und Veränderung von schuldrechtlichen Nutzungsüberlassungsverträgen zur Wohnraumversorgung und zur Wirtschaftsförderung gemäß Paragraph 107 Abs. 2 Nr. 3 GO NRW sowie zu Zwecken des landschaftspflegerischen Ausgleichs. Dies erfolgt im Rahmen und nach Maßgabe der verbindlichen Vorgaben der Stadt Bergisch Gladbach im Blick auf die Umsetzung der planungsrechtlichen und städtebaulichen Ziele.*

Die vorgenannten Tätigkeiten können sowohl in eigenem Namen und für eigene Rechnung, als auch als Dienstleister für die Stadt Bergisch Gladbach oder deren Eigengesellschaften oder sonstige verselbstständigte Aufgabenbereiche der Stadt Bergisch Gladbach erfolgen.

Die Tätigkeit als Dienstleister umfasst insbesondere auch

- *die Wahrnehmung von Vorkaufsrechten gemäß der §§ 24 und 25 BauGB sowie*
 - *Grundstücksgeschäfte für Zwecke des Straßenbaus, Abwasserwirtschaft, Abfallwirtschaft und des Feuerschutzes*
 - *sonstige Grundstücksgeschäfte*
- b. *Administrative Betreuung des Vertragsbestandes aller Grundstücks- und Erbbaurechtsverträge, sowohl des eigenen als auch des Vertragsbestandes der Stadt Bergisch Gladbach oder von deren Eigengesellschaften oder sonstigen verselbstständigten Aufgabenbereichen der Stadt Bergisch Gladbach.*

- c. *Wirtschaftsförderung sowie die Förderung des Fremdenverkehrs.*
- d. *Erzeugung, Erwerb, Handel, Vertrieb, Speicherung und Umwandlung von Energie aller Art, insbesondere von alternativen und regenerativen Energiequellen sowie die Vornahme aller damit zusammenhängenden Geschäfte, insbesondere auch die Errichtung und der Betrieb von Photovoltaikanlagen auf eigenen und fremden Grundstücken und Gebäuden.“*

Zur Ausgestaltung der Aufgabenwahrnehmung enthält die Satzung in den §§ 2 und 3 folgende Regeln:

„Der Gegenstand der Tätigkeit kann auch mittelbar verwirklicht werden, indem Beteiligungen an Gesellschaften gehalten und verwaltet werden und diese Gesellschaften den Gegenstand dann selbst unmittelbar verwirklichen.

Der AöR können weitere Aufgaben zur Wahrnehmung durch den Rat der Stadt Bergisch Gladbach übertragen werden. Dies kann so erfolgen, dass die AöR diese weiteren Aufgaben ebenfalls als eigene Aufgaben übertragen erhält oder die weiteren Aufgaben im Rahmen und im Auftrag der Stadt Bergisch Gladbach wahrgenommen werden.

Die AöR kann sich an anderen Unternehmen beteiligen, wenn dies dem Anstaltszweck dient. Dabei ist sicherzustellen, dass die Haftung der Anstalt auf einen bestimmten Betrag begrenzt ist.

Die Anstalt ist berechtigt, anstelle der Stadt Bergisch Gladbach, Satzungen über Abgaben und Entgelte für die Benutzung oder Vorhaltung der Einrichtungen für die übertragenen Aufgaben zu erlassen.

Die für den übertragenen Aufgabenkreis erlassenen Satzungen der Stadt Bergisch Gladbach behalten ihre Gültigkeit, bis die Anstalt im Rahmen ihrer Satzungshoheit eigene Satzungen für den jeweiligen Bereich erlassen hat.

Das Personal der Anstalt wird von der Stadt vorübergehend, aber unbefristet ohne Dienstherrnwechsel bzw. Arbeitgeberwechsel überlassen. Nähere Einzelheiten zu den Beziehungen zwischen der Anstalt und der Stadt Bergisch Gladbach sind gesondert vertraglich geregelt.

Die Flächen in Neubaugebieten, die der Planung nach als öffentliche Verkehrs- und Versorgungsflächen ausgewiesen sind, gehen nach Ausbau und Widmung zurück in das Eigentum der Stadt Bergisch Gladbach (Rückübertragungsverpflichtung).“

Innerhalb der SEB AöR wird für die verschiedenen Wirtschaftszweige eine gesonderte Spartenrechnung geführt. Organe der Anstalt sind der Vorstand und der Verwaltungsrat. Der Vorstand besteht aus einem Mitglied. Um die jederzeitige Handlungsfähigkeit der Anstalt sicherzustellen, wurden zusätzlich zwei Prokuristen bestellt. Beide Prokuristen sind ebenso wie der Vorstand einzeln vertretungsberechtigt und zum Abschluss von Grundstücksgeschäften autorisiert. Der Vorstand und die Prokuristen wurden durch den Verwaltungsrat bestellt.

Für den Stadtentwicklungsbetrieb Bergisch Gladbach - AöR ist gemäß den §§ 26 und 27 der Kommunalunternehmensverordnung NRW (KUV NRW) zusammen mit dem Jahresabschluss ein Lagebericht entsprechend den Vorschriften des § 289 Handelsgesetzbuch (HGB) aufzustellen. Dabei sind insbesondere der Geschäftsverlauf und die Lage des Betriebes so darzustellen, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird. Ferner ist die voraussichtliche Entwicklung mit ihren Chancen und Risiken zu beurteilen und zu erläutern.

Die Einrichtung führt die Bezeichnung „Stadtentwicklungsbetrieb Bergisch Gladbach AöR (SEB)“. Das Stammkapital beträgt 5 Mio. €.

2. Wirtschaftsbericht

Die rechtlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, die für den SEB relevant sind, waren im abgelaufenen Geschäftsjahr gegenüber dem Vorjahr unverändert. Die allgemein gute wirtschaftliche Lage in der Region sowie das geringe Zinsniveau am Kapitalmarkt befördert eine anhaltend hohe Nachfrage nach Gewerbegrundstücken in Bergisch Gladbach, denen der SEB mit dem Gewerbegebiet Obereschbach ein adäquates Angebot bieten kann.

2.1. Erträge und Aufwendungen

Insgesamt wurden im Geschäftsjahr 2019 Umsatzerlöse in der Höhe von 2.245,9 T€ (Vorjahr: 3.847,5 T€) erwirtschaftet. Hinzutreten sonstige betriebliche Erträge in einer Höhe von 30,0 T€ (Vorjahr: 619,3 T€). Des Weiteren sind 4 T€ Zinserträge aus der Abzinsung von Rückstellungen zu verbuchen.

In den Umsatzerlösen sind Erlöse von der Stadt Bergisch Gladbach (sog. Leistungsentgelte) für Personalkosten sowie Sachkosten in Höhe von 696,6 T€ (Vorjahr: 644,2 T€) enthalten. Die sog. Leistungsentgelte werden seitens der Stadt Bergisch Gladbach für die auf Ebene der SEB AöR im Zusammenhang mit der vollzogenen Aufgabenübertragung tatsächlich entstehenden Aufwendungen gezahlt. Im Ergebnis werden die Leistungsentgelte durch korrespondierende Aufwendungen neutralisiert.

Den Erträgen stehen Aufwendungen für den Materialaufwand in Höhe von rd. -79,9 T€ (Vorjahr: 1.628,7 T€), Aufwendungen für die Personalgestellung in Höhe von 585,3 T€ (Vorjahr: 532,1 T€), Personalaufwendungen in Höhe von 7,0 T€ (Vorjahr: 6,4 T€), Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und auf Sachanlagen mit einem Betrag von

287,3 T€ (Vorjahr: 300,3 T€), sonstige betriebliche Aufwendungen in der Höhe von 814,3 T€ (Vorjahr: 598,4 T€) und Zinsen und ähnliche Aufwendungen in der Höhe von 41,0 T€ (Vorjahr: 43,5 T€) gegenüber.

Beachtet man die Ertragssteuerbelastung des steuerrelevanten Betriebs gewerblicher Art „Parkplatzbewirtschaftungen“ von 66,8 T€ (Vorjahr 55,2 T€), so ergibt sich ein Ergebnis nach Steuern in Höhe von 398,3 T€ (Vorjahr: 1.302,1 T€), das nach Abzug der sonstigen Steuern in Höhe von 20,0 T€ (Vorjahr: 10,8 T€) den Jahresüberschuss in Höhe von 378,3 T€ (Vorjahr: 1.291,2 T€) für das Jahr 2019 ergibt.

Für die einzelnen Sparten stellt sich die Situation wie folgt dar:

Sparte 1 - Grundstücksverkehr/Grundstücksbewirtschaftung

Die Sparte Grundstücksverkehr/Grundstücksbewirtschaftung enthält alle Aufwendungen und Erträge, die im Zusammenhang mit dem Ankauf und Verkauf von Grundstücken sowie mit der Bewirtschaftung von Grundstücken und Gebäuden entstanden sind.

Im Jahr 2019 wurden keine Grundstücke im Gewerbegebiet Obereschbach veräußert. Zudem wurde ein im Vorjahr abgeschlossener Verkauf rückabgewickelt. Für das Jahr 2020 ist mit der Veräußerung der verbleibenden Grundstücke zu rechnen.

Die Sparte Grundstücksverkehr/Grundstücksbewirtschaftung schließt mit einem Überschuss von 342,0 T€ (Vorjahr 1.266,2 T€).

Für das Grundstück am S-Bahnhof laufen die Planungen für den Stadthausneubau als Ersatz für die abgängigen Stadthäuser zur Unterbringung der Stadtverwaltung. Bis zum Baubeginn wird das Grundstück weiterhin als provisorischer Parkplatz genutzt.

Die Entwicklung der Grundstücke an der Buchmühle ist mittelfristig geplant. Der Mietvertrag für die Hauptpost (Hauptstr. 162a) wurde um zwei Jahre bis zum 31.12.2022 verlängert. Die Fläche steht für Stadtentwicklungsmaßnahmen zur Verfügung.

Der restliche Teil der Liegenschaft Reiser/Im Mondsrottchen (rd. 610 m²) ist derzeit noch mit einem vermieteten Doppelhaus bebaut, wobei der Mietvertrag über eine Haushälfte beendet wurde. Die weitere Entwicklung hängt hier von der Beendigung des noch bestehenden Wohnraummietvertrages ab.

Sparte 1			
Grundstücksverkehr/-bewirtschaftung			
	2019	2018	
EUR	EUR	EUR	
1. Umsatzerlöse	1.431.941,93	3.113.533,72	
2. sonstige betriebliche Erträge	29.424,69	618.747,36	
3. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Grundstücke des Umlaufvermögens	6.919,26	1.539.129,77	
b) Sachaufwendungen der Wirtschaftsförderung	0,00	0,00	
c) Aufwendungen für bezogene Leistungen	9.063,43	8.541,68	
	15.982,69	1.547.671,45	
4. Aufwendungen für Personalgestellung	344.176,71	312.993,20	
5. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	2.983,50	2.700,00	
b) soziale Abgaben	527,65	491,40	
	3.511,15	3.191,40	
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen	233.353,12	236.912,93	
7. sonstige betriebliche Aufwendungen	497.588,97	332.701,12	
8. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	4.000,00	0,00	
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	20.350,75	21.792,40	
10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,00	0,00	
11. Ergebnis nach Steuern	350.403,23	1.277.018,58	
12. sonstige Steuern	8.440,13	10.836,82	
13. Jahresergebnis	341.963,10	1.266.181,76	

Sparte 2 - Parkplatzbewirtschaftung

In dieser Sparte sind die Aufwendungen und Erträge für die Errichtung und den Betrieb von Parkplatzeinrichtungen aufgeführt. Im Jahre 2019 sind hier Aufwendungen und Erträge im Zusammenhang mit der Bewirtschaftung der folgenden Parkplatzeinrichtungen entstanden:

- Tiefgarage Bergischer Löwe,
- provisorischer Parkplatz am Bahnhof
- Parkpalette Buchmühle und
- provisorischer Parkplatz Buchmühle.

Für die Tiefgarage Bergischer Löwe wurde ab Juli 2019 die Pacht gekürzt. Aufgrund der vorliegenden Situation mit der Wasserproblematik können kontinuierlich nicht alle Parkplätze ungehindert genutzt werden.

Der provisorische Parkplatz am Bahnhof wird weiterhin gut angenommen. Zur Unterstützung des städtischen Mobilitätskonzeptes wurden im Herbst 2019 fünf Pkw-Stellplätze unentgeltlich zur Verfügung gestellt und in Fahrradabstellflächen umgewandelt.

Die Parkpalette Buchmühle wurde -trotz der mehrwöchigen teilweisen Sperrung im Zuge der Beton-Beschichtungsarbeiten im Sommer 2019- kontinuierlich besser frequentiert. Der in unmittelbarer Nähe der Parkpalette Buchmühle zur Verfügung stehende provisorische Parkplatz Buchmühle erreichte über das Jahr 2019 eine erkennbar steigende Frequentierung.

Aufgrund der wesentlich geringeren Bewirtschaftungs- und Unterhaltungskosten auf den provisorischen Parkplätzen am Bahnhof und Buchmühle und dieser zentralen Lagen lässt sich grundsätzlich erkennen, dass diese Parkplatzeinrichtungen gegenüber den technisch ausgestatteten Parkhäusern (Tiefgarage und Parkpalette) jeweils positivere Ergebnisse erzielen können.

Gegenüber dem Vorjahr (443,9 T€) sind insgesamt höhere Einnahmen i.H.v. 497,6 T€ zu verzeichnen. Dies bedeutet eine Steigerung um 53,7 T€, dies entspricht rd. 12 %.

Den höheren Einnahmen stehen höhere Steueraufwendungen gegenüber. Rückwirkend für die vergangenen vier Jahre wurde erstmalig in 2019 Grundsteuern (sonstige Steuern) i.H.v. 11,6 T€ für die Parkpalette Buchmühle erhoben.

Die Sparte schließt mit einem Überschuss von 97,1 T€ (Vorjahr: 101,3 T€).

Sparte 2			
Parkplatzbewirtschaftung			
	2019	2018	
EUR	EUR	EUR	
1. Umsatzerlöse	497.645,25	443.925,16	
2. sonstige betriebliche Erträge	546,15	599,15	
3. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Grundstücke des Umlaufvermögens	0,00	0,00	
b) Sachaufwendungen der Wirtschaftsförderung	0,00	0,00	
c) Aufwendungen für bezogene Leistungen	44.684,09	42.867,34	
	44.684,09	42.867,34	
4. Aufwendungen für Personalgestellung	0,00	0,00	
5. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	895,05	810,00	
b) soziale Abgaben	158,29	147,42	
	1.053,34	957,42	
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen	50.291,94	57.963,00	
7. sonstige betriebliche Aufwendungen	220.265,29	179.673,09	
8. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,00	0,00	
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	6.374,23	6.521,63	
10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	66.833,07	55.226,88	
11. Ergebnis nach Steuern	108.689,44	101.314,95	
12. sonstige Steuern	11.600,22	0,00	
13. Jahresergebnis	97.089,22	101.314,95	

Sparte 3 - Wirtschaftsförderung/Tourismus

In dieser Sparte werden Aufwendungen und Erträge, die den klassischen Wirtschaftsförderungsaktivitäten und dem Tourismus zuzuordnen sind, aufgeführt. Grundstücksrelevante Aufwendungen und Erträge werden in der Sparte 1 dargestellt, auch wenn sie Wirtschaftsförderungsbezug besitzen.

Die Sparte 3 schließt insgesamt mit einer Unterdeckung von rd. – 60,8 T€ (Vorjahr: - 76,3 T€) ab.

Im Wesentlichen sind geringere Sachaufwendungen ursächlich für den Rückgang des negativen Spartenergebnisses.

Zum Bereich der „Wirtschaftsförderung“ gehörten die Betreuung der

- * Unternehmen im Rahmen der Bestandspflege und ihrer Weiterentwicklung
- * Interessengemeinschaften des Handels,
- * Immobilien- und Standortgemeinschaften (ISG),
- * Unternehmen des Handwerks in Kooperation mit der Kreishandwerkerschaft

Im Rahmen des Standortmarketings ist die Teilnahme an den Immobilienmessen „Polis“ und „Expo Real“ ein wichtiger Baustein.

Weiterhin wurde von der Stadt Bergisch Gladbach (Immobilienbetrieb) das Thema „Ausbau und Koordination“ der städtischen Breitbandaktivitäten übernommen. Dies umfasst sowohl die Beantragung als auch die Abwicklung der Fördermittel für die Stadt Bergisch Gladbach.

Im Bereich „Tourismus“ fallen u.a. für die Betreuung und Unterhaltungsarbeiten der qualifizierten Wanderwege, zur Finanzierung und Koordination der städtischen Weihnachtsaktivitäten sowie Aufwendungen für den Betrieb des Wohnmobilstellplatzes an.

Der Wohnmobilstellplatz wurde aufgrund einer ordnungsbehördlichen Verfügung geschlossen, da aufgrund von Beschwerden (z. B. Lärm) die ordnungsgemäße Nutzung durch eine notwendige Personalausstattung vor Ort nicht sichergestellt werden konnte. Gemeinsam mit der Stadt sollen neue konzeptionelle Grundlagen erarbeitet werden, so dass der Betrieb wieder aufgenommen werden kann. Für die Aufrechterhaltung der vorhandenen Infrastruktur fallen Aufwendungen an.

Wie bei vergleichbaren Institutionen der Wirtschaftsförderung ist auch für die SEB AöR in der Sparte Wirtschaftsförderung/Tourismus keine Kostendeckung zu erreichen, da ihr Nutzen in Form der Sicherung von Arbeitsplätzen und Steuereinnahmen nicht im Bereich der Erlöse der SEB AöR verbucht werden kann. Ebenso finden sämtliche Aktivitäten zur Vermarktung der Gewerbegrundstücke keine finanzielle Berücksichtigung in der Sparte Wirtschaftsförderung. Gleichwohl ist die Arbeit, die in dieser Sparte kaufmännisch abgebildet wird, von hoher Bedeutung für den Wirtschaftsstandort Bergisch Gladbach und seine Entwicklung.

Sparte 3			
Wirtschaftsförderung/Tourismus			
	2019	2018	
	EUR	EUR	EUR
1. Umsatzerlöse		316.355,31	290.018,75
2. sonstige betriebliche Erträge		51,48	0,00
3. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Grundstücke des Umlaufvermögens	0,00		0,00
b) Sachaufwendungen der Wirtschaftsförderung	11.516,59		34.412,42
c) Aufwendungen für bezogene Leistungen	7.700,00		3.770,15
		19.216,59	38.182,57
4. Aufwendungen für Personalgestellung		241.157,83	219.095,24
5. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	2.088,45		1.890,00
b) soziale Abgaben	369,35		343,98
		2.457,80	2.233,98
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen		3.660,18	5.442,36
7. sonstige betriebliche Aufwendungen		96.445,27	86.099,35
8. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		0,00	0,00
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		14.245,52	15.217,13
10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		0,00	0,00
11. Ergebnis nach Steuern		-60.776,40	-76.251,88
12. sonstige Steuern		0,00	0,00
13. Jahresergebnis		-60.776,40	-76.251,88

2.2. Finanz- und Vermögenslage

Die Eckdaten der Finanz- und Vermögenslage der SEB AöR sind in der nachfolgenden Tabelle abgebildet:

	31.12.2019	31.12.2018
	T EUR	T EUR
Bilanzsumme	17.710,1	17.665,8
Anlagevermögen	12.032,8	12.298,1
Umlaufvermögen	5.649,5	5.338,5
- davon Vorräte	2.284,4	1.584,9
- davon liquide Mittel	3.255,3	3.617,7
Eigenkapital	14.954,2	14.576,8
Eigenkapitalquote	84,4%	82,5%
Rückstellungen	440,7	578,4
Verbindlichkeiten	2.258,5	2.353,6

Das Anlagevermögen unterliegt dem Werteverzehr und aufgrund keiner wesentlichen Zugängen in 2019 hat sich der Wert reduziert.

Durch den Rückkauf eines Gewerbegrundstückes in Obereschbach haben sich die Vorräte im Umlaufvermögen erhöht sowie gleichzeitig auch die liquiden Mittel reduziert.

Die Verbindlichkeiten umfassen mit einem Betrag von 2.109,8 T€ ein Darlehen der Kreissparkasse Köln.

Die Liquidität des Betriebes war zu jederzeit sichergestellt. Der Finanzmittelbestand hat sich wie folgt entwickelt:

	31.12.2019	31.12.2018
	T EUR	T EUR
Cash-Flow aus operativer Geschäftstätigkeit	-149,8	2.137,3
Cash-Flow aus investiver Tätigkeit	-22,0	731,4
Cash-Flow aus Finanzierungstätigkeit	-190,6	-193,5
Veränderung des Finanzmittelbestandes	-362,4	2.675,2
Finanzmittelbestand am Anfang der Periode	3.617,7	942,5
Finanzmittelbestand zum Bilanzstichtag	3.255,3	3.617,7

Maßgebliche Leistungsindikatoren für die SEB AöR sind die Umsatzerlöse sowie Kosten auf Ebene der einzelnen Sparten. Auf die jeweiligen Spartenrechnungen wird verwiesen. Daneben zielt die Tätigkeit im Bereich Grundstücksverkehr / Grundstücksbewirtschaftung bzgl. der Gewerbegebiete auf die nachhaltige Ansiedlung attraktiver Unternehmen sowie die Schaffung von Arbeitsplätzen im Stadtgebiet Bergisch Gladbach ab.

Die Erlöse aus der Sparte Grundstücksverkehr / Grundstücksbewirtschaftung haben aufgrund der herausragenden Stellung der Sparte im Unternehmen eine besondere Bedeutung. Dabei stellen die Mieterlöse in Höhe von 1.047,1 T€ (Vorjahr: 1.119,2 T€) eine wesentliche Ertragskomponente dar, die auch erlöst werden kann, wenn keine Grundstücksverkäufe realisiert werden.

In der Sparte der Parkplatzbewirtschaftung liegen die Umsatzerlöse aus Parkertönen in Höhe von 497,6 T€ insgesamt mit rd. 12% über dem Vorjahresniveau.

Das Jahresergebnis der Sparte Wirtschaftsförderung/Tourismus wird in der Regel negativ ausfallen, weil hier keine Kostendeckung zu erreichen ist. Die Ergebnisse aus den Maßnahmen der Wirtschaftsförderung/Tourismus (wie beispielsweise Sicherung von Arbeitsplätzen, erhöhte Aufenthaltsqualität im Stadtgebiet) spiegelt sich nicht in dieser Sparte wider. Die Umsätze dieser Sparte betreffen die anteiligen Leistungsentgelte der Stadt Bergisch Gladbach.

In 2019 waren alle Planstellen bis einschließlich November im SEB besetzt. Zum Dezember 2019 wurde ein befristeter Vertrag einer geringfügigen Beschäftigung mit der Aufgabe der „Verwaltung Finanzen sowie der Parkplatzbewirtschaftung“ abgeschlossen.

Insgesamt konnte das für 2019 geplante Ergebnis von 698,5 T€ mit dem erzielten Jahresüberschuss von 378,3 T€ nicht erreicht werden. Der Vorstand bewertet den Geschäftsverlauf und die Lage des SEB dennoch als positiv.

3. Prognosebericht

Das Jahresergebnis der SEB AöR wird maßgeblich durch das Ergebnis der Sparte "Grundstücksverkehr / Grundstücksbewirtschaftung" beeinflusst. Insbesondere in den vergangenen Jahren war dies aufgrund der Grundstücksverkäufe im Gewerbegebiet „Obereschbach“ der Fall.

Für die Erwirtschaftung des Ergebnisses ist die Sparte „Parkplatzbewirtschaftung“ im Verhältnis dazu weniger relevant und die Sparte „Wirtschaftsförderung/Tourismus“ kann nicht –wie oben bereits erläutert- kostendeckend betrieben werden.

In den nächsten Jahren stehen zur Realisierung ein letzter Teil des Bauabschnittes Reiser/Im Mondschröten sowie die Entwicklung der beiden innerstädtischen Liegenschaften des Hauptpostamtes und der Buchmühle an.

Im Gewerbegebiet „Obereschbach“ wurden acht Grundstückskaufverträge beurkundet, jedoch wurde ein Kaufvertrag mit einem Unternehmen rückabgewickelt. Die Vermarktung der letzten Grundstücke ist konkret für 2020 avisiert. Alle getätigten und noch zu erfolgenden Verkäufe in dem Gewerbegebiet wurden unter Beachtung des Grundsatzes "Qualität der Betriebe vor schneller Vermarktung" realisiert.

Es ist davon auszugehen, dass in 2020 alle Gewerbegrundstücke vermarktet sind. Die Abwicklung der Grundstücksverkäufe kann voraussichtlich bis Ende 2020/Anfang 2021 erfolgen. Mit dem Verkauf der Gewerbegrundstücke können zukünftig keine weiteren Gewerbeflächen auf dem freien Markt angeboten werden.

Im Portfolio des Stadtentwicklungsbetriebes sind aktuell keine weiteren Grundstücke vorhanden, die zum Zwecke der Wohnbebauung oder gewerblichen Nutzung vermarktet werden können. Die Entwicklungen auf dem Grundstücksmarkt – mit niedrigen Zinsen und dadurch bedingte hohe Nachfrage nach Bauland durch Private und Investoren – senkte die Chancen, geeignete private Flächen zur Entwicklung von Bau- und Gewerbeland zu angemessenen Konditionen erwerben zu können.

Der Stadtentwicklungsbetrieb prüft jedoch den Erwerb zukünftiger Potentialflächen, u.a. auf der Grundlage des neu aufgestellten Flächennutzungsplanes durch die Stadt Bergisch Gladbach, um zukünftig Grundbesitz zu entwickeln, erschließen und veräußern zu können.

In Bergisch Gladbach besteht ein hoher Bedarf an Wohnraum für die unterschiedlichen Nachfragegruppen. Federführend durch den städtischen Fachbereich 6 „Grundstücksnutzung“ wird das wohnungspolitische Handlungskonzept erarbeitet.

Der Stadtentwicklungsbetrieb hat im Zuge seiner wirtschaftlichen Betätigung

die Chance, Teil einer Lösung zur bedarfsgerechten Versorgung mit Wohnbauland zu werden.

Zur Vorbereitung einer Baulandstrategie wurden die Vorteile „Kommunaler Zwischenerwerbsmodelle“ gegenüber einer „Angebotsplanung“ herausgestellt. Diese liegen insbesondere in der Gewährleistung wohnungspolitischer Ziele.

Die Umsätze der Sparte "Grundstücksverkehr / Grundstücksbewirtschaftung" umfasst auch Miet- und Pächterlöse, die als planbare Einnahmequelle zu erhalten sind, da sie zur langfristigen Finanzierung der satzungsmäßig festgeschriebenen Aufgaben wesentlich beitragen.

Hier ist darauf zu achten, dass die Konditionen zum Marktwert verhandelt werden, um die Infrastruktur aufrecht zu erhalten.

Mit der Parkpalette Buchmühle, der Tiefgarage Bergischer Löwe und den provisorischen Parkplätzen am Bahnhof und an der Buchmühle betreibt die SEB AöR vier Parkeinrichtungen mit insgesamt 315 Stellplätzen, die von besonderer Wichtigkeit für den Einzelhandel sind. In 2019 wurden am Bahnhof Bergisch Gladbach Abstellflächen zugunsten der Fahrradmobilität geschaffen. Hierfür wurden fünf Kfz-Stellplätze abgeschafft und in Abstellplätze für 40 Fahrräder umgewandelt.

Der Wirtschaftsplan des SEB sieht für 2020 aufgrund von geplanten Grundstücksverkäufen einen Jahresüberschuss von 432,6 T€ vor, wobei ab 2021 mit einem deutlichen Rückgang der Umsatzerlöse im Bereich Grundstücksverkehr / Grundstücksbewirtschaftung zu rechnen ist. Die Einnahmen aus der Bewirtschaftung der Parkplatzeinrichtungen werden in 2020 voraussichtlich unter dem Niveau des Vorjahres liegen. Gründe hierfür sind u.a. die reduzierten Plätze am gut frequentierten provisorischen Parkplatz am Bahnhof als auch der bauliche Zustand in der Tiefgarage Bergischer Löwe. Aus den veranschlagten Ein- und Auszahlungen wird ein positiver Betrag in Höhe von 2.303,9 T€ erwartet.

Aufgrund der übertragenen Aufgaben gemäß § 2 Abs. 1 d) der Satzung über die kommunale Einrichtung „Stadtentwicklungsbetrieb Bergisch Gladbach – AöR“ wurde im Wirtschaftsplan 2020 eine Sparte 4 „Erneuerbare Energien“ aufgenommen, um die finanzielle Abwicklung der damit verbundenen Umsetzung sicherzustellen.

4. **Chancen- und Risikobericht**

Für die SEB AöR existiert ein Risiko- und Chancenmanagement, das geeignet ist als Risikofrüherkennungssystem Entwicklungen, die den Fortbestand des Betriebes gefährden könnten, frühzeitig zu erkennen. Der Aufbau und die Struktur des Betriebes sind klar strukturiert und die Aufgaben sind voneinander abgegrenzt. Entsprechende Unterschriftsvollmachten und Stellvertretungen sind mit Ernennung des Vorstandes sowie der beiden Prokuristen geregelt. Die bevollmächtigten Personen sind im Rahmen einer Eigenschadenversicherung abgesichert. Der SEB fällt zudem unter den Versicherungsschutz der städtischen Haftpflichtversicherung.

Aufgrund der geringen Größe des Betriebes und den regelmäßigen Betriebsbesprechungen und Abteilungsbesprechungen ist ein klares und durchlässiges Informationssystem gegeben, das gewährleistet, dass Unternehmensentwicklungen auf allen Ebenen früh ausgetauscht werden, wodurch persönlichen Fehleinschätzungen vorgebeugt wird. Ferner ist die SEB AöR auf gesetzlicher Grundlage verpflichtet, Planzahlen zu erstellen und im Rahmen von Soll- / Ist-Analysen regelmäßig gegenüber dem Verwaltungsrat Rechenschaft abzulegen. Zudem ist der Verwaltungsrat in alle wesentlichen Entscheidungen einbezogen.

Als Kommune, die ein strukturelles Defizit in seinem Haushalt aufweist, werden durch die Stadt Bergisch Gladbach Investitionen trotz Finanzmisere umzusetzen sein.

Aufgrund der durch Satzung übertragenen Aufgaben ist es zwingend erforderlich, dass vom SEB durchgeführte Projekte mindestens kostendeckend sein müssen.

Dem Stadtentwicklungsbetrieb Bergisch Gladbach – AöR wurden gemäß der Betriebssatzung diverse Aufgaben übertragen, die in der Sparte Grundstückswirtschaft im erheblichen Umfang Tätigkeiten als Dienstleister für die Stadt Bergisch Gladbach (insbesondere Fachbereich 8 – „Immobilienbetrieb“ und Fachbereich 7 „Umwelt und Technik“) umfassen.

Um den Betrieb und die wirtschaftliche Entwicklung der AöR auch in Zukunft sicherzustellen, ist die Erzielung von positiven Jahresergebnissen notwendig. Die SEB AöR kann langfristig nur neue Entwicklungen umsetzen, wenn entsprechende Grundstücke angekauft werden können.

Die Finanzierung des Betriebes ist durch die Mieteinnahmen und Kreditverträge mit Banken gesichert. Wesentliche Ausfallrisiken bei Forderungen sind nicht ersichtlich. Beim Verkauf von Liegenschaften wird das Ausfallrisiko von Forderungen dadurch minimiert, dass die Kaufsache erst nach Zahlung auf den Käufer übergeht. Wechselkursrisiken bestehen für die SEB AöR nicht, da alle Transaktionen in der Währung Euro durchgeführt werden. Es ist nicht erkennbar, dass bestandsgefährdende Risiken vorliegen.

5. Feststellung nach § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz

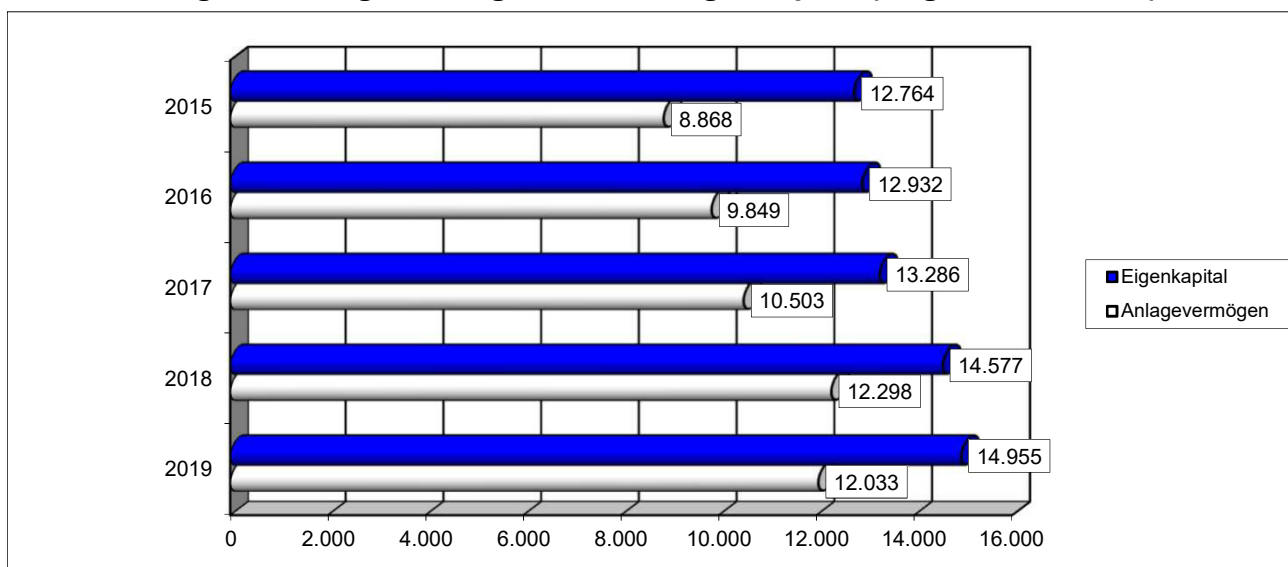
Nach § 26 Satz 2 KUV NRW ist im Lagebericht auch auf solche Sachverhalte einzugehen, die Gegenstand der Prüfung nach § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetz (HGrG) sind.

Im Berichtsjahr haben sich keine relevanten Sachverhalte im Zusammenhang mit der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung des Vorstandes ergeben. Darüber hinaus wird auf die Ausführungen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage verwiesen.

Wirtschaftliche Daten des Stadtentwicklungsbetrieb Bergisch Gladbach AöR**Entwicklung der Bilanz im 5-Jahresvergleich (Geschäftsjahr 2015 - 2019)****Angaben in TEUR**

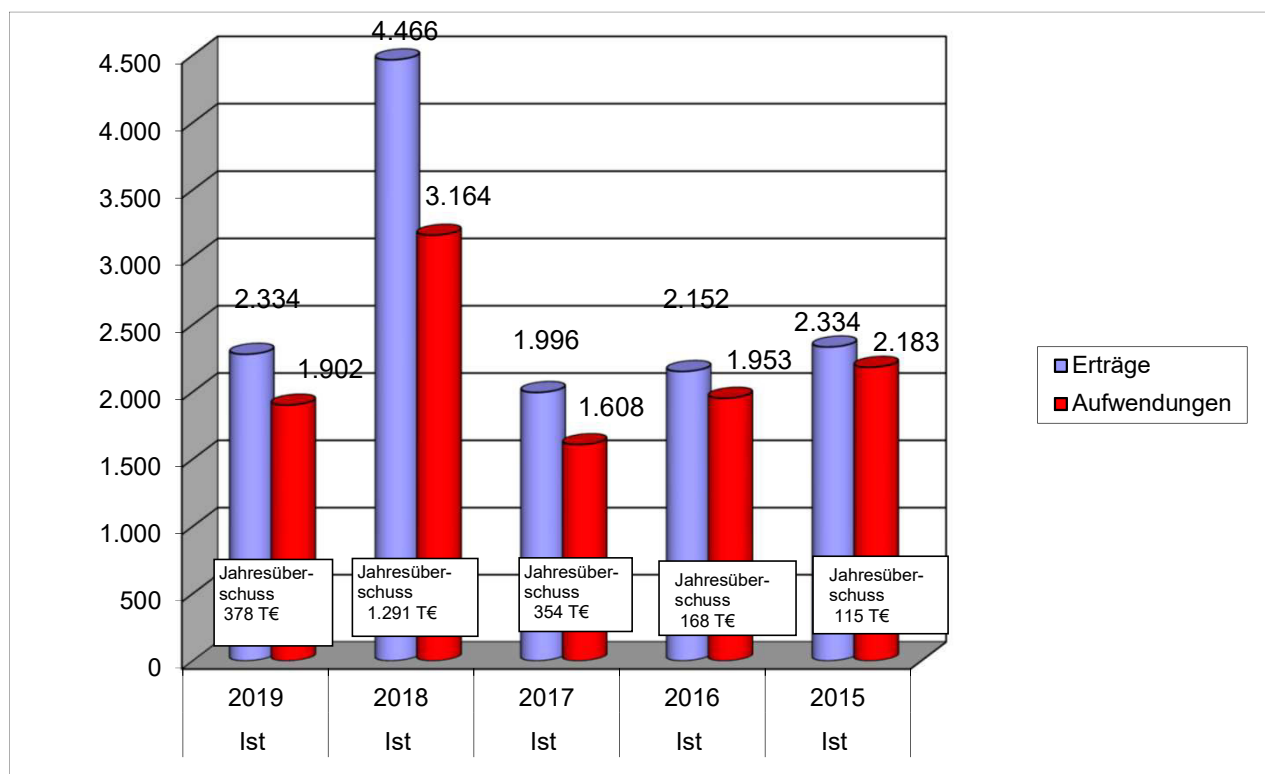
AKTIVA	2019	2018	2017	2016	2015	Veränderung
Sachanlagen	12.033	12.298	8.868	8.868	8.868	-265
Anlagevermögen	12.033	12.298	10.503	9.849	8.868	-265
Vorräte	2.284	1.585	5.246	4.923	5.067	699
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	110	136	115	76	85	0
Flüssige Mittel	3.255	3.618	942	1.835	2.438	-26
Fehlbetrag						-363
Umlaufvermögen	5.649	5.339	6.303	6.834	7.590	310
Rechnungsabgrenzungsposten	28	29	34	7	0	0
Bilanzsumme	17.710	17.666	16.840	16.690	16.458	-1

PASSIVA	2019	2018	2017	2016	2015	Veränderung
gez. Kapital	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	0
Kapitalrücklage	3.536	3.536	3.536	3.536	3.536	0
Gewinnvortrag	6.041	4.750	4.396	4.228	4.113	1.291
Jahresüberschuss	378	1.291	354	168	115	-913
Fehlbetrag						
Eigenkapital	14.955	14.577	13.286	12.932	12.764	378
Rückstellungen	441	579	328	601	655	-138
Verbindlichkeiten	2.258	2.354	3.051	2.856	3.010	-96
Rechnungsabgrenzungsposten	56	156	175	301	29	-100
Bilanzsumme	17.710	17.666	16.840	16.690	16.458	44

Finanzierung des Anlagevermögens durch Eigenkapital (Angaben in TEUR)

Gewinn- und Verlustrechnung des Stadtentwicklungsbetrieb Bergisch Gladbach AöR

in TEUR	Plan 2019	Ist 2019	Ist 2018	Ist 2017	Ist 2016	Ist 2015	Ist 19/ Ist 18
1. Umsatzerlöse	3.581	2.246	3.847	1.955	2.095	1.723	-1.601
2. Sonstige betriebliche Erträge	0	30	619	41	41	602	-589
3. Betriebliche Erträge (1+2)	3.581	2.276	4.466	1.996	2.136	2.325	-2.190
4. Materialaufwand	-1.123	-80	-1.629	-145	-554	-866	1.549
5. Personalaufwand	-540	-592	-538	-450	-379	-497	-54
6. Abschreibungen	-276	-287	-300	-301	-271	-197	13
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-876	-815	-598	-629	-689	-596	-217
8. Betriebsaufwand (4+5+6+7)	-2.815	-1.774	-3.065	-1.525	-1.893	-2.156	1.291
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	4	0	0	16	9	4
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-41	-41	-44	-56	-49	-18	3
11. Finanzergebnis (9+10)	-41	-37	-44	-56	-33	-9	7
12. Ergebnis vor Steuern (3 + 8 + 11)		465	1.357	415	210	160	-892
13. Steuern vom Einkommen und Ertrag	-14	-67	-55	-27	-11	-9	-12
14. sonstige Steuern	-12	-20	-11	-34	-31	-36	
15. Jahresüberschuss (3+8+11+14)	699	378	1.291	354	168	115	-913

Entwicklung der Erträge und Aufwendungen (Angaben in TEUR)

Kennzahlen im Überblick/Stadtentwicklungsbetrieb Bergisch Gladbach AöR

	2015	2016	2017	2018	2019
1. Vermögenslage					
Anlagenintensität in %	53,9%	59,0%	62,4%	69,6%	67,9%
Umlaufintensität in %	46,1%	40,9%	37,4%	30,2%	31,9%
Investitionsquote	17,7%	12,7%	9,1%	1,3%	0,2%
Reinvestitionsquote	7,9746193	461,6%	316,9%	52,0%	7,7%
2. Finanzlage					
Eigenkapitalquote in %	77,6%	77,5%	78,9%	82,5%	84,4%
Fremdkapitalquote in %	22,4%	22,5%	21,1%	17,5%	15,6%
Anlagendeckung I in %	143,9%	131,3%	126,5%	118,5%	124,3%
Cashflow aus lfd. Geschäftstätigkeit	737 T€	848 T€	257 T€	2.138 T€	- 150 T€
3. Ertragslage					
Umsatzrentabilität in %	7,8%	8,0%	22,4%	36,1%	21,5%
Eigenkapitalrentabilität in %	0,9%	1,3%	2,7%	8,9%	2,5%
Gesamtkapitalrentabilität in %	0,7%	1,0%	2,1%	7,3%	2,1%
4. Erfolgskennzahl					
Personalintensität in %	28,8%	18,1%	23,0%	14,0%	26,4%

den Haushalt (Ertrag + Aufwand)	2015	2016*	2017 *	2018*	2019*
Kostenerstattung durch Stadt inkl.					
Spitzabrechnung Personalkosten FB1-100	-648.114 €	-476.301 €	-542.875 €	-644.188 €	-696.601 €
Mietvertrag Tiefgarage Bergischer Löwe (Brutto)	128.044 €	128.044 €	128.044 €	128.044 €	112.022 €
Erbbaurechtsvertrag Parkplatz Buchmühle	14.260 €	14.260 €	19.704 €	20.699 €	21.197 €
Abschlag Personal + Sachk. an Stadt	596.527 €	369.200 €	435.800 €	602.088 €	654.501 €
Gesamt	90.716 €	35.203 €	40.673 €	106.643 €	91.119 €

* Werte u.a aus dem Anhang

BELKAW GmbH

Mittelbare Beteiligung der Stadt über die Bädergesellschaft der Stadt Bergisch Gladbach mbH

1. Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Firma	BELKAW GmbH
Sitz	Hermann-Löns-Straße 131, 51469 Bergisch Gladbach
Gründung	01.04.1914
Gesellschaftsvertrag	Fassung vom 16.07.2015
Handelsregister	HRB 45520 beim Amtsgericht Köln, letzte Eintragung am 25.07.2016
Geschäftsjahr	Kalenderjahr

2. Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist gemäß § 2 die Versorgung mit Elektrizität, Gas, Wärme und Wasser sowie die Übernahme anderer Versorgungswirtschaftlicher Betätigungen und der Betrieb von Bädern und deren Nebenanlagen im Stadtgebiet Bergisch Gladbach. Die Gesellschaft ist zu Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die zur Erreichung des benannten Gesellschaftszwecks notwendig und nützlich erscheinen. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmer bedienen, sich an anderen Unternehmen, die ihren Zwecken dienlich oder förderlich sind, in jeder gesetzlich zulässigen Form beteiligen und solche Unternehmen erwerben oder errichten.

3. Zusammensetzung der Organe

3.1 Gesellschafterversammlung

Gesellschafterbeschlüsse werden mit einfacherer Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst, sofern nicht nach dem Gesetz zwingend oder nach dem Gesellschaftsvertrag eine größere Mehrheit erforderlich ist. Je nominal 1 € eines Geschäftsanteils gewähren eine Stimme.

Es fanden zwei Gesellschafterversammlungen statt. In der Gesellschafterversammlung vom 29. Mai 2019 wurde der Jahresabschluss 2018 festgestellt und der Geschäftsführung Entlastung erteilt. In der Gesellschafterversammlung vom 27. November 2019 wurde insbesondere die Wirtschaftsplanung 2020 sowie die Mittelfristplanung 2020 bis 2024 beschlossen.

3.2 Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht gemäß § 11 des Gesellschaftsvertrages aus 18 Mitgliedern. Hiervon werden je 9 Mitglieder vom Gesellschafter der Stadt Bergisch Gladbach und vom Gesellschafter Bädergesellschaft der Stadt Bergisch Gladbach mbH entsandt.

Der Aufsichtsrat setzte sich im Berichtsjahr wie folgt zusammen:

- Hans-Josef Haasbach, Vors. ab 01.01.2019 (Rechtsanwalt, Malteser Bundeszentrale)
- Dieter Hassel, stellv. Vors. ab 01.01.2019 (Mitglied Vorstand RheinEnergie AG)
- Achim Biergans (Hauptabteilungsleiter RheinEnergie AG)
- Dr. Andreas Cerbe (Mitglied Vorstand RheinEnergie AG)
- Norbert Graefrath (Mitglied Vorstand RheinEnergie AG)
- Harald Henkel (Leiter Controlling, Bond GmbH)
- Karlheinz Kockmann, (Pensionär)
- Dr. Georg Ludwig (Bürgermeister Gemeinde Lindlar)
- Dr. Michael Metten (Geschäftsführer Metten Stein + Design)
- Detlef Oberjat, (Hauptabteilungsleiter RheinEnergie AG)
- Klaus Orth (Bürgermeister a.D. der Stadt Bergisch Gladbach)
- Arndt Robbe (Geschäftsführer der RheinEnergie Trading GmbH)
- Edeltraut Schundau (Pensionärin)
- Dr. Dieter Steinkamp (Vorsitzender des Vorstandes der RheinEnergie AG)
- Achim Südmeier (Mitglied des Vorstandes der RheinEnergie AG)
- Lutz Urbach (Bürgermeister der Stadt Bergisch Gladbach)
- Klaus W. Waldschmidt (Rechtsanwalt in eigener Kanzlei)
- Oliver Wuttke (Kfm. Projektmanager Schmidt + Clemens GmbH + Co KG)

An die ehemaligen und derzeitigen Mitglieder des Aufsichtsrates wurden in 2019 insgesamt 77,7 T€ ausgezahlt. Auf die einzelnen Aufsichtsratsmitglieder verteilen sich die Gesamtbezüge wie folgt:

Mitglied des Aufsichtsrates	T€
Dieter Hassel, Vorsitzender	6,5
Hans-Josef Haasbach, stellv.	7,5
Achim Biergans	4,0
Dr. Andreas Cerbe	3,8
Norbert Graefrath	3,9
Harald Henkel	4,1
Dr. Georg Ludwig	4,1
Dr. Michael Metten	4,1
Peter Mömkes	2,7
Klaus Orth	4,1
Arndt Robbe	4,1
Dr. Matthias Schmitt	3,2
Edeltraut Schundau	3,9
Dr. Dieter Steinkamp	3,9
Achim Südmeier	3,9
Lutz Urbach	4,1
Klaus W. Waldschmidt	4,1
Oliver Wuttke	4,1
Gesamt	77,7

Der Aufsichtsrat trat im Berichtsjahr zu vier Sitzungen zusammen. In der Aufsichtsratssitzung vom 29. Mai 2019 wurde die WIBERA AG als Abschlussprüfer des Geschäftsjahres 2019 gewählt. § 12 Landesgleichstellungsgesetz fordert, dass 40% der Aufsichtsratsmitglieder Frauen sind. Da es sich bei der Besetzung eines Aufsichtsrates um eine Wahl handelt, sind die Wahlvorschläge entsprechend zu erstellen. Das Wahlergebnis kann und darf von den Wahlvorschlägen abweichen. Bei o.g. Organ wird, auf das Ergebnis der Wahl bezogen, der Mindestfrauenanteil gemäß § 12 Absatz 1 Satz 1 LGG NRW unterschritten.

3.3 Geschäftsführung

Als Geschäftsführer war in 2019 bestellt:

- Herr Manfred Habrunner
- Herr Klaus Henninger, Abteilungsleiter RheinEnergie AG

Die Gesamtvergütung für Herrn Habrunner beträgt im Geschäftsjahr 156 T€ und setzt sich aus Gehaltszahlungen (106 T€), Entgeltumwandlungen (20 T€) sowie zurückgestellten Tantiemeansprüchen (30 T€) zusammen. Der Geschäftsführer Klaus Henninger hat keine Bezüge von der Gesellschaft erhalten. Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen gegenüber früheren Mitgliedern der Geschäftsführung und deren Hinterbliebenen betragen 5.186 T€ zum 31. Dezember 2019. Für frühere Mitglieder der Geschäftsführung und ihre Hinterbliebenen wurden in 2019 für Pensionen und Beihilfen 510 T€ gezahlt.

Die Gesellschaft wird gemeinsam von den Geschäftsführern oder von einem Geschäftsführer und einem Prokuristen vertreten. Gesamtprokura hatten in 2019:

- Herr Ralf Mischels
- Herr Wolfgang Paul

Die Prokuristen vertreten die Gesellschaft gemeinsam oder jeweils gemeinsam mit einem Geschäftsführer.

4. Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital belief sich zum 31.12.2019 auf 22.892.620 €.

Am Stammkapital sind die nachstehenden Gesellschafter wie folgt beteiligt:

<u>Gesellschafter</u>	<u>Gesellschaftsanteile in €</u>	<u>in %</u>
RheinEnergie AG	11.469.203	50,1
Bädergesellschaft der Stadt Bergisch Gladbach mbH	11.423.417	49,9
Summe	22.892.620	100,0

5. Beschäftigte

Die Gesellschaft hat in 2019 außer Herrn Habrunner keine eigenen Mitarbeiter angestellt.

6. Wirtschaftsprüfer

Die Gesellschaft beauftragte die WIBERA AG mit der Prüfung des Jahresabschlusses 2019.

7. Leistungsbeziehungen zu anderen Gesellschaften an denen die Stadt Bergisch Gladbach beteiligt ist

Lt. Info der BELKAW stellen sich die Leistungsbeziehungen wie folgt dar:

Leistungsbeziehungen 2019 BELKAW zu Gesellschaften an denen die Stadt Bergisch Gladbach beteiligt ist

Beteiligungen	Erlös/Ertrag	Aufwand
1. Rheinisch-Bergische Siedlungsgesellschaft mbH	806.612,71	0,00
2. Stadtbahngesellschaft Rhein-Sieg mbH	0,00	0,00
3. Bürgerhaus Bergischer Löwe GmbH	115.361,44	-400,00
4. Rheinisch-Bergisches TechnologieZentrum GmbH	0,00	0,00
5. Rheinisch-Bergische Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH	0,00	0,00
6. Bädergesellschaft der Stadt Bergisch Gladbach mbH*	0,00	0,00
7. Stadtverkehrsgesellschaft mbH	5.835,84	-1.261,00
8. Entsorgungsdienste Bergisch Gladbach GmbH	4.020,98	0,00
9. GL Service GmbH	9.997,49	0,00
10. Stadtentwicklungsbetrieb Bergisch Gladbach – AöR	62.141,61	0,00
11. BELKAW GmbH		
12. Bäderbetriebsgesellschaft Bergisch Gladbach mbH**	562.462,81	-12.170,00
Gesamt	1.566.432,88	-13.831,00

8. Geschäftsverlauf/ Lagebericht der Gesellschaft

1. Grundlagen der Geschäftstätigkeit

1.1 Geschäftsmodell

Gegenstand des Unternehmens ist gemäß § 2 des Gesellschaftsvertrages die Versorgung mit Elektrizität, Gas, Wärme und Wasser sowie die Übernahme anderer versorgungswirtschaftlicher Betätigungen und der Betrieb von Bädern und deren Nebenanlagen im Stadtgebiet Bergisch Gladbach und Burscheid. Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die zur Erreichung des benannten Gesellschaftszwecks notwendig und nützlich erscheinen.

Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an anderen Unternehmen, die ihren Zwecken dienlich oder förderlich sind, in jeder gesetzlich zulässigen Form beteiligen und solche Unternehmen erwerben oder errichten. Zum 31. Dezember 2019 sind an der BELKAW GmbH (BELKAW) die RheinEnergie AG, Köln mit 50,1 % und die Bädergesellschaft der Stadt Bergisch Gladbach mbH, Bergisch Gladbach mit 49,9 % beteiligt. Darüber hinaus sind die Kommunen Burscheid, Kürten, Leichlingen, Lindlar und Odenthal als stille Gesellschafter an der BELKAW beteiligt. Diese Gesellschafterstruktur bringt die kommunale Verbundenheit der BELKAW zum Ausdruck.

1.2 Ziele und Strategien

Im Rahmen der regelmäßig aktualisierten und weiterentwickelten Unternehmensstrategie stellt sich die BELKAW den Herausforderungen in energiepolitischer, rechtlicher und wirtschaftlicher Hinsicht, um in ihrem Versorgungs- und Netzgebiet – das Stadtgebiet von Bergisch Gladbach und die umliegenden Kommunen – in allen Geschäftsfeldern weiterhin das führende Energieversorgungsunternehmen zu bleiben.

1.3. Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Zur Steuerung der Unternehmensaktivität nutzt die BELKAW verschiedene Kennzahlen. Als finanzielle Leistungsindikatoren dienen insbesondere die Umsatzerlöse und das Ergebnis vor Steuern. Als nicht finanzielle Leistungsindikatoren dienen die Mengenentwicklungen je Sparte.

2. Wirtschaftsbericht

2.1 Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist im Jahr 2019 nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes (Destatis) um 0,6 % höher als im Vorjahr. Die deutsche Wirtschaft ist damit im zehnten Jahr in Folge gewachsen. Dies ist die längste Wachstumsphase im vereinten Deutschland. In den beiden vorangegangenen Jahren war das preisbereinigte BIP deutlich stärker gestiegen, 2017 um 2,5 % und 2018 um 1,5 %. Verglichen mit dem Durchschnittswert der vergangenen zehn Jahre von +1,3 % ist die deutsche Wirtschaft im Berichtsjahr 2019 schwächer gewachsen. Die Energiemärkte unterliegen weiterhin einer sehr hohen Dynamik und einem starken Wettbewerb.

2.2 Geschäftsverlauf

Die BELKAW kann auf ein insgesamt erfolgreiches Geschäftsjahr 2019 zurückblicken, in dem sie ihre Position als der führende Energie- und Wasserversorger in Bergisch Gladbach und den umliegenden Kommunen festigen konnte. Dies ist das Ergebnis der vor Jahren eingeleiteten positiven strukturellen Entwicklung des Unternehmens. Die enge Zusammenarbeit mit der RheinEnergie AG hat das Unternehmen in verschiedenen Bereichen gestärkt und zu Synergien geführt.

2.2.1 Strom- und Erdgasbeschaffung

Die BELKAW beauftragt die RheinEnergie Trading GmbH mit der Bewirtschaftung ihres Strom und Gasportfolios. Die Beschaffung erstreckt sich aus Gründen der Absicherung über einen Horizont von mehreren Jahren. Dadurch wird die BELKAW auch zukünftig von den Möglichkeiten des Wettbewerbsmarktes profitieren können.

2.2.2 Trinkwassergewinnung und -bezug

Der Trinkwasserbedarf der BELKAW wird zum einen durch Eigenförderung im Wasserwerk Refrath und zum anderen durch Bezug von der RheinEnergie AG gedeckt.

2.2.3 Absatzzahlen

Im Geschäftsjahr 2019 konnte die BELKAW in den einzelnen Sparten folgende Absatzzahlen erreichen. Es ergeben sich die dargestellten prozentualen Veränderungen gegenüber dem Vorjahr: Strom 524 GWh (-6,1 %), Erdgas 1.025 GWh (+2,9 %), Wasser 6,5 Mio. m³ (+4,9 %) und Wärme 47 GWh (-19,6%).

Nach Kundengruppen ergeben sich in den Sparten folgende Absatzzahlen:

Stromverkauf	2019 MWh	2018 MWh	gegen Vorjahr %
Privat- und Gewerbekunden	255.262	266.464	-4,4
Sonderverträge	265.119	286.664	-8,1
Direktvermarktung / BHKW's	3.421	4.410	-28,9
Stromverkauf	523.802	557.538	-6,4

Trotz verstärkter Kundenbindungsmaßnahmen konnte die BELKAW im Geschäftsjahr 2019 dem Wettbewerb im Privat- und Gewerbekundensegment nur bedingt entgegenwirken. Im Sondervertragskundensegment konnten für 2019 die Verträge mit zwei bundesweit tätigen Unternehmen nicht verlängert werden. Die sich daraus ergebenden Absatzzrückgänge sowohl im eigenen Versorgungsgebiet als auch außerhalb konnten nicht vollumfänglich kompensiert werden. Die Vermarktung des in BHKW's erzeugten Stroms ist aufgrund des vorübergehenden Stillstands bei einer großen Bestandsanlage gesunken.

Erdgasverkauf	2019 MWh	2018 MWh	gegen Vorjahr %
Privat- und Gewerbekunden	548.150	559.140	-2,0
Sonderverträge	476.514	470.435	+1,3
Erdgasverkauf	1.024.664	1.029.575	-0,5

Die Mengenentwicklung im Privat- und Gewerbekundensegment ist wettbewerbsbedingt rückläufig. Im Segment der Sonderverträge konnte im Export mehr Menge abgesetzt werden, als im Vorjahr.

Wasserverkauf	2019 Tm³	2018 Tm³	gegen Vorjahr %
Privat- und Gewerbekunden	5.796	5.760	+0,6
Sonderverträge	737	590	+19,9
Wasserverkauf	6.533	6.350	+2,8

Der Trinkwasserverkauf ist bei den Privat- und Gewerbekunden, vorwiegend aufgrund deutlich geringerer Niederschlagsmengen, leicht angestiegen. Der Verkauf bei den Sonderverträgen ist aufgrund des deutlichen Mehrabsatzes bei zwei Großkunden gestiegen.

Wärmeverkauf	2019 MWh	2018 MWh	gegen Vorjahr %
Wärmeverkauf	47.174	58.689	-24,4

Der Wärmeverkauf ist in 2019 im Vergleich zum Vorjahr gesunken. Dies ist im Wesentlichen durch den Verlust von zwei Contractingkunden begründet.

2.2.4 Preisentwicklung

Die Strom- und Erdgaspreise für Privat- und Gewerbekunden wurden im Jahr 2019 den aktuellen Gegebenheiten am Markt angepasst. Die Preise für größere Geschäftskunden werden individuell vereinbart und orientieren sich zum Abschlusszeitpunkt am Marktpreisniveau. Die Trinkwasserpreise blieben im Berichtsjahr stabil.

3. Konzessionen

Die BELKAW hat alle ihre bisherigen Konzessionen mit den Konzessionsgebern in den letzten Jahren erneut für 20 Jahre abgeschlossen. Darüber hinaus hat sie in 2018 die Gaskonzession für das Stadtgebiet Burscheid im Rahmen der Übertragung der Gassparte von der Stadtwerke Burscheid GmbH erhalten.

4. Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die Bilanzsumme der BELKAW lag zum 31. Dezember 2019 mit 122.993 T€ um 2.327 T€

unter dem Vorjahresniveau (125.320 T€). Der Anteil des Anlagevermögens an der Bilanzsumme beträgt 83,1 % (Vorjahr: 80,8 %). Ein weiterer wesentlicher Posten der Aktivseite stellen die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen dar, die sich, aufgrund der Verrechnung von gestiegenen nicht abgerechneten Abschlagszahlungen von Kunden, gegenüber dem Vorjahr um 5.240 T€ vermindert haben. Mit einer um die Gewinnausschüttung bereinigten Eigenkapitalquote von 36,4 % (Vorjahr: 35,7 %) verfügt die BELKAW über eine solide Kapitalausstattung. Das Anlagevermögen ist durch Eigenkapital, empfangene Ertragszuschüsse sowie langfristiges Fremdkapital zu 86,9 % (Vorjahr: 90,4 %) gedeckt.

Das Investitionsvolumen belief sich im Berichtsjahr auf 10.719 T€ (Vorjahr: 10.582 T€). Dem stehen Investitionszuwendungen von 302 T€ (Vorjahr: 446 T€) gegenüber. Die Investitionen des Berichtsjahres konnten durch Abschreibungen und die Inanspruchnahme des Cash-Pools der Stadtwerke Köln GmbH finanziert werden. Hierdurch ist die Liquidität der Gesellschaft dauerhaft gesichert. Die Umsatzerlöse belaufen sich im Berichtsjahr auf 179.058 T€ (Vorjahr: 178.216 T€). Geplant waren Umsatzerlöse in Höhe von 177.433 T€. Dem stehen im Wesentlichen Materialaufwand in Höhe von 138.115 T€ (Vorjahr: 134.965 T€), Abschreibungen in Höhe von 7.004 T€ (Vorjahr: 7.138 T€) und sonstige betriebliche Aufwendungen in Höhe von 23.297 T€ (Vorjahr: 25.050 T€) gegenüber. Die aufgrund von Ergebnisabführungsverträgen übernommenen Verluste betragen 3.131 T€ (Vorjahr: 3.478 T€). Hiervon entfallen 2.091 T€ (Vorjahr: 2.114 T€) auf die Bäderbetriebsgesellschaft Bergisch Gladbach mbH und 1.040 T€ (Vorjahr: 1.364 T€) auf die Bäderbetriebsgesellschaft Burscheid mbH. Das Ergebnis vor Steuern beträgt 15.743 T€ (Vorjahr: 17.658 T€). Geplant war ein Ergebnis vor Steuern in Höhe von 15.209 T€. Nach Abzug der Steuern verbleibt ein Jahresüberschuss von 10.161 T€ (Vorjahr: 11.949 T€).

5. Tätigkeitsbereiche im Sinne von § 6b Abs. 3 EnWG

Gemäß § 6b Abs. 3 EnWG haben Unternehmen, die i. S. v. § 3 Nr. 38 EnWG zu einem vertikal integrierten Energieversorgungsunternehmen verbunden sind, mit der Erstellung des Jahresabschlusses für jeden der in § 6b Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 - 6 EnWG genannten Tätigkeitsbereiche jeweils eine nach den für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften entsprechende Bilanz sowie Gewinn- und Verlustrechnung aufzustellen.

Bei der BELKAW sind folgende Tätigkeitsbereiche im Sinne von § 6b Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 - 6 EnWG zu unterscheiden:

1. Elektrizitätsverteilung

Unter der Elektrizitätsverteilung werden im Geschäftsjahr 2019 aufgrund der Übertragung der Netzbetreiberfunktion auf die Rheinische NETZGesellschaft mbH, Köln (RNG), zum 1. Januar 2006, die aus der wirtschaftlichen Nutzung des Eigentumsrechts an Elektrizitätsversorgungsnetzen resultierenden Geschäftsvorfälle zusammengefasst.

2. Gasverteilung

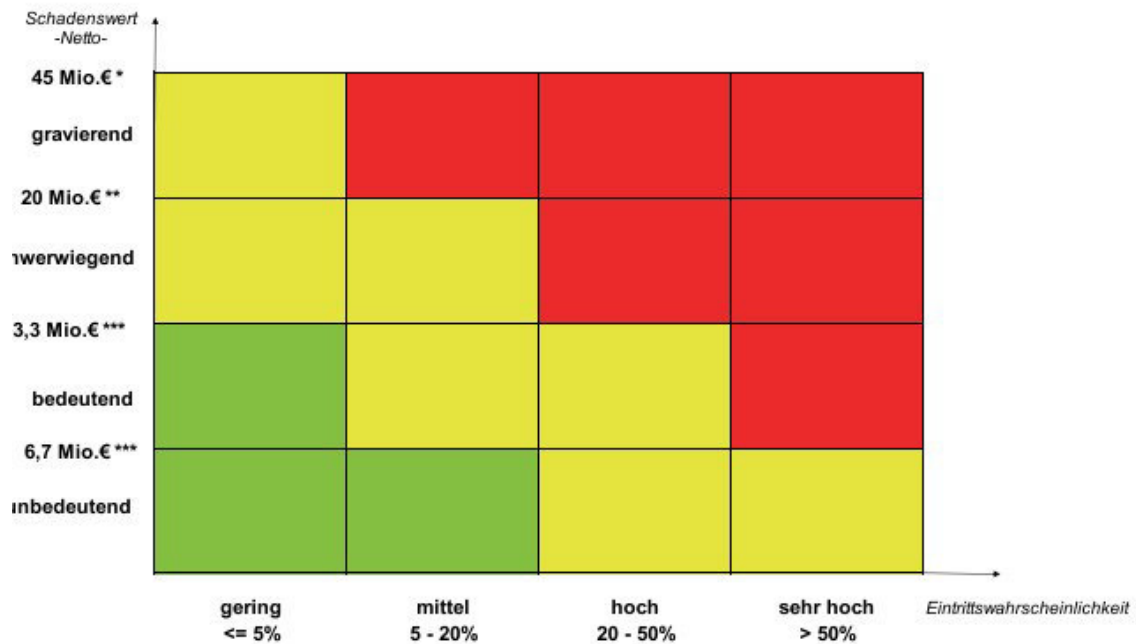
Unter der Gasverteilung werden im Geschäftsjahr 2019 aufgrund der Übertragung der Netzbetreiberfunktion auf die RNG zum 1. Januar 2006, die aus der wirtschaftlichen Nutzung des Eigentumsrechts an Gasversorgungsnetzen resultierenden Geschäftsvorfälle zusammengefasst. Die im Zusammenhang mit der Netzbetreiberfunktion im engeren Sinne stehenden Geschäftsvorfälle sowohl im Strom- als auch im Gasbereich werden für das Geschäftsjahr 2019 bei der RNG ausgewiesen.

6. Öffentliche Zwecksetzung und Zweckerreichung (Berichterstattung gemäß § 108 Abs. 3 Nr. 2 GO NW)

Der öffentliche Zweck der Gesellschaft besteht in der Versorgung der Bevölkerung mit Elektrizität, Erdgas, Wasser, Wärme und in der Übernahme anderer Versorgungswirtschaftlicher Betätigungen.

7. Chancen- und Risikobericht

Unternehmerisches Handeln ist stets mit Chancen und Risiken verbunden. Aufgabe des Risikomanagements ist es, Risiken frühzeitig zu erkennen und systematisch zu erfassen, zu bewerten und Maßnahmen zu ihrer Steuerung zwecks Vermeidung bzw. Minimierung zu ergreifen. Das Risikomanagement der BELKAW ist in das Risikomanagement der RheinEnergie AG integriert. Das Risikomanagement erfolgt auf Basis der entsprechenden Richtlinie der RheinEnergie AG, die auch für die BELKAW Gültigkeit hat.



Die identifizierten Risiken sind in nachfolgender Risikotabelle abgebildet worden.

Risikoklasse	Anzahl 2019	Anzahl 2018
A (rot) Hoch	0	0
B (gelb) Mittel	4	4
C (grün) Niedrig	2	1

Im Hinblick auf das Risiko der Verbreitung des neuartigen Coronavirus hat die BELKAW Maßnahmen vorgesehen, die die Daseinsfürsorge für die Kunden in der Region gewährleistet. Die Verhältnisse auf den Strom- und Gasmärkten haben erhebliche Auswirkungen auf die Ertragskraft. Gerade die letzten Jahre haben gezeigt, dass die entscheidenden Parameter wie Öl-, Kohle-, Strom- und Gaspreise ganz erheblichen Schwankungen unterliegen können. Derartige Entwicklungen sind zwar auch mit Chancen verbunden, sie stellen aber auch Risiken dar. Aufgrund immer komplexer werdender wettbewerblicher, regulatorischer und gesetzlicher Anforderungen an die internen Prozesse bei den Dienstleistern, wird es immer risikoreicher das hohe Qualitätsniveau zu halten. Unter Berücksichtigung der gegebenen Gegensteuerungs- und Minimierungsmaßnahmen sind derzeit keine Risiken erkennbar, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden. Derartige Risiken sind aus heutiger Sicht auch in absehbarer Zukunft nicht zu erkennen.

8. Prognosebericht

Im Strom- und im Gasbereich stehen die Absatzmengen und Preise auch weiterhin unter starkem Wettbewerbsdruck. In der Wärme- und die Wassersparte wird von konstanten Absatzmengen ausgegangen. Die BELKAW geht davon aus, dass in 2020 ein rückläufiger Umsatz (ohne Strom- und Erdgassteuer) von 175.721 T€ und ein gegenüber dem Berichtsjahr leicht abnehmendes Ergebnis vor Steuern in einer Größenordnung von 15.246 T€ erzielt werden. Dieser Lagebericht enthält Aussagen, die sich auf die zukünftige Entwicklung der BELKAW beziehen. Diese Aussagen stellen Einschätzungen dar, die auf Basis aller uns zum jetzigen Zeitpunkt zur Verfügung stehenden Informationen getroffen werden. Aufgrund von Ungewissheiten hinsichtlich der wirtschaftlichen, regulatorischen, technischen und wettbewerbsbezogenen Entwicklung können jedoch Abweichungen auftreten. Die Auswirkungen auf die Vermögens- Finanz- und Ertragslage der BELKAW wegen der Ausbreitung des Corona-Virus sind derzeit nicht abzuschätzen. Auf Basis der uns vorliegenden Erkenntnissen ist von nennenswerten negativen Auswirkungen auf Umsatz und Ergebnis vor Steuern auszugehen.

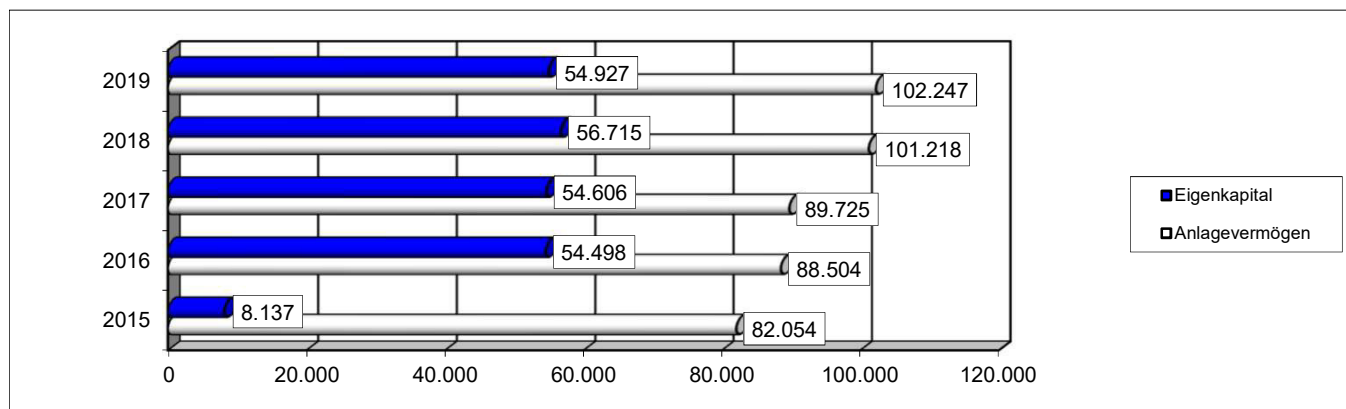
Wirtschaftliche Daten der BELKAW GmbH

Entwicklung der Bilanz im 5-Jahresvergleich (Geschäftsjahre 2015 - 2019),
Angaben in TEUR, (mittelbare Beteiligung über die Bädergesellschaft seit 2014)

AKTIVA	2015	2016	2017	2018	2019	Veränderung
Immaterielle Vermögensgegenstände	378	397	403	5.925	5.286	-639
Sachanlagen	79.451	84.786	85.730	90.883	93.260	2.377
Finanzanlagen	2.225	3.321	3.592	4.410	3.701	-709
Anlagevermögen	82.054	88.504	89.725	101.218	102.247	1.029
Vorräte	488	420	239	22	14	-8
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	23.178	24.880	21.903	23.863	20.154	-3.709
Kassenbestand und Guthaben	345	240	184	175	301	126
Umlaufvermögen	24.011	25.540	22.326	24.060	20.469	-3.591
Rechnungsabgrenzungsposten		4	48	42	277	235
Bilanzsumme	106.065	114.048	112.099	125.320	122.993	-2.327

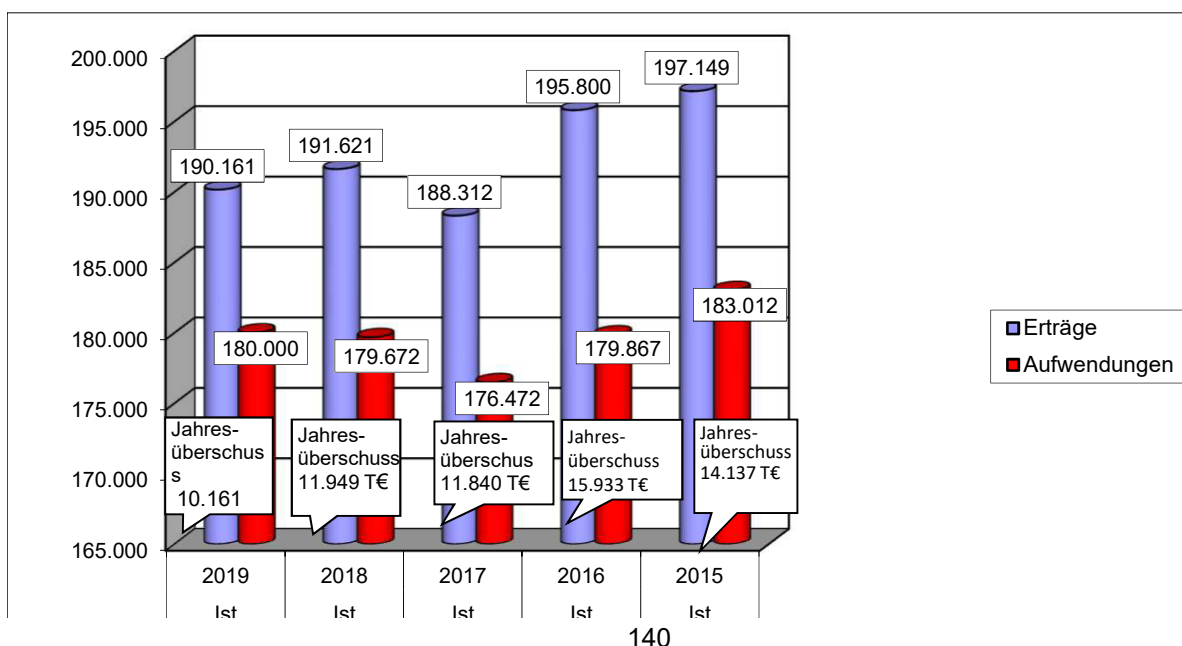
PASSIVA	2015	2016	2017	2018	2019	Veränderung
gez. Kapital	gez. Kap	22.893	22.893	22.893	22.893	0
Kapitalrücklagen	Kapitalrückl	18.512	18.512	18.512	18.512	0
Andere Gewinnrücklagen	Andere Gewinnrückl	3.361	3.361	3.361	3.361	0
Bilanzgewinn/ Jahresüberschuss ab 18		8.137	9.732	9.840	11.949	-1.788
Eigenkapital	8.137	54.498	54.606	56.715	54.927	-1.788
Empfangene Ertragszuschüsse		2.409	1.713	1.142	1.422	-112
Rückstellungen		14.243	10.232	11.654	9.726	-3.017
Verbindlichkeiten		30.811	38.985	35.576	45.018	2.643
Rechnungsabgrenzungsposten		7.899	8.620	9.121	9.257	-53
Bilanzsumme	63.499	114.048	112.099	125.320	122.993	-2.327

Finanzierung des Anlagevermögens durch Eigenkapital (Angaben in TEUR)



Gewinn- und Verlustrechnung der BELKAW GmbH

in TEUR	Plan 2019	Ist 2019	Ist 2018	Ist 2017	Ist 2016	Ist 2015	Ist 19/ Ist 18
1. Umsatzerlöse	177.433	179.058	178.216	178.653	182.667	183.505	842
2. Erhöhung des Bestandes an unfertigen Leistungen	0	-9	-226	-175	-67	321	217
3. Sonstige betrieblich	9.813	10.838	13.354	9.661	13.037	11.489	-2.516
4. Betriebliche Erträge	187.246	189.887	191.344	188.139	195.637	195.315	-1.457
5. Personalaufwand	-260	-572	-647	-281	-88	-55	75
6. Materialaufwand	-136.633	-138.115	-134.965	-135.497	-139.730	-141.598	-3.150
7. Abschreibungen	-7.069	-7.004	-7.138	-6.760	-6.257	-5.767	134
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-22.987	-23.297	-25.049	-21.742	-19.944	-20.795	1.752
9. Betriebsaufwand (	-166.949	-168.988	-167.799	-164.280	-166.019	-168.215	-1.189
10. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		274	277	173	163	1.834	-3
11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-5.088	-5.430	-6.164	-5.709	-6.688	-6.361	734
12. Finanzergebnis (	-5.088	-5.156	-5.887	-5.536	-6.525	-4.527	731
13. Ergebnis vor Steuern (4+9+12)	15.209	15.743	17.658	18.323	23.093	22.573	-1.915
14. Steuern vom Einkommen und Ertrag	-5.301	-5.582	-5.709	-6.483	-7.160	-7.952	127
15. Sonstige Steuern	0	0	0	0	0	-484	0
16. Jahresüberschuss (13+14+15)	9.908	10.161	11.949	11.840	15.933	14.137	-1.788

Entwicklung Erträge/Aufwendungen (Angaben in TEUR)

Kennzahlen im Überblick BELKAW GmbH

	2015	2016	2017	2018	2019
1. Vermögenslage					
Anlagenintensität in %	77,4%	77,6%	80,0%	80,8%	83,1%
Umlaufintensität in %	22,6%	22,4%	19,9%	19,2%	16,6%
Investitionsquote	13,3%	13,1%	4,7%	8,9%	8,6%
Reinvestitionsquote	189,1%	184,9%	62,8%	125,8%	125,9%
2. Finanzlage					
Eigenkapitalquote in %	47,8%	47,8%	48,7%	45,3%	44,7%
Fremdkapitalquote in %	52,2%	52,2%	51,3%	54,7%	55,3%
Anlagendeckung I in %	61,8%	61,6%	60,9%	56,0%	53,7%
Cashflow aus lfd. Geschäftstätigkeit	25.428 T€	22.454 T€	18.509 T€	16.794 T€	19.214 T€
3. Ertragslage					
Umsatzrentabilität in %	14,9%	16,2%	12,3%	13,2%	11,7%
Eigenkapitalrentabilität in %	27,9%	29,2%	21,7%	21,1%	18,5%
Gesamtkapitalrentabilität in %	27,9%	24,4%	10,6%	9,5%	8,3%
4. Erfolgskennzahl					
Personalintensität in %	0,0%	0,0%	0,16%	0,36%	0,32%

Finanzielle Auswirkungen auf den Haushalt/ Ertrag	2014	2015	2016	2017	2019
--	-------------	-------------	-------------	-------------	-------------

Es handelt sich um eine mittelbare Beteiligung der Stadt Bergisch Gladbach über die Bädergesellschaft der Stadt Bergisch Gladbach mbH

Bäderbetriebsgesellschaft Bergisch Gladbach mbH

mittelbare Beteiligung der Stadt über die Bädergesellschaft der Stadt Bergisch Gladbach mbH und die BELKAW GmbH

1. Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Firma	Bäderbetriebsgesellschaft Bergisch Gladbach mbH
Sitz	Bornegasse 2, 51469 Bergisch Gladbach
Gründung	11.06.2015
Gesellschaftsvertrag	Fassung vom 21.05.2015, UR-Nr. 1083/2015 S des Notars Dr. Erich Schmitz, Köln
Handelsregister	HR B 84559 beim Amtsgericht Köln, Eintragung am 11.06.2015
Geschäftsjahr	Kalenderjahr

Die Bäderbetriebsgesellschaft Bergisch Gladbach mbH wurde am 21. Mai 2015 (Abschluss des Gesellschaftsvertrages) als 100-prozentige Tochter der BELKAW GmbH gegründet.

Zwischen der Bäderbetriebsgesellschaft als beherrschte Gesellschaft und der alleinigen Gesellschafterin BELKAW besteht ein Gewinnabführungsvertrag. Darin verpflichtet sich die Bäderbetriebsgesellschaft zur Abführung des Gewinns an die BELKAW. Die BELKAW verpflichtet sich ihrerseits zum Ausgleich eines entstehenden Jahresfehlbetrages.

Die Voraussetzungen des körperschaftsteuerlichen Querverbundes zwischen der Versorgungssparte der BELKAW und den von der Bäderbetriebsgesellschaft betriebenen Bädern liegen vor bzw. wurden erstellt.

Im Rahmen einer Teilbeherrschungsabrede zwischen der Bädergesellschaft der Stadt Bergisch Gladbach mbH und der BELKAW GmbH wird die BELKAW GmbH verpflichtet, Weisungen der Bädergesellschaft hinsichtlich Bäderangelegenheiten, welche die Bädergesellschaft der Stadt Bergisch Gladbach mbH betreffen, in der Gesellschafterversammlung der Bäderbetriebsgesellschaft unmittelbar und unverzüglich umzusetzen.

Zwischen der Bädergesellschaft (Verpächterin) und der Bäderbetriebsgesellschaft (Pächterin) besteht seit 11.06.2015 ein Betriebsverpachtungsvertrag betreffend den operativen Bäderbetrieb der Bädergesellschaft.

Während alle Arbeits-/ Dienstverhältnisse des Bäderbetriebs in die Bäderbetriebsgesellschaft übernommen wurden verblieben die Mitarbeiter von Verwaltung und Technik bei der Bädergesellschaft. Entsprechende Leistungen der Verwaltung und Technik werden gemäß des Dienstleistungsvertrages vom 21.05.2015 von der Bädergesellschaft an die Bäderbetriebsgesellschaft erbracht und abgerechnet.

2. Zweck der Gesellschaft

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb von Bädern „Kombibad Paffrath“, „Freibad Milchborntal“ und „Hallenbad Stadtmitte (Hans-Zanders-Bad)“ und deren Nebenanlagen im Stadtgebiet von Bergisch Gladbach. Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die dem Gesellschaftszweck unmittelbar oder mittelbar zu dienen geeignet sind. Sie kann insbesondere Tochterunternehmen und Zweigniederlassungen errichten sowie andere Unternehmen (-steile) erwerben bzw. sich an anderen Unternehmen beteiligen.

3. Zusammensetzung der Organe

3.1 Gesellschafterversammlung

Die Bäderbetriebsgesellschaft Bergisch Gladbach mbH ist eine 100%-ige Tochter der BELKAW GmbH. Im Geschäftsjahr 2019 fanden zwei Gesellschafterversammlungen im Umlaufverfahren statt.

3.2 Aufsichtsrat

Die Gesellschaft hat einen Aufsichtsrat der aus sieben Mitgliedern besteht. Die Mitglieder des Aufsichtsrates wurden vom Rat der Stadt Bergisch Gladbach am 17.06.2014 für die noch zu gründende Gesellschaft entsandt.

Vorsitzender des Aufsichtsrates:

Lutz Urbach, Bürgermeister zu Bergisch Gladbach (Vergütung: 100 €)

Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrates:

Harald Henkel, MdR, Bergisch Gladbach (Vergütung: 100 €)

Aufsichtsratsmitglieder:

Maik Außendorf, MdR, Bergisch Gladbach (Vergütung: 100 €)

Robert Martin Kraus, MdR, Bergisch Gladbach (Vergütung: 100 €)

Gerhard Neu, MdR, Bergisch Gladbach (Vergütung: 50 €)

Klaus Orth, MdR, Bergisch Gladbach (Vergütung: 100 €)

Rolf-Dieter Schacht, MdR, Bergisch Gladbach (Vergütung: 100 €)

Im Geschäftsjahr 2019 fanden zwei Aufsichtsratssitzungen statt.

§ 12 Landesgleichstellungsgesetz fordert, dass 40% der Aufsichtsratsmitglieder Frauen sind. Da es sich bei der Besetzung eines Aufsichtsrates um eine Wahl handelt, sind die Wahlvorschläge entsprechend zu erstellen. Das Wahlergebnis kann und darf von den Wahlvorschlägen abweichen. Bei o.g. Organ wird, auf das Ergebnis der Wahl bezogen, der Mindestfrauenanteil gemäß § 12 Absatz 1 Satz 1 LGG NRW unterschritten.

3.3 Geschäftsführung

Geschäftsführer der Gesellschaft ist Herr Manfred Habrunner. Er erhält von der Bäderbetriebsgesellschaft keine Bezüge. Aufgrund des mit der Bädergesellschaft der Stadt Bergisch Gladbach mbH abgeschlossenen Dienstleistungsvertrages erfolgt eine anteilige Umlage.

4. Beteiligungsverhältnisse

Das voll geleistet Stammkapital der Gesellschaft beträgt 25.000 €. Alleinige Gesellschafterin ist die BELKAW GmbH.

5. Beschäftigte

Die durchschnittliche Zahl der während des Geschäftsjahres beschäftigten Arbeitnehmer betrug 15 fest angestellte Arbeitnehmer des Bäderbetriebs. Ergänzend werden Aushilfen beschäftigt.

6. Wirtschaftsprüfer

Die Gesellschaft beauftragte die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Ebner Stolz GmbH & Co. KG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft, Köln mit der Prüfung des Jahresabschlusses.

7. Leistungsbeziehungen zu anderen Gesellschaften an denen die Stadt Bergisch Gladbach beteiligt ist

Die Bäderbetriebsgesellschaft zahlte für Personalserviceleistungen 186.567,49 € und für die Verpachtung des operativen Bäderbetrieb 559.074,01 € an die Bädergesellschaft.

8. Geschäftsverlauf/ Lagebericht der Gesellschaft

A. Rahmenbedingungen

Die Bäderbetriebsgesellschaft Bergisch Gladbach mbH wurde am 21. Mai 2015 (Abschluss des Gesellschaftsvertrages) als 100-prozentige Tochter der BELKAW GmbH (vormals: Bergische Licht-, Kraft- und Wasserwerke (BELKAW) Gesellschaft mit beschränkter Haftung) gegründet. Die Eintragung der Gesellschaft in das Handelsregister erfolgte am 11. Juni 2015. Das Stammkapital beträgt 25.000 Euro und ist voll eingezahlt.

Gegenstand der Gesellschaft ist der Betrieb der Bäder Kombibad Paffrath, Freibad Milchborntal und Hallenbad Stadtmitte und deren Nebenanlagen im Stadtgebiet von Bergisch Gladbach. Zu diesem Zweck pachtete die Bäderbetriebsgesellschaft den Bäderbetrieb von der Bädergesellschaft der Stadt Bergisch Gladbach mbH.

Zwischen der Bäderbetriebsgesellschaft als beherrschte Gesellschaft und der alleinigen Gesellschafterin BELKAW besteht ein Gewinnabführungsvertrag. Darin verpflichtet sich die Bäderbetriebsgesellschaft zur Abführung des Gewinns an die BELKAW. Die BELKAW verpflichtet sich ihrerseits zum Ausgleich eines entstehenden Jahresfehlbetrages.

Bäderbetrieb

Die Benutzungsentgelte in den Bädern sind sozial verträglich gestaltet, weil die Gesellschaft auf die Erfüllung eines öffentlichen Zwecks ausgerichtet ist und allen gesellschaftlichen Gruppen ein attraktives, dem Zeitgeist für moderne Sport-, Freizeit- und Erholungseinrichtungen entsprechendes, dabei aber auch bezahlbares Bäderangebot ermöglichen soll. Schulen und Vereine nutzen die Bäder nach der derzeit geltenden Entgeltregelung grundsätzlich unentgeltlich.

B. Geschäftsverlauf

Umsatz-/Absatzentwicklung

Die gesamten Umsatzerlöse betrugen im Wirtschaftsjahr 2019 TEUR 1.425. Im Einzelnen erreichten die Umsätze im Kombibad Paffrath TEUR 1.187, im Hallenbad Stadtmitte TEUR 4, im Freibad Milchborntal TEUR 179 und in der Sauna/ Solarium TEUR 85.

Materialaufwand

Der Materialaufwand – hier handelt es sich hauptsächlich um den frequenz- und temperaturabhängigen Bewirtschaftungsaufwand (Energie- und Wasserbezug) – betrug TEUR 967. Hiervon sind TEUR 23 periodenfremde Aufwendungen.

Im Materialaufwand sind auch Aufwendungen für bezogene Leistungen (Honorarkräfte für das angebotene Kursprogramm und Leistungen zur Optimierung der Badewassergüte) in Höhe von TEUR 88 enthalten.

Personal

Der Personalaufwand im Bäderbetrieb (TVöD Tarifvertrag) betrug im Geschäftsjahr TEUR 1.154. Im Jahresdurchschnitt waren 15 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter fest angestellt. Um auf die unterschiedliche Besucherfrequenz reagieren zu können, beschäftigt die Bäderbetriebsgesellschaft neben der gut ausgebildeten und hoch qualifizierten Stammbeslegschaft in den Bädern zusätzliche, die Sicherheitsstandards erfüllende Aushilfskräfte. Zur bedarfsgerechten Steuerung der Mitarbeiterzahl und der Arbeitszeiten setzen wir auf Flexibilisierungsinstrumente wie z. B. Zeitkonten und Schichtmodelle, um die Personalkosten, die den größten Aufwandsposten in der Erfolgsrechnung darstellen, möglichst gering zu halten.

Die Verwaltungsfunktionen (Buchhaltung, Finanzwesen, Personalsachbearbeitung) sowie der Bereich Technik werden von dem bei der Bädergesellschaft angestellten Personal erfüllt, das aufgrund eines Dienstleistungsvertrages gegen Vergütung als externer Dienstleister für die Bäderbetriebsgesellschaft handelt. Die Kosten hierfür sind in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthalten.

Erhaltungsaufwand

Im Geschäftsjahr 2019 wurden nur dringend erforderliche Reparaturen und Instandhaltungen in den Bädern durchgeführt. Der Gesamtaufwand belief sich dabei auf TEUR 206. Insbesondere die Reparatur des Hallenbades Stadtmitte führte zu ungeplantem Mehraufwand in diesem Bereich.

Investitionen

Gemäß dem Pachtvertrag mit der Bädergesellschaft sind Investitionen im Einzelbetrag bis TEUR 3 von der Bäderbetriebsgesellschaft selbst vorzunehmen. Aufsummiert investierte die Bäderbetriebsgesellschaft in den Bädern im Jahr 2019 TEUR 3.

Umweltschutz

Zum Schutz von Mensch und Umwelt wird in den von der Bäderbetriebsgesellschaft betriebenen Bädern kein Chlorgas eingesetzt. Im Hallenbad Stadtmitte und im Freibad Milchborntal erfolgt die Wasserdesinfektion über Flüssigchlorsubstanzen. Im Kombibad Paffrath wird im Gegensatz zu den üblichen Chlorgasanlagen zur Desinfektion von Beckenwasser u. a. eine Membran-Elektrolyseanlage eingesetzt, die mit Hilfe von reinem Kochsalz und elektrischem Strom eine chlorhaltige Lauge erzeugt. Die Produktion erfolgt bedarfsabhängig am Verwendungsort, womit risikoreiche Gefahrentransporte von Chlorgas durch Wohngebiete für diesen Bereich entfallen und auch eine Lagerung von gefährlichen Chemikalien im Bad keinen Gefahrenpunkt mehr darstellt. Chlorgasunfälle sind dadurch ausgeschlossen. Die Elektrolyseanlage ist damit technologisch, sicherheits- und kostentechnisch eine Alternative zu den herkömmlichen Chlorungsanlagen.

Einen weiteren Beitrag zum aktiven Umweltschutz tragen die beiden Blockheizkraftwerke bei, die das Kombibad Paffrath und das Freibad Milchborntal mit Strom und Wärme versorgen. Die durch die Verbrennung von Erdgas entstehende mechanische Energie wird im Generator in Elektrizität umgewandelt. Mit der gleichzeitig entstehenden Abwärme werden u. a. die Außenbecken beheizt.

C. Erläuterungen zur Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage

Vermögenslage

Die Anlagenintensität, das Verhältnis von Sach- und Finanzanlagen zum gesamten Vermögen, liegt aufgrund des gepachteten Bäderbetriebs bei 1,0 %.

Das Verhältnis des Umlaufvermögens zum gesamten Vermögen beträgt 99 % und besteht zu 96,5 % aus kurzfristigem Umlaufvermögen und zu 3,5 % aus liquiden Mitteln. Der größte Posten (93,3 %) des kurzfristigen Umlaufvermögens stellt die aus dem Gewinnabführungsvertrages resultierende Verlustausgleichsforderung und Forderungen aus Lieferungen und Leistungen gegenüber der Gesellschafterin (BELKAW) dar. Das restliche kurzfristige Umlaufvermögen verteilt sich auf 0,5% Vorräte, 5,2 % Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und 1 % auf übrige Aktiva (sonstige Vermögensgegenstände).

Kapitalstruktur

Die Eigenkapitalquote, die das Verhältnis des Eigenkapitals zum Gesamtkapital aufzeigt, liegt zum 31. Dezember 2019 bei 1 %. Dabei handelt es sich um das Stammkapital der Gesellschaft, das voll eingezahlt ist. Das Fremdkapital setzt sich aus Rückstellungen (14 %) und Verbindlichkeiten (86 %) zusammen. Die Verbindlichkeiten gliedern sich in langfristige Verbindlichkeiten (87,8 %) aus einem Kontokorrentkredit der BELKAW sowie kurzfristige Verbindlichkeiten (12,2%). Der eingeräumte Rahmen des Kontokorrentkredites beläuft sich auf TEUR 2.500 mit einer erstmaligen Laufzeit bis zum 31.12.2020 und jährlicher Verlängerungsoption. Die kurzfristigen Verbindlichkeiten beinhalten neben den allgemeinen Liefer- und Leistungsverbindlichkeiten (TEUR

107) Verbindlichkeiten gegenüber der Gesellschafterin (TEUR 14) und der Stadt Bergisch Gladbach (TEUR 130), die im Wesentlichen aus der Personalkostenverrechnung resultieren.

Ertragslage

Während die Umsatzerlöse (TEUR 1.425) die Planung leicht überstiegen, fiel das negative Betriebsergebnis – vor Zinsen und periodenfremden Aufwendungen und Erträgen - (-TEUR 2.043) gegenüber der Planung signifikant höher aus. Insbesondere ein höherer, bedarfsabhängiger Personaleinsatz sowie die ungeplante Reparatur des Hallenbades Stadtmitte beeinflussen das Ergebnis. Die betrieblichen Aufwendungen (ohne Materialaufwand von TEUR 944) in Höhe von insgesamt TEUR 2.572 enthalten TEUR 1.154 Personalkosten, TEUR 7 Abschreibungen, TEUR 274 Verwaltungs- und TEUR 93 Vertriebsaufwendungen sowie übrigen Betriebsaufwand in Höhe von TEUR 1.044 (insbesondere Pacht, Instandhaltung, Reinigung und Betriebssteuern). Dagegen stehen die übrigen Betriebserträge (TEUR 48), die im Wesentlichen aus der U1 Erstattung der Krankenkassen resultieren. Komplettiert mit dem Finanzergebnis (Zinsaufwendungen abzgl. der Zinserträge) in Höhe von -TEUR 20 und dem Neutralen Ergebnis -TEUR 28 (Periodenfremde Aufwendungen aufgrund von Nachberechnungen für Energiekosten etc. abzgl. der Periodenfremden Erträge u.a. für die Auflösung von Rückstellungen) beträgt der aufgrund des Gewinnabführungsvertrages durch die BELKAW vollständig auszugleichende Verlust TEUR 2.091.

Finanzlage

Die Zahlungsfähigkeit während des Geschäftsjahres und zum Abschluss-Stichtag war jederzeit gegeben, nicht zuletzt durch einen Kontokorrentkredit der BELKAW, der zum Jahresultimo mit TEUR 1.800 in Anspruch genommen war. Der Kreditrahmen beträgt derzeit EUR 2,5 Mio. und verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn er nicht mit einer Frist von 6 Monaten vor dem jeweiligen Ablauf gekündigt wird. Die vollständige Tilgung des Kreditrahmens hat spätestens zum Enddatum zu erfolgen. Zusätzlich besteht die Möglichkeit eines Liquiditätsausgleiches mit der Bädergesellschaft der Stadt Bergisch Gladbach mbH i. H. v. TEUR 500.

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit betrug -TEUR 2.027, welcher um die Investition in das Sachanlagevermögen (TEUR 3) reduziert wird. Der Saldo aus den Einzahlungen des Gesellschafters aus der Verlustübernahme und den Auszahlungen zur Kredittilgung (TEUR 300) ergibt einen Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit von TEUR 1.814. So ergab sich eine zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds in Höhe von -TEUR 216. Zusammen mit dem Finanzmittelfonds zu Beginn des Wirtschaftsjahres (TEUR 301) betrug der Finanzmittelfond am Jahresultimo TEUR 85.

D. Risikobericht

Um die Risiken im alltäglichen Geschäftsablauf weitestgehend zu vermeiden bzw. frühzeitig zu erkennen, ist auf der operativen Ebene ein dokumentiertes Frühwarnsystem eingerichtet. Die Steuerung von Chancen und Risiken ist dabei integraler Bestandteil der Unternehmensführung und nicht nur Aufgabe einer bestimmten organisatorischen Einheit. Es ist darauf ausgerichtet, dass die Unternehmensleitung wesentliche Risiken frühzeitig erkennt und gegensteuernde Maßnahmen einleiten kann. Das Frühwarnsystem zielt auf die systematische Identifikation, Beurteilung, Kontrolle und Dokumentation von Risiken ab. Dabei werden definierte Risiken von den jeweiligen Stellen identifiziert und hinsichtlich ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit taxiert. Die Berichterstattung erfolgt an die Geschäftsleitung bzw. an den Aufsichtsrat.

Die Risiken in den Bädern definieren sich über die Aufrechterhaltung aller gepachteten und betriebsnotwendigen Anlagen u. a. aufgrund des Sanierungsstaus (Hallenbad Stadtmitte) bzw. zeitgerechte Fertigstellung (Sanierung Außenbereich Kombibad Paffrath), beim Energieverbrauch bzw. bei den Energiepreisen und im Umwelt-, Gesundheits- und Sicherheitsbereich.

Aus heutiger Sicht lassen sich jedoch keine Risiken erkennen, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden könnten.

Rechtliche Risiken

Die zum aktuellen Zeitpunkt wirksame Corona-Schutzverordnung des Landes Nordrhein-Westfalens vom 22.03.2020 verbietet den öffentlichen Badebetrieb auf unbestimmte Dauer. Diesem wesentlichen Einschnitt auf der Einnahmenseite begegnet die Gesellschaft mit verschiedenen Maßnahmen zur Hebung von Einsparpotenzialen (u.a. Kurzarbeit der Belegschaft).

Unternehmensspezifisches und Betriebsrisiko

Mit flexiblen, witterungsabhängigen Öffnungszeiten im Freibadbereich und angepasstem Personaleinsatz versucht die Bäderbetriebsgesellschaft die Kostensteigerungen zu begrenzen und den stark wetterabhängigen Schwankungen bei den Umsatzerlösen in den Freibadbereichen zu begegnen. Gleichzeitig wird versucht, die Umsatzschwankungen im Freibadbereich über ein differenziertes Kursprogramm und den Verkauf von Badeartikeln auszugleichen.

Liquiditätsrisiko

Ein Risiko würde sich ergeben, wenn die Liquiditätsreserven für die zeitgerechte Deckung der finanziellen Verpflichtungen nicht ausreichen würden. Zur Deckung des unterjährigen Kapitalbedarfs stehen neben den Bädereinnahmen Mittel aus dem von der Gesellschafterin eingeräumten Kontokorrentkredit zur Verfügung, dessen Kreditrahmen sich auf EUR 2,5 Mio. beläuft. Zusätzlich besteht ein Vertrag zum Liquiditätsausgleich zwischen der Bäderbetriebsgesellschaft und der Bädergesellschaft der Stadt Bergisch Gladbach mbH, dessen Rahmen sich auf TEUR 500 beläuft. Zum Erhalt der Zahlungsfähigkeit ist bei einer längerfristig andauernden Anordnung zur Schließung

der Bäder im Rahmen der Covid-19-Pandemie die Ausweitung der Kontokorrentlinien angedacht.

Mit der alleinigen Gesellschafterin BELKAW besteht ein Gewinnabführungsvertrag. Darin verpflichtet sich die Bäderbetriebsgesellschaft zur Abführung des Gewinns an die BELKAW. Die BELKAW verpflichtet sich ihrerseits zum Ausgleich eines entstehenden Jahresfehlbetrages.

E. Prognosebericht

Die Planung für das Geschäftsjahr 2020 berücksichtigt Umsatzerlöse und Aufwendungen auf dem Durchschnittsniveau der vergangenen drei Jahre mit einem entsprechend hohen Jahresfehlbetrag. Gründe hierfür sind, dass die Benutzungsentgelte in den Bädern sozial verträglich gestaltet sind bzw. bleiben, die Gesellschaft auf die Erfüllung eines öffentlichen Zwecks ausgerichtet ist und dadurch allen gesellschaftlichen Gruppen ein attraktives, dem Zeitgeist für moderne Sport-, Freizeit- und Erholungseinrichtungen entsprechendes, aber auch bezahlbares Bäderangebot ermöglicht. Hinzu kommt, dass Schulen und Vereine die Bäder nach der derzeit geltenden Entgeltregelung grundsätzlich unentgeltlich nutzen.

Die per Erlasslage (Corona-Schutzverordnung des Landes Nordrhein-Westfalen) angeordnete Schließung der öffentlichen Schwimmbäder wird insbesondere aufgrund des aktuell ungewissen Zeitpunktes des Außerkrafttretens der Verordnung nicht näher bestimmbare Auswirkungen auf den Geschäftserfolg der Gesellschaft haben. Ausbleibenden Umsatzerlösen stehen konstante Fixkosten gegenüber und verringern den Betriebsertrag voraussichtlich deutlich. Die zur Abmilderung dieses Effekts geeigneten Maßnahmen werden aktuell durch die Gesellschaft geprüft bzw. befinden sich in der Umsetzung (u.a. Kurzarbeit, Energieeinsparungen o.ä.).

Dieser Lagebericht enthält Aussagen, die sich auf die zukünftige Entwicklung der Bäderbetriebsgesellschaft beziehen. Diese Aussagen beruhen auf Einschätzungen, die auf Basis aller uns zum jetzigen Zeitpunkt zur Verfügung stehenden Information getroffen wurden. Aufgrund von Ungewissheiten in politischen, wirtschaftlichen bzw. finanzwirtschaftlichen, regulatorischen etc. Entwicklungen bzw. geänderten Rahmenbedingungen sind zukünftige Abweichungen nicht auszuschließen.

Wirtschaftliche Daten der Bäderbetriebsgesellschaft Bergisch Gladbach mbH

Daten der Bilanz, Angaben in TEUR

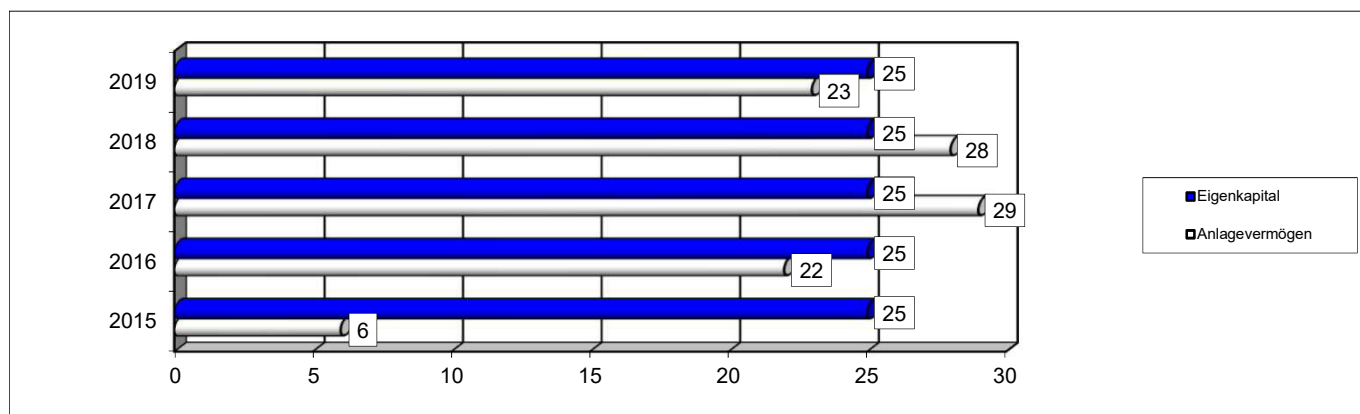
(mittelbare Beteiligung: Die Bäderbetriebsg. ist eine 100%-ige BELKAW-Tochter.

Die städtische Bädergesellschaft ist an der BELKAW wiederum zu 49,9% beteiligt.)

AKTIVA	2015	2016	2017	2018	2019	Veränderung
Immaterielle Vermögensgegenstände					1	
Sachanlagen	6	22	29	28	23	7
Finanzanlagen						
Anlagevermögen	6	22	29	28	23	7
Vorräte	12	11	11	12	12	0
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.059	2.083	2.190	2.309	2.296	107
Kassenbestand und Guthaben	297	142	234	300	86	92
Umlaufvermögen	1.374	2.258	2.435	2.621	2.394	177
Rechnungsabgrenzungsposten	3	3	2	2	0	-1
Bilanzsumme	1.377	2.261	2.466	2.651	2.417	205

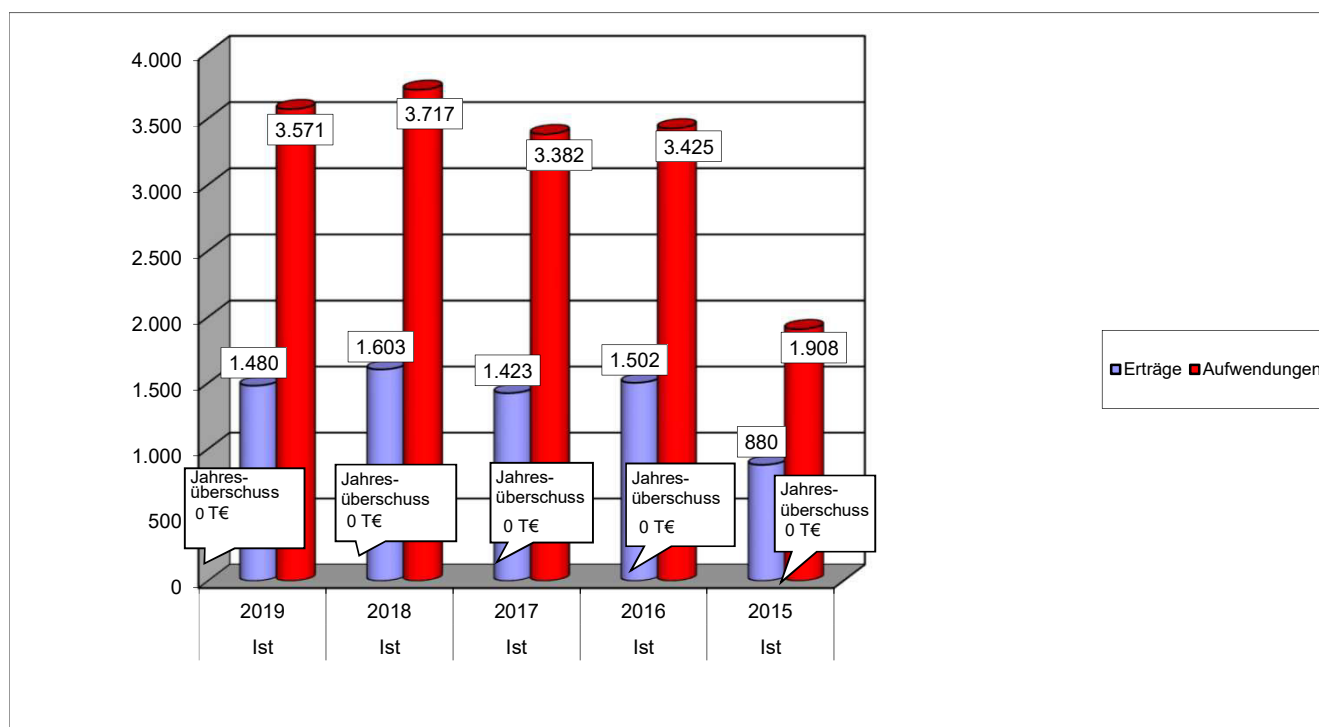
PASSIVA	2015	2016	2017	2018	2019	Veränderung
gez. Kapital	25	25	25	25	25	0
Eigenkapital	25	25	25	25	25	0
Rückstellungen	63	73	112	180	341	39
Verbindlichkeiten	1.289	2.163	2.329	2.446	2.051	166
Rechnungsabgrenzungsposten						
Bilanzsumme	1.377	2.261	2.466	2.651	2.417	205

Finanzierung des Anlagevermögens durch Eigenkapital (Angaben in TEUR)



Gewinn- und Verlustrechnung der Bäderbetriebsgesellschaft Bergisch Gladbach mbH

in TEUR	Plan 2019	Ist 2019	Ist 2018	Ist 2017	Ist 2016	Ist 2015	Ist 19/ Ist 18
1. Umsatzerlöse	1.389	1.425	1.529	1.360	1.464	869	-104
2. Erhöhung des Bestandes an unfertigen Leistungen							
3. Sonstige betriebliche Erträge	0	49	68	55	34	11	-19
4. Betriebliche Erträge (1+2+3)	1.389	1.474	1.597	1.415	1.498	880	-123
5. Personalaufwand	-1.055	-1.154	-1.101	-1.015	-1.007	-666	-53
6. Materialaufwand	-975	-967	-1.090	-817	-802	-384	123
7. Abschreibungen	0	-7	-6	-7	-5	-2	-1
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.184	-1.379	-1.452	-1.472	-1.546	-836	73
9. Betriebsaufwand (5+6+7+8)	-3.214	-3.507	-3.649	-3.311	-3.360	-1.888	142
10. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	6	6	8	4	0	0
11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-39	-26	-30	-34	-28	-3	4
12. Finanzergebnis (10+11)	-39	-20	-24	-26	-24	-3	4
13. Periodenf. und andere neut. Erträge	12						
14. Periodenf. u. a. neut. Aufwendungen							
15. Neutrales Ergebnis (13+14)	12						
16. Ergebnis vor Steuern (4+9+12+15)	-1.852	-2.053	-2.076	-1.922	-1.886	-1.011	23
17. Steuern vom Einkommen und Ertrag							
18. Sonstige Steuern		-38	-38	-37	-37	-17	0
19. Erträge aus Verlustübernahme	1.852	2.091	2.114	1.959	1.923	1.028	-23
20. Jahresüberschuss	0	0	0	0	0	0	0

Entwicklung Erträge/Aufwendungen (Angaben in TEUR, Erträge ohne Verlustübernahme)

Kennzahlen im Überblick/ Bäderbetriebsgesellschaft Bergisch Gladbach mbH

	2015	2016	2017	2018	2019
1. Vermögenslage					
Anlagenintensität in %	0,4%	1,0%	1,2%	1,1%	1,0%
Umlaufintensität in %	99,8%	99,9%	98,7%	98,9%	99,0%
Investitionsquote	133,3%	95,5%	49,7%	15,1%	15,6%
Reinvestitionsquote	400,0%	420,0%	205,7%	70,7%	51,3%
2. Finanzlage					
Eigenkapitalquote in %	1,8%	1,1%	1,0%	0,9%	1,0%
Fremdkapitalquote in %	98,2%	98,9%	99,0%	99,1%	99,0%
Anlagendeckung I in %	416,7%	113,6%	86,2%	89,3%	108,7%
Cashflow aus lfd. Geschäftstätigkeit	-670 T€	- 1.234 T€	- 144 T€	- 1.687 T€	- 2.027 T€
3. Ertragslage (im Verhältnis zum Betriebsergebnis)					
Umsatzrentabilität in %	-118,1%	-125,8%	-138,2%	-130,7%	-143,4%
Eigenkapitalrentabilität in %	-4104,0%	-7364,0%	-7520,0%	-8456,0%	-8364,0%
Gesamtkapitalrentabilität in %	-74,5%	-81,4%	-83,1%	-79,7%	-84,5%
4. Erfolgskennzahl					
Personalintensität in %	76,6%	68,8%	74,6%	72,01%	80,98%
den Haushalt/ Ertrag					
Kernhaushalt	2015	2016	2017	2018	2019
Forderungen an Stadt					
(Benutzungsentgelt Schulen)	-2295	-7.008 €	-5.624 €	-5.590 €	-5.595 €
Leistung Abfallwirtschaft					
Leistung Stadtgrün		30.171 €	27.978 €	14.827 €	14.369 €
Leistungen Abwasserwerk	178	180.009 €	163.631 €	145.481 €	43.437 €
Gebühren Gewerbeanmeldung	20				
Serviceleistung Lohnabrechnung	8960	14.560 €	12.789 €	17.308 €	16.689 €
Miete Hubsteiger (StadtGrün)	79,17			51 €	0 €
Per Saldo Ertrag Stadt:	9916,07	217.733 €	198.774 €	172.077 €	68.901 €
Die Bäderbetriebsgesellschaft ist eine 100%-ige BELKAW-Tochter.					
Die Bädergesellschaft ist an der BELKAW zu 49,9% beteiligt.					

Zukunft Stadt Profil GmbH & Co. KG

1. Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Firma	Zukunft Stadt Profil GmbH & Co. KG
Sitz	Bergisch Gladbach
Gründung	06.09.2017
Gesellschaftsvertrag	Vertrag vom 06.09.2017
Handelsregister	HR A 33054 beim Amtsgericht Köln
Geschäftsjahr	Kalenderjahr

2. Zweck der Gesellschaft

Gegenstand der Gesellschaft ist der Erwerb, die Erschließung, Sanierung bzw. Bebauung von Grundstücken in Bergisch Gladbach, insbesondere des Zanders-Geländes, sowie deren Vermietung, Verpachtung und Weiterveräußerung. Die Gesellschaft kann Grundstücke erwerben und veräußern.

Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die dem Gesellschaftszweck unmittelbar oder mittelbar geeignet oder nützlich erscheinen. Die Gesellschaft kann sich im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an gleichartigen oder ähnlichen Unternehmen beteiligen oder solche Unternehmen wie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten, erwerben und pachten, und Zweigniederlassungen errichten.

Die Gesellschaft ist verpflichtet, die für sie geltenden Vorschriften der Gemeindeordnung für das Land NRW in der jeweils gültigen Fassung, insbesondere die §§ 107 ff. zu beachten. Dabei ist die Gesellschaft so zu führen, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erreicht wird.

3. Zusammensetzung der Organe

3.1 Gesellschafterversammlung

Die Gesellschafterversammlung wurde vom Vorsitzenden des Aufsichtsrates, Herrn Bürgermeister Lutz Urbach, geleitet. Er war der Vorsitzende und einzige Vertreter der Stadt Bergisch Gladbach in der Gesellschafterversammlung.

3.2 Aufsichtsrat

Die Gesellschaft hat einen Aufsichtsrat. Er besteht aus achtzehn Mitgliedern. Die Zahl der Aufsichtsratsmitglieder kann durch Gesellschafterbeschluss abgeändert werden. Die Aufsichtsratsmitglieder werden durch die Stadt Bergisch Gladbach, auf Grund eines Ratsbeschlusses, widerruflich entsandt (§ 111 Abs. 1 Satz 3, § 113 Abs. 3 GO NRW). Diesen können Weisungen gemäß § 113 Abs. 1 Satz 2 GO NRW erteilt werden. Für jedes Mitglied des Aufsichtsrats wird ein persönlicher Stellvertreter durch den Rat der Stadt Bergisch Gladbach gewählt. Der Stellvertreter kann an den Sitzungen nur teilnehmen und abstimmen, wenn das ordentliche Mitglied verhindert ist. Eines der Aufsichtsratsmitglieder ist der Bürgermeister der Stadt Bergisch Gladbach. Dieser führt zugleich den Vorsitz des Aufsichtsrates. Der stellvertretende Vorsitzende des Aufsichtsrats, der Mitglied des Rates sein muss, wird durch den Rat der Stadt Bergisch Gladbach bestimmt.

Ordentliches MitgliedPersönliche Stellvertretung

1. Urbach, Lutz (Vorsitzender)	1. N.N.
2. Dr. Bernhauser, Johannes	2. Kraus, Robert Martin
3. Bilo, Angelika	3. Henkel, Harald
4. de Lamboy, Bernd	4. Schade, Lutz
5. Höring, Lennart	5. Lucke, Martin
6. Kühl, Manfred	6. Lehnert, Elke
7. Wagner, Hermann-Josef	7. Kockmann, Karlheinz
8. Willnecker, Josef	8. Schacht, Rolf-Dieter
9. Waldschmidt, Klaus W.	9. Ebert, Andreas
10. Orth, Klaus	10. Zalfen, Michael
11. Holz-Schöttler, Brigitte	11. Bähner-Sarembe, Marta
12. Winkels, Berit	12. Stauer, Ute
13. Komenda, Mirko	13. Neu, Gerd
14. Schundau, Edeltraud	14. Meinhardt, Theresia
15. Gerhardus, Eva	15. Steinbüchel, Dirk
16. Klein, Thomas	16. Samirae, Frank
17. Krell, Jörg	17. Glamann-Krüger, Annette
18. Jungbluth, Torsten	18. Heuser, Wolfgang

§ 12 Landesgleichstellungsgesetz fordert, dass 40% der Aufsichtsratsmitglieder Frauen sind. Da es sich bei der Besetzung eines Aufsichtsrates um eine Wahl handelt, sind die Wahlvorschläge entsprechend zu erstellen. Das Wahlergebnis kann und darf von den Wahlvorschlägen abweichen. Bei o.g. Organ wird, auf das Ergebnis der Wahl bezogen, der Mindestfrauenanteil gemäß § 12 Absatz 1 Satz 1 LGG NRW unterschritten.

3.3 Geschäftsführung

Zur Geschäftsführung und Vertretung der Gesellschaft ist allein die Zukunft Stadt Profil Verwaltungs-GmbH als Komplementärin, diese vertreten durch die Geschäftsführung, berechtigt und verpflichtet.

4. Beteiligungsverhältnisse

Persönlich haftende Gesellschafterin (Komplementärin) ist die Zukunft Stadt Profil Verwaltungs- GmbH mit Sitz in Bergisch Gladbach. Zur Leistung einer Kapitaleinlage ist die Komplementärin weder berechtigt noch verpflichtet. Sie hält keinen Kapitalanteil und ist am Vermögen der Gesellschaft nicht beteiligt. Das Gesellschaftskapital beträgt 100 T€.

Das Festkapital der Gesellschaft beträgt 100 T€ (in Worten: Einhunderttausend). Am Festkapital ist die Stadt Bergisch Gladbach als einzige Kommanditistin mit einem Kapitalanteil von 100% (in Worten: Einhundertprozent) beteiligt.

5. Beschäftigte

In 2019 hatte die ruhende Gesellschaft keine Beschäftigten.

6. Wirtschaftsprüfer

Der Jahresabschluss 2019 ist auf Grund der Genehmigung der Kommunalaufsicht vom 29.10.2020 gemäß § 108 (1) S. 2 GO NRW nicht prüfungspflichtig.

7. Leistungsbeziehungen zu anderen Gesellschaften an denen die Stadt Bergisch Gladbach

Die Gesellschaft ruht seit der Gründung.

8. Geschäftsverlauf

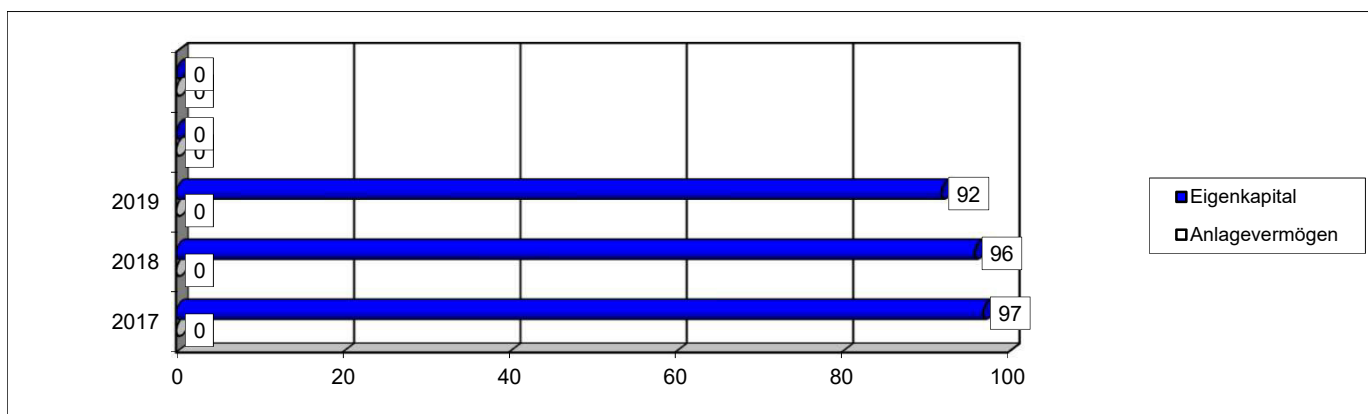
Die Gesellschaft ruht seit der Gründung.

Wirtschaftliche Daten der Zukunft Stadt Profil GmbH & Co. KG
(seit Gründung im September 2017 ruhende Gesellschaft)

AKTIVA	2017	2018	2019			Veränderung
Immaterielle Vermögensgegenstände						
Sachanlagen						
Finanzanlagen						
Anlagevermögen						
Vorräte						
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände						
Kassenbestand und Guthaben	100	100	96			-4
Umlaufvermögen	100	100	96			-4
Rechnungsabgrenzungsposten						
Bilanzsumme	100	100	96			-4

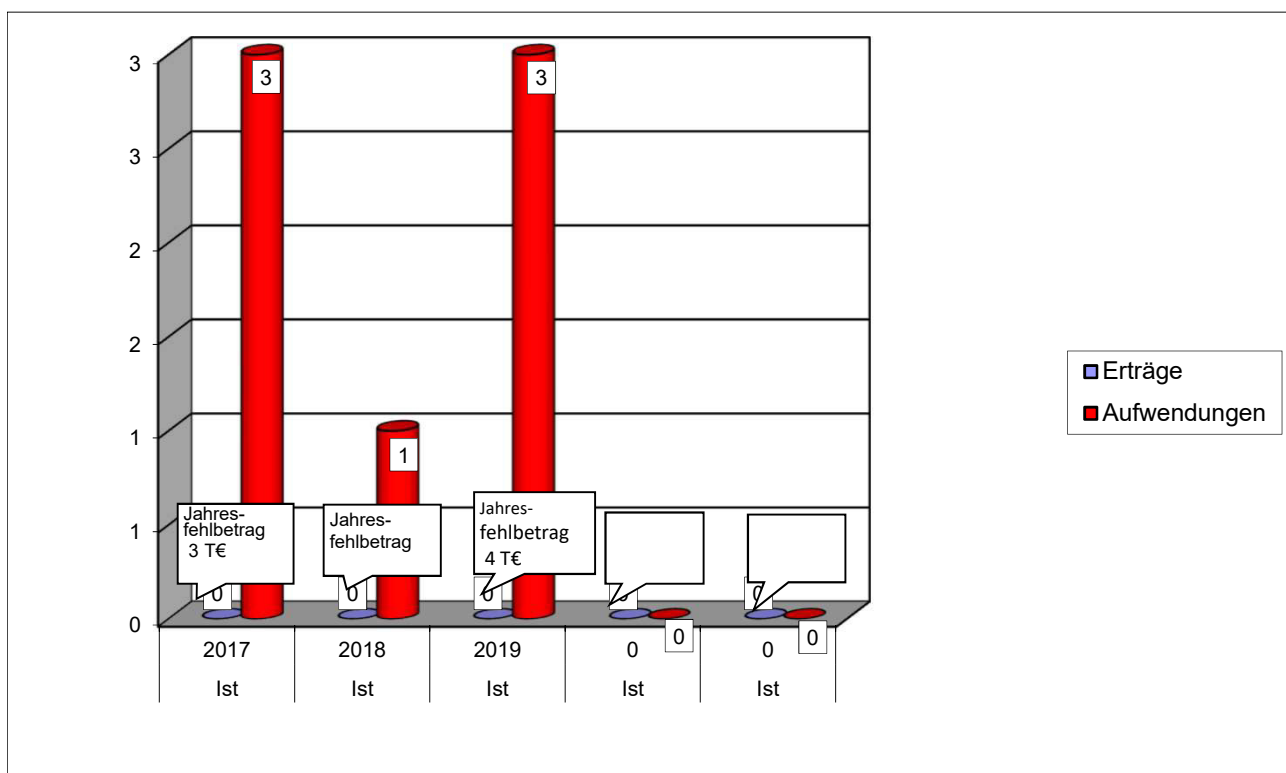
PASSIVA	2017	2018	2019			Veränderung
gez. Kapital	97	96	92			-4
Eigenkapital	97	96	92			-4
Rückstellungen	1	1	1			0
Verbindlichkeiten	2	3	3			0
Rechnungsabgrenzungsposten						
Bilanzsumme	100	100	96			-4

Finanzierung des Anlagevermögens durch Eigenkapital (Angaben in TEUR)



Gewinn- und Verlustrechnung der Zukunft Stadt Profil GmbH & Co. KG

in TEUR	Ist 2017	Ist 2018	Ist 2019	Ist	Ist	Ist 19/ Ist 18
1. Umsatzerlöse						
2. Erhöhung des Bestandes an unfertigen Leistungen						
3. Sonstige betriebliche Erträge						
4. Betriebliche Erträge (1+2+3)						
5. Personalaufwand						
6. Materialaufwand						
7. Abschreibungen						
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	3	1	4			3
9. Betriebsaufwand (5+6+7+8)	3	1	4			3
10. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge						
11. Zinsen und ähnliche Aufwendung						
12. Finanzergebnis (10+11)						
13. Ergebnis vor Steuern (4+9+12)	-3	-1	-4			-3
14. Steuern vom Einkommen und Ertrag						
15. Sonstige Steuern						
17. Jahresüberschuss (13+14+15+16)	-3	-1	-4			-3

Entwicklung Erträge/Aufwendungen (Angaben in TEUR)


Zukunft Stadt Profil Verwaltungs-GmbH

1. Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Firma	Zukunft Stadt Profil Verwaltungs-GmbH
Sitz	Bergisch Gladbach
Gründung	22.11.2017
Gesellschaftsvertrag	Vertrag vom 06.09.2017
Handelsregister	HR B 92735 beim Amtsgericht Köln vom 22.11.2017
Geschäftsjahr	Kalenderjahr

2. Zweck der Gesellschaft

Gegenstand der Gesellschaft ist die Beteiligung als persönlich haftende Gesellschafterin an einer Kommanditgesellschaft, der Zukunft Stadt Profil GmbH & Co KG, die den Erwerb, die Erschließung, Sanierung bzw. Bebauung von Immobilien in Bergisch Gladbach, insbesondere des Zanders-Geländes, sowie deren Vermietung, Verpachtung und Weiterveräußerung zum Gegenstand hat, sowie die Geschäftsführung der Zukunft Stadt Profil GmbH & Co KG.

Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die zur Erreichung des Gesellschaftszwecks unmittelbar oder mittelbar geeignet oder nützlich erscheinen.

Die Gesellschaft ist verpflichtet, die für sie geltenden Vorschriften der Gemeindeordnung für das Land NRW in der jeweils gültigen Fassung, insbesondere die §§ 107 ff. zu beachten. Dabei ist die Gesellschaft so zu führen, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erreicht wird.

3. Zusammensetzung der Organe

3.1 Gesellschafterversammlung

Herr Bürgermeister Lutz Urbach vertrat die Stadt Bergisch Gladbach.

3.2 Aufsichtsrat

Die Gesellschaft hat keinen Aufsichtsrat.

3.3 Geschäftsführung

Geschäftsführer der Gesellschaft sind Herr Stadtbaurat Harald Flügge, Erster Beigeordneter und Stadtbaurat der Stadt Bergisch Gladbach, Heiligenhaus und Herr Helmut Raßfeld, Unternehmensberater, Köln.

4. Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 25.000€.

Die Stadt Bergisch Gladbach hält einen Geschäftsanteil in Höhe von 25.000€.

5. Beschäftigte

In 2019 hatte die ruhende Gesellschaft keine Beschäftigten.

6. Wirtschaftsprüfer

Der Jahresabschluss 2019 ist auf Grund der Genehmigung der Kommunalaufsicht vom 29.10.2020 gemäß § 108 (1) S. 2 GO NRW nicht prüfungspflichtig.

7. Leistungsbeziehungen zu anderen Gesellschaften an denen die Stadt Bergisch Gladbach

Die Gesellschaft ruht seit der Gründung.

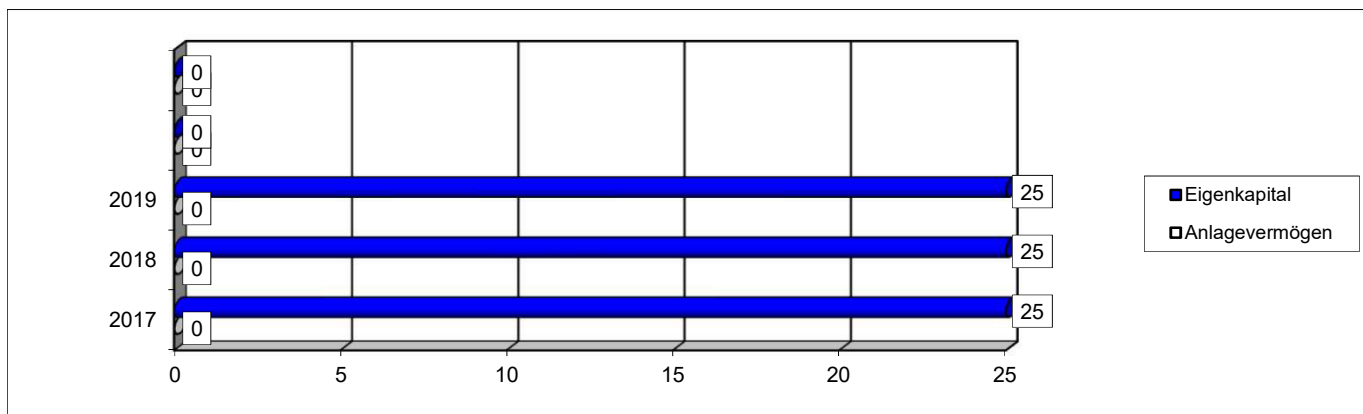
8. Geschäftsverlauf

Die Gesellschaft ruht seit der Gründung.

Wirtschaftliche Daten der Zukunft Stadt Profil Verwaltungs-GmbH
(seit Gründung im September 2017 ruhende Gesellschaft)

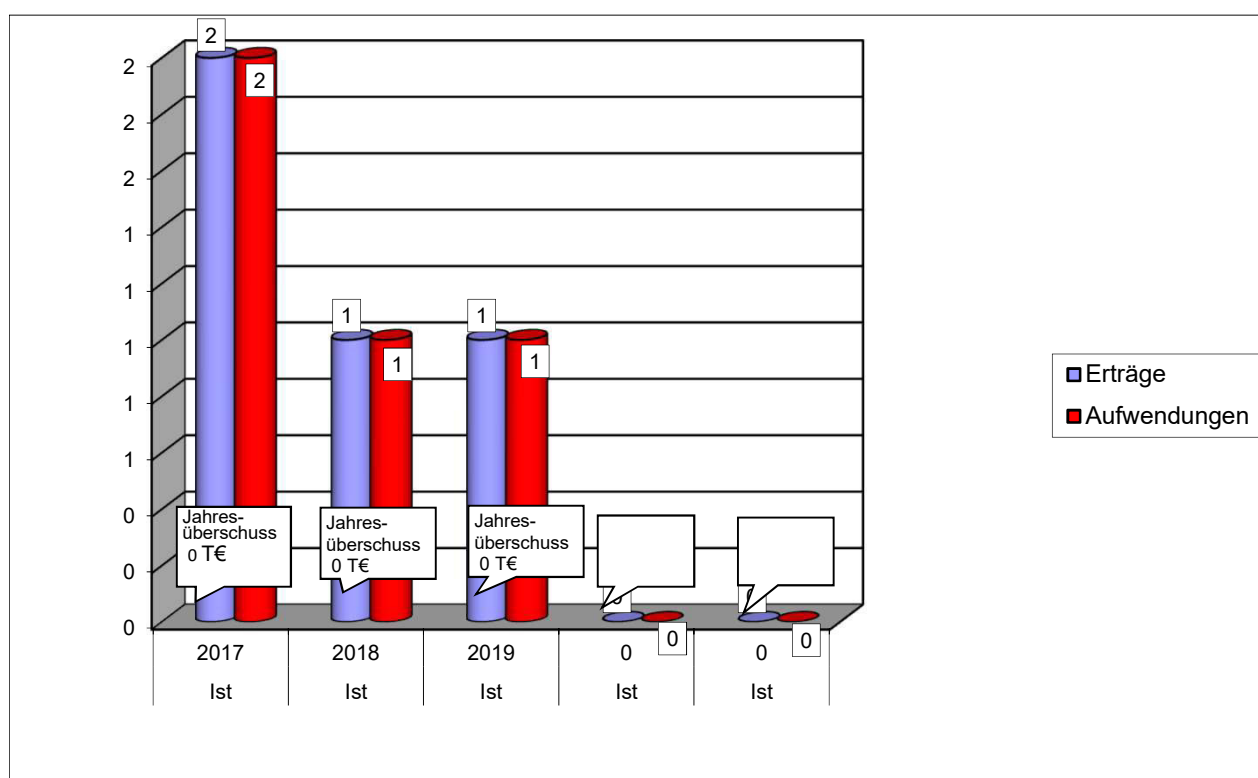
AKTIVA	2017	2018	2019			Veränderung
Immaterielle Vermögensgegenstände						
Sachanlagen						
Finanzanlagen						
Anlagevermögen						
Vorräte						
Forderungen und sonstige						
Vermögensgegenstände	2	3	4			1
Kassenbestand und Guthaben	25	23	22			-1
Umlaufvermögen	27	26	26			0
Rechnungsabgrenzungsposten						
Bilanzsumme	27	26	26			0

PASSIVA	2017	2018	2019			Veränderung
gez. Kapital	25	25	25			0
Eigenkapital	25	25	25			0
Rückstellungen	1	1	1			0
Verbindlichkeiten	1					
Rechnungsabgrenzungsposten						
Bilanzsumme	27	26	26			0

Finanzierung des Anlagevermögens durch Eigenkapital (Angaben in TEUR)


Gewinn- und Verlustrechnung der Zukunft Stadt Profil Verwaltungs-GmbH

in TEUR	Ist 2017	Ist 2018	Ist 2019	Ist	Ist	Ist 19/ Ist 18
1. Umsatzerlöse						
2. Erhöhung des Bestandes an unfertigen Leistungen						
3. Sonstige betriebliche Erträge	2	1	1			0
4. Betriebliche Erträge (1+2+3)	2	1	1			0
5. Personalaufwand						
6. Materialaufwand						
7. Abschreibungen						
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	2	1	1			0
9. Betriebsaufwand (5+6+7+8)	2	1	1			0
10. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge						
11. Zinsen und ähnliche Aufwendung						
12. Finanzergebnis (10+11)						
13. Ergebnis vor Steuern (4+9+12)	0	0	0			0
14. Steuern vom Einkommen und Ert						
15. Sonstige Steuern						
17. Jahresüberschuss (13+14+15+16)	0	0	0			0

Entwicklung Erträge/Aufwendungen (Angaben in TEUR)


Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Bergisch Gladbach

1. Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach fasste in seiner Sitzung am 19.12.1995 den Beschluss, mit Wirkung ab 01.01.1996 die öffentliche Einrichtung "Abfallwirtschaft und Straßenreinigung" gemäß § 107 Abs. 2 GO NW entsprechend den Vorschriften über Eigenbetriebe zu führen mit Ausnahme der Bestellung einer Werkleitung und der Bildung eines Werksausschusses und als Sondervermögen gemäß § 95 Abs. 1 Nr. 3 i.V. mit Abs. 3 GO NW aus der Haushaltswirtschaft der Stadt auszusondern.

Der Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt ist, auch bei einer Führung als Sondervermögen, nach den Vorschriften des § 107 Abs. 2 Ziffer 3 GO NW kein wirtschaftliches Unternehmen; er ist danach aber stärker nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu führen als dies bei einer Eingliederung in eine Kommunalverwaltung möglich ist.

Die Einrichtung fällt seit der Ausgliederung (ab 01.01.1996) unter die Vorschrift des § 95 Abs. 1 Nr. 3 GO NW (§ 95 GO NW bestimmt, was als Sondervermögen der Stadt anzusehen ist, wenn die Einrichtung nach den Bestimmungen der Eigenbetriebsverordnung geführt wird).

Der Tatbestand "Sondervermögen" ist dann gegeben, wenn für öffentliche Einrichtungen nach zwingendem oder gestattendem Recht (§ 107 Abs. 2 GO NW i.V. mit dem Eigenbetriebsrecht) tatsächlich Sondervermögen mit eigenem Rechnungsabschluss gebildet wird.

2. Zweck der Gesellschaft

Die Einrichtung „Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Bergisch Gladbach“ nimmt folgende Aufgaben wahr:

- a) die Abfallentsorgung nach der Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Bergisch Gladbach sowie Entsorgungs- und Verwertungsdienstleistungen für städtische Einrichtungen;
- b) abfallwirtschaftliche Leistungen im Rahmen einer Beauftragung durch Dritte sowie der Betrieb der Kompostierungsanlage Birkerhof;
- c) die Straßenreinigung nach der Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren in Bergisch Gladbach;
- d) die Beschaffung aller städtischen Fahrzeuge und fahrbarer Arbeitsgeräte (außer Feuerwehr der Stadt Bergisch Gladbach) und die technische Wartung sowie Versorgung mit Betriebsstoffen (einschließlich Feuerwehr) aller städtischen Fahrzeuge, fahrbarer Arbeitsmaschinen und motorbetriebener Arbeitsgeräte.

3. Zusammensetzung der Organe

3.1 Werkleitung

Der Abfallwirtschaftsbetrieb ist organisatorisch Teil der Stadtverwaltung Bergisch Gladbach. Die Funktion der Werkleitung nimmt die Bürgermeisterin / der Bürgermeister als Behörde wahr. Die Bürgermeisterin / der Bürgermeister bedient sich zur Erfüllung ihrer / seiner Aufgaben eines Leiters, der die Einrichtung im Rahmen der Vorgaben fachlich und wirtschaftlich selbstständig führt.

3.2 Werksausschuss

Ein Werksausschuss wurde nicht gebildet. Dessen Funktionen nimmt gemäß Zuständigkeitsordnung der Stadt Bergisch Gladbach der Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr als Fachausschuss wahr. Für dessen Aufgaben ist die Eigenbetriebsverordnung entsprechend und im übrigen die Zuständigkeitsordnung maßgeblich.

3.3 Leiter/in der Einrichtung

Leiter der Einrichtung war Herr Wilhelm Carl bis zum 30.06.2019.
Seit 08.10.2019 ist Herr David Zenz Leiter des AWB.

4. Beteiligungsverhältnisse

Die Einrichtung ist als Sondervermögen der Gemeinde anzusehen.

5. Beschäftigte

Die durchschnittliche Zahl der Beschäftigten betrug 2019 insgesamt 76 Mitarbeiter und verteilte sich wie folgt:

Beamte	8,0	(Vj. 7,0)
Beschäftigte	68,0	(Vj. 68,0)
Gesamt	76,0	(Vj. 75,0)

6. Wirtschaftsprüfer

Die eigenbetriebsähnliche Einrichtung beauftragte die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Dr. Heilmaier & Partner GmbH mit der Prüfung des Jahresabschlusses.

7. Lagebericht

A. Allgemeines

1. Allgemeine Angaben

Die Aufstellung des Lageberichts gemäß § 49 KomHVO NRW erfolgt im Zeitpunkt der Jahresabschlusserstellung für das Haushaltsjahr vom 01.01.2019 bis 31.12.2019. Dieser soll einen Überblick über die wichtigen Ergebnisse des Jahresabschlusses geben und ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage des Betriebes vermitteln.

Über Vorgänge von besonderer Bedeutung, auch solcher, die nach Schluss des Haushaltsjahres eingetreten sind, ist zu berichten. Außerdem ist auf die Chancen und Risiken für die künftige Entwicklung einzugehen.

Die Angaben zum Geschäftsverlauf beziehen sich auf das Haushaltsjahr 2019 und sind damit rein vergangenheitsbezogen. Die Angaben zur Lage des Abfallwirtschaftsbetriebes sind dagegen zeitpunktbezogen und kennzeichnen die wirtschaftlichen Verhältnisse der Einrichtung am 31.12.2019. Die Chancen und Risiken sind zukunftsbezogen.

Der Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Bergisch Gladbach wurde zum 01.01.1992 gegründet. Der Abfallwirtschaftsbetrieb ist in Form einer eigenbetriebsähnlichen Einrichtung organisiert und führte sein Rechnungswesen bisher nach den Vorschriften des HGB. Seit dem 01.01.2019 erfolgte die Rechnungslegung nach den Vorschriften des Neuen Kommunalen Finanzmanagements (NKF) gemäß der KomHVO für das Land Nordrhein-Westfalen.

In den weiteren Darstellungen kommt es aufgrund der Vorschriften des Neuen Kommunalen Finanzmanagement zu einer gegenüber dem Vorjahresabschluss veränderten Gliederung von Bilanz und Ergebnisrechnung und der damit verbundenen Zuordnung von einzelnen Konten.

2. Feststellung im Rahmen des § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz (§ 25 Abs.2 Eig-VO)

Wesentliche Feststellungen gem. § 53 HGrG haben sich nicht ergeben.

3. Geschäftsverlauf 2019

Maßgebenden Einfluss auf die Entwicklung des Betriebes löst die Erfüllung der gesetzlichen Vorgaben der Abfallbeseitigung, der Straßenreinigung und des Winterdienstes aus.

Die Ausgaben für Sach- und Dienstleistungen liegen insgesamt – insbesondere aufgrund der zu bildenden Rückstellung für die Altdeponie Birkerhof mit TEUR 1.920 – deutlich über dem Planansatz. Im außerordentlichen Ergebnis wurde hingegen aufgrund der Betriebsprüfung der EBGL saldiert ein positives Ergebnis von TEUR 667 erzielt.

Der Neubau des Betriebshofs Obereschbach hat seit 2017 zu Ausgaben in den Anlagen im Bau von rund 7.425 TEUR geführt. Hier ist nach Fertigstellung der Maßnahmen mit einem höheren ratierlichen Abschreibungsvolumen zu rechnen.

Die Erträge im Bereich der Müllgebühren sind aufgrund der leicht angestiegenen Tonnenzahlen im Bereich des Restmülls aus privaten Haushalten um rund 367 TEUR gestiegen. Im Gewerbebereich um rund 55 TEUR. Die Erträge im Bereich der Biomüllgebühren und Papiermüllgebühren sind um rund 14 TEUR gestiegen. Im Bereich der Straßenreinigung und Winterdienst konnte eine Steigerung von rund 50 TEUR verzeichnet werden. Weiteres ergibt sich aus den Tabellen im Anhang unter Punkt 4 öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte.

B. Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

1. Ertragslage Vergleich Plan / Ist 2019

Der erzielte Jahresfehlbetrag von TEUR - 943 weicht um TEUR - 443 vom Wirtschaftsplan (TEUR - 500) ab.

Im Folgenden werden wesentliche Abweichungen dargestellt:

		Wirtschaftsplan	Ergebnis	Differenz
01	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00
02	+ Zuwendungen u. all. Umlagen	0,00	3.702,15	3.702,15
03	+ Sonst. Transfererträge	0,00	0,00	0,00
04	+ Öffentl.-rechtl. Leistungsentgelte	14.226.260,00	13.365.417,78	-860.842,22
05	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	773.700,00	963.118,40	189.418,40
06	+ Kostenerstatt. u. Kostenumlagen	2.224.645,00	2.297.477,16	72.832,16
07	+ Sonstige ordentliche Erträge	34.300,00	32.242,49	2.057,51
08	+ Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00
09	+/- Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00
10	= Ordentliche Erträge	17.258.905,00	16.661.957,98	-596.947,02
11	- Personalaufwendungen	4.424.093,00	4.274.895,32	-149.197,68
12	- Versorgungsaufwendungen	125.216,00	123.900,79	-1.315,21
13	- Aufw. für Sach- u. Dienstleistungen	10.797.930,00	12.578.795,89	-1.780.865,89
14	- Bilanzielle Abschreibungen	336.483,00	236.164,48	100.318,52
15	- Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00
16	- So. ordentliche Aufwendungen	1.850.197,00	1.046.386,20	-803.810,80
17	= Ordentliche Aufwendungen	17.563.919,00	18.260.142,68	-696.223,68
18	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)	-305.014,00	-1.598.184,70	1.293.170,70
19	+ Finanzerträge	0,00	4.173,92	4.173,92
20	- Zinsen und so. Finanzaufwendungen	195.049,00	16.098,92	-178.950,08
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)	-195.049,00	-11.925,00	183.124,00
22	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)	-500.063,00	-1.610.109,70	-1.110.046,70
23	+ Außerordentliche Erträge	0,00	1.480.869,03	1.480.869,03
24	- Außerordentliche Aufwendungen	0,00	813.660,00	813.660,00
25	= Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)	0,00	667.209,03	667.209,03
26	= Jahresergebnis (= Zeilen 22 und 25)	-500.063,00	-942.900,67	-442.837,67

Im Bereich der öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelte wurde in der Planung noch von höheren Werten ausgegangen, wie tatsächlich in 2019 realisiert werden konnten. Der Aufwand für Sach- und Dienstleistungen liegt insgesamt – insbesondere aufgrund der zu bildenden Rückstellung für die Altdeponie Birkerhof mit TEUR 1.920 – deutlich über dem Planansatz.

Die Personalaufwendungen fielen insgesamt geringer aus als geplant. Dies ist damit zu begründen, dass auch in 2019 offene Stellen erst mit zeitlichem Verzug in 2020 neu besetzt werden konnten.

Die geringeren Abschreibungen resultieren aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens und der später als geplant fertiggestellten Baumaßnahmen Neubau Betriebshof Obereschbach.

Beim Zinsaufwand kommt es zu geringeren Aufwendungen im Bereich der Darlehenszinsen. Hier wurde im Planungszeitraum noch von höheren Zinsen ausgegangen.

Im außerordentlichen Ergebnis wurde hingegen aufgrund der Betriebsprüfung der EBGL saldiert ein positives Ergebnis von TEUR 667 erzielt. Dies war im Planungszeitraum noch nicht absehbar.

2. Ertrag 2019 / 2018

Die ordentlichen Erträge setzen sich wie folgt zusammen:

	2019		2018		Veränderung	
	EUR	%	EUR	%	EUR	%
2. Zuwendungen	3.702	0,0	3.282	0,0	420	12,8
4. Öffentl. rechtl. Leistungsentgelte	13.365.418	80,2	13.446.289	80,5	-80.871	-0,6
Müllgebühren	12.333.890	74,0	11.900.526	71,3	433.364	3,6
Straßenrein./Winterd.	975.789	5,9	1.018.904	6,1	-43.115	-4,2
Gebührenausschl.	55.739	0,3	526.859	3,2	-471.120	-89,4
5. Privatrechtl. Leistungsentgelte	963.118	5,8	976.522	5,8	-13.404	-1,4
6. Kostenerstatt. und -umlagen	2.297.477	13,8	2.162.825	13,0	134.652	6,2
Kostenerst. EBGL / Stadt	309.385	1,9	248.705	1,5	60.680	24,4
Lohn u. Fuhrleist.	354.799	2,1	338.933	2,0	15.866	4,7
KFZ	1.234.390	7,4	1.183.387	7,1	51.003	4,3
Straßenrein. / städt. Müllbes.	398.903	2,4	391.800	2,3	7.103	1,8
7. So. ordentliche Erträge	32.243	0,2	126.349	0,8	-94.106	-74,5
9. Bestandsveränderung	0	0,0	-20.987	-0,1	20.987	>-100
Ordentliche Erträge	16.661.958	100	16.694.280	100	-32.322	-0,2

Weiteres ist den Tabellen im Anhang unter Punkt 4 öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte und unter Punkt 5 privatrechtliche Leistungsentgelte zu entnehmen.

3. Aufwand 2019 / 2018

Die ordentlichen Aufwendungen verteilen sich auf folgende Aufwandsarten:

Bezeichnung	Jahresergebnis 2018	Fortgeschriebener Ansatz 2019	Ist-Ergebnis des Rechnungsjahres 2019	Vergleich Ansatz/Ist	Veränderung gegenüber Vorjahr
Personalaufwand	3.908.711,29	4.424.093,00	4.274.895,32	-149.197,68	366.184,03
Versorgungsaufwand	95.303,50	125.216,00	123.900,79	-1.315,21	28.597,29
Aufwand f. Sach- / Dienstleistungen	10.368.017,58	11.038.971,52	12.578.795,89	1.539.824,37	2.210.778,31
Sonst. Ordentl. Aufwendungen	1.583.223,46	1.609.155,48	1.046.386,20	-562.769,28	-536.837,26
Abschreibungen	287.216,13	366.483,00	236.164,48	-130.318,52	-51.051,65
Ordentliche Aufwendungen	16.242.471,96	17.563.919,00	18.260.142,68	696.223,68	-2.017.670,12

Die Erhöhung der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen in Höhe 1.540 T€ lässt sich im Wesentlichen auf die Rückstellung Altdeponie Birkerhof zurückführen, da hier zukünftig mit größeren Sanierungsmaßnahmen zu rechnen ist.

Die Verschlechterung in den sonstigen ordentlichen Aufwendungen mit Auswirkung auf das Jahr 2019 resultiert aus dem Ergebnis der Betriebsprüfung der EBGL, wodurch die Innenumsätze innerhalb der umsatzsteuerlichen Organschaft der Stadt Bergisch Gladbach nicht mehr umsatzsteuerbar und damit nicht mehr umsatzsteuerpflichtig sind.

Der Personalaufwand stellt sich wie folgt dar:

	2019		2018	
	EUR	%	EUR	%
Vergütung tarifliche Arbeitnehmer	2.888.790	67,5	2.614.904	66,9
Besoldung der Beamten	339.836	8,0	351.068	9,0
Urlaubs-/Überstundenrückstellung etc.	4.648	0,1	36.857	0,9
Soz.Abgaben / Aufwendungen tarifl. Arbeitnehmer	832.074	19,5	738.551	18,9
Beihilfen	21.989	0,5	19.331	0,5
Pensions- und Beihilferückstellungen	187.558	4,4	148.001	3,8
Insgesamt	4.274.895	100,0	3.908.711	100,0

Der Anstieg des Personalaufwandes im Bereich Vergütungen lässt sich im Wesentlichen auf die lineare Tarifierhöhung zum 01.04.2019 (3,1%) zurückführen. Im Bereich der Besoldung kam es zum 01.01.2019 zu einer Tarifierhöhung von 3,2 %.

Der Abschreibungsaufwand in Höhe von 236 T€ spiegelt den Werteverzehr im Sachanlagenbereich wieder. Hierunter sind insbesondere die planmäßigen Abschreibungen für den Werteverzehr der Betriebsgebäude verbucht. Hierzu wird auch auf die Erläuterungen im Anhang verwiesen.

Die ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 18.260 T€ liegen damit insgesamt 2.017 T€ über dem Vorjahresergebnis.

Das Finanzergebnis verschlechterte sich um 6,5 T€ gegenüber dem Vorjahr. Der Zinsaufwand ist dabei im Wesentlichen durch die Darlehenszinsen für das Fremdkapital in Höhe von 16,1 T€ geprägt. Grund für die Verbesserung des Ergebnisses gegenüber der Planung sind die weiter gesunkenen Zinsen auf dem Kreditmarkt.

Das außerordentliche Ergebnis beträgt im Berichtsjahr 667 T€. Hier sind die Ergebnisse der steuerlichen Außenprüfung für den Zeitraum 2013 bis 2016 sowie deren Folgewirkungen für die Haushaltsjahre 2017 und 2018 ausgewiesen.

4. Finanzlage (Finanzrechnung)

Die Finanzlage wird grundsätzlich durch das Ergebnis aus der laufenden Verwaltungstätigkeit, das Ergebnis aus Investitionstätigkeit sowie das Ergebnis aus Finanzierungstätigkeit (Aufnahme und Tilgung von Krediten) beeinflusst. Der Finanzmittelzu- und -abfluss stellt sich in der Finanzrechnung wie folgt dar:

Bezeichnungen	Ergebnis 2018	Fortgeschriebener Ansatz 2019	Ist-Ergebnis 2019	Vergleich Ansatz/Ist (Sp. 3-Sp.2)
	1	2	3	4
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	16.400.769,96	16.140.084,00	16.245.023,31	104.939,31
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	16.023.651,06	17.484.834,00	16.192.647,48	-1.292.186,52
Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	377.118,90	-1.344.750,00	52.375,83	1.397.125,83
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	39.908,00	225.000,00	7.519,32	-217.480,68
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	2.322.621,97	-12.416.125,04	4.194.140,16	16.610.265,20
Saldo aus Investitionstätigkeit	-2.282.713,97	12.641.125,04	-4.186.620,84	-16.827.745,88
Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag	-1.905.595,07	11.296.375,04	-4.134.245,01	-15.430.620,05
Aufnahme und Rückflüsse von Darlehen	470.000,00	0,00	2.012.700,00	2.012.700,00
Tilgung und Gewährung von Darlehen	106.876,28	381.054,00	154.048,46	-227.005,54
Saldo aus Finanzierungstätigkeit	363.123,72	-381.054,00	1.858.651,54	2.239.705,54

Der Endbestand an liquiden Mitteln des Haushaltsjahres 2019 laut Bilanz in Höhe von 2.075,61 € lässt sich wie folgt aufzeigen:

Bezeichnungen	Ergebnis 2018	Fortgeschriebener Ansatz 2019	Ist-Ergebnis 2019	Vergleich Ansatz/Ist (Sp. 3-Sp.2)
Bestandsänderung eigener Finanzmittel	-1.542.471,35	-10.915.321,04	-2.275.593,47	13.190.914,51
+ Anfangsbestand an Finanzmitteln	2.239,64	0,00	2.373,66	2.373,66
+ Änderung des Bestandes an fremden Finanzmitteln	1.542.605,37	0,00	-2.276.824,90	2.276.824,90
=Liquide Mittel	2.373,66	-10.915.321,04	3.605,09	-10.911.715,95

Bei den liquiden Mitteln handelt es sich um eine Bargeldkasse des Abfallwirtschaftsbetriebs. Aufgrund der Einheitskasse unterhält des Abfallwirtschaftsbetriebs kein eigenes Bankkonto. Die für das Abwasserwerk gebuchten Ein- und Auszahlungen werden saldiert in der Bestandsveränderung eigener Finanzmittel (Forderung) bzw. als Bestandsveränderung fremder Finanzmittel (Verbindlichkeiten) gegenüber dem Kernhaushalt dargestellt.

5. Vermögen, Eigenkapital und Schulden (Bilanz)

Die Bilanzsumme des Abfallwirtschaftsbetriebes beläuft sich am 31.12.2019 auf 17.677.400,59 €. Die Vermögenslage, abgeleitet von der Bilanz, stellt sich zusammenfassend und im Vergleich zum 01.01.2019 wie folgt dar:

Bilanzstruktur 31.12.2019 / 01.01.2019

Aktiva	31.12.2019		01.01.2019		Veränderung	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
immaterielle Vermögensgegenstände	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Sachanlagen						
Beb. Grundstücke	826	4,7	988	7,3	-162	-16,4
Infrastrukturvermögen	95	0,5	99	0,7	-4	-4
Maschinen u. techn. Anlagen	376	2,1	342	2,5	34	9,9
Betriebs- u. Geschäftsausst.	477	2,7	466	3,5	11	2,4
Anlagen im Bau	7.472	42,4	3.280	24,3	4.192	127,8
Finanzanlagen	101	0,6	101	0,7	0	0,0
<u>Vermögenswerte, langfristig</u>	<u>9.347</u>	<u>52,9</u>	<u>5.276</u>	<u>39,1</u>	<u>4.071</u>	<u>77,2</u>
<u>Vermögenswerte, mittelfristig</u>	<u>0</u>	<u>0,0</u>	<u>0</u>	<u>0,0</u>	<u>0</u>	<u>0,0</u>
Vorräte	131	0,7	112	0,8	19	17,0
Öffentl.-rechtl.Forderung	18	0,1	29	0,2	-11	-37,9
Privatrechtl.Forderung	857	4,8	374	2,8	483	129,1
Sonstige Vermögensgegenstände	7.264	41,2	7.638	56,7	-374	-4,9
Kassenbestand	4	0,0	2	0,0	1	100,0
Rechnungsabgrenzungsposten (übrige)	<u>56</u>	<u>0,3</u>	<u>47</u>	<u>0,3</u>	<u>9</u>	<u>19,1</u>
<u>Vermögenswerte, kurzfristig</u>	<u>8.330</u>	<u>47,2</u>	<u>8.202</u>	<u>60,9</u>	<u>128</u>	<u>1,6</u>
Betriebsvermögen	<u>17.677</u>	<u>100</u>	<u>13.478</u>	<u>100</u>	<u>4.199</u>	<u>31,2</u>

Das Betriebsvermögen hat sich gegenüber dem 01.01.2019 um TEUR 4.199 erhöht. Die Veränderungen im Anlagevermögen sind im Einzelnen dem im Anhang beigefügten Anlagepiegel zu entnehmen.

Passiva

	31.12.2019		01.01.2019		Veränderung	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Allgemeine Rücklage	6.748	38,2	6.748	50,1	0	0,0
Nicht im Jahresergebnis enthaltene Eigenkapitalverrechnung*	13	0,1	0	0,0	13	>100
Verlustvortrag	-536	-3,0	0	0,0	-536	>-100
Jahresfehlbetrag / Jahresüberschuss	-943	-5,3	-536	-4,0	-407	75,9
<u>Eigenkapital</u>	<u>5.282</u>	<u>29,9</u>	<u>6.212</u>	<u>46,1</u>	<u>-930</u>	<u>-15,0</u>
für Zuwendungen	15	0,1	14	0,1	1	7,1
für den Gebührenaussgleich	5.345	30,2	4.587	34,0	758	16,5
<u>Sonderposten</u>	<u>5.360</u>	<u>30,3</u>	<u>4.601</u>	<u>34,1</u>	<u>759</u>	<u>16,5</u>
langfr. Verb. Kreditinstitute	2.122	12,0	567	4,2	1.555	>100
Verbundbereich	3	0,0	2	0,0	1	50,0
<u>langfristiges Fremdkapital</u>	<u>2.125</u>	<u>12,0</u>	<u>569</u>	<u>4,2</u>	<u>1.556</u>	<u>>100</u>
mittelfr. Verb. Kreditinstitute	757	4,3	489	3,6	268	54,8
Verbundbereich	18	0,1	17	0,1	1	5,9
<u>mittelfristiges Fremdkapital</u>	<u>775</u>	<u>4,4</u>	<u>506</u>	<u>3,8</u>	<u>269</u>	<u>53,2</u>
Rückstellungen	2.355	13,3	457	3,4	1.898	>100
Andere kurzfristige Verbindlichkeiten						
gegenüber Kreditinstituten	193	1,1	154	1,1	39	25,3
aus Lieferungen und Leistungen	1.511	8,5	931	6,9	580	62,3
im Verbundbereich	4	0,0	10	0,1	-6	-60,0
sonstige	72	0,4	38	0,3	34	89,5
<u>kurzfristiges Fremdkapital</u>	<u>4.135</u>	<u>23,4</u>	<u>1.590</u>	<u>11,8</u>	<u>2.545</u>	<u>>100</u>
<u>Fremdkapital insgesamt</u>	<u>12.395</u>	<u>70,1</u>	<u>7.266</u>	<u>53,9</u>	<u>5.129</u>	<u>70,6</u>
Betriebskapital	<u>17.677</u>	<u>100,0</u>	<u>13.478</u>	<u>100,0</u>	<u>4.199</u>	<u>31,2</u>

*gemäß § 44 Abs. 3 KomHVO NRW i. V. m. § 90 Abs. 3 GO NRW

6. Statische Liquidität 31.12.2019 / 01.01.2019

Der Liquiditätsvergleich stellt sich wie folgt dar:

	<u>31.12.2019</u> TEUR	<u>01.01.2019</u> TEUR	<u>Veränderung</u> TEUR
Liquide Mittel	3	2	1
Abzgl. Kurzfristiges Fremdkapital	4.135	1.590	2.545
Liquiditätsgrad I (Unterdeckung)	-4.132	-1.588	-2.544
Kurzfristige Forderungen	8.199	6.502	1.697
Liquiditätsgrad II (Über-/Unterdeckung)	4.067	4.914	-874
Vorräte	131	112	19
Liquiditätsgrad III (Über-/Unterdeckung)	4.198	5.026	828

Die Gegenüberstellung des kurzfristigen Vermögens und der kurzfristigen Verbindlichkeiten führt zur ausgewiesenen Überdeckung im Liquiditätsgrad II.

C. Vorgänge von besonderer Bedeutung gem. § 49 KomHVO NRW

Derartige Erkenntnisse lagen zum Zeitpunkt der Jahresabschlusserstellung nicht vor. Auf die nachfolgenden Ausführungen, insbesondere zu den Mehrkosten infolge der Corona-Pandemie wird verwiesen.

D. Die voraussichtliche Entwicklung mit ihren Chancen und Risiken

1. Chancen und Risiken

Nicht abschließend vertraglich geregelt ist die Beteiligung der Dualen Systeme an den Kosten der städtischen Papiersammlung. Der gemeinsam mit grafischen Papieren in der Papiertonne erfasste Papieranteil (früher pauschal 25 %) ist weiter strittig. Die Stadt wurde daher durch die Dualen Systeme zunächst lediglich bis einschließlich 2019 beauftragt, die Papierverpackungen mit zu erfassen

Für die zukünftigen Jahre sind deutlich sinkende Verwertungserlöse zu erwarten, dass zum 01.01.2019 in Kraft tretende Verpackungsgesetz wesentlich umfangreichere Papiermengen den Dualen Systemen zuordnet. Hieraus ergeben sich für die Zukunft Risiken, da die bisher erwarteten Einnahmen unter Umständen nicht erzielt werden können. Denkbar ist auch der vollständige Wegfall der Verwertungserlöse. Dem gegenüber wird jedoch eine deutliche höhere Vergütung für die PPK-Sammelkosten stehen, die nach Masse- oder Volumenanteilen der Verkaufsverpackungen an der Gesamtpapiermenge auf der Basis einer Kalkulation nach dem Bundesgebührengesetz zu berechnen sind. Ob der Saldo aus verringerten Verwertungserlösen zu erhöhter Sammelkostenerstattung positiv ausfällt, bleibt abzuwarten.

2. Die voraussichtliche Entwicklung

Im Bereich des Betriebshofes sind seit dem Jahr 2009 erhebliche Hangrutschungen im Bereich neben der ehemaligen Wertstoffannahmestelle aufgetreten. Die Planungen zur Sicherung des Betriebsgeländes sind angelaufen. Nach Fertigstellung des neuen Wertstoffhofes am Refrather Weg und Erteilung der Baugenehmigung wurde in 2018 mit den Umbau- und Sanierungsmaßnahmen auf dem Gelände des Betriebshofes Obereschbach begonnen.

Für folgende Jahre ist mit einem hohen Sanierungs- und Sicherungsaufwand an Gebäuden, befestigten Flächen und Hangbereichen zu rechnen. Für die Gesamtbaumaßnahme Betriebshof werden in den Jahren 2019 - 2021 hohe Investitionskosten entstehen, deren Abschreibungen das Betriebsergebnis belasten und Auswirkungen auf die Gebührenhöhe für Abfallbeseitigung und Straßenreinigung haben werden.

Weiterhin ist mit einem erheblichen Sanierungsaufwand im Bereich der Altdeponie Birkerhof in den kommenden Jahren zu rechnen. Hierfür wurde im vorliegenden Jahresabschluss 2019 eine Rückstellung in Höhe von 1,92 Mio. € für die Erneuerung der Pumpstation, die Gasfackel und Gasbrunnen, sowie für die Deponieabdichtung aufgrund behördlicher Verpflichtungen gebildet. Hier ist für die Zukunft voraussichtlich mit weiteren hohen Kosten zu rechnen.

Mittelfristig werden im Bereich Abfallentsorgung zudem Kostensteigerungen bei der Entsorgung der Abfälle (Verringerung der kalkulatorischen BAV-Überschussverrechnungen für Vorjahre, Personal- und Sachkostensteigerungen sowie Mengenveränderungen) erwartet.

Die Corona-Pandemie führt im Abfallwirtschaftsbetrieb zu Mehrkosten, die insbesondere durch den erhöhten Reinigungsaufwand und den erhöhten Bedarf an Hygiene- und Desinfektionsmitteln entstehen. Der Abfallwirtschaftsbetrieb rechnet mit coronabedingten Mehraufwendungen in den Jahren 2020 und 2021, allerdings im überschaubaren Rahmen. Die Landesregierung NRW hat mit Wirkung vom 01.10.2020 das Gesetz zur Isolierung der aus der COVID-19-Pandemie folgenden Belastungen der kommunalen Haushalte im Land Nordrhein-Westfalen (NKF-COVID-19-Isolierungsgesetz – NKF-CIG) beschlossen. Hierdurch müssen die durch die Covid-19-Pandemie ergebnisbelastenden Mindererträge und Mehraufwendungen des Jahres 2020 gem. § 5 NKF-CIG ergebnisneutral als Bilanzierungshilfe aktiviert werden. Gem. § 6 NKF-CIG ist diese Bilanzierungshilfe ab dem Haushaltsjahr 2025 linear über längstens 50 Jahre erfolgswirksam abzuschreiben. In 2025 steht der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung das einmalige Recht zu, die Bilanzierungshilfe ganz oder in Anteilen erfolgsneutral gegen das Eigenkapital auszubuchen. Außerplanmäßige Abschreibungen sind unter Beachtung der Leistungsfähigkeit zulässig. Die Auswirkungen der Regelungen des NKF-CIG auf den Gebührenhaushalt müssen noch geprüft werden.

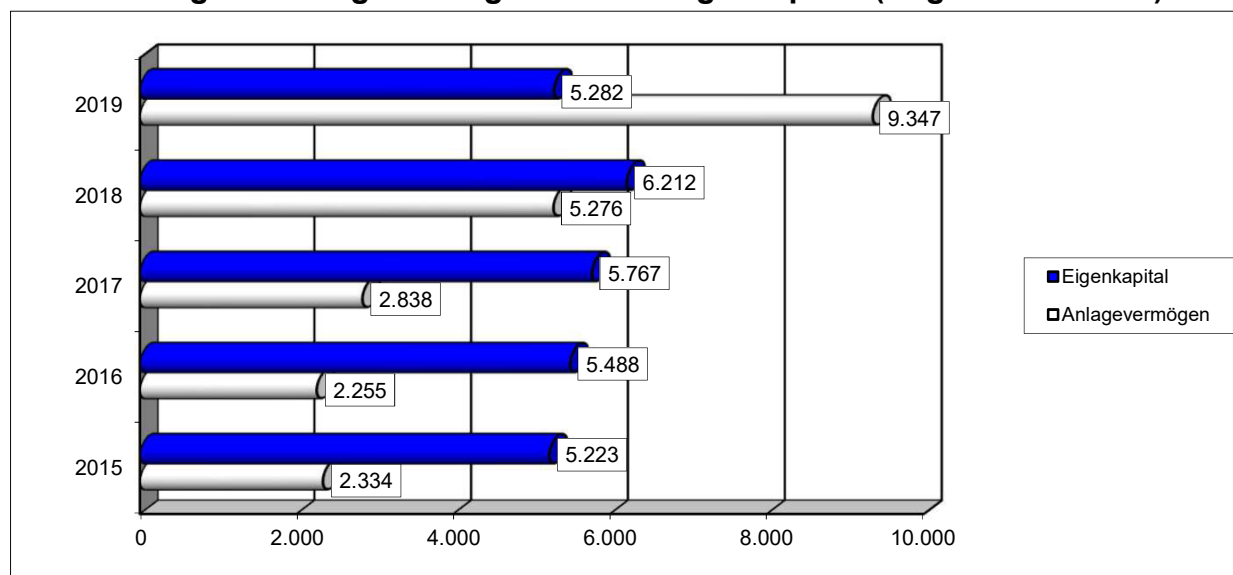
Wirtschaftliche Daten der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung "Abfallwirtschaftsbetrieb"

Entwicklung der Bilanz im 5-Jahresvergleich (Geschäftsjahre 2015 - 2019) Angaben in TEUR

AKTIVA	2015	2016	2017	2018	2019	Veränderung
Immaterielle Vermögensgegenstände	13					
Sachanlagen	2.220	2.154	2.737	5.175	9.246	4.071
Finanzanlagen	101	101	101	101	101	0
Anlagevermögen	2.334	2.255	2.838	5.276	9.347	4.071
Vorräte	145	134	129	112	131	19
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	8.592	9.565	9.858	8.041	8.139	98
Flüssige Mittel	6	2	2	2	4	2
Umlaufvermögen	8.743	9.701	9.989	8.155	8.274	119
Rechnungsabgrenzungsposten	41	54	53	47	56	9
Bilanzsumme	11.118	12.010	12.880	13.478	17.677	4.199

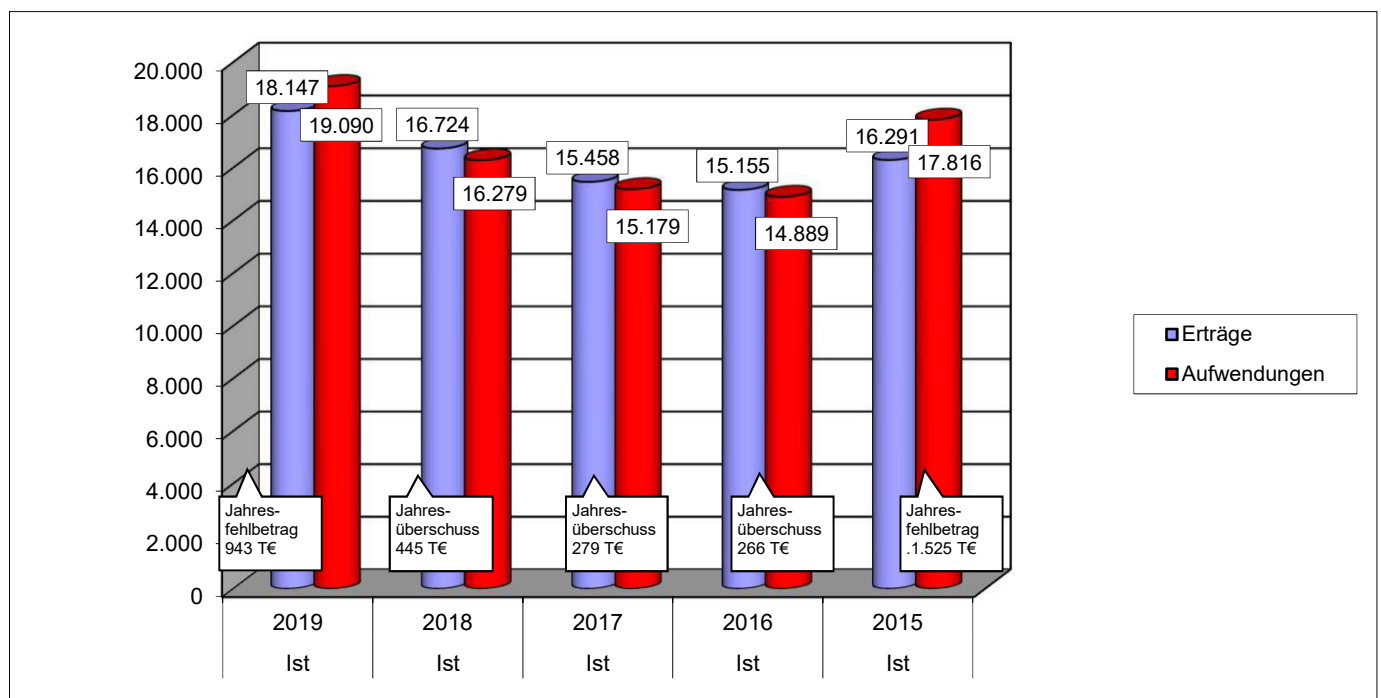
PASSIVA	2015	2016	2017	2018	2019	Veränderung
Stammkapital	25	25	25	25	0	-25
Rücklagen	6.723	6.723	6.723	6.723	6.748	25
Gewinn-/ Verlustvortrag	0	-1.525	-1.260	-981	-536	445
Jahresüberschuss/ fehlbetrag nicht im JU enthl. EK-Verrechn.	-1.525	265	279	445	-943	-1.388
Eigenkapital	5.223	5.488	5.767	6.212	5.282	-930
Sonderposten für Zuwendungen	23	20	17	14	5.359	1.899
Rückstellungen	272	372	402	456	2.355	-2.115
Verbindlichkeiten	5.600	6.130	6.694	6.796	4.681	4.199
Bilanzsumme	11.118	12.010	12.880	13.478	17.677	4.199

Finanzierung des Anlagevermögens durch Eigenkapital (Angaben in TEUR)



Gewinn- und Verlustrechnung des "Abfallwirtschaftsbetriebes"

in TEUR	Plan 2019	Ist 2019	Ist 2018	Ist 2017	Ist 2016	Ist 2015	Ist 19 / Ist 18
1. Umsatzerlöse	17.225	16.630	16.565	15.334	14.980	16.157	65
2. Aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0	0	0	0
3. Sonstige betriebliche Erträge	34	32	149	124	174	112	-117
4. Betriebliche Erträge (1+2+3)	17.259	16.662	16.714	15.458	15.154	16.269	-52
5. Materialaufwand	-10.798	-12.579	-11.092	-10.273	-10.094	-9.639	-1.487
6. Personalaufwand	-4.549	-4.399	-4.047	-3.854	-3.692	-3.585	-352
7. Abschreibungen	-367	-236	-250	-236	-254	-253	14
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.850	-1.046	-852	-761	-791	-4.269	-194
9. Betriebsaufwand (5+6+7+8)	-17.564	-18.260	-16.241	-15.124	-14.831	-17.746	-2.019
10. Erträge aus Beteiligungen							
11. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	4	10	0	1	22	-6
12. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-195	-16	-16	-19	-33	-46	0
13. Finanzergebnis (10+11)	-195	-12	-6	-19	-32	-24	-6
14. Außerordentliche Erträge	0	1.481	0	0	0	0	1.481
15. Außerordentliche Aufwendungen	0	-814	0	0	0	0	-814
16. Außerordentliches Ergebnis (13+14)	0	667	0	0	0	0	667
17. Ergebnis vor Steuern (4+9+12+15)	-500	-943	467	315	291	-1.501	-1.410
18. Steuern vom Einkommen und Ertrag	0	0	-7	-21	-9	-9	7
19. Sonstige Steuern	0	0	-15	-15	-16	-15	15
20. Jahresüberschuss (16+17+18)	-500	-943	445	279	266	-1.525	-1.388

Entwicklung Erträge/Aufwendungen in TEUR (inkl. Betriebskostenzuschüsse)

Kennzahlen im Überblick/Abfallwirtschaftsbetrieb

	2015	2016	2017	2018	2019
1. Vermögenslage					
Anlagenintensität in %	21,0%	18,8%	22,0%	39,1%	52,9%
Umlaufintensität in %	78,6%	80,8%	77,6%	60,5%	46,8%
Investitionsquote		8,2%	30,4%	51,0%	44,9%
Reinvestitionsquote		72,8%	365,3%	1058,7%	1777,1%
2. Finanzlage					
Eigenkapitalquote in %	47,0%	45,7%	44,8%	46,1%	29,9%
Fremdkapitalquote in %	53,0%	54,3%	55,2%	53,9%	70,1%
Anlagendeckung I in %	223,8%	243,4%	203,2%	117,7%	56,5%
Cashflow aus lfd. Geschäftstätigkeit		1.248 T€	1.318 T€	377 T€	52 T€
3. Ertragslage					
Umsatzrentabilität in %	-9,3%	2,0%	1,9%	2,7%	-9,6%
Eigenkapitalrentabilität in %	-29,2%	4,8%	4,8%	7,2%	-17,9%
Gesamtkapitalrentabilität in %	-13,7%	2,2%	2,2%	3,3%	-5,3%
4. Erfolgskennzahl					
Personalintensität in %	22,2%	24,6%	25,1%	24,6%	26,5%
Stellenplan Abfallwirtschaftsbetrieb	2015	2016	2017	2018	2019
Ist	72	73	75	75	76

Immobilienbetrieb der Stadt Bergisch Gladbach

1. Rechtliche Verhältnisse

Grundlage für die Aufstellung des Lageberichtes bildet § 25 Eigenbetriebsverordnung NRW (EigVO) i. d. Fassung vom 16. November 2004.

Die Aufstellung des Lageberichtes erfolgt im Zeitpunkt der Jahresabschlussaufstellung für das Geschäftsjahr vom 01.01.2014 bis 31.12.2014.

Mit Wirkung vom 01.01.1999 ist entsprechend dem Beschluss vom 13.03.1997 des Rates der Stadt Bergisch Gladbach der städtische Fachbereich Grundstückswirtschaft und Wirtschaftsförderung in eine eigenbetriebsähnliche Einrichtung überführt worden.

Das Planungskonzept für den Betrieb sah im 1. Segment zunächst die Überführung eines überschaubaren Bereichs vor. Daher wurden im ersten Geschäftsjahr 1999 nach der Haushaltswirtschaft zunächst die bisher im Fachbereich Grundstückswirtschaft und Wirtschaftsförderung geführten Objekte in die eigenbetriebsähnliche Einrichtung überführt (Grundstücke und Gebäude). Mit Beginn des Geschäftsjahres 2000 folgte die Überführung der Verwaltungsdienstgebäude; zum 01.01.2002 wurden die Jugend- und Sozialobjekte übernommen; zum 01.01.2006 wurden die Schulobjekte und zum 01.01.2007 wurde das Segment „Berufsschulen“ übernommen.

Dabei wird das Vermieter-/Mieter-Modell verstärkt angewandt, d. h. die raumnutzen- den Fachbereiche als Mieter entrichten an den Betrieb als Vermieter für die Inanspruchnahme der Immobilien ein Entgelt (teilweise Kostenmiete), was nach einer mittelfristigen Einführungsphase im Ergebnis zu einem stärkeren Kostenbewusstsein des öffentlichen Handelns führen wird.

Die bisher in die eigenbetriebsähnliche Einrichtung übertragenen Grundstücke und Gebäude werden unter Anwendung der allgemein anerkannten Wertermittlungsverfahren bewertet. Dabei wurden bestehende Belastungen/Altlasten soweit als möglich berücksichtigt.

Im Übrigen wird bezüglich dieser Problematik auf die Ausführungen unter Punkt D verwiesen.

Die Betriebs- und Geschäftsausstattung wurde mit den fortgeführten Anschaffungskosten übertragen. Das übrige Vermögen wurde zum Nennwert bewertet.

Obwohl der Immobilienbetrieb der Stadt Bergisch Gladbach nach § 107 Abs. 2 S. 1 Nr. 5 GO NRW kein wirtschaftliches Unternehmen ist, wird er gemäß § 107 Abs. 2 S. 2 GO NRW nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten geführt. Soweit Grundstücke im Rahmen der städtebaulichen Entwicklung und Erschließung erworben oder veräußert werden, fällt diese Tätigkeit unter die allgemeine Vermögensverwaltung der Kommune und gehört daher zu den nicht zu versteuernden Umsätzen.

Für diesen Zweck wurde zum 01.01.2011 der Stadtentwicklungsbetrieb – AöR gegründet. Zu diesem Zeitpunkt erfolgte auch die Umbenennung der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung von „Grundstückswirtschaft und Wirtschaftsförderung“ in „Immobilienbetrieb der Stadt Bergisch Gladbach“. Der Stadtentwicklungsbetrieb ist neben der

Verwaltung und Entwicklung von eigenem Grundbesitz auch für den Grundstücksverkehr des Immobilienbetriebes zuständig.

Im Zuge der Gründung des Stadtentwicklungsbetriebes wurde zum 01.01.2011 Grundvermögen vom Immobilienbetrieb an den Stadtentwicklungsbetrieb in Höhe von EUR 8.298.035,49 übertragen. Die Erlöse aus der Entwicklung und Verwertung dieser Immobilien verbleiben im Stadtentwicklungsbetrieb. Dies gilt auch für Grundvermögen, das zukünftig unmittelbar durch den Stadtentwicklungsbetrieb erworben, entwickelt und verwertet wird. Im Ergebnis reduziert sich der verwertbare Anteil des Grundvermögens im Immobilienbetrieb.

Für die Aufgabenerledigung in einzelnen Bereichen des Betriebes, insbesondere bei kaufmännischen Fragestellungen, bedient sich die Betriebsleitung neben den in der Stellenübersicht aufgeführten Dienstkräften auch anderer Dienststellen der Stadt aufgrund besonderer Vereinbarungen.

Die nachstehenden Ausführungen zum Geschäftsverlauf und zur Lage (Vermögens-, Finanz- und Ertragslage) sind entsprechend dem Grundsatz der Wesentlichkeit zusammengefasst. Die Angaben zum Geschäftsverlauf beziehen sich auf das Geschäftsjahr. Die Angaben zur Lage des Betriebes sind dagegen zeitbezogen und kennzeichnen die wirtschaftlichen Verhältnisse am 31.12.2019.

2. Gegenstand der Einrichtung

Aufgaben der Einrichtung sind:

- die Verwaltung und Bewirtschaftung der städtischen bebauten und unbebauten Grundstücke sowie An- und Vermietung und An- und Verpachtung,
- Grundstücksverkehr mit An- und Verkauf, Wahrnehmung von Vorkaufsrechten, Enteignungsverfahren, die Wahrnehmung von Rechten als Umlegungsbeiträge sowie sonstiger liegenschaftsrelevanter Rechte für städtische Zwecke,
- Förderung des Wirtschaftsstandortes Bergisch Gladbach

sowie alle sonstigen, den Betriebszwecken dienenden Maßnahmen.

3. Zusammensetzung der Organe

3.1 Werksleitung

Der Fachbereich Grundstückswirtschaft und Wirtschaftsförderung ist organisatorisch Teil der Stadtverwaltung Bergisch Gladbach.

Die Funktion der Werksleitung nimmt der Bürgermeister als Behörde wahr. Der Bürgermeister bedient sich zur Erfüllung seiner Aufgaben eines Leiters, der die Einrichtung im Rahmen der Vorgaben fachlich und wirtschaftlich selbstständig führt.

3.2 Werksausschuss

Ein Werksausschuss wurde nicht gebildet. Der Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr nimmt für die eigenbetriebsähnliche Einrichtung „Fachbe-

reich 8 – Immobilienbetrieb in entsprechender Anwendung des § 5 Absätze 3 bis 6 EigVO sowie nach Maßgabe der Betriebssatzung wahr.

3.3 Leiter/in der Einrichtung

Leiter der Einrichtung war in 2019 Herr Bernd Martmann.

4. Beteiligungsverhältnisse

Die Einrichtung ist als Sondervermögen der Gemeinde anzusehen.

5. Beschäftigte

Im Berichtsjahr wurden durchschnittlich 77,5 Mitarbeiter beschäftigt, die sich wie folgt verteilen:

Beamte	6	
Beschäftigte	75	(Angestellte + Arbeiter)

6. Wirtschaftsprüfer

Die eigenbetriebsähnliche Einrichtung beauftragte die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Dr. Heilmaier & Partner GmbH mit der Prüfung des Jahresabschlusses 2019.

8. Lagebericht

1. Allgemeine Angaben

Die Aufstellung des Lageberichtes gemäß § 49 KomHVO NRW erfolgt im Zeitpunkt der Jahresabschlussaufstellung für das Geschäftsjahr vom 01.01.2019 bis 31.12.2019.

Mit Wirkung vom 01.01.1999 ist entsprechend dem Beschluss vom 13.03.1997 des Rates der Stadt Bergisch Gladbach der städtische Fachbereich Grundstückswirtschaft und Wirtschaftsförderung in eine eigenbetriebsähnliche Einrichtung überführt worden. Im Laufe der Jahre wurden in mehreren Schritten die Segmente Verwaltungsdienstgebäude, Jugend- und Sozialobjekte und Schulobjekte vom Kernhaushalt in die eigenbetriebsähnliche Einrichtung überführt.

Zum 01.01.2011 wurde der Stadtentwicklungsbetrieb AÖR gegründet. Zu diesem Zeitpunkt erfolgte die Umbenennung der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung von „Grundstückswirtschaft und Grundstücksförderung“ in „Immobilienbetrieb Stadt Bergisch Gladbach“.

Der Immobilienbetrieb führte sein Rechnungswesen bisher nach den Vorschriften des HGB. Zum 01.01.2019 erfolgte eine Umstellung des Rechnungswesen auf das NKF in Verbindung mit der KomHVO NRW. Aufgrund der Umstellung kommt es durch die Vorschriften des NKF zum Teil zu einer veränderten Gliederung und Zuordnung einzelner Konten in der Ergebnisrechnung und in der Bilanz.

2. Allgemeine Grundsätze

Nach § 95 GO NRW und § 38 KomHVO ist zum Schluss eines jeden Jahres ein Jahresabschluss aufzustellen, dem ein Lagebericht entsprechend § 49 KomHVO NRW beizufügen ist.

Der Lagebericht soll einen Überblick über die wichtigsten Ergebnisse des Jahresabschlusses und Rechenschaft über die Haushaltswirtschaft im abgelaufenen Jahr geben und so gefasst werden, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung vermittelt wird.

Über Vorgänge von besonderer Bedeutung ist zu berichten. Außerdem hat der Lagebericht eine ausgewogene und umfassende Analyse der Haushaltswirtschaft und der Vermögens-Schulden-, Ertrags- und Finanzlage zu enthalten. Auf die Chancen und Risiken für die künftige Entwicklung der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung ist einzugehen.

Die Aufstellung des Lageberichtes erfolgt im Zeitpunkt der Jahresabschlussaufstellung für das Geschäftsjahr vom 01.01.2019 bis 31.12.2019. Im Folgenden werden deutliche Abweichungen zum Vorjahr und zu Planwerten erläutert.

B. Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die Ergebnisrechnung 2019 schließt mit einem Jahresfehlbetrag von -2.024.446,97 € ab. Abweichend vom Wirtschaftsplan liegt das erzielte Ergebnis um 2.090.416,86 € aufgrund verbesserter Relationen zwischen Aufwand und Ertrag jedoch über der Planrechnung. Das Vorjahresergebnis betrug -4.955.682,84 €.

1. Ertragslage (Ergebnisrechnung)

Das Ergebnis des Wirtschaftsjahres 2019 ergibt sich aus nachstehender Aufstellung

Bezeichnung	Jahresergebnis 2018	Fortgeschr. An- satz des Rechn.- Jahres 2019	Ist Ergebnis des Rechn.- Jahres 2019	Vergl. An- satz/Ist (Sp.3 - Sp.2)
Ordentliche Erträge	28.297.403,58	29.434.931,00	29.025.786,82	-409.144,18
Ordentliche Aufwendungen	30.347.955,82	29.807.656,83	28.407.531,06	-1.400.125,77
Ordentliches Ergebnis	2.050.552,30	-372.725,83	618.225,76	990.981,59
Finanzerträge	56.937,01	0,00	100.522,67	100.522,67
Zinsen u. sonst. Finanzaufwendungen	2.962.067,55	3.742.138,00	2.747.539,51	-944.598,49
Finanzergebnis	-2.905.130,54	-3.742.138,00	-2.647.016,84	1.095.121,16
Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit		-4.114.863,83	-2.028.761,08	2.086.102,75
Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	4.314,11	4.314,11
Außerordentliche Aufwendun- gen	0,00	0,00	0,00	0,00
Außerordentliches Ergebnis	0,00	0,00	4.314,11	4.314,11
Jahresergebnis	-4.955.682,84	-4.114.863,83	-2.024.446,97	2.090.416,86
Nachrichtlich: Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit der allgemeinen Rücklage				
Verrechnungssaldo (= Zeilen 29 bis 32)*			-425.530,04	

Anmerkung: Bis 2018 erfolgte der Ausweis nach HGB unter den ordentlichen Erträgen/Aufwendungen.

Gemäß § 44 Abs. 3 KomHVO NRW müssen Erträge und Aufwendungen aus dem Abgang und der Veräußerung von Vermögensgegenständen nach § 90 Abs. 3 Satz 1 der GO unmittelbar mit der allgemeinen Rücklage verrechnet werden. Dies erfolgte im Berichtsjahr 2019 in Höhe von rund 426 T€ (siehe auch Erläuterungen im Anhang)

Erträge

Die ordentlichen Erträge setzen sich aus folgenden Ertragsarten zusammen:

Bezeichnung	Jahreser- gebnis 2018	Fortgeschr. Ansatz des Rechn.jahres 2019	Ist Ergebnis des Rechn.- jahres 2019	Vergl. An- satz/Ist	Veränderung gegenüber Vorjahr
				(Sp.3 - Sp.2)	(Sp. 3-Sp. 1)
Zuwendungen und allgemeine Umla- gen	2.912.983,18	3.262.447,00	2.913.111,00	-349.336,00	127,82
Privatrechtliche Leistungsentgelte	24.220.692,44	23.783.484,00	25.116.603,59	1.333.119,59	895.911,15
Kostenerstattungen und Kostenumlagen	592.078,21	1.854.000,00	240.186,70	-1.613.813,30	-351.891,51
Sonstige ordentli- che Erträge	571.649,75	535.000,00	755.885,53	220.885,53	184.235,78
Ordentliche Erträ- ge	28.297.403,58	29.434.931,00	29.025.786,82	-409.144,18	728.383,24

Unter der Position Zuwendungen und allgemeine Umlagen sind mit 2.913 T€ die er-
tragswirksame Auflösung der Sonderposten aus Zuwendungen gebucht. Es gab
hierzu keine wesentliche Veränderung gegenüber dem Vorjahr.

Die privatrechtlichen Leistungsentgelte veränderten sich gegenüber dem Vorjahr wie
folgt:

privatrechtliche Leistungsentgelte	2019		2018		Veränderung	
	EUR	%	EUR	%	EUR	%
Mieten	24.351.504,17	96,95	23.408.770,52	96,65	942.733,65	4,03
Pachten	130.251,52	0,52	133.386,48	0,55	-3.134,96	-2,35
Erbbauszinsen	190.648,06	0,76	196.946,60	0,81	-6.298,54	-3,20
Nebenkostenvorauszahlungen	406.183,37	1,62	393.345,51	1,62	12.837,86	3,26
Baulast/Dienstb.-/Nutzungs- entschädigungen.	0,00	0,00	50.000,00	0,21	-50.000,00	-100,00
Erlöse aus Waldbe- wirtschaftung	34.959,50	0,14	26.885,15	0,11	8.074,35	30,03
sonstige Entgelte und Einnahmen	3.056,97	0,01	11.358,18	0,05	-8.301,21	-73,09
Summe	25.116.603,59	100,00	24.220.692,44	100,00	895.911,15	3,70

Die Erhöhung der privatrechtlichen Leistungsentgelten begründet sich vor allem aus
höher erzielten Mieterträgen aufgrund der Übernahme der Zandersliegenschaften.
Hierzu wird auf den Anhang auf die Ausführungen zu den privatrechtlichen Leis-
tungsentgelten sowie auf die Chancen und Risiken des vorliegenden Lageberichtes
verwiesen.

Die Kostenerstattungen und Umlagen setzen sich wie folgt zusammen:

Kostenerstattungen und Umlagen	2019		2018		Veränderung	
	EUR	%	EUR	%	EUR	%
Versicherungserstattung	232.350,55	96,74	143.809,40	24,29	88.541,15	61,57
Kostenerstattung der Stadt/Verlustausgleich	0,00	0,00	448.243,78	75,71	-	>-100
sonstige Erstattungen	7.836,15	3,26	25,03	0,00	7.811,12	>100
Summe	240.186,70	100,00	592.078,21	100,00	-351.891,51	-59,43

Die sonstigen ordentlichen Erträge in Höhe von 756 T€ veränderten sich gegenüber dem Vorjahr um 184 T€. Begründet ist dies vor allem durch gestiegene Verkaufserlöse für unbebaute und bebaute Grundstücke (Grube Weiß und Elsterstrasse 10).

Die ordentlichen Erträge in Höhe von 29.026 T€ liegen somit um rd. 728 T€ über dem Vorjahresergebnis.

Aufwendungen

Die ordentlichen Aufwendungen verteilen sich auf folgende Aufwandsarten:

Bezeichnung	Jahresergebnis 2018	Fortgeschr. Ansatz des Rechn.-Jahres 2019	Ist Ergebnis des Rechn.-Jahres 2019	Vergl. Ansatz/Ist	Veränderung gegenüber Vorjahr
				(Sp.3 - Sp.2)	Sp. 3-Sp. 1)
Personalaufwand	4.972.366,08	5.092.147,05	5.041.158,77	-50.988,28	68.792,69
Versorgungsaufwand	55.619,94	114.508,95	114.508,95	0,00	58.889,01
Aufwand f. Sach- u. Dienstleistg.	12.310.443,21	13.431.224,70	11.685.411,93	-1.745.812,77	-625.031,28
Abschreibungen	10.740.680,78	8.523.459,00	8.928.920,41	405.461,41	-1.811.760,37
Sonst. ordentl. Aufwendungen	2.268.845,87	2.646.317,13	2.637.531,00	-8.786,13	368.685,13
Ordentliche Aufwendungen	30.347.955,88	29.807.656,83	28.407.531,06	-1.400.125,77	-1.949.420,82

Die Personalaufwendungen in Höhe von 5.041 T€ umfassen den gesamten Aufwand für das im Immobilienbetrieb eingesetzte Personal. Im Vergleich zum Vorjahresergeb-

nis zeigt sich ein Mehraufwand von 69 T€. Der Personalaufwand stellt sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

Personalaufwand	2019	2018	Veränderung	
	€	€	€	%
Bezüge der Beamten	240.063,29	160.160,36	79.902,93	49,89
Vergütungen tarifliche AN	3.622.935,68	3.692.463,37	-69.527,69	-1,88
Zuführung ATZ-Rückstellung	78.197,48	12.641,00	65.556,48	>100
Veränderung Urlaubs-/Überstundenrückstellung	2.764,24	41.020,28	-38.256,04	-93,26
ZVK tarifliche AN	291.418,14	292.937,35	-1.519,21	-0,52
SV AG-Anteil tarifliche AN	738.275,76	725.301,78	12.973,98	1,79
Beihilfen	21.362,96	13.262,21	8.100,75	61,08
Abführung Pensionsrückstellung HH	35.617,93	25.624,15	9.993,78	39,00
Abführung Beihilfe-Rückstellung HH	10.523,29	8.955,58	1.567,71	17,51
Summe	5.041.158,77	4.972.366,08	68.792,69	1,38

Die Versorgungsaufwendungen in Höhe von 115 T€ veränderten sich gegenüber dem Vorjahr um 59 T€. Begründet ist dies durch die Erhöhung der Pauschale für die Versorgungsumlage.

Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen in Höhe von 11.685 T€ bilden zusammen mit den sonstigen ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 2.638 T€ den klassischen „Sachaufwand“ ab. Gegenüber dem Vorjahr ergab sich eine Verringerung der Kosten bei diesen Positionen um 256 T€.

Im Abschreibungsaufwand in Höhe von 8,93 Mio € spiegelt sich der Werteverzehr im Sachanlagektor wieder. Hierunter sind insbesondere die planmäßigen Abschreibungen für den Wertverzehr der Gebäude verbucht. Hierzu wird auch auf die Erläuterungen im Anhang verwiesen. Die geringere Abschreibung gegenüber dem Vorjahr 2018 erklärt sich durch die damalige Sonderabschreibung der Flüchtlingsunterkünfte in Höhe von 3.223 T€.

Die ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 28.408 T€ liegen somit um rd. 1.940 T€ unter dem Vorjahresergebnis.

Das Finanzergebnis (siehe Seite 5 des Lageberichtes) verbesserte sich um rund 258 T€ gegenüber dem Vorjahr. Der Zinsaufwand ist im wesentlichen durch die Darlehenszinsen für das Fremdkapital i.H.v. 1.620 T€ und die Zinsaufwendungen für Derivate 1.127 T€ geprägt.

Grund für die Verbesserung des Ergebnisses sind im wesentlichen die gesunkenen Zinsen auf dem Kreditmarkt.

Das außerordentliche Ergebnis änderte sich gegenüber dem Vorjahr um 4,3 T€. Als außerordentlicher Ertrag wurde hier die Korrektur aus der Betriebsprüfung der von der EBGL berechneten Umsatzsteuer für die Jahre 2013 bis 2019 gebucht.

2. Finanzlage (Finanzrechnung)

Die Finanzlage wird grundsätzlich durch das Ergebnis aus laufender Verwaltungstätigkeit, das Ergebnis aus Investitionstätigkeit sowie das Ergebnis aus Finanzierungstätigkeit (Aufnahme und Tilgung der Kredite) beeinflusst. Der Finanzmittelzu- und -abfluss wird in der Finanzrechnung dargestellt. Diese stellt sich wie folgt dar:

Bezeichnung	Ergebnis 2018	Fortgeschriebe- ner Ansatz 2019	Ist-Ergebnis 2019	Vergleich Ansatz/Ist (Sp.4-Sp.2)
	1	2	4	5
= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	24.823.273,54	25.672.484,00	24.871.328,67	-801.155,33
= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	20.518.379,54	24.337.363,33	19.424.532,22	-4.912.831,11
= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	4.304.894,00	1.335.120,67	5.446.796,45	4.111.675,78
= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	6.265.367,58	9.696.962,00	7.367.795,39	-2.329.166,61
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	25.862.186,73	55.910.632,00	17.644.750,95	-38.265.881,05
= Saldo aus Investitionstätigkeit	-19.596.819,15	-46.213.670,00	-10.276.955,56	35.936.714,44
= Finanzmittelüberschuss / -fehlbetrag	-15.291.925,15	-44.878.549,33	-4.830.159,11	40.048.390,22
+ Aufnahme und Rückflüsse von Darlehen	21.304.817,00	3.806.699,09	13.161.617,00	9.354.917,91
+ Aufnahme von Krediten zur Liquiditätssicherung	31.374.000,00	0,00	25.312.000,00	25.312.000,00
- Tilgung und Gewährung von Darlehen	10.046.059,64	10.688.615,09	16.036.251,34	5.347.636,25
- Tilgung von Krediten zur Liquiditätssicherung	19.124.000,00	0,00	25.312.000,00	25.312.000,00
= Saldo aus Finanzierungstätigkeit	23.508.757,36	-6.881.916,00	-2.874.634,34	4.007.281,66

Der Endbestand an liquiden Mitteln des Haushaltsjahres 2019 laut Bilanz in Höhe von 122,69 € lässt sich wie folgt aufzeigen:

Bezeichnung	Ergebnis 2018	Fortgeschriebener Ansatz 2019	Ist-Ergebnis 2019	Vergleich Ansatz/Ist (Sp.4-Sp.2)
	€	€	€	€
Bestandsänderung eigener Finanzmittel	8.216.832,21	- 51.760.465,33	-7.704.793,45	44.055.671,88
+ Anfangsbestand an Finanzmitteln	102,72	0,00	41,46	41,46
+ Änderung des Bestandes an fremden Finanzmitteln	-8.216.893,47	0,00	7.704.874,68	7.704.874,68
Liquide Mittel	41,46	- 51.760.465,33	122,69	51.760.588,02

Bei den liquiden Mitteln handelt sich um eine Bargeldkasse des Immobilienbetriebes. Aufgrund der Einheitskasse unterhält der Immobilienbetrieb kein eigenes Bankkonto. Die für den Immobilienbetrieb gebuchten Ein- und Auszahlungen werden saldiert in der Bestandsveränderung eigener Finanzmittel (Guthaben) als Forderung bzw. als Bestandsveränderung fremder Finanzmittel (Schulden) als Verbindlichkeit gegenüber dem Kernhaushalt darstellt.

3. Vermögen, Eigenkapital und Schulden (Bilanz)

Die Bilanzsumme des Immobilienbetriebes beläuft sich am 31.12.2019 auf 344.419.006,76 € (Vorjahr 334.958.449,85 €).

<u>Aktiva</u>	<u>31.12.2019</u>		<u>01.01.2019</u>		<u>Veränderung</u>	
	<u>EUR</u>	<u>%</u>	<u>EUR</u>	<u>%</u>	<u>EUR</u>	<u>%</u>
<u>Anlagevermögen = langfristig gebundene Vermögenswerte</u>						
<u>Immaterielle Vermögensgegenst. und Sachanlagen</u>	<u>308.151.085,1</u>		<u>301.569.397,1</u>		<u>6.581.687,9</u>	
	<u>4</u>	<u>89,47</u>	<u>6</u>	<u>90,03</u>	<u>8</u>	<u>2,18</u>
<u>Zwischensumme</u>	<u>308.151.085,1</u>	<u>89,47</u>	<u>301.569.397,1</u>	<u>90,03</u>	<u>6.581.687,9</u>	<u>2,18</u>
<u>Umlaufvermögen = kurzfristig gebundene Vermögenswerte</u>						
<u>Vorräte</u>	<u>30.250.625,47</u>	<u>8,78</u>	<u>29.934.789,37</u>	<u>8,94</u>	<u>315.836,10</u>	<u>1,06</u>
<u>Forderungen</u>						
<u>öffentlich-rechtliche</u>	<u>4.876.636,93</u>	<u>1,42</u>	<u>2.465.099,35</u>	<u>0,74</u>	<u>2.411.537,58</u>	<u>97,83</u>
<u>privatrechtliche</u>	<u>502.519,81</u>	<u>0,15</u>	<u>273.571,43</u>	<u>0,08</u>	<u>228.948,38</u>	<u>83,69</u>
<u>sonstige Vermögensgegenstände</u>	<u>621.850,79</u>	<u>0,18</u>	<u>707.350,14</u>	<u>0,21</u>	<u>-85.499,35</u>	<u>= 12,09</u>
<u>Liquide Mittel</u>	<u>122,69</u>	<u>0,00</u>	<u>41,46</u>	<u>0,00</u>	<u>81,23</u>	<u>>100</u>
<u>Zwischensumme</u>	<u>36.251.755,69</u>	<u>10,53</u>	<u>33.380.851,75</u>	<u>9,97</u>	<u>2.870.903,94</u>	<u>8,60</u>
<u>ARAP</u>	<u>16.165,93</u>	<u>0,00</u>	<u>8.200,94</u>	<u>0,00</u>	<u>7.964,99</u>	<u>97,12</u>
<u>Betriebsvermögen</u>	<u>344.419.006,7</u>	<u>100,00</u>	<u>334.958.449,8</u>	<u>100,00</u>	<u>9.460.556,9</u>	<u>2,82</u>
	<u>6</u>		<u>5</u>		<u>1</u>	

Der Bilanzvergleich mit dem Vorjahresstichtag verdeutlicht eine Erhöhung des Bilanzvolumens um EUR 9.460.556,91 = 2,82 %, die auf der Vermögensseite (Aktivseite) insbesondere durch einen Anstieg im Anlagevermögen in Höhe von 6,58 Mio. € gekennzeichnet ist.

Der Anstieg resultiert aus Zugängen in Höhe von 16,85 Mio. €, Abgängen in Höhe von 1,34 Mio. € und Abschreibungen in Höhe von 8,92 Mio. €.

Die Veränderungen im Anlagevermögen sind im Einzelnen dem im Anhang beige-fügten Anlagespiegel (Anlage 4) zu entnehmen.

<u>PASSIVA</u>	<u>31.12.2019</u>	<u>01.01.2019</u>	<u>Veränderung</u>
----------------	-------------------	-------------------	--------------------

	EUR	%	EUR	%	EUR	%
wirtschaftliches Eigenkapital						
Allgemeine Rücklagen	117.543.845,44	34,13	120.345.370,02	35,93	-2.801.524,58	-2,33
Jahresüberschuss/-jahresfehlbetrag	-2.024.446,97	-0,59	-4.955.682,84	-1,48	2.931.235,87	-59,15
nicht im Jahresergebnis enthaltene Eigenkapitalverrechnung*	-425.530,04	-0,12	0,00	0,00	-425.530,04	>-100
Gewinnvortrag bzw. Verlustvortrag**	-14.765.861,95	-4,29	-12.309.869,88	-3,68	-2.455.992,07	19,95
Sonderposten Zuwendungen	86.791.828,00	25,20	89.486.959,00	26,72	-2.695.131,00	-3,01
Zwischensumme	187.119.834,48	54,33	192.566.776,30	57,49	-5.446.941,82	-2,83
mittel- und langfristiges Fremdkapital						
Sonstige Sonderposten	84.697,00	0,02	95.834,00	0,03	-11.137,00	-11,62
Darlehen	88.816.764,36	25,79	90.650.666,99	27,06	-1.833.902,63	-2,02
Zwischensumme	88.901.461,36	25,81	90.746.500,99	27,09	-1.845.039,63	-2,03
kurzfristiges Fremdkapital						
sonstige Sonderposten	484.470,00	0,14	0,00	0,00	-484.470,00	-100,00
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten**	5.779.699,67	1,68	6.684.718,60	2,00	-905.018,93	-13,54
erhaltene Anzahlungen	23.026.617,77	6,69	14.055.410,72	4,20	8.971.207,05	63,83
sonstige Verbindlichkeiten	123.423,79	0,04	230.895,46	0,07	-107.471,67	>-46,55
Verbindlichkeiten LuL	2.834.395,29	0,82	3.689.817,43	1,10	-855.422,14	-23,18
Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung	32.481.843,42	9,43	25.312.000,00	7,56	7.169.843,42	28,33
übriges Fremdkapital (z.B. Rückstellungen, PRAP)	3.667.260,98	1,06	1.672.330,35	0,50	1.994.930,63	>100
Zwischensumme	68.397.710,92	19,86	51.645.172,56	15,42	16.752.538,36	32,44
Betriebskapital	344.419.006,76	100,00	334.958.449,85	100,00	9.460.556,91	2,82

*gemäß §44 Abs. 3 KomHVO NRW i.V.m.§ 90 Abs. 3 GO NRW

** siehe Seite 11 Anhang Pkt. 1.6 Gewinnvortrag/Verlustvortrag

Die Veränderungen auf der Passivseite (Mittelherkunft) sind maßgeblich im Bereich kurzfristigen Fremdkapitals, hier insbesondere durch die erhaltenen Anzahlungen, den Veränderung der Instandhaltungsrückstellungen sowie den Verbindlichkeiten zur Liquiditätssicherung gekennzeichnet.

Auf der Kapitalseite wird die relativ hohe Eigenkapitalausstattung des Betriebes deutlich, die 54,33 % des Betriebskapitals ausmacht.

Die allgemeinen Rücklagen stellen das Eigenkapital dar, das dem Betrieb zur Risikominimierung (z. B. zur Abdeckung von unvermeidbaren Betriebsverlusten, zur Abdeckung von zurzeit nicht erkennbaren Substanzverlusten oder ähnlichen Umständen) wie aber auch zur Stärkung der Eigenfinanzierung (Innenfinanzierung) seitens der Stadt zur Verfügung gestellt wurde.

Die Veränderung der allgemeinen Rücklage resultiert insbesondere aus dem Ausgleich des Verlustes aus dem Jahr 2013 in Höhe von 2.499.690,77 € gem. § 10 Abs. 6 S. 3 EigVO sowie der unentgeltlichen Übertragung von Grundstücken an den Kernhaushalt der Stadt Bergisch Gladbach (452 T€). Des Weiteren wurden Erträge und Aufwendungen aus dem Abgang und der Veräußerung von Vermögensgegenständen mit der Allgemeinen Rücklage in Höhe von 426 T€ gemäß § 44 Abs. 3 KomHVO i.V.m. § 90 Abs. 3 GO NRW verrechnet (bzgl. Verrechnungen vgl. Erläuterungen zur Ergebnisrechnung im Anhang).

4. Statistische Liquidität

Der Liquiditätsvergleich stellt sich wie folgt dar:

	<u>2019</u>	<u>2018</u>	<u>Veränderung</u>
	TEUR	TEUR	TEUR
liquide Mittel	0	0	0
abzgl. kurzfristiges Fremdkapital	68.398	51.645	16.753
Liquiditätsgrad I	-68.398	-51.645	-16.753
kurzfristige Forderungen	6.017	3.454	-408
Liquiditätsgrad II	-62.381	-48.191	-14.190
Vorräte	30.251	29.935	316
Liquiditätsgrad III	-32.130	-18.256	-13.874

C. Vorgänge von besonderer Bedeutung gem. § 49 KomHVO NRW

Derartige Erkenntnisse lagen zum Zeitpunkt der Jahresabschlusserstellung nicht vor.

D. Chancen und Risiken für die künftige Entwicklung

Die Stadt Bergisch Gladbach ist gesetzlich verpflichtet, durch die Bereitstellung von Grundstücken eine geordnete städtebauliche Entwicklung sowie eine dem Wohle der Allgemeinheit entsprechende Bodennutzung zu gewährleisten. Folglich hat sie die bauliche oder sonstige Nutzung vorhandener Grundstücke durch die Aufstellung von Bauleitplänen vorzubereiten und zu leiten. Hierfür stehen der Stadt bestimmte gesetzliche Vorkaufsrechte zu. Wenn in diesem Zusammenhang auch für die städtischen potenziellen Baugrundstücke zukünftig Bauleitplanung getätigt wird, könnte dies zur weiteren positiven Entwicklung des Betriebes beitragen.

Durch die seit Jahren große Anzahl von Grundstücksverkäufen zeigt sich aber die Problematik, dass der verwertbare Anteil des Grundvermögens Jahr für Jahr geringer wird. Durch eine vernünftige Bodenvorratspolitik sollte sichergestellt werden, dass auch in einigen Jahren noch verwertbares Grundvermögen für den Grundstücksverkehr zur Verfügung steht. Für diesen Zweck wurde zum 01.01.2011 der Stadtentwicklungsbetrieb – AöR gegründet. Der Stadtentwicklungsbetrieb ist neben der Verwaltung und Entwicklung von eigenem Grundbesitz auch für den Grundstücksverkehr des Immobilienbetriebes zuständig.

Im Zuge der Gründung des Stadtentwicklungsbetriebes wurde zum 01.01.2011 Grundvermögen in Höhe von 8.298.035,49 € vom Immobilienbetrieb an den Stadtentwicklungsbetrieb übertragen. Die Erlöse aus der Entwicklung und Verwertung dieser Immobilien verbleiben im Stadtentwicklungsbetrieb. Dies gilt auch für Grundvermögen, das zukünftig unmittelbar durch den Stadtentwicklungsbetrieb erworben, entwickelt und verwertet wird. Im Ergebnis reduziert sich der verwertbare Anteil des Grundvermögens im Immobilienbetrieb.

Der Stadtentwicklungs- und Planungsausschuss des Rates der Stadt Bergisch Gladbach hat sich in seiner Sitzung am 25.08.2020 mit den ersten Ergebnissen des Handlungskonzeptes Wohnen sowie der städtischen Baulandstrategie befasst und die dazugehörigen Beschlussvorschläge einstimmig gefasst. Die Baulandstrategie sieht den Erwerb von geeigneten Grundstücksflächen, die Entwicklung dieser Flächen und dann den Verkauf zu Wohnbauzwecken durch die Stadt Bergisch Gladbach vor. Der Zwischenerwerb soll über den Immobilienbetrieb erfolgen. Neben der

Abwicklung von An- und Verkauf sind die Flächen vom Ankauf bis zum Weiterverkauf im Immobilienbetrieb zu verwalten. Die Entwicklung der Flächen ist Aufgabe des Baudezernates. Im Immobilienbetrieb sind damit ab 2020 höhere Zu- und Abgänge im Bereich Grundstücksverkehr zu erwarten. Für die im Immobilienbetrieb anfallenden zusätzlichen Aufgaben sind entsprechende Stellenanteile für den Stellenplan 2021 beantragt. Ein finanzielles Risiko besteht nicht, da sämtliche Kosten im Rahmen des Weiterverkaufes wieder abgedeckt werden können. Bei der aktuellen Lage auf dem Grundstücksmarkt besteht nicht die Gefahr, dass die Grundstücke nicht zum benötigten Kaufpreis veräußert werden könnten, eher im Gegenteil, d. h. die Nachfrage wird noch auf längere Sicht höher als das Angebot sein.

Auf Dauer wird der Betrieb nur wirtschaftlich zu führen sein, wenn er von allen raumnutzenden Fachbereichen die ermittelten Kostenmieten erhält, womit auch die Erwirtschaftung der Gebäude-Abschreibung gewährleistet wäre. Es gilt, über verbindliche verwaltungsinterne Kontraktvereinbarungen die Basis dafür zu schaffen, flexibel auf die neuen und wachsenden Aufgaben in allen Geschäftsfeldern reagieren zu können.

Die größte Belastung für den Betrieb und damit verbunden auch die entsprechenden Risiken ergeben sich aus den zum 01.01.2006 übernommenen Schulimmobilien und zum 01.01.2007 übernommenen Berufsschulimmobilien. Die Größenordnung wird schon deutlich bei Betrachtung der Bilanzsumme, die zum 31.12.2005 (ohne Schulimmobilien) noch 100.262.303,73 € betrug. Das in 2006 und 2007 hinzukommende Vermögen der Schulimmobilien (inkl. Berufsschulen) betrug mit 212.134.000 € rd. das 2-fache des bis dato im Betrieb geführten Vermögens.

Dabei ist zu berücksichtigen, dass der (abzuschreibende und zu unterhaltende) Gebäudeanteil im Verhältnis zum Bodenanteil wesentlich höher ist als bei den zuvor im Betrieb geführten Immobilien. Trotz der in den letzten Jahren durchgeführten umfangreichen Baumaßnahmen ist weiterhin ein großer Teil der Schulgebäude in einem schlechten baulichen Zustand, weil Instandhaltungen und Sanierungen über Jahre / Jahrzehnte vernachlässigt wurden bzw. wegen der schwierigen Finanzlage vernachlässigt werden mussten.

Die mit der Übernahme der Schulen erheblich angestiegenen Aufwendungen (insbes. Abschreibung, Unterhaltung und Bewirtschaftung der Gebäude sowie die Zinszahlungen) wurden vom städtischen Haushalt im Rahmen der „geleisteten“ Mieten nur unzureichend abgedeckt. Aufgrund der schwierigen Haushaltslage können bisher nur Mietzahlungen in Höhe der zuvor im Haushalt für die Schulimmobilien verfügbaren Ansätze geleistet werden. In 2014 konnte jedoch im Bereich der Berufsschulgebäude der bisherige Mietvertrag mit dem Berufsschulzweckverband neu abgeschlossen werden, der eine Zahlung der regulären Kostenmiete ab 2015 beinhaltet.

Aufgrund der Unterfinanzierung des Immobilienbetriebes erteilte der Landrat des Rheinisch-Bergischen Kreises die Genehmigung zum Kernhaushalt 2016/2017 nur unter der Auflage, dass der Rat bis spätestens Ende 2016 eine Nachtragssatzung für das Haushaltsjahr 2017 mit Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes beschließt, in dem im Ergebnisplan eine angemessene Kostenmiete für die Bereitstellung der städtischen Immobilien durch den Immobilienbetrieb veranschlagt wird.

Der Bürgermeister erzielte hierzu mit der Kommunalaufsicht Einvernehmen, dass die Zahlung eines Zuschusses an den Immobilienbetrieb zum Verlustausgleich ausreichend sei. Dies erfolgte im Wirtschaftsjahr 2017 in Höhe des Verlustvortrages 2015 (907.535,36 €) und im Wirtschaftsjahr 2018 in Höhe des Verlustvortrages 2016 (446.763,67 €). Im Wirtschaftsjahr 2019 wurde kein Zuschuss an den Immobilienbetrieb gezahlt, da das Ergebnis 2017 aus laufendem Geschäft (ohne außerplanmäßiger Abschreibungen) positiv war. Unabhängig davon wird nach § 10 Abs. 6 EigVO NRW ein nicht getilgter Verlustvortrag nach Ablauf von fünf Jahren durch Ausbuchung von den Rücklagen ausgeglichen

Die schwierigen finanziellen Rahmenbedingungen werden die Möglichkeiten des Betriebs insbesondere im Hinblick auf die notwendige Sanierung der vorhandenen Gebäudesubstanz auch in den nächsten Jahren einschränken, wobei allerdings positive Veränderungen (insbes. Fördermittel) erkennbar sind, wozu auf die weiteren Ausführungen in diesem Lagebericht verwiesen wird. Im Rahmen des genehmigten Haushaltssicherungskonzeptes für die Jahre 2012 - 2021 konnten die Investitionsansätze gegenüber dem zuvor anzuwendenden Nothaushaltsrecht erhöht werden. Bei der in jedem Jahr vorzunehmenden Aufteilung der für die Stadt Bergisch Gladbach insgesamt zur Verfügung stehenden Investitionsmittel wird regelmäßig der Schwerpunkt

bei den Schulbauinvestitionen und dabei insbesondere bei den beiden dringend erforderlichen Sanierungen des Schulzentrums Saaler Mühle und des Nicolaus-Cusanus-Gymnasiums gesetzt. Die Gesamtkosten für die im Sommer 2020 abgeschlossene Sanierung des Schulzentrums Saaler Mühle belaufen sich auf rd. 33 Mio. €. Die Mitte 2020 gestartete Maßnahme „Sanierung und Teilneubau Nicolaus-Cusanus-Gymnasium“ ist mit einem Gesamtinvestitionsvolumen in Höhe von 27,35 Mio. € über den Wirtschaftsplan des Immobilienbetriebes finanziert. Auch nach Umsetzung der beiden v. g. großen Schulsanierungen verbleibt ein erheblicher Sanierungsbedarf an vielen Gebäuden des Immobilienbetriebes. Der Immobilienbetrieb ist hier gefordert, sukzessive einen Abbau dieses Sanierungsstaus zu bewirken.

Erschwerend kommt hinzu, dass wegen erhöhter gesetzlicher Anforderungen verstärkt Maßnahmen, die sich aus Brandschutzanforderungen und aus technischen Anlagenprüfungen ergeben, einzuplanen und als dauerhafte Pflichtaufgabe im Betrieb bei allen städtischen Gebäuden umzusetzen sind. Hieraus werden sich (weiterhin) erhebliche zukünftige Belastungen ergeben. Die zwischenzeitlichen Untersuchungen zeigen, dass an nahezu jedem Gebäude Maßnahmen erforderlich sind. Aufgrund der hieraus resultierenden Vielzahl zu begutachtender Objekte ist die Gesamtbetrachtung noch nicht abgeschlossen, was für eine seriöse Abschätzung des Gesamtvolumens unerlässlich ist.

Im Rahmen der Flüchtlingskrise 2015/2016 wurden durch den Immobilienbetrieb erhebliche Investitionen zur Bereitstellung von Flüchtlingsunterkünften geleistet. Neben der Einbringung von umfangreichen personellen Ressourcen – für die Kolleginnen und Kollegen in den Abteilungen Hochbau und Gebäudewirtschaft lag der Schwerpunkt der Tätigkeit von etwa Mitte 2015 bis weit in das Jahr 2016 hinein im Bereich der Flüchtlingsunterbringung, so dass die Kapazitäten für andere Aufgaben stark eingeschränkt waren – sind auch in erheblichem Maße Finanzmittel für die Flüchtlingsunterkünfte über den Immobilienbetrieb bereitgestellt worden. Es wurden Unterkünfte verschiedener Art (z. B. Leichtbauhallen, Container, Ankauf von geeigneten Immobilien, Umnutzung von Bestandsimmobilien wie Turnhallen) über den Immobilienbetrieb organisiert und abgewickelt. Bisher wurden Investitionsmittel in Höhe von rd. 13,7 Mio. € bereitgestellt, die nahezu ausgeschöpft worden sind. Es bestand grundsätzliche Einigkeit darüber, dass dem Immobilienbetrieb die hieraus entstehenden Kosten in Form entsprechender (Kosten-) Mieten, die vom städtischen

Haushalt (Fachbereich Jugend und Soziales) geleistet werden, komplett erstattet werden.

Für die Jahre 2015 – 2019 wurden vom städtischen Haushalt (Fachbereich Jugend und Soziales) angemessene Pauschalkostenerstattungen geleistet. Die in 2015/2016 bereitgestellten Flüchtlingsunterkünfte werden zukünftig nicht mehr für die Unterbringung von Flüchtlingen benötigt – bis ca. 10/2020 sollten sämtliche Unterkünfte unbewohnt sein -, so dass die freiwerdenden Objekte veräußert oder einer anderen Nutzung zugeführt werden. Entsprechende Erlöse, insbesondere aus dem Verkauf von Containern, kommen dem Immobilienbetrieb zugute und werden im Rahmen der Berechnung der Kostenerstattung berücksichtigt. Wie mit den Kosten verfahren wird, die dem Immobilienbetrieb im Rahmen der v. g. Kostenmietberechnungen noch nicht erstattet worden sind – hier sind insbesondere die Restabschreibungen und Rückbaukosten zu nennen -, muss noch abschließend zwischen dem städtischen Kernhaushalt und dem Immobilienbetrieb abgestimmt werden.

Positiv ist auszuführen, dass verstärkt Fördermittel insbesondere für die Bildungsinfrastruktur zur Verfügung gestellt werden. So kann aus dem Kommunalinvestitionsförderungsgesetz NRW (Kapitel 1) ein Förderbetrag in Höhe von rd. 4,2 Mio. € im Rahmen der Sanierung des Schulzentrums Saaler Mühle für den energetischen Teil dieser Maßnahme eingesetzt werden. Weitere 1,2 Mio. € wurden vom Rheinisch-Bergischen Kreis aus diesem Programm an die Stadt Bergisch weitergeleitet und im Immobilienbetrieb für verschiedene Bauinvestitionen eingesetzt. Aus dem Kommunalinvestitionsförderungsgesetz NRW (Kapitel 2) sind für die Stadt Bergisch Gladbach weitere Mittel in Höhe von rd. 5,7 Mio. € für Maßnahmen im Bereich der Schulinfrastruktur in 2018 bewilligt worden. Diese Mittel sollen vollständig für die in 2020 gestartete Maßnahme „Sanierung und Teilneubau-Nicolaus-Cusanus-Gymnasium“ verwendet werden. Zusätzlich kann der Immobilienbetrieb in den Jahren 2017 – 2020 aus dem Schuldendiensthilfegesetz „Gute Schule 2020“ über Kreditkontingente in Höhe von rd. 11,8 Mio. € verfügen, die in Höhe von rd. 9,8 Mio. € aus dem städtischen Kontingent und in Höhe von rd. 2,0 Mio. € aus einem vom Rheinisch-Bergischen Kreis an die Stadt weitergeleiteten Kontingent resultieren. Diese Kontingente werden eingesetzt für dringend erforderliche Neubaumaßnahmen (Neubauten Schulgebäude GGS Bensberg und Doppeltturnhalle Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasium)

sowie für die Sanierung der Sporthalle Feldstraße an der kaufmännischen Berufsschule.

Über den Wirtschaftsplan des Immobilienbetriebes werden in den Jahren 2017ff zwei große Investitionsvorhaben außerhalb der Schulinfrastruktur abgewickelt. Der marode Zustand der alten Stadthäuser in der Innenstadt Bergisch Gladbach erfordert zeitnah eine neue Lösung für die Unterbringung von städtischen Dienststellen. In 2021 fallen voraussichtlich Kosten für verschiedene Leistungen (Machbarkeitsstudie, Projektsteuerung, ggf. einzelne Architekten- und Ingenieurleistungen, juristische Beratungen u. a.) an, für die im Wirtschaftsplan 2021 des Immobilienbetriebes ein Ansatz in Höhe von 1,0 Mio. € vorgesehen werden soll. Das Gesamtvolumen für Planung und Umsetzung der dann ausgewählten Maßnahme kann voraussichtlich mit dem Wirtschaftsplan 2022 neu in die Finanzplanung aufgenommen werden.

Nachdem über den Wirtschaftsplan des Immobilienbetriebes in 2017 zunächst der Ankauf der mit Kaufgegenstand 1 und 2 bezeichneten Flächen von der Firma Zanders GmbH mit einem Kaufpreis in Höhe von rd. 13 Mio. € zzgl. Nebenkosten realisiert wurde, ist in 2018 auch das Kernareal des Werkgeländes Zanders erworben worden, wofür mit dem am 9.10.2018 vom Stadtrat beschlossenen Wirtschaftsplannachtrag weitere Investitionsmittel in Höhe von 13,5 Mio. € bereitgestellt wurden. Die Zanders-Immobilien sollen grundsätzlich nicht auf Dauer im Immobilienbetrieb geführt werden, so dass die Bilanzierung folgerichtig im Umlauf- und nicht im Anlagevermögen erfolgt. Die Aufsichtsbehörde hat die von der Stadt Bergisch Gladbach dargestellte Rentierlichkeit des Ankaufes der Zanders-Immobilien im Grundsatz bestätigt, so dass sich auch die mit dem Erwerb verbundenen Risiken für den Immobilienbetrieb in Grenzen halten sollten, weil der zusätzlich entstehende Aufwand durch entsprechende höhere Erträge abgedeckt werden kann. Für die Verwaltung dieses umfangreichen Immobilienbestandes wurde im Immobilienbetrieb die neue Abteilung „Management Zanders-Liegenschaft“ gegründet.

Neben dem ohnehin vorhandenen erheblichen Sanierungsstau an den Immobilien und den gestiegenen gesetzlichen Anforderungen (z. B. Brandschutz und technische Anlagenprüfungen) führen neu hinzukommende Aufgabenstellungen zu einem erhöhten Investitionsbedarf. Hier ist zunächst die Herstellung der IT-Infrastruktur für die Medienentwicklungsplanung in den Schulen zu nennen. Im Rahmen des soge-

nannten Digitalpaktes Schulen können beim Land NRW entsprechende Fördermittel beantragt werden. Die Planung der Maßnahmen, die Beantragung der Fördermittel und die dann folgende Umsetzung der Maßnahmen binden im Immobilienbetrieb erhebliche personelle Ressourcen. Das Förderprogramm sieht eine 90 prozentige Förderung und einen kommunalen Eigenanteil von 10 % vor. Im Wirtschaftsplan des Immobilienbetriebes sind für die Jahre 2020 – 2023 investive Auszahlungen in Höhe von 4,3 Mio. € zur Schaffung der IT-Infrastruktur im Rahmen des Digitalpaktes Schulen veranschlagt.

Eine weitere sehr umfangreiche Aufgabenstellung für den Immobilienbetrieb ergibt sich aus dem „Integrierten Schulentwicklungs- und Jugendhilfeplan: Ausbauprogramm für die städtischen Offenen Ganztagsgrundschulen und Raumprogramm für die Jahre 2020 bis 2025 (ISEP)“. Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach hat in seiner Sitzung am 01.09.2020 den einstimmigen Beschluss über die Bedarfsplanung des ISEP getroffen. Daraufhin hat der Immobilienbetrieb die Projektentwicklungsstufe 2 eingeleitet und gemeinsam mit dem Fachbereich 4 (Schulen) und weiteren am Projekt Beteiligten die Bedarfsplanung gemäß DIN 18205 aufgenommen. Mit den am Projekt Beteiligten werden aktuell die vorliegenden Bedarfsanforderungen identifiziert, qualifiziert und in einem Soll-Ist-Vergleich zusammengestellt. Das Ergebnis wird in einem Nutzerbedarfsprogramm zusammengestellt, um anschließend eine Variantenuntersuchung, Machbarkeitsstudie, Risikoanalyse und Finanzierbarkeit zu prüfen. Ziel ist es, die Bedarfsfeststellung und den damit verbundenen Kostenrahmen spätestens zum III. Quartal 2021 für den formellen Planungsbeschluss vorzubereiten.

Aus den v. g. Gründen sind die konkreten Baumaßnahmen, die sich aus dem ISEP ergeben, aktuell noch nicht identifizierbar. Sie müssen entwickelt werden, so dass aktuell noch kein Kostenrahmen für die Umsetzung des ISEP genannt werden kann. Aus der baufachlichen Erfahrung des Immobilienbetriebes wird derzeit von einem Gesamtinvestitionsvolumen in Höhe von mindestens 100 Millionen €, über einen Zeitraum von 2021 bis 2025 verteilt, geschätzt. Für die zeitnahe Planung und Umsetzung der Baumaßnahmen fehlen aktuell im Fachbereich in Quantität und Qualität die Personalressourcen. Hier werden aktuell Lösungen gesucht.

Bei der Bauplanung und -abwicklung größerer städtischer Hochbaumaßnahmen schlägt die Fachbereichsleitung eine zwingende Umstellung der bisherigen Vorgehensweise vor. Erfahrungen der letzten Jahre zeigen, dass die Komplexität von öffentlichen Baumaßnahmen immer mehr zunimmt. Die Qualitätssicherung vertraglich vereinbarter externer Planungs- und Bauüberwachungsleistungen erfordern ein hohes Maß an zusätzlichen Aufwendungen. Jedes Bauvorhaben birgt Unsicherheiten, die sich auf das Projektziel auswirken können. Schlechtleistungen, Verzögerungen, Streitigkeiten haben Auswirkungen auf Termin und Kosten. Aktuell wird es zunehmend schwieriger, geeignete Fachunternehmen und Fachpersonal auf dem Markt zu finden.

Die im Vorfeld dargestellten erheblich gestiegenen Anforderungen und Aufgabenstellungen haben im Immobilienbetrieb auch einen entsprechenden zusätzlichen Personalbedarf zur Folge. Hierauf wurde für die Abteilung Hochbau in der Form reagiert, dass im Rahmen des Stellenplanes bis 2018 insgesamt sieben zusätzliche Stellen eingerichtet wurden. Leider gestaltet sich die Personalsuche in diesem technischen Bereich ausgesprochen schwierig, so dass bereits seit einiger Zeit nicht mehr alle zur Verfügung stehenden Stellen besetzt werden konnten. Die Konkurrenz zur Privatwirtschaft, die höhere Gehälter als der öffentliche Dienst zahlt, und auch zu anderen Gemeinden und Städten, die ebenfalls intensiv nach Personal in diesem Bereich suchen, stellt sich hier als problematisch dar. Es besteht das Risiko, dass nicht ausreichend qualifiziertes Personal eingestellt werden kann, um den Einsatz der Fördermittel in vollem Umfang sicherzustellen. Vor allem aber besteht die Gefahr, den im Vorfeld beschriebenen ständig steigenden Anforderungen nicht angemessen gerecht werden zu können.

Die Stadt Bergisch Gladbach sucht intensiv nach Lösungen, mit geeigneten Maßnahmen die Voraussetzungen für die Umsetzung des massiven Bauprogrammes zu schaffen. Eine interne Organisationsuntersuchung für die Abteilung Hochbau hat einen zusätzlichen Bedarf von 13,5 Stellen in der Abteilung Hochbau ergeben, wobei zum Zeitpunkt dieser Untersuchung die sich aus dem ISEP ergebenden Maßnahmen noch nicht bzw. nur in Teilen berücksichtigt werden konnten. Für den Stellenplan 2021 wurden 13,5 zusätzliche Stellen beantragt, insbesondere für Aufgaben aus Nutzung und Betrieb. Außerdem wird geprüft, ob die Einrichtung einer „Schulbau GmbH“ die Chancen erhöhen kann, die dringend erforderlichen zusätzlichen perso-

nellen Kapazitäten zu bekommen und auch in der sonstigen Abwicklung des Bauprogrammes flexibler arbeiten zu können.

Es zeigt sich in der Praxis immer stärker, dass der gestiegene Personalbedarf nicht nur die Abteilung Hochbau, sondern auch die anderen Abteilungen des Immobilienbetriebes betrifft. Dies kann auch insofern nicht überraschen, als dass die gestiegenen Aufgaben und Anforderungen selbstverständlich auch in diesen Abteilungen zu erheblicher Mehrarbeit führen. Im Verwaltungsbereich und bei den Hausmeisterdiensten wurden zwar zuletzt neue Stellen geschaffen, es ist aber bereits absehbar, dass die anstehenden zusätzlichen großen Erfordernisse auch hier weiteren Personalbedarf entstehen lassen.

Die Corona-Pandemie führt im Immobilienbetrieb zu Mehrkosten, die insbesondere durch den höheren Reinigungsaufwand und dem erhöhten Bedarf an Hygiene- und Desinfektionsmitteln entstehen. Die Abteilung „Gebäude- und Grundstücksverwaltung“ rechnet mit coronabedingten Mehrkosten in den Jahren 2020 sowie 2021. Die Landesregierung NRW hat mit Wirkung vom 01.10.2020 das Gesetz zur Isolierung der aus der COVID-19-Pandemie folgenden Belastungen der kommunalen Haushalte im Land Nordrhein-Westfalen (NKF-COVID-19-Isolierungsgesetz - NKF-CIG) beschlossen. Hierdurch müssen, die durch die COVID-19-Pandemie ergebnisbelastenden Mindererträge und Mehraufwendungen des Jahres 2020 gem. § 5 NKF-CIG ergebnisneutral als Bilanzierungshilfe aktiviert werden. Gem. § 6 NKF-CIG ist diese Bilanzierungshilfe ab dem Haushaltsjahr 2025 linear über längstens 50 Jahre erfolgswirksam abzuschreiben. In 2025 steht der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung das einmalige Recht zu, die Bilanzierungshilfe ganz oder in Anteilen erfolgsneutral gegen das Eigenkapital auszubuchen. Außerplanmäßige Abschreibungen sind unter Beachtung der Leistungsfähigkeit zulässig.

Das bei der Stadt geführte Altlastenkataster gibt bis zum Zeitpunkt der Berichtserstellung keine Anhaltspunkte dafür, dass für im Betriebsvermögen erfasste Grundstücke tatsächlich Sanierungsaufwendungen erforderlich werden. Es kann jedoch z. B. bei einer veränderten Nutzungsbestimmung einzelner Grundstücke nicht ausgeschlossen werden, dass aufgrund der dann notwendigen Untersuchungen eine andere Beurteilung möglich ist. Unter Berücksichtigung dieser Sachlage wurden keine Rückstellungen für Belastungen/Altlasten gebildet.

Gemäß § 25 Abs. 2 EigVO ist auch auf die Feststellungen aus dem Fragenkatalog nach § 53 HGrG einzugehen. Die Anmerkungen des Wirtschaftsprüfers wurden dementsprechend zur Kenntnis genommen. Diese Erkenntnisse haben bereits in einigen Punkten zur Überprüfung und Anpassung der Verfahrensabläufe innerhalb der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung geführt.

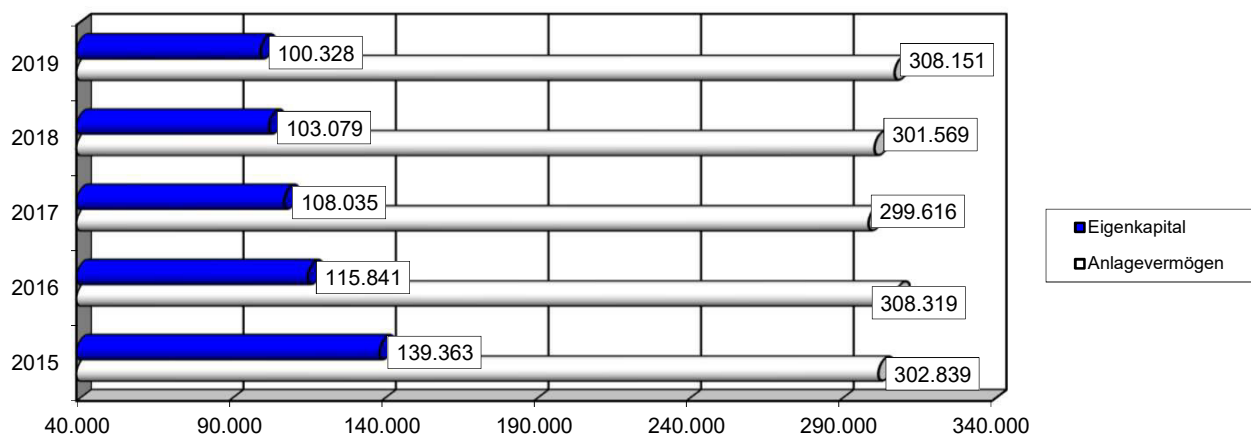
Wirtschaftliche Daten der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung "Immobilienbetrieb der Stadt Bergisch Gladbach"

Entwicklung der Bilanz im 5-Jahresvergleich (Geschäftsjahre 2015 - 2019) Angaben in TEUR

AKTIVA	2015	2016	2017	2018	2019	Veränderung
Immaterielle Vermögensgegenstände	229	185	137	139	158	
Sachanlagen	302.610	308.134	299.479	301.430	307.993	6.563
Anlagevermögen	302.839	308.319	299.616	301.569	308.151	6.582
zum Verkauf bestimmte Grundstücke	2.554	2.613	16.756	29.935	0	-29.935
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	3.845	1.863	609	3.446	36.252	0
Flüssige Mittel				0	0	32.806
Umlaufvermögen	6.399	4.476	17.365	33.381	36.252	2.871
Rechnungsabgrenzungsposten	17	51	7	8	16	8
Bilanzsumme	309.255	312.846	316.988	334.958	344.419	9.461

PASSIVA	2015	2016	2017	2018	2019	Veränderung
Stammkapital	25	25	25	25	0	-25
Rücklage	147.193	123.259	121.514	120.320	117.544	-2.776
Gewinn-/ Verlustvortrag	-6.947	-6.996	-5.698	-12.310	-14.766	-2.456
Jahresergebnis	-908	-447	-7.806	-4.956	-2.024	2.932
nicht im JE enth. EK-Verrechnung					-426	-426
Eigenkapital	139.363	115.841	108.035	103.079	100.328	-2.751
SoPosten für Zuwendungen	73.232	97.663	92.437	89.583	87.361	
Rückstellungen	248	562	361	1.672	3.651	1.979
Verbindlichkeiten	96.409	98.780	116.155	140.624	153.063	12.439
Rechnungsabgrenzungsposten	3				16	
Bilanzsumme	309.255	312.846	316.988	334.958	344.419	9.461

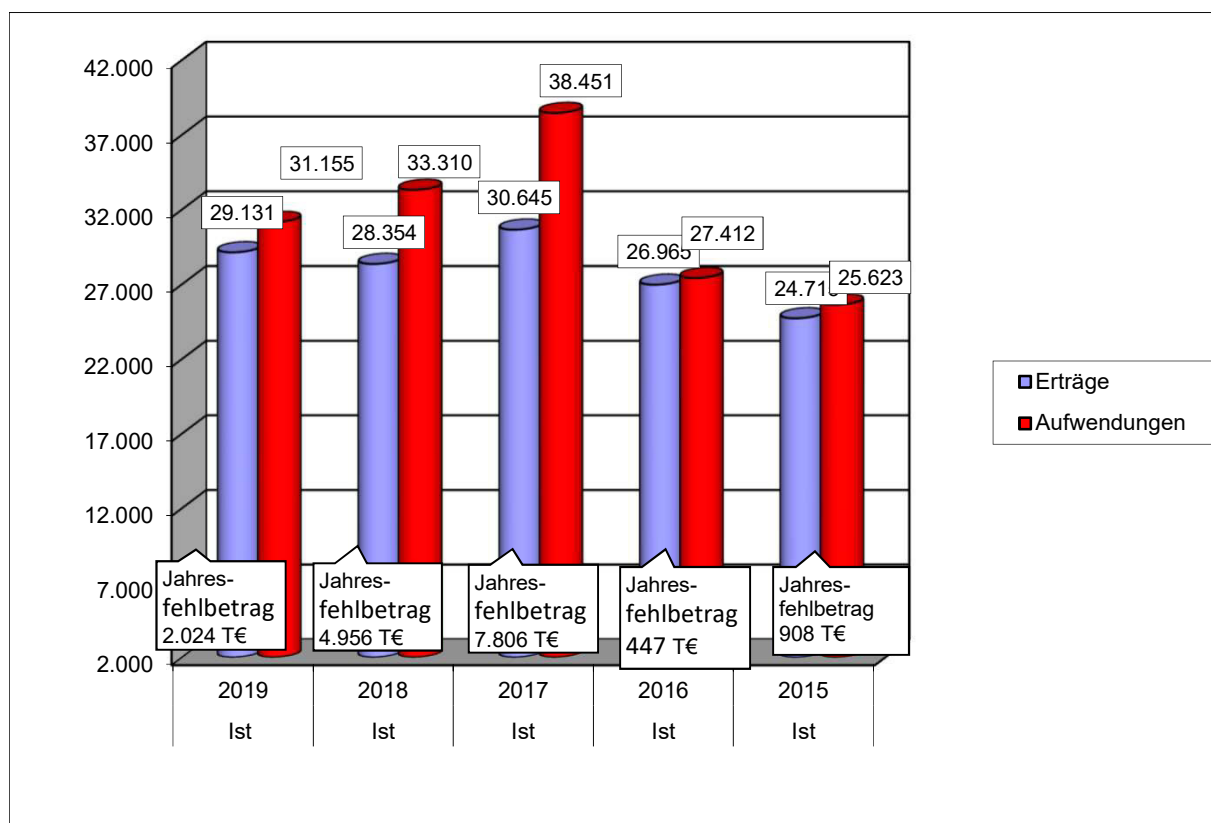
Finanzierung des Anlagevermögens durch Eigenkapital (incl. Sonderpostens für Zuwendungen)



Gewinn- und Verlustrechnung des Immobilienbetriebs der Stadt Bergisch Gladbach

Entwicklung der Bilanz im Jahresvergleich (Geschäftsjahre 2015 - 2019) Angaben in TEUR

in TEUR	Plan 2019	Ist 2019	Ist 2018	Ist 2017	Ist 2016	Ist 2015	Ist 19 / Ist 18
1. Umsatzerlöse	28.900	28.270	24.724	24.219	23.449	21.558	3.546
2. Sonstige betriebliche Erträge	535	756	3.573	6.412	3.517	3.095	-2.817
3. Betriebliche Erträge (1+2)	29.435	29.026	28.297	30.631	26.966	24.653	729
4. Materialaufwand	-14.034	-11.685	-13.083	-11.655	-11.222	-3.471	1.398
5. Personalaufwand	-5.207	-5.156	-5.067	-4.472	-4.416	-4.074	-89
6. Abschreibungen	-8.523	-8.929	-10.741	-18.846	-8.065	-6.179	1.812
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.537	-2.638	-1.272	-277	-207	-8.247	-1.366
8. Betriebsaufwand (4+5+6+7)	-29.301	-28.408	-30.163	-35.250	-23.910	-21.971	1.755
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	101	57	14	-1	62	44
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-3.742	-2.747	-2.962	-3.132	-3.435	-3.588	215
11. Finanzergebnis (9+10)	-3.742	-2.646	-2.905	-3.118	-3.436	-3.526	259
12. außerordentliche Erträge	0	4	0				4
13. außerordentliche Aufwendungen	0	0	0				0
12. Sonstige Steuern	0	0	-185	-69	-67	-64	185
13. Jahresüberschuss (3+8+11+12)	-3.608	-2.024	-4.956	-7.806	-447	-908	2.932

Entwicklung Erträge/Aufwendungen in TEUR

Kennzahlen im Überblick/ Immobilienbetrieb der Stadt Bergisch Gladbach

	2015	2016	2017	2018	2019
1. Vermögenslage					
Anlagenintensität in %	97,9%	98,6%	94,5%	90,0%	89,5%
Umlaufintensität in %	2,1%	1,4%	5,5%	10,0%	10,5%
Investitionsquote	2,7%	4,6%	3,4%	4,5%	5,7%
Reinvestitionsquote	131,5%	174,9%	54,3%	127,7%	197,6%
2. Finanzlage					
Eigenkapitalquote in %	45,1%	37,0%	34,1%	30,8%	29,1%
Fremdkapitalquote in %	31,3%	31,8%	36,8%	42,5%	45,5%
Anlagendeckung I in %	46,0%	37,6%	36,1%	34,2%	32,6%
Cashflow aus lfd. Geschäftstätigkeit	9.714 T€	5.457 T€	2.548 T€	4.305 T€	5.447 T€
3. Ertragslage					
Umsatzrentabilität in %	12,1%	12,7%	-19,4%	-8,3%	2,2%
Eigenkapitalrentabilität in %	-0,7%	-0,4%	-7,2%	-4,8%	-2,0%
Gesamtkapitalrentabilität in %	-0,3%	-0,1%	-2,5%	-1,5%	-0,6%
4. Erfolgskennzahl					
Personalintensität in %	18,9%	18,8%	18,5%	20,5%	18,2%

Mitarbeiter Grundstückswirtschaft	2015	2016	2017	2018	2019
Beschäftigte	75	75	73	75,5	75
Beamte	2,5	2,5	2	4	6
Gesamt	77,5	77,5	75	79,5	81

Abwasserwerk der Stadt Bergisch Gladbach

1. Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Laut Ratsbeschluss der Stadt Bergisch Gladbach vom 30.04.1991 wurde die öffentliche Einrichtung **“Abwasserbeseitigung“** zum 01.01.1992 gemäß § 95 Abs. 1 Nr. 3 GO i.V. mit § 3 GO NW aus der Haushaltswirtschaft der Stadt ausgesondert und wird seitdem als Sondervermögen entsprechend den Vorschriften über Eigenbetriebe gemäß § 107 Abs. 2 GO NW mit Ausnahme der Bestellung einer Werkleitung und der Bildung eines Werksausschusses geführt.

Die Abwasserbeseitigung der Stadt ist, auch bei einer Führung als Sondervermögen nach den Vorschriften des § 107 Abs. 2 Ziffer 3 GO NW, kein wirtschaftliches Unternehmen; es ist danach aber stärker nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu verwalten als dies bei einer Eingliederung in eine Kommunalverwaltung möglich ist.

Der Tatbestand “Sondervermögen“ ist dann gegeben, wenn für öffentliche Einrichtungen nach zwingendem oder gestattendem Recht (§ 107 Abs. 2 GO NW i.V. mit dem Eigenbetriebsrecht) tatsächlich Sondervermögen mit eigenem Rechnungsabschluss gebildet wird.

Unabhängig von der Art der Rechnungslegung für diesen Sektor bleibt die Tätigkeit hoheitlich. Die Einrichtung stellt keinen Betrieb gewerblicher Art dar, so dass die hierzu bestehenden steuerrechtlichen Vorschriften nicht anwendbar sind. Die Vorschriften des KAG sind auch weiterhin zu beachten.

2. Zweck der Gesellschaft

Zweck der Einrichtung ist die Erfüllung der sich aus der Entwässerungssatzung und der Entsorgungssatzung ergebenden Aufgaben. Gleichfalls nimmt das Abwasserwerk der Stadt Bergisch Gladbach als Sondervermögen im Sinne der Ziff. 1 die sich aus den §§ 89 bis 91 des Wassergesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (Landeswassergesetz - LWG -) ergebenden Verpflichtungen der Stadt Bergisch Gladbach zur Unterhaltung und zum Ausbau von Gewässern wahr.

3. Zusammensetzung der Organe

3.1 Betriebsleitung

Das Abwasserwerk ist organisatorisch Teil der Stadtverwaltung Bergisch Gladbach. Die Funktion der Betriebsleitung nimmt gem. § 3 der Betriebssatzung die Bürgermeisterin / der Bürgermeister als Behörde wahr. Gemäß gültiger Organisationsverfügung sind diese Aufgaben auf den zuständigen Beigeordneten und auf die Fachbereichs- und Betriebsleitung übertragen.

3.2 Betriebsausschuss

Ein Betriebsausschuss wurde nicht gebildet. Dessen Funktionen nimmt gemäß Zuständigkeitsordnung der Stadt Bergisch Gladbach der Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr (AUKIV) wahr. Für dessen Aufgaben ist die

Eigenbetriebsverordnung entsprechend und im Übrigen die Zuständigkeitsordnung maßgeblich.

3.3 Leiter/in der Einrichtung

Leiter des Abwasserwerks ist Herr Martin Wagner.

4. Beteiligungsverhältnisse

Die Einrichtung ist als Sondervermögen der Gemeinde anzusehen.

5. Beschäftigte

Die durchschnittliche Zahl der Beschäftigten betrug 2019 insgesamt 92,5 Mitarbeiter.

Im Übrigen werden anteilige Personalkosten im Wege des Verwaltungskostenbeitrages an die Stadt abgegolten.

6. Wirtschaftsprüfer

Die eigenbetriebsähnliche Einrichtung beauftragte die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Dr. Heilmaier & Partner GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Steuerberatungsgesellschaft, mit der Prüfung des Jahresabschlusses.

7. Mitgliedschaften

Der zuständige Beigeordnete ist Mitglied in der Verbandsversammlung des Rheinischen Kölner Randkanals (gegründet 1966). Der Zweckverband deckt seinen Finanzbedarf aus Zuwendungen, Spenden und sonstigen Einnahmen. Reichen diese zur Deckung des Finanzbedarfs nicht aus, erhebt er von seinen Mitgliedern eine Umlage. Weitere Verbandsumlagen sind an den Wupper- und Aggerverband zu leisten.

Ferner ist die Stadt Mitglied im Wasserverband Strundeverband

9. Lagebericht

A. Allgemeines

1. Allgemeine Angaben

Die Aufstellung des Lageberichts gemäß § 49 KomHVO NRW erfolgt im Zeitpunkt der Jahresabschlusssaufstellung für das Haushaltsjahr vom 01.01.2019 bis 31.12.2019. Dieser soll einen Überblick über die wichtigen Ergebnisse des Jahresabschlusses geben und ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage des Betriebes vermitteln.

Über Vorgänge von besonderer Bedeutung, auch solcher, die nach Schluss des Haushaltsjahres eingetreten sind, ist zu berichten. Außerdem ist auf die Chancen und Risiken für die künftige Entwicklung einzugehen.

Die Angaben zum Geschäftsverlauf beziehen sich auf das Haushaltsjahr 2019 und sind damit rein vergangenheitsbezogen. Die Angaben zur Lage der Einrichtung Abwasserwerk sind dagegen zeitpunktbezogen und kennzeichnen die wirtschaftlichen Verhältnisse der Einrichtung am 31.12.2019. Die Chancen und Risiken sind zukunftsbezogen.

Das Abwasserwerk der Stadt Bergisch Gladbach wurde zum 01.01.1992 gegründet. Das Abwasserwerk ist in Form einer eigenbetriebsähnlichen Einrichtung organisiert und führte sein Rechnungswesen bisher nach den Vorschriften des HGB. Seit dem 01.01.2019 erfolgte die Rechnungslegung nach den Vorschriften des Neuen Kommunalen Finanzmanagements (NKF) gemäß der KomHVO für das Land Nordrhein-Westfalen.

In den weiteren Darstellungen kommt es aufgrund der Vorschriften des Neuen Kommunalen Finanzmanagement zu einer gegenüber dem Vorjahresabschluss veränderten Gliederung von Bilanz und Ergebnisrechnung und der damit verbundenen Zuordnung von einzelnen Konten.

2. Feststellung im Rahmen des § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz (§ 25 Abs.2 EigVO)

Wesentliche Feststellungen gem. § 53 HGrG haben sich nicht ergeben.

3. Geschäftsverlauf 2019

Maßgebenden Einfluss auf die Entwicklung des Betriebes löst die Erfüllung der gesetzlichen Vorgaben im Investitionssektor im Rahmen des Abwasserbeseitigungskonzepts (ABK) aus.

Die Ausgaben für Investitionen in das Sachanlagevermögen lagen im Berichtsjahr bei rd. EUR 6,1 Mio., so dass nach Abschreibungen ein Buchwert von rd. EUR 204 Mio. als Vermögen geführt wird. Im Vorjahr wurden EUR 3,5 Mio. investiert.

Dem Finanzierungssektor ist daher maßgebende Bedeutung beizumessen, weil ein wesentlicher Teil der Investitionen über Darlehen gedeckt wird, deren Zinsaufwand das Jahresergebnis belastet. Daher ist aus Sicht der wirtschaftlichen Betriebsführung grundsätzlich eine Stärkung des Eigenkapitals anzustreben. Eine wirtschaftliche Betriebsführung ist nur durch Kontrolle der Verschuldung möglich. Dazu trägt eine verstärkte Innenfinanzierung bei, wie sie die Gebührenkalkulation nach dem Kommunalabgabengesetz für NRW (KAG) durch die Ansatzmöglichkeit kalkulatorischer Abschreibungen und Verzinsungen ermöglicht und das Eigenbetriebsrecht fordert.

B. Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

1. Ertragslage Vergleich Plan / Ist 2019

Der erzielte Jahresüberschuss von TEUR 12.075 weicht um TEUR 2.314 vom Wirtschaftsplann (TEUR 9.761) ab.

Im Folgenden werden wesentliche Abweichungen dargestellt:

		Wirtschaftsplan	Ergebnis	Differenz
01	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00
02	+ Zuwendungen u. all. Umlagen	0,00	1.213.165,39	1.213.165,39
03	+ Sonst. Transfererträge	0,00	0,00	0,00
04	+ Öffentl.-rechtl. Leistungsentgelte	35.426.599,00	31.785.483,82	-3.641.115,18
05	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	37.000,00	32.728,42	-4.271,58
06	+ Kostenerstatt. u. Kostenumlagen	1.030.417,00	944.365,75	-86.051,25
07	+ Sonstige ordentliche Erträge	154.650,00	74.061,03	-80.588,97
08	+ Aktivierte Eigenleistungen	211.000,00	264.160,69	53.160,69
09	+/- Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00
10	= Ordentliche Erträge	36.859.666,00	34.313.965,10	-2.545.700,90
11	- Personalaufwendungen	6.510.870,00	6.443.924,46	-66.945,54
12	- Versorgungsaufwendungen	150.941,00	156.164,42	5.223,42
13	- Aufw.für Sach- u. Dienstleistungen	10.212.153,00	6.257.585,41	-3.954.567,59
14	- Bilanzielle Abschreibungen	6.447.307,00	6.194.107,76	-253.199,24
15	- Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00
16	- So. ordentliche Aufwendungen	1.527.742,00	1.599.747,63	-72.005,63
17	= Ordentliche Aufwendungen	24.849.013,00	20.651.529,68	-4.197.483,32
18	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)	12.010.653,00	13.837.662,05	1.827.009,05
19	+ Finanzerträge	25.000,00	32.464,08	7.464,08
20	- Zinsen und so. Finanzaufwendungen	2.274.853,00	1.758.828,75	-516.024,25
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)	-2.249.853,00	-1.726.364,67	523.488,33
22	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)	9.760.800,00	12.111.297,38	2.350.497,38
23	+ Außerordentliche Erträge	0,00	278.107,26	278.107,26
24	- Außerordentliche Aufwendungen	0,00	139.198,66	139.198,66
25	= Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 23 und 24)		138.908,60	138.908,60
26	= Jahresergebnis (= Zeilen 22 und 25)	9.760.800,00	12.074.979,35	2.314.179,35

Im Schmutz- und Regenwasserbereich wurden mehr m³/m² veranlagt als geplant und damit höhere Erlöse erzielt. Im Bereich der Straßenentwässerung Stadt wurden mehr m² veranlagt als geplant, was zu höheren Erlösen führte. Dadurch, dass Aufwendungen geringer ausfielen als geplant, sowie durch höhere betriebliche Erträge insbesondere periodenfremde im Gebührenbereich, erfolgte statt der geplanten Auflösung eine Zuführung zum Sonderposten für den Gebührenaussgleich.

Auf der Aufwandsseite bestehen insbesondere wesentliche Abweichungen im Bereich der Sach- und Dienstleistungen. Dies ist durch einen erheblich geringeren Erhaltungsaufwand im Vergleich zur Planung begründet, da sich erst aus der Detailplanung ergibt, ob es sich um Erhaltungsaufwand und damit sofort wirksame Aufwendungen oder um investive Leistungen handelt, die auf die Nutzungsdauer verteilt werden. Die übrigen Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen fielen ebenfalls geringer aus als geplant. Dies ist insbesondere auf geringere Aufwendungen für Fäll- und Konditionierungsmittel, geringere Wartungskosten, geringere Strom- und Unterhaltungskosten aufgrund neuer Verträge und geringerer Verbräuche als geplant, zurückzuführen.

Der Personalaufwand fiel insgesamt geringer aus als geplant. Dies ist damit zu begründen, dass auch in 2019 offene Stellen erst mit zeitlichem Verzug in 2020 neu besetzt werden konnten. Dies beeinflusste auch die verzögerte Durchführung der oben schon genannten Erhaltungsmaßnahmen.

Die geringeren Abschreibungen resultieren aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens (Kanalhausanschlüsse – Abgang in 2018) und später als geplant fertiggestellten Baumaßnahmen.

Beim Zinsaufwand kommt es zu geringeren Aufwendungen bei den Darlehen, da entgegen der Planung geringere Darlehenszinsen anfielen.

2. Ertrag 2019 / 2018

Die ordentlichen Erträge setzen sich wie folgt zusammen:

	2019		2018		Veränderung	
	EUR	%	EUR	%	EUR	%
1.Zuwendungen	1.213.165	3,5	5.266.220	14,5	-4.053.055	-77,0
Entsorgung Schmutzwasser	18.049.978	52,6	16.247.584	44,9	1.802.394	11,1
Entsorgung Niederschlagswasser	13.179.311	38,4	13.738.499	37,9	-559.188	-4,1
Veränderung Verbindlichkeit für den Gebührenaussgleich	-202.757	0,6	-1.227.180	-3,4	1.024.423	>-100
Auflösung Ertragszuschüsse	402.033	1,2	403.407	1,1	-1.374	-0,3
So.off./rechtl.Leistungsentgelte	356.919	1,0	41.550	0,1	315.369	>100
2.Öffentl rechtl. Leistungsentgelte	31.785.484	92,6	29.203.860	80,7	2.581.624	8,8
3.Privatrechtl. Leistungsentgelte	32.278	0,1	27.403	0,1	4.875	17,8
Kostenerstattung Wasserläufe	584.876	1,7	579.064	1,6	5.812	1,0
So.Kostenerstattungen	359.490	1,0	304.598	0,8	54.892	18,0
4.Kostenerstatt.und -umlagen	944.366	2,8	883.662	2,4	60.704	6,9
5.So. ordentliche Erträge	74.061	0,2	456.826	1,3	-382.765	-83,8
6.Aktiviert Eigenleistungen	264.161	0,8	363.727	1,0	-99.566	-27,4
Ordentliche Erträge	34.313.965	100	36.201.699	100	-1.887.734	-5,2

Die Erträge aus der Schmutzwasserentsorgung sind aufgrund mehr veranlagter Kubikmeter und eines erhöhten Gebührensatzes um TEUR 1.802 gestiegen.

Die Erlöse aus der Niederschlagswasserentsorgung sind bei einem gesunkenen Gebührensatz und weniger veranlagten Quadratmetern um rund TEUR 559 gesunken.

Da in 2019 im Schmutzwasser- und Regenwasserbereich Überdeckungen i.H. von insgesamt TEUR 3.994 entstanden sind, fällt die Einstellung in den Sonderposten für den Gebührenaussgleich höher aus als die Auflösung (saldiert TEUR 342, davon TEUR 203 gegenüber 2. Öffentlich-rechtlicher Leistungsentgelte und TEUR 139 gegenüber 24. Außerordentliche Aufwendungen).

3. Aufwand 2019 / 2018

Die ordentlichen Aufwendungen verteilen sich auf folgende Aufwandsarten:

Bezeichnung	Jahresergebnis 2018	Fortgeschriebener Ansatz 2019	Ist-Ergebnis des Rechnungsjahres 2019	Vergleich Ansatz/Ist	Veränderung gegenüber Vorjahr
Personalaufwand	5.900.354,99	6.505.646,58	6.443.924,46	-61.722,12	543.569,47
Versorgungsaufwand	123.128,23	156.164,42	156.164,42	0,00	33.036,19
Aufwand f. Sach- / Dienstleistungen	5.008.975,10	10.080.617,00	6.257.585,41	-3.823.031,59	1.248.610,31
Sonst. Ordentl. Aufwendungen	7.570.111,38	1.659.278,00	1.599.747,63	-59.530,37	-5.970.363,75
Abschreibungen	6.237.107,21	6.447.307,00	6.194.107,76	-253.199,24	-42.999,45
Ordentliche Aufwendungen	24.839.676,91	24.849.013,00	20.651.529,68	-4.197.483,32	-4.188.147,23

Die Erhöhung der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen in Höhe 1.249 T€ lässt sich im Wesentlichen auf die gestiegenen Erhaltungsaufwendungen im Kanalbereich zurückführen, da hier einige größere Sanierungsmaßnahmen begonnen werden konnten.

Die Verringerung der sonstigen ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 5.970 T€ resultiert aus dem im Vorjahr einmalig angefallenen Abgang von Gegenständen aus dem Anlagevermögen (Kanalhausanschlüsse).

Der Personalaufwand stellt sich wie folgt dar:

	2019		2018	
	EUR	%	EUR	%
Vergütung tarifliche Arbeitnehmer	4.452.265	69,1	4.057.119	68,8
Besoldung der Beamten	314.388	4,9	335.882	5,7
Urlaubs-/Überstundenrückstellung etc.	39.585	0,6	15.338	0,3
Soz.Abgaben / Aufwendungen tarifl. Arbeitnehmer	1.230.004	19,1	1.104.024	18,7
Beihilfen	29.955	0,5	25.361	0,4
Pensions- und Beihilferückstellungen	111.418	1,7	112.953	1,9
Aufwendungen Overhead	<u>266.309</u>	<u>4,1</u>	<u>249.678</u>	<u>4,2</u>
Insgesamt	<u>6.443.924</u>	<u>100,0</u>	<u>5.900.355</u>	<u>100,0</u>

Der Anstieg des Personalaufwandes im Bereich Vergütungen lässt sich im Wesentlichen auf die lineare Tarifierhöhung zum 01.04.2019 (3,1%) zurückführen. Im Bereich der Besoldung kam es zum 01.01.2019 zu einer Tarifierhöhung von 3,2 %.

Der Abschreibungsaufwand in Höhe von 6.194 T€ spiegelt den Werteverzehr im Sachanlagenbereich wieder. Hierunter sind insbesondere die planmäßigen Abschreibungen für den Werteverzehr der Entwässerungsanlagen verbucht. Hierzu wird auch auf die Erläuterungen im Anhang verwiesen.

Die ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 20.652 T€ liegen damit insgesamt um 4.188 T€ unter dem Vorjahresergebnis.

Das Finanzergebnis verbesserte sich um 241 T€ gegenüber dem Vorjahr. Der Zinsaufwand ist dabei im Wesentlichen durch die Darlehenszinsen für das Fremdkapital in Höhe von 1.265 T€ und die Zinsaufwendungen für Derivate in Höhe von 493 T€ geprägt. Grund für die Verbesserung des Ergebnisses sind die gesunkenen Zinsen auf dem Kreditmarkt.

Das außerordentliche Ergebnis beträgt im Berichtsjahr 139 T€. Ausgewiesen sind die Ergebnisse der steuerlichen Außenprüfung für den Zeitraum 2013 bis 2016 sowie deren Folgewirkungen für die Haushaltsjahre 2017 und 2018.

3. Finanzlage (Finanzrechnung)

Die Finanzlage wird grundsätzlich durch das Ergebnis aus laufender Verwaltungstätigkeit, das Ergebnis aus Investitionstätigkeit sowie das Ergebnis aus Finanzierungstätigkeit (Aufnahme und Tilgung von Krediten) beeinflusst. Der Finanzmittelzu- und -abfluss stellt sich in der Finanzrechnung wie folgt dar:

Bezeichnungen	Ergebnis 2018	Fortgeschriebener Ansatz 2019	Ist-Ergebnis 2019	Vergleich Ansatz/Ist (Sp. 3-Sp.2)
	1	2	3	4
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	30.930.663,51	31.885.970,00	32.223.174,22	337.204,22
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	14.292.215,85	20.457.119,00	15.990.075,87	-4.467.043,13
Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	16.638.447,66	11.428.851,00	16.233.098,35	4.804.247,35
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	132.017,08	148.000,00	41.257,36	-106.742,64
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	5.253.478,88	26.172.000,00	6.815.212,35	-19.356.787,65
Saldo aus Investitionstätigkeit	-5.121.461,80	-26.024.000,00	-6.773.954,99	19.250.045,01
Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag	11.516.985,86	-14.595.149,00	9.459.143,36	24.054.292,36
Aufnahme und Rückflüsse von Darlehen	13.594.572,37	8.190.000,00	8.550.000,00	360.000,00
Tilgung und Gewährung von Darlehen	7.028.191,75	14.511.824,00	14.007.928,54	-503.895,46
Saldo aus Finanzierungstätigkeit	6.566.380,62	-6.321.824,00	-5.457.928,54	863.895,46

Der Endbestand an liquiden Mitteln des Haushaltsjahres 2019 laut Bilanz in Höhe von 252,11€ lässt sich wie folgt aufzeigen:

Bezeichnungen	Ergebnis 2018	Fortgeschriebener Ansatz 2019	Ist-Ergebnis 2019	Vergleich Ansatz/Ist (Sp. 3-Sp.2)
Bestandsänderung eigener Finanzmittel	18.083.366,48	-20.916.973,00	4.001.214,82	24.918.187,82
+ Anfangsbestand an Finanzmitteln	278,12	0,00	74,56	74,56
+ Änderung des Bestandes an fremden Finanzmitteln	- 18.083.570,04	0,00	4.001.037,27	-4.001.037,27
=Liquide Mittel	74,56	-20.916.973,00	252,11	20.917.225,11

Bei den liquiden Mitteln handelt es sich um eine Bargeldkasse des Abwasserwerkes. Aufgrund der Einheitskasse unterhält das Abwasserwerk kein eigenes Bankkonto. Die für das Abwasserwerk gebuchten Ein- und Auszahlungen werden saldiert in der Bestandsveränderung eigener Finanzmittel (Forderung) bzw. als Bestandsveränderung fremder Finanzmittel (Verbindlichkeiten) gegenüber dem Kernhaushalt dargestellt.

5. Vermögen, Eigenkapital und Schulden (Bilanz)

Die Bilanzsumme des Abwasserwerks beläuft sich am 31.12.2019 auf 235.847.511,99€. Die Vermögenslage, abgeleitet von der Bilanz, stellt sich zusammenfassend und im Vergleich zum 01.01.2019 wie folgt dar:

Bilanzstruktur 31.12.2019 / 01.01.2019

Aktiva	31.12.2019		01.01.2019		Veränderung	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
immaterielle Vermögensgegenstände	310	0,1	1.194	0,5	-884	-74,0
Sachanlagen	196.783	83,4	196.389	85,0	394	0,2
Finanzanlagen	7.318	3,1	7.318	3,2	0	0,0
Investitionszuschuss für Bau- maßnahmen des Strundever- bandes (Rechnungsabgren- zung)	13.155	5,6	12.059	5,2	1.096	9,1
Öffentl.-rechtl.Forderung	<u>69</u>	<u>0,0</u>	<u>70</u>	<u>0,0</u>	<u>-1</u>	<u>-1,4</u>
<u>Vermögenswerte, langfristig</u>	<u>217.635</u>	<u>92,2</u>	<u>217.030</u>	<u>93,9</u>	<u>635</u>	<u>0,3</u>
Öffentlich-rechtl. Forderung	148	0,1	150	0,6	-2	-1,3
<u>Vermögenswerte, mittelfris- tig</u>	<u>148</u>	<u>0,1</u>	<u>150</u>	<u>0,6</u>	<u>-2</u>	<u>-1,3</u>
Vorräte	349	0,2	363	0,2	-14	-3,9
Öffentl.-rechtl.Forderung	2.711	1,1	2.727	1,1	-16	-0,6
Privatrechtl.Forderung	134	0,1	168	0,1	-34	-20,2
Sonstige Vermögensgegen- stände	14.848	6,3	10.465	4,5	4.383	41,9
Kassenbestand	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Rechnungsabgrenzungspos- ten (übrige)	<u>23</u>	<u>0,0</u>	<u>29</u>	<u>0,0</u>	<u>-6</u>	<u>-20,7</u>
<u>Vermögenswerte, kurzfristig</u>	<u>18.065</u>	<u>7,7</u>	<u>13.752</u>	<u>6,0</u>	<u>4.313</u>	<u>31,4</u>
Betriebsvermögen	<u>235.848</u>	<u>100,0</u>	<u>230.932</u>	<u>100,0</u>	<u>4.916</u>	<u>2,1</u>

Das Betriebsvermögen hat sich gegenüber dem 01.01.2019 um TEUR 4.916 erhöht. Die Veränderungen im Anlagevermögen sind im Einzelnen dem im Anhang beigefügten Anlagespiegel zu entnehmen.

Passiva

	31.12.2019		01.01.2019		Veränderung	
		%		%		%
	TEUR		TEUR		TEUR	
Allgemeine Rücklage	88.002	37,3	77.253	33,4	10.749	13,9
Nicht im Jahresergebnis enthaltene Eigenkapitalverrechnung*	8	0,0	0	0,0	8	100
Gewinnvortrag	9.395	4,0	10.749	4,7	-1.354	-12,6
Jahresüberschuss	12.075	5,1	9.395	4,1	2.680	28,5
<u>Eigenkapital</u>	<u>109.479</u>	<u>46,4</u>	<u>97.397</u>	<u>42,2</u>	<u>12.082</u>	<u>12,4</u>
für Zuwendungen	32.437	13,8	33.017	14,3	-580	-1,8
für Beiträge	13.679	5,8	14.063	6,1	-384	-2,7
für den Gebührenausschlag	8.074	3,4	7.732	3,3	342	4,4
<u>Sonderposten</u>	<u>54.190</u>	<u>23,0</u>	<u>54.812</u>	<u>23,7</u>	<u>-622</u>	<u>-1,1</u>
Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren	41.565	17,6	47.519	20,6	-5.954	-12,5
<u>langfristiges Fremdkapital</u>	<u>41.565</u>	<u>17,6</u>	<u>47.519</u>	<u>20,6</u>	<u>5.954</u>	<u>-12,5</u>
Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von mehr als einem und weniger als 5 Jahren	20.910	8,9	20.609	8,9	301	1,5
<u>mittelfristiges Fremdkapital</u>	<u>20.910</u>	<u>8,9</u>	<u>20.609</u>	<u>8,9</u>	<u>301</u>	<u>1,5</u>
Rückstellungen	1.377	0,6	1.773	0,8	-396	-22,3
Andere kurzfristige Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten aus Lieferungen und Leistungen	6.177	2,6	6.157	2,7	20	0,3
im Verbundbereich	653	0,3	1.624	0,7	-971	-59,8
	7	0,0	7	0,0	0	0
sonstige	1.489	0,6	1.034	0,4	455	44,0
<u>kurzfristiges Fremdkapital</u>	<u>9.703</u>	<u>4,1</u>	<u>10.595</u>	<u>4,6</u>	<u>-892</u>	<u>-8,4</u>
<u>Fremdkapital insgesamt</u>	<u>72.178</u>	<u>30,6</u>	<u>78.723</u>	<u>34,0</u>	<u>-6.545</u>	<u>-8,3</u>
<u>Betriebskapital</u>	<u>235.848</u>	<u>100,0</u>	<u>230.932</u>	<u>100,0</u>	<u>4.916</u>	<u>2,1</u>

*gemäß § 44 Abs. 3 KomHVO NRW i.V.m. § 90 Abs. 3 GO NRW

6. Statische Liquidität 31.12.2019 / 01.01.2019

Der Liquiditätsvergleich stellt sich wie folgt dar:

	<u>31.12.2019</u> TEUR	<u>01.01.2019</u> TEUR	<u>Veränderung</u> TEUR
Liquide Mittel	0	0	0
Abzgl. Kurzfristiges Fremdkapital	9.703	10.595	-892
Liquiditätsgrad I (Unterdeckung)	-9.703	-10.595	-892
Kurzfristige Forderungen	17.693	13.360	4.333
Liquiditätsgrad II (Über-/Unterdeckung)	7.990	2.765	5.225
Vorräte	349	363	-14
Liquiditätsgrad III (Über-/Unterdeckung)	8.339	3.128	5.211

Die Gegenüberstellung des kurzfristigen Vermögens und der kurzfristigen Verbindlichkeiten führt zur ausgewiesenen Überdeckung.

C. Vorgänge von besonderer Bedeutung gem. § 49 KomHVO NRW

Derartige Erkenntnisse lagen zum Zeitpunkt der Jahresabschlusserstellung nicht vor. Auf die nachfolgenden Ausführungen, insbesondere zu den Mehrkosten infolge der Corona-Pandemie wird verwiesen.

D. Die voraussichtliche Entwicklung mit ihren Chancen und Risiken

1. Chancen und Risiken

Risiken bestehen insbesondere in den nicht exakt vorhersehbaren Absatzmengen, die die Ertragsrechnung wesentlich beeinträchtigen können sowie in vordringlichen Maßnahmen im Unterhaltungssektor, die aufgrund der weiteren Rohrnetzzustandsanalyse durchzuführen sind und infolge ihrer Beschaffenheit nicht vermögenswirksam erfasst werden können. Weiterhin kann durch die Zustandserfassung (aufwändige Auswertungsverfahren) des Entsorgungsnetzes nicht ausgeschlossen werden, dass außerplanmäßige Abschreibungen auf solche Anlagen, deren Beschaffenheit nicht mehr den gesetzlichen Bestimmungen bzw. der Aufrechterhaltung einer ordnungsgemäßen Entsorgung der Abwässer entsprechen, unumgänglich sind.

Das Werk geht weiterhin davon aus, die Abwasserbeseitigung in einer kostengünstigen Form zu erbringen.

Im Übrigen wird auf die Investitionstätigkeit (z.B. bauliche und hydraulische Sanierung, Regenwasserrückhaltung und -klärung) hingewiesen. Maßgeblich beeinflusst wird diese in den Folgejahren durch das Abwasserbeseitigungskonzept. Das Konzept für 2015 hat am 31.12.2020 seine Gültigkeit verloren. Ein neues Abwasserbeseitigungskonzept 2021 ist derzeit in der politischen Beschlussfassung.

Sollten die Investitionen nachhaltig hoch sein, werden sich die Folgekosten der zu aktivierenden Sanierungsmaßnahmen sowie der Investitionstätigkeit in der Regenwassersammlung und -klärung - sofern die sonstigen Rahmenbedingungen der Gebührenkalkulation – auch in rechtlicher Hinsicht - unverändert bleiben - zu steigenden Kosten in der Gebührenberechnung führen. Infolgedessen wird dann voraussichtlich auch - unter sonst gleichen Rahmenbedingungen

- der von dem städtischen Haushalt zu tragende Anteil für die Entwässerung öffentlicher Straßen und Plätze steigen.

Die im Vorfeld dargestellten Anforderungen und Aufgabenstellungen haben auch einen entsprechenden Personalbedarf zur Folge. Leider gestaltet sich die Personalsuche in diesem technischen Bereich ausgesprochen schwierig (Fachkräftemangel). Mehrere Stellen konnten seit längerem nicht wiederbesetzt werden, was dazu führt, dass nicht sämtliche Pflichtaufgaben erledigt werden können.

2. Die voraussichtliche Entwicklung

Für 2020 werden Umsätze in geplanter Höhe erwartet. Die geplanten Kosten sind weitgehend stabil. Grundsätzlich muss aber auf die unter Punkt D.1 aufgeführte tendenzielle Steigerung der Abwassergebühren hingewiesen werden.

Die geplante Höhe des Jahresüberschusses 2020 von EUR 9,3 Mio. wird im Wesentlichen durch den Ansatz der kalkulatorischen Zinsen in Höhe von 5,56 % für das betriebsnotwendige Kapital (nach Berücksichtigung des Abzugskapitals) sowie durch den Ansatz der kalkulatorischen Abschreibungsmethode auf Basis des Wiederbeschaffungszeitwertes beeinflusst sein. Änderungen der Rechtsprechung des Oberverwaltungsgerichtes NRW im Sinne der Verringerung der ansatzfähigen kalkulatorischen Kosten im Gebührenaushalt können so deutliche Auswirkungen haben. Aktuell ist beim Oberverwaltungsgericht NRW ein Musterverfahren anhängig, welches zum Anlass genommen werden könnte, die Frage der Bemessung der kalkulatorischen Kosten grundlegend zu überprüfen.

Gemäß den Beschlüssen zum Haushaltssicherungskonzept und dem Wirtschaftsplan wurde bis 2016 eine anteilige Abführung des Jahresüberschusses an den städtischen Haushalt vorgenommen. Vorbehaltlich einer entsprechenden Beschlussfassung soll zukünftig das „Schütt-aus-hol-zurück“-Verfahren angewendet werden, wobei ggf. seitens der Stadt Bergisch Gladbach nur eine teilweise Einlage erfolgen wird.

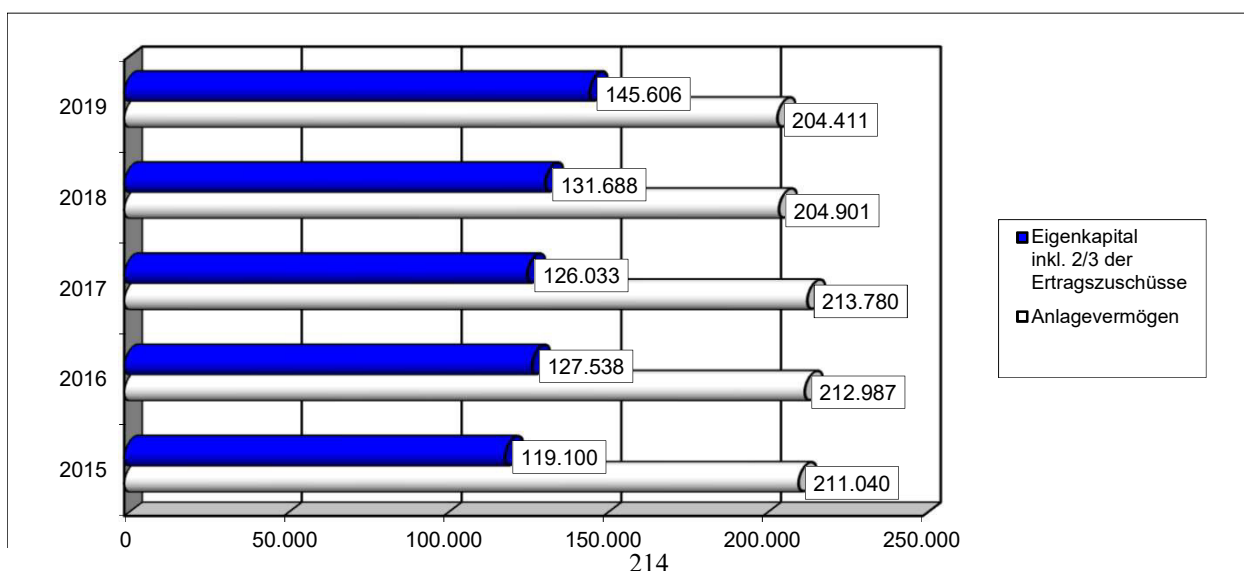
Hinzuweisen ist auf die weiterhin hohe Investitionstätigkeit, die zu einer geplanten Investitionssumme in 2020 von EUR 33,6 Mio. führt.

Die Corona-Pandemie führt im Abwasserwerk zu Mehrkosten, die insbesondere durch den erhöhten Reinigungsaufwand und den erhöhten Bedarf an Hygiene- und Desinfektionsmitteln entstehen. Das Abwasserwerk rechnet mit coronabedingten Mehraufwendungen in den Jahren 2020 und 2021, allerdings im überschaubaren Rahmen. Die Landesregierung NRW hat mit Wirkung vom 01.10.2020 das Gesetz zur Isolierung der aus der COVID-19-Pandemie folgenden Belastungen der kommunalen Haushalte im Land Nordrhein-Westfalen (NKF-COVID-19-Isolierungsgesetz – NKF-CIG) beschlossen. Hierdurch müssen die durch die Covid-19-Pandemie ergebnisbelastenden Mindererträge und Mehraufwendungen des Jahres 2020 gem. § 5 NKF-CIG ergebnisneutral als Bilanzierungshilfe aktiviert werden. Gem. § 6 NKF-CIG ist diese Bilanzierungshilfe ab dem Haushaltsjahr 2025 linear über längstens 50 Jahre erfolgswirksam abzuschreiben. In 2025 steht der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung das einmalige Recht zu, die Bilanzierungshilfe ganz oder in Anteilen erfolgsneutral gegen das Eigenkapital auszubuchen. Außerplanmäßige Abschreibungen sind unter Beachtung der Leistungsfähigkeit zulässig. Die Auswirkungen der Regelungen des NKF-CIG auf den Gebührenhaushalt müssen noch geprüft werden.

Wirtschaftliche Daten der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung "Abwasserwerk"**Entwicklung der Bilanz im Jahresvergleich (Geschäftsjahre 2015 - 2019) Angaben in**

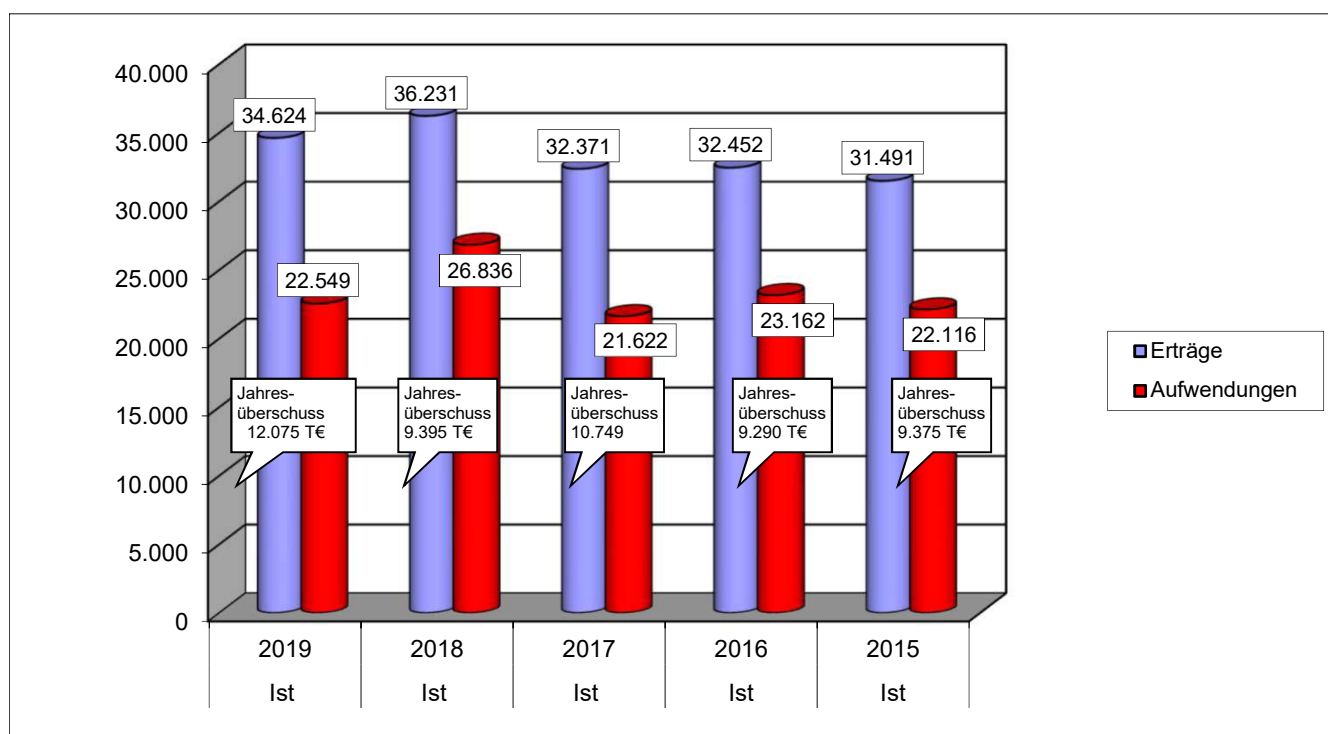
AKTIVA	2015	2016	2017	2018	2019	Veränderung
Immaterielle Vermögensgegenstände	1.457	1.345	1.221	1.194	310	-884
Sachanlagen	202.264	204.323	205.240	196.389	196.783	394
Finanzanlagen	7.319	7.319	7.319	7.318	7.318	0
Anlagevermögen	211.040	212.987	213.780	204.901	204.411	-490
Vorräte	320	325	331	363	349	-14
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	7.538	12.925	2.637	13.580	17.910	4.330
Umlaufvermögen	7.858	13.250	2.968	13.943	18.259	4.316
Rechnungsabgrenzungspo	4.733	7.141	10.404	12.088	13.178	1.090
Bilanzsumme	223.631	233.378	227.152	230.932	235.848	4.916

PASSIVA	2015	2016	2017	2018	2019	Veränderung
Stammkapital	25	25	25	25	0	-25
Rücklagen	78.843	78.843	85.908	85.908	88.002	2.094
Gewinnvortrag		9.375	0	10.749	9.395	
Gewinn	9.375	9.290	10.749	9.395	12.075	2.680
nicht im Ergeb. enthl. Verschl.					7	
Eigenkapital	88.243	97.533	96.682	106.077	109.479	3.402
Empfangene Ertragszuschüsse	46.285	45.007	44.027	38.417	54.190	15.773
Rückstellungen	2.585	1.418	1.687	1.756	1.377	-379
Verbindlichkeiten	85.518	89.420	84.756	84.682	70.802	-13.880
Bilanzsumme	222.631	233.378	227.152	230.932	235.848	4.916

Finanzierung des Anlagevermögens durch Eigenkapital (Angaben in TEUR)

Gewinn- und Verlustrechnung des "Abwasserwerks"

in TEUR	Plan 2019	Ist 2019	Ist 2018	Ist 2017	Ist 2016	Ist 2015	Ist 19 / Ist 18
1. Umsatzerlöse	36.494	33.976	31.210	31.990	31.860	30.818	2.766
2. aktivierte Eigenleistungen	211	264	364	163	290	282	-100
3. sonstige betriebliche Erträge	155	74	4.585	128	222	268	-4.511
4. Betriebliche Erträge (1+2+3)	36.860	34.314	36.159	32.281	32.372	31.368	-1.845
5. Materialaufwand	-10.212	-6.454	-4.845	-5.535	-7.146	-5.002	-1.609
6. Personalaufwand	-6.662	-6.444	-5.792	-5.721	-5.431	-5.241	-652
7. Abschreibungen	-6.447	-6.194	-6.236	-6.344	-6.387	-6.745	42
8. sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.518	-1.560	-7.953	-1.876	-1.820	-2.610	6.393
9. Betriebsaufwand (5+6+7+8)	-24.839	-20.652	-24.826	-19.476	-20.784	-19.598	4.174
10. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	25	32	72	90	80	123	-40
11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-2.285	-1.758	-2.005	-2.140	-2.374	-2.514	247
12. Finanzergebnis (10+11)	-2.260	-1.726	-1.933	-2.050	-2.294	-2.391	207
13. Außerordentliche Erträge	0	278					278
14. Außerordentliche Aufwendungen		-139	0				0
15. Außerordentl. Ergebnis (13+14)	0	139	0	0	0	0	139
16. Ergebnis vor Steuern (4+9+12+15)	9.761	12.075	9.400	10.755	0	9.379	2.675
17. Sonstige Steuern	0	0	-5	-6	-4	-4	5
18. Jahresüberschuss (16+17)	9.761	12.075	9.395	10.749	9.290	9.375	2.680

Entwicklung Erträge/Aufwendungen (Angaben in TEUR)

Kennzahlen im Überblick/Abwasserwerk

	2015	2016	2017	2018	2019
1. Vermögenslage					
Anlagenintensität in %	94,4%	91,3%	94,1%	88,7%	86,7%
Umlaufintensität in %	3,5%	5,7%	1,3%	6,0%	7,7%
Investitionsquote	4,4%	4,1%	3,4%	1,7%	3,0%
Reinvestitionsquote	138,3%	137,0%	113,6%	56,7%	99,0%
2. Finanzlage					
Eigenkapitalquote	39,6%	41,8%	42,6%	45,9%	46,4%
Fremdkapitalquote in %	60,4%	58,2%	57,4%	54,1%	30,6%
Anlagendeckung I in %	41,8%	45,8%	45,2%	51,8%	53,6%
Cashflow aus lfd. Geschäftstätigkeit	19.501 T€	14.787 T€	14.873 T€	16.638 T€	16.233 T€
3. Ertragslage					
Umsatzrentabilität in %	38,2%	36,4%	40,0%	36,3%	33,4%
Eigenkapitalrentabilität in %	10,6%	9,5%	11,1%	8,9%	11,0%
Gesamtkapitalrentabilität in %	4,2%	4,0%	4,7%	4,1%	5,1%
4. Erfolgskennzahl					
Personalintensität in %	17,0%	17,0%	17,9%	18,6%	19,0%
Stellenplan Abwasserwerk					
Ist	87,5	87,5	94,75	94	92,5

Kennzahlen im Überblick

Im Beteiligungsbericht der Stadt Bergisch Gladbach werden anhand der nachfolgenden Kennzahlen die Bestands- und Erfolgswerte der Gesellschaften ausgewertet bzw. analysiert.

KENNZAHLEN ZUR VERMÖGENSLAGE	
Anlagenintensität in % $\frac{\text{Anlagevermögen} \times 100}{\text{Gesamtvermögen (=Bil.summe)}}$	Prozentualer Anteil des Anlagevermögens am Gesamtvermögen. Eine hohe Anlageintensität ist ein Indiz für einen kostenintensiven (Fixkosten) Betrieb des Unternehmens. Bei geringer Anlagenintensität hat die Anlagendeckung nur eine geringe Bedeutung.
Umlaufintensität in % $\frac{\text{Umlaufvermögen} \times 100}{\text{Gesamtvermögen (=Bil.summe)}}$	Prozentualer Anteil des Umlaufvermögens am Gesamtvermögen.
Investitionsquote in % $\frac{\text{Investitionen} \times 100}{\text{Anlagevermögen}}$	Prozentualer Anteil der Investitionen bezogen auf das Anlagevermögen.
Reinvestitionsquote in % $\frac{\text{Investitionen in Sachanlagen} \times 100}{\text{Abschreibungen}}$	Die Reinvestitionsquote gibt an, in welchem Maß Wertabschreibungen durch Investitionen in Sachanlagen ausgeglichen werden. Bei über 100 % wird die Substanz erhalten bzw. ausgebaut. Wert unter 100 % deuten auf einen substantiellen Substanzverlust hin.

KENNZAHLEN ZUR FINANZLAGE	
Eigenkapitalquote in % $\frac{\text{Eigenkapital} \times 100}{\text{Gesamtkapital (=Bil.summe)}}$	Prozentualer Anteil des Eigenkapitals am Gesamtkapital. Eine hohe EK-Quote gilt als Indikator für die Bonität und finanzielle Unabhängigkeit des Unternehmens.
Fremdkapitalquote in % $\frac{\text{Fremdkapital} \times 100}{\text{Gesamtkapital (=Bil.Summe)}}$	Prozentualer Anteil des Fremdkapitals am Gesamtkapital.
Anlagendeckung in % $\frac{\text{Eigenkapital} \times 100}{\text{Anlagevermögen}}$	Prozentualer Anteil des Eigenkapitals am Anlagevermögen. Die Anlagendeckung dient der Beurteilung der langfristigen Liquidität.
Cashflow	Die Kennzahl gilt als Indikator zur Beurteilung der Ertrags- und Finanzkraft eines Betriebes. Es kann so beurteilt werden, ob und inwieweit anstehende Investitionen aus eigener Kraft finanziert werden können bzw. Fremdfinanzierung notwendig ist.

KENNZAHLEN ZUR ERTRAGSLAGE	
<i>Umsatzrentabilität in %</i> $\frac{\text{Betriebsergebnis} \times 100}{\text{Umsatzerlöse}}$	Prozentualer Anteil des Jahresüberschusses an den Umsatzerlösen. Die Umsatzrentabilität misst den Betriebserfolg an der Umsatz-tätigkeit. Ein mittelfristiger Rückgang könnte durch den Rückgang der innerbetrieblichen Effizienz oder veränderte Rahmen-bedingungen im Markt verursacht werden.
<i>Eigenkapitalrentabilität in %</i> $\frac{\text{Jahresüberschuss} \times 100}{\text{Eigenkapital}}$	Prozentualer Anteil des Jahresüberschusses am Eigenkapital. Eigenkapitalrentabilität gibt an, in welcher Höhe sich das eingesetzte Eigenkapital im Geschäftsjahr verzinst hat.
<i>Gesamtkapitalrentabilität in %</i> $\frac{\text{Jahresüberschuss} \times 100}{\text{Gesamtkapital}}$	Prozentualer Anteil des Jahresüberschusses am Gesamtkapital. Gesamtkapitalrentabilität gibt an, in welcher Höhe sich das eingesetzte Gesamtkapital im Geschäftsjahr verzinst hat.
WEITERE KENNZAHL	
<i>Personalintensität in %</i> $\frac{\text{Personalaufwand} \times 100}{\text{Gesamtleistung (Umsatzerlöse)}}$	Prozentualer Anteil des Personalaufwandes an der Gesamtleistung. Die Personalintensität misst die Wirtschaftlichkeit des Einsatzes des Faktors Arbeit.